

Rumäniens eigener Weg zum Sozialismus

Motive - Entwicklungen - Strukturen

Inaugural-Dissertation

der Philosophischen Fakultät

der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

vorgelegt von

Wolfgang Mauersberg

aus Hannover

1973

1975 14 31

Rumäniens eigener Weg zum Sozialismus

Motive – Entwicklungen – Strukturen

Inaugural-Dissertation

der Philosophischen Fakultät

der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

vorgelegt von

Wolfgang Mauersberg

aus Hannover



Tag der mündlichen Prüfung: 26. Januar 1973

Dekan: Prof. Dr. K.J. Höltinger

Referent: Prof. Dr. Hans Lades

Korreferent: Prof. Dr. Karl-Heinz Ruffmann

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Vorwort	
I. Das osteuropäische Staatensystem	1
1. Die Parteien als Integrationsfaktor	3
2. Die staatliche Integration	9
a) Das bilaterale Vertragssystem und der Warschauer Pakt	9
b) Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe	12
3. Von der Einheit zum Polyzentrismus	18
II. Einige Bemerkungen zur Entwicklung der Rumänischen Volksrepublik bis 1960	22
III. Der Konflikt	27
1. Probleme im RGW	27
2. Die Entwicklung des rumänischen Außenhandels	33
3. Demonstration der Eigenständigkeit	40
IV. Ideologische Rechtfertigung der Unabhängigkeit: Die Unabhängigkeitserklärung von 1964	47
1. Die Unabhängigkeitserklärung und ihr Pendant, die Erklärung der Moskauer Konferenz von 1960	47
2. Die Rumänische Arbeiterpartei und der Konflikt Moskau - Peking	50
3. Wirtschaftliche Integration - am Beispiel der EWG	51
4. Diskussion über die Gefahr eines neuen Weltkriegs	53
5. Die Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten	55
6. Die Beziehungen zwischen kommunistischen Parteien	63
7. Die rumänische Argumentationsweise	68
V. Die Nachfolge	73
VI. Die Partei	75
1. Das Selbstverständnis der Rumänischen Kommunistischen Partei	75
2. Parteimitgliedschaft	86
3. Parteaufbau und innerparteiliche Demokratie	96
4. Rehabilitierungen	104
VII. Partei und Staat	106
1. Die rumänischen Verfassungen	106
2. Die führende Rolle der Kommunistischen Partei	114

a)	Kodifizierung und Legitimierung der führenden Rolle	114
b)	Die Realisierung der führenden Rolle der KP in Staat und Verwaltung	121
c)	Die Realisierung der führenden Rolle der KP in der Gesellschaft	130
3.	Einige Aspekte der rumänischen Wirtschaftsreform	134
a)	Wirtschaftsorganisation	138
b)	Planung	140
c)	Die Rolle der Partei in der Wirtschaft	145
d)	Demokratisierung im Wirtschaftsleben	146
4.	Die Grenzen der Reformbereitschaft	148
VIII.	Partei und Bevölkerung	150
1.	Einige Bemerkungen zur rumänischen Innenpolitik	150
2.	"Sozialistischer Patriotismus"	153
3.	Erziehung und Kunst	162
4.	Rechtssicherheit	166
5.	Sozialistische Demokratie	170
IX.	Rumänische Außenpolitik	176
1.	Die geopolitische Lage	176
2.	Ziele der rumänischen Außenpolitik	180
3.	Einige besondere Methoden rumänischer Außenpolitik	184
4.	Politische und regionale Schwerpunkte rumänischer Außenpolitik	188
5.	Rumänien im Bündnis	197
a)	Der Warschauer Pakt	197
b)	Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland	204
c)	Die Krise im Nahen Osten	212
d)	Rumänien und die Tschechoslowakei 1968	215
e)	Freundschaftsverträge	227
6.	Beziehungen zu anderen Staaten und Parteien	236
a)	Beziehungen zu China	236
b)	Die Weltkonferenz kommunistischer und Arbeiterparteien 1969	242
c)	Rumänische Politik auf dem Balkan	254
X.	Rumäniens eigener Weg zum Sozialismus - einige zusammenfassende und vergleichende Bemerkungen	261
	Literaturverzeichnis	274

Vorwort

Diese Arbeit ist keine Nachkriegsgeschichte Rumäniens. Sie beschränkt sich auf die sechziger Jahre dieses Jahrhunderts, in denen die rumänische Führung für eine selbständige Entwicklung ihres Landes innerhalb des sozialistischen Staatensystems sorgte. Damit schuf sie eines von mehreren Sozialismus-Modellen in Osteuropa, die mit dem Anspruch, einen eigenen Weg zum Sozialismus zu gehen, die von der Sowjetunion angestrebte Integration der sozialistischen Staaten verhindert haben.

Als dieser Begriff des "eigenen Weges zum Sozialismus" nach 1945 in der politischen Diskussion auftauchte, in der DDR beispielsweise forderte Anton Ackermann und in Polen Wladisław Gomułka mehr Selbständigkeit, diente er eigentlich nur dazu, eine Übergangsphase in der Umgestaltung der Gesellschaftsordnung zu überbrücken und Mißtrauen gegenüber den kommunistischen Parteien abzubauen. Die Phase dauerte in keinem osteuropäischen Land lange. Um 1948 begann überall die Angleichung der Staats- und Gesellschaftsordnung an das sowjetische Vorbild, und die Propagandisten des eigenen Weges zum Sozialismus büßten ihre Hoffnung auf einen nationalen Kommunismus mit langjährigen Gefängnisstrafen, wenn nicht mit dem Tode.

Bei Chruschtschows Besuch in Jugoslawien 1955 und in den Debatten des XX. Parteitages der KPdSU im Februar 1956 war der inzwischen verpönte Begriff wieder da. Allerdings beabsichtigten die Kommunisten im Kreml nicht, die seit 1948 in Ost- und Südosteuropa betriebene Politik grundlegend zu revidieren - die Innenpolitik der loyalen kommunistischen Parteiführer, Ulbrichts oder auch Gheorghiu Dejs, spricht gegen eine solche Annahme. Sie wollten vielmehr Jugoslawien die Annäherung an den Sowjetblock erleichtern und Chruschtschows neue Strategie gegenüber westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien absichern.

Dennoch weckte die These von der Möglichkeit eines eigenen Weges zum Sozialismus ein gewaltiges Echo. Die sich nach größerer Unabhängigkeit und Selbständigkeit sehnenden Kommunisten Osteuropas nahmen die These Chruschtschows als Freibrief für die Gestaltung

eines eigenständigen Sozialismus-Modells - auch die rumänische Führung. Im Unterschied zu anderen kommunistischen Parteien hat sie mit ihrer Politik Erfolg gehabt.

Welche Motive sie bewegten, wie sie ihren Spielraum in der Innen- und Außenpolitik nutzte, welche gesellschaftspolitische Ordnung in Rumänien entstand, das herauszufinden, ist das Anliegen dieser Arbeit. Zu diesem Zweck schien eine chronologisch vorgehende Beschreibung nicht zu genügen. Denn diese hätte vielleicht eine Abfolge von Ereignissen schildern, nicht aber über die Eigentümlichkeit der rumänischen Gesellschaftsordnung aufklären können. Andererseits hätte eine rein systematische Analyse den Nachteil, daß sie allzu statisch bliebe, vielleicht einige Strukturen erfaßte, aber nicht die historische Entwicklung widerspiegelte. Es lag also nahe, beide Darstellungsweisen zu verbinden, um sowohl die Herausbildung der rumänischen Selbständigkeit zu verfolgen, als auch modellhafte Züge der rumänischen Gesellschaftsordnung herauszuarbeiten.

Zunächst war die Beschreibung des rumänischen Sozialismus-Modells, um das es in dieser Arbeit geht, nur als Teil einer umfassenderen Darstellung mehrerer vom sowjetischen Vorbild abweichenden Sozialismus-Modelle gedacht. Die Fülle des Materials erzwang eine Beschränkung. Dennoch soll am Schluß der Arbeit der Versuch gewagt werden, den ursprünglich beabsichtigten Zusammenhang der Desintegration des Sowjetblocks wiederherzustellen.

I. Das osteuropäische Staatensystem

Stalin hatte in seinem durch die Rote Armee eroberten Herrschaftsbereich in drei Phasen ¹⁾ einen Block kommunistischer Staaten geschaffen, die in allen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Belangen Moskau untergeordnet waren. Ihre "monolithische Einheit" wurde nicht durch gleichartige konstitutionelle Struktur oder gleichartige Interessen, sondern in erster Linie durch sowjetische Militärmacht und strikte Parteikontrolle gesichert. Die völkerrechtlichen Verträge, die Stalin mit den einzelnen ost- und südosteuropäischen Ländern abgeschlossen hatte, konstituierten den Zusammenhalt des Staatenblocks nicht - sie hätten ein ganz anderes, auf Gleichberechtigung der Mitgliedsländer und auf Souveränität eines jeden Staates beruhendes System zur Folge haben müssen. Als Integrationsmittel für die nach Tradition und Struktur völlig verschiedenen Staaten dienten vielmehr die politische Vormachtstellung der Sowjetunion, die Stationierung sowjetischer Truppen und die absolute Herrschaft der KPdSU über die anderen kommunistischen Parteien.

Einziges Koordinationszentrum der Staaten war Moskau, das bevorzugt bilaterale Beziehungen zu seinen Satelliten unterhielt. Die einzelnen Länder waren voneinander und von der übrigen Außenwelt isoliert. Deshalb durfte die Balkanföderation nicht verwirklicht werden, deshalb strebten die Staaten nach Autarkie und unterhielten nur bilaterale Handelsbeziehungen. Polen und der Tschechoslowakei war die Annahme von Marshallplangeldern verboten worden. Die Sowjetunion wurde, im Gegensatz zur Vorkriegszeit, der überragende Handelspartner der ost- und südosteuropäischen Länder.

Es gab also keine rechtliche Konstruktion und auch keine eigentliche Theorie des zwischenstaatlichen Zusammenlebens.²⁾ Die

1) vgl. Seton-Watson: Die osteuropäische Revolution. München 1956 S. 159 f. Zum Folgenden vgl. C. Gasteyger: Sozialistischer Internationalismus und Integration. In: Jahrbuch für Osteuropa Bd. IV/1963 S. 117-140 und Z. Brzezinski: Der Sowjetblock. Einheit und Konflikt. Köln-Berlin (1962) S. 479 ff

2) Gasteyger a.a.O. S. 120

wesentlichen Verbindungselemente bestanden in dem, was der amerikanische Politologe Zbigniew Brzezinski "informelle Vorkehrungen" nennt ¹⁾: Ein auf ganz Osteuropa ausgedehntes Kontrollsystem, dessen wichtigste Faktoren die sowjetischen Botschaften in den einzelnen Ländern waren und sowjetische "Berater" in Partei, Geheimpolizei, Armee und Staatsverwaltung. Gemischte Aktiengesellschaften beherrschten die Wirtschaft; sie befanden sich je zur Hälfte im Besitz der Sowjetunion und des betreffenden Landes. Die Parteien wurden von Kommunisten geführt, die ein aus der Kominternzeit stammendes Treueverhältnis an die sowjetische Führung band.

Der wichtigste Pfeiler dieses Systems aber war Stalin selbst. Auf dem 8. Plenum des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei im Oktober 1956 beschrieb der neue polnische Parteichef Gomułka Stalins Rolle folgendermaßen:

"Im Block der sozialistischen Staaten war es Stalin, der an der Spitze dieser Leiter von Kulturen stand. All jene, die auf niedrigeren Sprossen der Leiter standen, beugten ihr Haupt vor ihm. Das waren nicht nur die Führer der KPdSU und der Sowjetunion, sondern auch die Führer der kommunistischen und Arbeiterparteien in den Ländern des sozialistischen Lagers. Die nächsten, das sind die Ersten Sekretäre der Zentralkomitees der Parteien der verschiedenen Länder ... dieser Kult könnte als ein bloß reflektierter Glanz, als geborgtes Licht bezeichnet werden ... Der Träger des Persönlichkeitskults war allwissend, er wußte, wie alles getan, gelöst, geleitet und entschieden werden mußte innerhalb seines Aktionsbereichs." ²⁾

Der Tod Stalins 1953, die Auseinandersetzung um seine Nachfolge, der Sturz Berijas und die partielle Entmachtung der Geheimpolizei beraubten dieses System seiner tragenden Pfeiler. Nachdem Chruschtschow sich im Kreml durchgesetzt hatte, stand er vor Trümmern, die zu restaurieren er nicht einmal wünschen konnte. Denn die Aufstände in Pilsen, in Ostberlin und in Posen machten offenbar, daß sich die ost- und südosteuropäischen Satelliten nicht zuletzt wegen Stalins rigoroser Ausbeutung in einer verheerenden wirtschaftlichen Lage befanden und daß die kommunistischen Regimes höchst labil waren. Das ganze System hatte sich als wenig effektiv erwiesen. Außenpolitisch war die Dynamik der Nachkriegszeit längst vorbei, eine weitere Ausdehnung der Machtsphäre war

1) Z. Brzezinski: Der Sowjetblock S. 133 ff

2) Nowe Drogi 10/1956

gescheitert und Jugoslawien sogar abgesprungen.

Der Versuch, die außenpolitische Isolierung zu durchbrechen, Jugoslawien durch Konzessionen wieder an den Block heranzuziehen und die Auswirkungen des XX. Parteitages der KPdSU, auf dem Chruschtschow den Mythos Stalins zerstört hatte, lockerten den Zusammenhalt des sozialistischen Staatensystems. In Ungarn mußte die Sowjetunion intervenieren und in Polen bekam Chruschtschow es mit einem recht selbstbewußt auftretenden Partner zu tun, bei dem von bedingungsloser Unterwerfung keine Rede mehr sein konnte.

Der ehemals "monolithische" Block wandelte sich zu einer Staatengemeinschaft, in der die Sowjetunion kraft ihrer militärischen Überlegenheit Hegemonialmacht war und eine Auflösung des Staatenverbandes durch Einsatz ihrer Truppen zu verhindern vermochte, in der sie aber unterhalb dieser Schwelle nicht mehr einfach nur befehlen konnte, sondern taktieren mußte, um sich der Unterstützung und Gefolgschaft der übrigen Staaten und Parteien zu versichern. Um eigene Interessen durchzusetzen, war die Sowjetunion gezwungen, die Interessen anderer zunehmend zu berücksichtigen.

Da die Fundamente des Stalinschen Blocks geborsten waren, holte Chruschtschow nach, was Stalin versäumt hatte. Um die Einheit nicht ständig durch Gewaltanwendung erzwingen zu müssen, galt es, durch Bildung neuer oder durch Belebung schon bestehender Institutionen einen konstitutionellen Rahmen zu schaffen, der sowohl den Zusammenhalt der kommunistischen Parteien gewährleistete, als auch der Sowjetunion die für unverzichtbar erachtete Führungsrolle garantierte. Die informellen Vorkehrungen Stalins wurden durch eine Reihe formeller Bindungen ersetzt.

1. Die Parteien als Integrationsfaktor

Die Verhandlungen der sowjetischen mit der polnischen Parteiführung 1956 bewiesen, daß die Autorität des Kreml nicht mehr ausreichte, den Polen seinen Willen aufzuzwingen. Die polnischen Kommunisten machten der KPdSU ebenso wie die jugoslawischen und italienischen Kommunisten das Monopol auf Exegese der Ideologie streitig. Auf diesem Gebiet hatte die sowjetische Führungsrolle

am meisten gelitten. Nur solange es ein ideologisches und politisches Monopol der KPdSU gegeben hatte, war der von Stalin gepflegte Bilateralismus in den Beziehungen zwischen kommunistischen Parteien und Staaten für die Sowjetunion vorteilhaft gewesen. Schon 1956 erwies sich das Prinzip als nachteilig. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß die sowjetische Führung nach dem polnischen Oktober an die Wiederherstellung eines wie immer gearteten Führungsorgans für die kommunistischen Parteien dachte. Bemühungen, im Jahre 1957 eine neue Kommunistische Internationale einzurichten ¹⁾, scheiterten hauptsächlich wegen des Widerstandes von Gomulka.

Nach schwierigen zweiseitigen Verhandlungen berief die sowjetische Parteiführung im November 1957 eine Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien ein, an der die 13 regierenden und 51 nichtregierende kommunistische Parteien teilnahmen. Mit der abschließenden Deklaration von 12 regierenden Parteien - Jugoslawiens Kommunisten unterzeichneten nicht - wurden gelegentliche "umfassendere Beratungen" ²⁾ institutionalisiert; eine periodische Einberufung festzulegen, gelang nicht. Aber seit dieser Zeit gibt es multilaterale Parteikonferenzen, deren Beschlüsse für alle zustimmenden Parteien verbindlich sind.

Diese Einrichtung machte die Schwäche der Moskauer Parteiführung offenkundig, die nicht mehr, wie einst Stalin, selbständig verbindliche Richtlinien ausgeben konnte. Sie mußte häufig Kompromisse eingehen, um einheitliche Stellungnahmen zu erreichen. Dennoch nutzte Chruschtschow das Instrument multilateraler Parteikonferenzen recht geschickt; mit Hilfe von Mehrheiten, auf die die Sowjetunion bisher immer rechnen konnte, übte er Druck auf Minderheiten aus. Denen blieb nur die Alternative, entweder nicht zuzustimmen und sich damit innerhalb der kommunistischen Bewegung zu isolieren, gegebenenfalls sogar Sanktionen zu riskieren, oder sich der Mehrheit zu beugen - wie Polen 1957. Auf diese Weise entwickelten sich multilaterale Konferenzen zu einer Art Steuerungsorgan für die Gesamtbewegung oder, wenn es sich um Themen von regionaler Bedeutung handelte, für einen begrenzten

1) W. Leonhardt: Kreml ohne Stalin S.295 ff; G. Nollau: Die Internationale S.318

2) Ostprobleme 1/1958 S.13

Kreis kommunistischer Parteien. Daneben gibt es natürlich auch weiterhin zweiseitige Treffen von Delegationen jeder Parteiebene, bei denen bilaterale Probleme erörtert oder mehrseitige Konferenzen vorbereitet werden.

Auf der ersten der drei bisher abgehaltenen Weltkonferenzen kommunistischer und Arbeiterparteien (1957, 1960 und 1969) gelang es Chruschtschow, gegen die divergierenden Tendenzen des vergangenen Jahres den Grundsatz der Einheit und Geschlossenheit des sozialistischen Lagers zur verbindlichen Doktrin zu erheben. In der Deklaration heißt es, es sei "vor allem notwendig, die kommunistischen und Arbeiterparteien selbst noch fester zusammenzuschließen, die Geschlossenheit der kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder noch fester zu gestalten."¹⁾

Das galt nicht nur außenpolitisch für ein gemeinsames Auftreten der Parteien gegenüber dem "Imperialismus", sondern auch für die innenpolitische Ordnung der sozialistischen Staaten. Auf der Konferenz wurde ein Katalog "allgemeingültiger Gesetzmäßigkeiten" festgelegt, "die allen Ländern, welche den Weg des Sozialismus einschlagen, eigen sind" ²⁾:

1. Führungsrolle der Kommunistischen Partei bei der Durchführung der Revolution und bei der Errichtung der Diktatur des Proletariats
2. Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft und anderen Schichten
3. Beseitigung des kapitalistischen Eigentums und die Herstellung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln
4. Sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft
5. Planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft
6. Sozialistische Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur, Heranbildung einer dem Sozialismus ergebenden Intelligenz
7. Beseitigung nationaler Unterdrückung und Gleichberechtigung unter den Völkern
8. Schutz der Errungenschaften des Sozialismus gegen innere und äußere Feinde

1) Ostprobleme 1/1958 S.12

2) ebenda S.9. B.Meissner: Die Breshnew-Doktrin. In: Osteuropa 9/1969 S.627, nennt sie einen "kommunistischen Dekalog", ein Ausdrück, der die Verbindlichkeit dieser Grundsätze gut zur Geltung bringt.

9. "Solidarität der Arbeiterklasse des gegebenen Landes mit der Arbeiterklasse der anderen Länder, das heißt der proletarische Internationalismus." ¹⁾

Durch diese "Gesetzmäßigkeiten" sollte die strukturelle Homogenität der sozialistischen Länder und ihre Entwicklung nach dem sowjetischen Modell gesichert werden. Wenn es daran noch irgendwelche Zweifel gegeben haben sollte, so wurden sie durch die folgende Verdammung von Revisionismus und Dogmatismus beseitigt. Die Möglichkeit des "eigenen Weges zum Sozialismus" wurde damit eingeschränkt, reduziert auf die Form der Anwendung der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten. Inhalt des auf dem XX. Parteitag verkündeten Grundsatzes war eigentlich nur noch die Art und Weise des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, nicht aber die Tolerierung verschiedener Formen gesellschaftlicher Ordnung.

Trotz Drängens der KP Chinas und anderer kommunistischer Parteien spricht die Deklaration vom November 1957 von der Sowjetunion nur noch als dem "ersten und mächtigsten sozialistischen Staat" ²⁾, aber nicht mehr von der Führungsrolle der KPdSU in der kommunistischen Bewegung. Der demonstrative Verzicht auf diese Rolle, den Chruschtschow auf dem XXI. Parteitag öffentlich aussprach, dürfte der sowjetischen Führung nicht allzu schwer gefallen sein. Denn 1957 war es gelungen, eine Art konstitutionelles Prinzip zu schaffen, das einerseits den Zusammenhalt der kommunistischen Parteien, andererseits bei formaler Anerkennung ihrer Selbständigkeit die Vormachtstellung der KPdSU sicherte. Es handelt sich um den im oben erwähnten Katalog an letzter Stelle aufgeführten Grundsatz des "proletarischen Internationalismus", der "Grundlage der Beziehungen zwischen den Ländern des sozialistischen Weltsystems und zwischen allen kommunistischen und Arbeiterparteien" ³⁾ sein sollte.

Damit hat dieser aus der Begriffswelt der Arbeiterbewegung stammende Terminus recht erhebliche Wandlungen durchgemacht. Was Marx und Engels im Kommunistischen Manifest als Aufforderung an alle Proletarier zur Vereinigung ihrer Kräfte verstanden hatten, benutzte Stalin später, um das Führungsmonopol und die aus-

1) Ostprobleme a.a.O. S.9

2) ebenda

3) ebenda S.8

schließliche Weisungsbefugnis der KPdSU zu legitimieren. 1927 definierte er den Internationalisten als jemanden, der "vorbehaltlos ohne zu schwanken, ohne Bedingungen zu stellen, bereit ist, die UdSSR zu schützen, weil die UdSSR die Basis der revolutionären Bewegung der Welt ist." ¹⁾

Seit 1954/55 erhält der Begriff "proletarischer Internationalismus" eine neue umfassendere Funktion. Er kennzeichnet nicht mehr nur die Beziehungen zwischen kommunistischen Parteien und die Verpflichtung des einzelnen Kommunisten auf die Ziele der Gesamtbewegung, sondern nun auch die Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten.

In diesem Teilbereich erscheint er unter der neuen Bezeichnung "sozialistischer Internationalismus" und wird von der sowjetischen Politik und Völkerrechtslehre als Grundprinzip des sozialistischen Staatensystems und als Keimzelle für ein neues Völkerrecht verstanden, das die "allgemeindemokratischen Prinzipien des Völkerrechts (UN-Charta) nicht einfach in sich einschließt, sondern ... ihnen ... einen neuen Inhalt" ²⁾ verleiht. Der Begriff wird zum "Grundprinzip der Politik und speziell der Außenpolitik der Staaten des sozialistischen Weltsystems." ³⁾ Er regelt also nicht nur ihre Beziehungen untereinander und gegenüber der Umwelt, sondern beansprucht normative Kraft für ihre allgemeine Politik. Die beiden multilateralen Organisationen der sozialistischen Staaten in Europa, der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe und der Warschauer Pakt, lassen sich als konkrete Erscheinungsformen des "sozialistischen Internationalismus" verstehen, der die ideologische und rechtliche Legitimation für eine weitere Integration dieser Staaten liefert.

Der "proletarische Internationalismus" verklammert die beiden Ebenen politischer Organisation - die staatliche und die Parteebene - miteinander. ⁴⁾ Dies erlaubt es den Parteichefs, etwa im

1) zitiert nach B.Meissner: Sowjetunion und Selbstbestimmungsrecht S.91

2) vgl. H.W. Bracht: Ideologische Grundlagen der sowjetischen Völkerrechtslehre S.89 und S.228 ff und W.Hänisch/G.Herder: Der proletarische Internationalismus, das Grundprinzip in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten. In: Staat und Recht (Ostberlin) 7/1959 S.805

3) Hänisch/Herder a.a.O. S.792

4) ebenda S.796: "Die Prinzipien des proletarischen Internatio-

Rahmen des Warschauer Paktes die für ihre Staaten verbindlichen Entscheidungen zu treffen. Entsprechend dialektischer Interpretation beinhaltet der Begriff sowohl die Souveränität des einzelnen Staates und die Selbständigkeit der jeweiligen kommunistischen Partei, den Grundsatz der Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, als auch die Forderung nach internationaler Solidarität, immer engerem Zusammenschluß und gegenseitiger Hilfeleistung.¹⁾ Der "proletarische Internationalismus" begründet Verantwortlichkeit des einzelnen gegenüber der Gemeinschaft und der Gemeinschaft gegenüber dem einzelnen Staat und der einzelnen Partei. Jede Absonderung von der Gemeinschaft, vom Weg der von Moskau dominierten Mehrheit, gilt als Isolierung und als Gefährdung der sozialistischen Gesellschaftsordnung in dem betreffenden Land.²⁾

Nach sowjetischem Wunsch soll der Begriff als "völkerrechtliches Ordnungsprinzip" und "parteipolitischer Integrationsfaktor" dazu dienen, "die heute durch den Zustand der divergierenden Einheit gekennzeichnete Situation zu bewältigen, also den Widerspruch zwischen geforderter nationaler Unabhängigkeit und angestrebter wirtschaftlicher und politischer Integration zu überwinden und dabei gleichzeitig die sowjetische Hegemonie dauerhaft zu legitimieren." ³⁾ Abgesehen davon, daß die Stalinsche Definition des Internationalisten jedem Kommunisten noch im Ohr klang und die KPdSU sich auch ohne ausdrückliche Bestätigung ihrer Führungsrolle die größten Erfahrungen im Aufbau des Sozialismus bescheinigen konnte, bewiesen gerade die Konferenzen von 1957 und von 1960, wie die sowjetische Führung mit Hilfe kollektiver Beratungen, bei denen alle Teilnehmer formal gleichberechtigt waren, ihre politischen und ideologischen Vorstellungen zur allgemein verbindlichen Doktrin erhob. Die Beratungen aber waren praktische Anwendungen des "proletarischen Internationalismus".

Anm. von S.7..nalismus bestimmen sowohl die staatlichen Verbindungen als auch die Beziehungen auf der Ebene der kommunistischen Arbeiterparteien der sozialistischen Länder. Dabei sind diese beiden Seiten nicht voneinander zu trennen; sie stellen ein einheitliches System dar."

1) Hähnisch/Herder a.a.O. S.793

2) ebenda S.793; vgl. Programm der KPdSU von 1961 Kap. 1/III

3) C. Gasteyer: Sozialistischer Internationalismus S.140

2. Die staatliche Integration

a) Das bilaterale Vertragssystem und der Warschauer Pakt

Seit 1949 gibt es zwischen der Sowjetunion und allen osteuropäischen Ländern sowie zwischen den meisten dieser Länder sogenannte "Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand".¹⁾ Sie sehen Beistand im Falle eines Angriffes durch Deutschland oder einen wie immer mit Deutschland verbündeten Staat vor und gegenseitige Konsultation in allen wichtigen internationalen Fragen. Außerdem verpflichten sich die Vertragspartner, ihre wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu entwickeln. Die Verträge bilden ein System, durch das die Staaten untereinander verbunden sind.

Nach Abschluß der Pariser Verträge, durch die die Bundesrepublik Mitglied der Nato wurde, fand in Warschau eine Ostblockkonferenz statt, auf der der sowjetische Ministerpräsident Bulganin erklärte, die bilateralen Bündnisverträge hätten bei der Gewährleistung des Friedens eine wichtige Rolle gespielt und spielten sie auch in Zukunft, doch erfordere die neue Situation "einen Zusammenschluß unserer Bemühungen sowie neue Maßnahmen zur Stärkung der Wehrfähigkeit unserer friedliebenden Länder."²⁾ Mit Unterzeichnung des Warschauer Vertrages am 14. Mai 1955 durch Albanien, Bulgarien, Ungarn, DDR, Polen, Rumänien, UdSSR und Tschechoslowakei schufen die osteuropäischen Staaten neben dem seit 1949 bestehenden Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe eine zweite multilaterale Organisation.

Dieser neue Vertrag hebt die bilateralen Bündnisverträge nicht auf, sondern schließt sie als *lex generalis* ein und dehnt die Bündnispflicht auf einen "bewaffneten Überfall in Europa"³⁾ aus. Aber nicht darin liegt die militärische Bedeutung des Paktes, denn Art. 4 WV geht im übrigen nicht über die entsprechenden Bestimmungen der bilateralen Verträge hinaus, sondern darin, daß

1) Die Texte dieser Verträge sind zu finden bei B.Meissner: Das Ostpaktsystem. Vgl. auch B. Weissner (Hrsg.): Der Warschauer Pakt; J.Hacker, A.Uschakow: Die Integration Osteuropas 1961 bis 1965; Z. Brzezinski: Der Sowjetblock S.480 ff

2) B.Meissner: Das Ostpaktsystem S.207

3) Art. 4 des Warschauer Vertrages (WV), B. Meissner a.a.O. S. 204 - 206

er die osteuropäischen Streitkräfte einheitlich zusammenfaßt und militärische Operationen unter sowjetisches Kommando stellt. Der Vertrag sollte die Ostblockarmeen integrieren.

Demselben Zweck dienen die Organe der Warschauer-Pakt-Organisation, der Politische Beratende Ausschuß und das Vereinte Oberkommando mit dem Stab der Vereinten Streitkräfte. Oberkommandierender und Stabschef sind sowjetische Offiziere, Stellvertreter des Oberkommandierenden und zugleich Befehlshaber der jeweiligen Streitkräfte die Verteidigungsminister der Signatarstaaten. In das höchste Organ, den Politischen Beratenden Ausschuß entsendet jeder "Teilnehmerstaat des Vertrages ein Regierungsmitglied oder einen anderen besonders ernannten Vertreter" (Art. 6 WV). Der Ausschuß besitzt zwei Hilfsorgane, eine ständige Kommission und ein Vereintes Sekretariat, dessen Generalsekretär der Chef des Stabes ist.

Der Warschauer Pakt hat jedoch nicht nur eine wichtige militärische Funktion; noch bedeutender ist seine politische Funktion für den Zusammenhalt des osteuropäischen Staatensystems. Im Politischen Beratenden Ausschuß beraten die Signatarstaaten, "wenn nach Meinung einer der Parteien die Gefahr eines bewaffneten Überfalls entsteht", ferner aber auch "alle wichtigen internationalen Fragen, die ihre gemeinsamen Interessen berühren" (Art. 3 WV). Für die Staaten besteht die Verpflichtung zur "Weiterentwicklung und Festigung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen untereinander in Befolgung der Grundsätze der gegenseitigen Achtung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität und der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten" (Art. 8 WV). Diese Grundsätze waren nach sowjetischer Auffassung im Sinne des "sozialistischen Internationalismus" zu verstehen; darauf wies Bulganin schon bei der Gründung des Paktes ausdrücklich hin.¹⁾

Mit diesen Zielen und Grundsätzen hält sich der Warschauer Vertrag an das Vorbild der bilateralen Verträge der Nachkriegszeit. Aber über die unmittelbare Bindung des einzelnen Staates an die Sowjetunion hinaus ist mit dem Pakt eine Institution entstanden, in der sich die Einheit des sozialistischen Lagers ausdrückt und durch die sie notfalls mit Hinweis auf den Grundsatz des Inter-

1) B. Meissner a.a.O. S.206

nationalismus und der gegenseitigen Hilfe erzwungen werden kann. Nachdem sich die Autorität des Kreml in der Auseinandersetzung mit dem Einzelstaat nicht mehr als hinreichend erwiesen hatte, stellte der Politische Beratende Ausschuß eine Art Steuerungsorgan für die multilaterale Regelung der in Artikel 3 WV angesprochenen Aufgaben dar und sollte insbesondere für ein gleichartiges Auftreten der sozialistischen Länder gegenüber der nicht-sozialistischen Umwelt sorgen.

Für diese Deutung spricht die Tatsache, daß seit der zweiten Tagung des Ausschusses im Mai 1958 in Moskau außer Regierungsvertretern auch die Ersten Sekretäre der kommunistischen Parteien teilnahmen. Trotzdem hat der Ausschuß seinen ersten Tagungsbeschluß vom 28.1.1956, "nicht weniger als zweimal im Jahr" ¹⁾ zusammenzutreffen, nicht verwirklicht. Statt 21 fanden bis Mitte 1966 nur acht Tagungen statt. Das lag zweifellos daran, daß von den in Art. 8 und Art. 3 festgelegten Zielen des Warschauer Paktes die wirtschaftliche Zusammenarbeit vom Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe gesteuert wurde und die Außenpolitik keines koordinierenden Gremiums bedurfte, weil die außenpolitische Prärogative der Sowjetunion bis zu jener Zeit unumstritten war. So dienten die Tagungen des höchsten Organs des Warschauer Paktes bis Mitte der sechziger Jahre hauptsächlich zur Verkündung und Propagierung der jeweiligen außenpolitischen Linie Moskaus ²⁾ und zur Erörterung militärischer Fragen. Für die Förderung der politischen Einheit der osteuropäischen Staaten spielte zunächst der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe die wichtigere Rolle.

In Ergänzung des Warschauer Vertrages schloß die Sowjetunion seit dem Winter 1956 mit Polen (am 17.12.1956), mit der DDR (am 12.3.1957), mit Rumänien (am 15.4.1957) und mit Ungarn (am 27.5.1957) Abkommen über die "zeitweilige Stationierung sowjetischer Streitkräfte" ³⁾ ab, die erstmals eine formelle Grundlage für die Anwesenheit sowjetischer Truppen auf dem Boden anderer sozialistischer Staaten schufen.

1) Schlußkommuniqué der ersten Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Paktes, zit. nach B.Meissner: Der Warschauer Pakt S.104

2) vgl. Hacker/Uschakow: Die Integration .. S.40

3) Texte der Abkommen bei B.Meissner a.a.O. S.117 ff

b) Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe

Eine multilaterale wirtschaftliche Organisation der osteuropäischen Staaten gab es seit 1949. Am 25. Januar dieses Jahres unterzeichneten Bulgarien, Ungarn, Polen, Rumänien, UdSSR und Tschechoslowakei ein gemeinsames Kommuniqué und gründeten damit den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Dieser Organisation trat im Februar 1949 Albanien und im September 1950 die DDR bei. Seit 1956 nahmen auch Vertreter der kommunistischen Staaten Asiens an Tagungen des RGW teil. Die Mongolei wurde im Juni 1962 Mitglied.

Entsprechend dem Gründungskommuniqué sollte der RGW ein Gegengewicht gegen die im April 1948 geschaffene OEEC sein und die "Organisation einer weitergehenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den volksdemokratischen Ländern und der UdSSR" ¹⁾ werden. Seine eigentliche Funktion bestand jedoch zunächst darin, die osteuropäischen Länder vom Marshallplan fernzuhalten und ihre bisher auf Westeuropa ausgerichtete Volkswirtschaft an die Bedürfnisse der Sowjetunion anzupassen. Eine nach dem Gründungsvertrag mögliche integrierende Funktion besaß der RGW in dieser ersten Phase seiner Entwicklung nicht. Die UdSSR hielt an bilateralen Wirtschaftsbeziehungen fest und förderte in den Volksdemokratien die Entwicklung möglichst autarker, nach sowjetischem Vorbild organisierter Volkswirtschaften. Der RGW beschränkte sich darauf, den Handel seiner Mitglieder zu dirigieren. Zwischen 1950 und 1954 fanden keine Ratstagungen mehr statt.

Das änderte sich mit der vierten Tagung des RGW am 26. und 27. März 1954 in Moskau. Die Sowjets sahen ein, daß die bisherige Wirtschaftspolitik in einzelnen Ländern zum Aufbau von Wirtschaftszweigen geführt hatte, die ökonomisch nicht sinnvoll waren. ²⁾ Künftig sollte es Aufgabe des RGW sein, die "Kräfte sinnvoller zu koordinieren", und jedes Land sollte sich auf die Branchen konzentrieren, für die es die günstigsten Voraussetzungen hatte. ³⁾ Man beschloß, die Volkswirtschaftspläne der einzelnen Länder aufeinander abzustimmen und am 1.1.1956 einheitlich

1) B. Meissner: Ostpakt-System S.108 f

2) Chruschtschow nannte das den "Warenhauscharakter der Industrie" einer Reihe volksdemokratischer Länder. In: Probleme des Friedens und des Sozialismus 9/1962 S.736

3) F. Schenk: Im Vorzimmer der Diktatur S.258

mit neuen Fünfjahrplänen zu beginnen. Im Mai 1956 empfahl der Rat, die Entwicklung bestimmter Wirtschaftszweige - etwa des Maschinenbaus - zu koordinieren, und er sprach "Empfehlungen" aus über die "Höhe der Produktion und der gegenseitigen Lieferungen der wichtigsten Maschinen, Ausrüstungen ...".¹⁾ Auf den nächsten Ratstagungen versuchte man, diese allgemeinen Bestimmungen konkreter zu fassen und sie an die durch den Ungarnaufstand veränderten Bedingungen anzupassen. "Koordinierung" so lautete das auf den Begriff gebrachte Programm, mit dem man die Neigung der osteuropäischen Staaten, sämtliche Industriezweige ungeachtet der Produktionskosten zu entwickeln, überwinden und ihre Zusammenarbeit durch Abstimmung der Pläne und durch Spezialisierung fördern wollte.²⁾

Diesem erweiterten Aufgabenbereich waren die in der ersten Phase geschaffenen Organe des RGW, die Ratstagung bevollmächtigter Vertreter der Mitgliedstaaten und ein ständiges Büro, nicht mehr gewachsen. Schon im März 1954 begann der Ausbau der Organisation, die in den folgenden Jahren ständig erweitert wurde. Aber erst auf der 12. Ratstagung im Dezember 1959 in Sofia gab sich der RGW ein Statut, das die vorher getroffenen Entscheidungen und die entstandene Organisationsstruktur zusammenfaßte und den bestehenden Rechtszustand bekräftigte. Nach Artikel V ³⁾ sind die wichtigsten Organe des RGW die Ratstagung, die Tagung der Ländervertreter im Rat, die Ständigen Kommissionen und das Sekretariat.

Die Ratstagung als höchstes Organ ist "ermächtigt, alle in die Zuständigkeit des Rates fallenden Fragen zu beraten sowie Beschlüsse und Empfehlungen gemäß diesem Statut anzunehmen." (Art. VI, 1)⁴⁾ Sie besteht aus Delegierten der Mitgliedsländer und tagt zweimal im Jahr. Die Ratstagung "behandelt die Vorschläge zu Fragen der wirtschaftlichen und technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit ... übt andere Funktionen aus, die sich für die Erreichung der Ziele des Rates als notwendig erweisen" (Art. VI, 5 a und c).

1) Kommuniqué der 7. Ratstagung im Mai 1956, zit. nach Uschakow: Der Rat... S.89 f

2) Zur Entwicklung des RGW und insbesondere zu tschechoslowakischen Initiativen für die Koordinierung der Produktion 1955 vgl. Montias: Economic Development in Communist Rumania S.190 ff

3) Text des Statuts siehe Uschakow: Der Rat S.73 ff

4) ebenda

Auch an der Tagung der Ländervertreter im Rat nehmen alle Signatarstaaten teil. Sie bildet ein ständig arbeitendes Gremium, das unter anderem "im Rahmen seiner Zuständigkeit das Recht hat, Empfehlungen und Beschlüsse gemäß diesem Statut anzunehmen" (Art. IV,3), Vorschläge zur Behandlung auf der Ratstagung zu unterbreiten und Empfehlungen der Mitgliedsländer, der Kommissionen und des Sekretariats zu erörtern. 1962 wurden die Ländervertreter im Rat durch ein Exekutivkomitee ersetzt. Es besteht aus stellvertretenden Ministerpräsidenten der Mitgliedstaaten und ist satzungsgemäß Hauptvollzugsorgan des RGW.

Die Ländervertreter, später das Exekutivkomitee, koordinieren die Arbeit der Ständigen Kommissionen, in die jedes Land Vertreter entsendet. Sie dienen als technische Arbeitsgremien und haben ebenfalls das Recht, Empfehlungen anzunehmen.

Verwaltungsorgan des RGW ist das Sekretariat, das nach der Reform 1962 zusammen mit dem Exekutivkomitee und den Ständigen Kommissionen als eine Art "internationaler Planungsstab" ¹⁾ gedacht war.

Die Ziele des RGW sind in Präambel und Artikel I des Statuts formuliert. Die Präambel verweist darauf, "daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit ... zur rationellsten Entwicklung der Volkswirtschaft, zur Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung und zur Festigung der Einheit und Geschlossenheit ihrer Länder beiträgt." Artikel I favorisiert die "planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft", dann erst folgt "Hebung des Standes der Industrialisierung in den Ländern mit einer wenig entwickelten Industrie" (Art. I,1). Artikel I,2 gründet die Tätigkeit des Rates auf die Prinzipien voller Gleichberechtigung der Mitglieder, Achtung der Souveränität und nationaler Interessen, gegenseitigen Vorteils und kameradschaftlicher gegenseitiger Hilfe. In dem zuletzt genannten Prinzip verbirgt sich der schon erwähnte proletarische Internationalismus, der eine wechselseitige Verpflichtung des einzelnen gegenüber der Gemeinschaft und dieser gegenüber Interessen und Bedürfnissen des einzelnen Staates begründet. Diese Ambivalenz spiegelt sich auch in den Zielsetzungen der Präambel, die den RGW sowohl als Mittel zur Hebung des Niveaus jedes Landes wie auch als Mittel zur Festigung der Einheit des

1) Hacker/Uschakow: Die Integration...S.144

Staatensystems betrachtet.

Artikel III definiert die Aufgaben des RGW: Er organisiert die allseitige wirtschaftliche Zusammenarbeit, unterstützt die Mitgliedsländer bei der Ausarbeitung und Verwirklichung gemeinsamer Maßnahmen "auf der Grundlage der konsequenten Durchführung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung, der Spezialisierung und Kooperation der Produktion" und ergreift "andere Maßnahmen, die für die Erreichung der Ziele des RGW notwendig sind" (Art. III,1). Zu diesem Zweck kann der Rat Empfehlungen annehmen und zu organisatorischen und Verfahrensfragen Beschlüsse fassen (Art. III,2). Empfehlungen und Beschlüsse gelten nur für Länder, die erklärt haben, an der betreffenden Angelegenheit interessiert zu sein. Nach der Geschäftsordnung der Ratstagung ist für die Annahme einer Empfehlung Einstimmigkeit erforderlich ¹⁾. Erst die einzelnen Regierungen setzen die "Empfehlungen" durch Beschluß in Kraft.

Damit kommt einer Empfehlung des Rates formell keinerlei Rechtsverbindlichkeit zu. Dennoch begründet die Annahme einer Empfehlung im Rat praktisch "eine politische und moralische Pflicht zum unbedingten Vollzug der Vereinbarung." ²⁾ Wie im Rat gemeinsam verabschiedeten Empfehlungen stellen also in Wirklichkeit für den einzelnen Staat verbindliche Entscheidungen dar; dies um so mehr als seit Mai 1958 Konferenzen der Ersten Sekretäre der kommunistischen Parteien Richtlinien für die weitere Entwicklung des RGW beschließen. ³⁾

Seit 1958 propagierte die Sowjetunion eine neue Konzeption für den RGW, die zwar in seiner bisherigen Entwicklung schon angelegt war, aber erst mit der Tagung der Parteichefs vom 20. bis 23. Mai konkretere Gestalt anzunehmen begann. Derartige Versammlungen, die das Statut nicht vorsieht, wiederholten sich im Februar 1960, im Juni 1962 und im Juli 1963 und sind entsprechend dem Beschluß im Juni 1962, "auch künftig regelmäßige Konsultationen und Meinungsaustausche" ⁴⁾ durchzuführen, institutionalisiert.

1) Uschakow a.a.O. S.46

2) ebenda

3) Die spätere Opposition Rumäniens äußerte sich denn auch nicht im Boykott der Empfehlungen des Rates, sondern in der Verhinderung einstimmiger Beschlüsse in den Organen des RGW.

4) Communiqué der Moskauer Konferenz der Partei- und Regierungschefs im Juni 1962, zit. nach Hacker/Uschakow: Integration..S.200

siert worden. Sie übten Rechtssetzungs- und Richtlinienbefugnisse aus und schränkten die Ratstagung auf Exekutivaufgaben ein. Dieses Verfahren zeigt, welche große Bedeutung die Sowjetunion dem RGW für die Festigung der Einheit beimaß, und daß sie diese Entwicklung entschieden voranzutreiben gedachte.

In Leipzig beschrieb Chruschtschow 1959 die sowjetischen Vorstellungen von den künftigen Aufgaben des RGW folgendermaßen: "Die Wirtschaftsbarrieren, die unsere Länder unter dem Kapitalismus trennten, werden eine nach der anderen beseitigt werden. Es wird die gemeinsame Basis des Weltsozialismus gefestigt werden, die die Frage der Grenzen letzten Endes gegenstandslos machen wird."¹⁾ Chruschtschow schwebte die Vision eines einheitlichen, alle sozialistischen Staaten umfassenden Wirtschaftsraumes vor, der sich als Basis den entsprechenden Überbau schafft und die politische "Verschmelzung"²⁾ der ihm angehörenden Länder nach sich zieht.

Zu dieser Vision hatte den sowjetischen Parteichef die erfolgreiche Entwicklung der EWG inspiriert. 1962 fragte er sich in einem Artikel der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus", warum das, was den Imperialisten gelungen sei - die "Internationalisierung des Wirtschaftslebens"³⁾ -, nicht auch den sozialistischen Ländern möglich sein solle. Er erhoffte sich die Integration Osteuropas vom RGW, den er nunmehr in die dritte entscheidende Phase seiner Entwicklung gekommen sah. Nach der Gründung habe der Rat die Zusammenarbeit zunächst auf dem Gebiet des Handels, später auf dem der Produktion organisiert. Jetzt gelte es, "das sozialistische Weltssystem nicht nur politisch sondern auch ökonomisch zu einem einheitlichen Ganzen"⁴⁾ zu gestalten.

Arbeitsteilung und Planung betrachtete Chruschtschow als die Mit-

1) Neues Deutschland vom 27.3.1959

2) Der Ausdruck stammt aus der tschechischen Zeitschrift "Nova Mysl" 6/1958: "Die Grundlage dieser Koordinierung soll die allseitig gebilligte Spezialisierung der einzelnen Länder sein, die sie zu einer wirklich homogenen Einheit verschmelzen wird." zit. nach Z. Brzezinski: Sowjetblock S. 547. Der Begriff "Integration" blieb im allgemeinen der westeuropäischen Einigung vorbehalten, die damit als negative Erscheinung charakterisiert werden sollte.

3) N.S. Chruschtschow: wesentliche Fragen der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems. In: Probleme des Friedens und des Sozialismus 9/1962 S. 729 ff

4) ebenda S. 730

tel, mit denen er dieses Ziel erreichen wollte. Die "geplante Entwicklung der Volkswirtschaft" war schon im Statut als verbindlicher Grundsatz festgelegt worden. Jetzt sollte die "nationale Beschränktheit" überwunden werden. Gedacht war an eine übernationale Planung, die für den angestrebten Wirtschaftsraum einen einheitlichen Plan ausarbeitete, in dem jedem Land nach dem Grundsatz der "internationalen sozialistischen Arbeitsteilung" eine besondere Aufgabe zufiele. Dies erläuterte Chruschtschow folgendermaßen:

"Die Entwicklung der Zusammenarbeit im Rahmen des RGW hat uns jetzt dicht an die Notwendigkeit herangeführt, die Frage der Spezialisierung der Produktion in einem jeden Lande zu entscheiden, d.h. festzulegen, welche Zweige in welchem Komplex und mit welchen Rohstoffen in jedem einzelnen Lande zu schaffen und zu entwickeln sind, um auf wirtschaftlichste Weise unsere gemeinsamen Bedürfnisse zu befriedigen...Bereits in den nächsten Jahren ist vorgesehen, die wichtigsten Arten an neuer Produktion auf der Grundlage der internationalen Spezialisierung und Kooperation herauszubringen."

"Internationale sozialistische Arbeitsteilung" bedeutete zunächst, daß sich jedes Land auf bestimmte Wirtschaftszweige konzentrieren sollte, für die es traditionell oder auf Grund vorhandener Rohstoffe die günstigsten Voraussetzungen bot, auf die Entwicklung der übrigen Branchen aber verzichtete, um sie anderen Ländern zu überlassen. Nur die Sowjetunion sollte dank ihrer Größe und ihrer Rohstoffressourcen über sämtliche Industriezweige verfügen. Mit der Verwirklichung dieser Vorstellungen wäre in Ost- und Südosteuropa eine Staatengemeinschaft entstanden, von der sich kein Land hätte lösen können.

Im Juni 1962 schien die Sowjetunion am Ziel zu sein. Die ersten Sekretäre der kommunistischen Parteien der RGW-Länder nahmen sogenannte "Grundprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung" an und empfahlen sie ihren Regierungen als "Grundlage für die Aufstellung eines wirksamen Perspektivprogramms der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerländern des RGW".²⁾ Damit stand das Programm für die weitere Integration fest, die Ausarbeitung konkreter Maßnahmen zur Koordinierung und Spezialisierung von Produktion und Investitionen sollte unmittelbar folgen. Wesentliche Teile von Chruschtschows

1) Chruschtschow a.a.O. S.738

2) Kommuniqué der Tagung zit.nach Hacker/Uschakow: Integration S.199

Konzeption waren von den Mitgliedern akzeptiert worden, wenn auch vorerst nur in allgemein gehaltenen Wendungen, und der RGW schien zum Motor und Garanten der wirtschaftlichen und politischen Einheit der sozialistischen Länder geworden zu sein.

3. Von der Einheit zum Polyzentrismus

Die hierarchisch aufgebaute Weltpartei, deren Moskauer Zentrale den einzelnen Sektionen Befehle erteilte, gegebenenfalls Sanktionen verhängte und sie auch durchsetzen konnte, war nicht mehr. Nach 1954 entwickelten sich neuartige Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien und Staaten, die zu einer unterschiedlichen, den Machtverhältnissen entsprechenden Integrationsdichte führten. Als allgemeines Klammer, die alle kommunistischen Parteien - ob regierend oder nicht - verband, dienten kollektive Beratungen dieser Parteien, die sich auf die alle verpflichtende Ideologie beriefen und allgemeine politische und ideologische Richtlinien verkündeten. An die Stelle des einstigen ideologischen Zentrums in Moskau traten Weltkonzile, die für ein gleichartiges Reagieren in bestimmten politischen Situationen und eine in großen Zügen gleichartige Struktur der Parteien und Staaten sorgen sollten. Diese Konstruktion trug dem Drang nach Gleichberechtigung und Mitbestimmung bei den Parteien Rechnung, die von Moskau nicht unmittelbar abhängig waren, entweder weil sie die Herrschaft in ihrem Land nur der eigenen Kraft zu danken hatten oder weil sie in Ländern um die Macht kämpften, die sowjetischem Einfluß nicht unmittelbar zugänglich waren.

Der Zusammenhalt dieser Parteien beruhte nicht mehr auf irgendeiner Organisation, sondern auf der Identität der Interessen. Die Vorrangstellung der KPdSU entsprang traditionellen Verhaltensweisen, freiwilliger Unterordnung unter die Partei des ersten und größten sozialistischen Staates oder der Loyalität gegenüber der vom Kreml geführten Mehrheit.

Innerhalb dieser Gemeinschaft kommunistischer Parteien schufen die Sowjets ein auf von ihnen abhängigen Parteien beruhendes System, dessen Zusammenhalt sie nicht nur durch ideologische und parteipolitische Bindungen, sondern durch politisch und rechtlich, militärisch und wirtschaftlich integrierte Strukturen

zu festigen trachteten. Die Wiederbelebung des RGW und Gründung des Warschauer Paktes gingen dem Versuch voraus, Jugoslawien wieder in das kommunistische System einzubeziehen. Die Sowjetunion versuchte, den eigenen Machtbereich zu konsolidieren und abzuschirmen gegen den Einfluß der unabhängigeren und selbständigeren Parteien.

Es mag sein, daß Chruschtschow dieses zweite System integrierter sozialistischer Staaten tatsächlich als Keimzelle für ein späteres einheitliches Weltssystem betrachtete, aber in Wirklichkeit hatte sich seine Konzeption schon 1957 als illusionär erwiesen. Die jugoslawischen Kommunisten, die sich 1955 und 1956 bereit gezeigt hatten, innerhalb eines lockeren, unverbindlichen Bündnisses als unabhängiger Partner mitzuarbeiten, weigerten sich auf der Weltkonferenz ein Dokument zu unterzeichnen, das bestimmte Strukturen als Kriterium für Rechtgläubigkeit vorschrieb. Der von der Sowjetunion gesteckte Rahmen erwies sich als zu eng. Die Jugoslawen scherten aus und legten 1958 als Kontrast zur Deklaration der Weltkonferenz ein eigenes Programm vor.¹⁾ Damit unterstrichen sie ihr Recht auf selbständige Entwicklung und Auslegung der Ideologie; zugleich übertrumpften sie die KPdSU, deren Parteiprogramm inzwischen 39 Jahre alt geworden war. Die Einheit ließ sich nur durch Ausschluß des Abweichlers wiederherstellen. Die Jugoslawen wurden als "Revisionisten" exkommuniziert und Belgrad bildete ein zweites Zentrum der kommunistischen Bewegung, auch wenn es unter den übrigen Parteien keinen Anhang fand.

Nicht der Konflikt mit dem kleinen Jugoslawien, sondern Wandlungen in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der chinesischen Volksrepublik führten zur entscheidenden Spaltung der kommunistischen Bewegung.²⁾ Noch 1957 hatte die chinesische Partei und die Autorität Mao Tse-tungs dazu beigetragen, Einheit und Disziplin wiederherzustellen. China setzte sich auf der Weltkonferenz für die Führungsrolle der KPdSU ein und leitete die Kampagne gegen die jugoslawischen Ketzler. Doch schon im nächsten Jahr wurden zwischen Moskau und Peking ideologische Meinungsver-

1) vgl. C.G. Ströhm: Zwischen Mao und Chruschtschow S.168 ff

2) Zum Folgenden vgl.: K.Mehnert: Peking und Moskau S.439 ff; R. Löwenthal: Chruschtschow und der Weltkommunismus S.89ff; und D.S.Zagoria: Der chinesisch-sowjetische Konflikt S.94 ff

schiedenheiten und außenpolitische Interessenkonflikte sichtbar, die sich in der Folgezeit nicht mehr überwinden lassen sollten.

Mao Tse-tungs Theorie von der permanenten Revolution und das Experiment mit den Volkskommunen, die die Chinesen als "praktischen Weg des Übergangs zum Kommunismus"¹⁾ ansahen, kündeten vom Selbstbewußtsein der Führung in Peking, die ausdrücklich auf die Nachahmung des sowjetischen Modells verzichtete, seine Verbindlichkeit für andere kommunistische Parteien in Frage stellte und die Sowjets auf dem Wege zum Kommunismus wenn nicht überholt, so doch wenigstens eingeholt zu haben behauptete. Offenbar betrachtete die Volksrepublik China ihren Weg des sozialistischen Aufbaus als ein für Entwicklungsländer brauchbares Vorbild und sich selbst als den geeigneten Führer der revolutionären Bewegung in diesen Teilen der Welt.

Gegensätzliche Vorstellungen bestanden auch in Fragen der internationalen revolutionären Strategie, einem Gebiet, auf dem die Russen bisher ein Monopol besaßen. In der Annahme, daß die militärische Stärke des sozialistischen Lagers der des Westens überlegen sei, befürworteten die Chinesen eine größere Risikobereitschaft der Sowjetunion bei der Verfolgung revolutionärer Zielsetzungen. Sie forderten intensivere Unterstützung von Befreiungsbewegungen in Entwicklungsländern und tatkräftige Hilfe bei lokalen Kriegen und schätzten die Gefahr eines neuen Weltkrieges geringer ein als die Sowjets. Die Pekingische Führung kritisierte die ideologischen Neuerungen, mit denen sich Chruschtschow als marxistisch-leninistischer Theoretiker eingeführt hatte: Die These von der friedlichen Koexistenz lehnte sie in der von Chruschtschow vorgelegten Form ebenso ab wie die Behauptung, Kriege seien in der gegenwärtigen Epoche nicht unvermeidlich, und die Vorstellung, in kapitalistischen Ländern sei eine friedliche Machtergreifung durch kommunistische Parteien möglich. Von diesen Theorien fürchteten die Chinesen eine Schwächung der Kampfkraft der kommunistischen Bewegung.

Zu Interessenkollisionen kam es in der Frage einer chinesischen Atombewaffnung, in der Nahostkrise 1958, in der von China provozierten Krise um die in der Straße von Formosa liegende Insel Quemoy und im chinesisch-indischen Grenzkonflikt. Die Chinesen

1) Peking Review vom 16.9.1958, zit. nach Zagoria a.a.O.S.117

verdächtigten die Entspannungsbemühungen der Sowjetunion als Appeasement-Politik und klagten Chruschtschow Anfang 1960 der "Abänderung, der Entmannung und des Verrats"¹⁾ an den Lehren des Leninismus an.

Der Disput weitete sich zum Konflikt aus. Der Streit um die richtige ideologische und politische Konzeption war zum Kampf um die Macht in der internationalen kommunistischen Bewegung geworden. Moskau und Peking wetteiferten um Einfluß in den unterentwickelten Ländern, kämpften um die Kontrolle örtlicher Parteien und bald entstanden konkurrierende Fraktionen in kommunistischen Parteien Afrikas, Lateinamerikas und Asiens. Auf Sitzungen internationaler, kommunistisch gelenkter Organisationen - im Weltfriedensrat, im Weltgewerkschaftsbund etc. - traten sowjetische und chinesische Delegierte gegeneinander an.

Im November 1960 brachte die zweite Weltkonferenz von 81 kommunistischen Parteien noch einmal einen Kompromiß, der die gegensätzlichen Standpunkte nur notdürftig verhüllte. Die chinesischen Führer waren weitgehend isoliert und die sowjetische Ansicht setzte sich in den meisten Fragen durch. Erst auf dem XXII. Parteitag der KPdSU kam es 1961 zum Bruch, als Chruschtschow Albanien, das sich schon 1956 gegen die Entstalinisierung gewehrt und seit Ausbruch des Konflikts die chinesische Linie unterstützt hatte²⁾, aus der kommunistischen Bewegung auszuschließen versuchte. China weigerte sich, dem Ausschluß zuzustimmen und seinen ersten europäischen Verbündeten fallenzulassen. Die Spaltung ließ sich nicht mehr aufhalten.

Damit war das polyzentrische System, von dem der italienische Parteichef Togliatti 1956 sprach, 1962 Wirklichkeit geworden. Die kommunistischen Parteien, die nach 1945 selbständig die Macht erkämpft hatten, hatten sich von der Moskauer Vormundschaft befreit. Trotzdem blieb die Fiktion einer einheitlichen kommunistischen Weltbewegung erhalten. Die Spaltung, die faktisch eingetreten war, wurde niemals formell bekundet. Innerhalb der kommunistischen Bewegung existieren zwei konkurrierende, sich in ihrem Führungsanspruch ausschließende Zentren, um die sich je-

1) zit. nach Zagoria a.a.O. S.333

2) vgl. Ströhm: Zwischen Mao ...S.259 ff und C.G.Gasteyger: Das neue Schisma im Ostblock. Der sowjetisch-albanische Konflikt. In: Europa-Archiv 1962 S.213 ff

weils eine Reihe kommunistischer Parteien gruppiert. Auf dem dem XXII. Parteitag der KPdSU zeigte das Verhalten in der Beurteilung Albaniens, daß die Sowjets fast alle Parteien in Europa, im Nahen Osten und in Lateinamerika hinter sich hatten, während China auf viele asiatische Parteien und einige Minderheitsfraktionen rechnen durfte. Die Konkurrenz der beiden kommunistischen Großmächte eröffnete den kleinen Parteien Alternativen, verschaffte ihnen Handlungsspielraum und hinderte Moskau wie Peking, absolute Herrschaft über die um sie gescharten Parteien zu gewinnen. Gefolgschaft beruhte wesentlich auf Identität der Interessen und wurde kündbar.

Auf diese Weise ergab sich eine Differenzierung zwischen einem inneren Ring kommunistischer Parteien, die bei der Behauptung ihrer Herrschaft von Moskau abhängig waren und durch RGW und Warschauer Pakt weiterhin in Abhängigkeit gehalten werden sollten, und einem äußeren Ring kommunistischer Parteien, um deren Unterstützung sich die KPdSU immer wieder bemühen mußte, um sie bei der Stange zu halten, wie die westeuropäischen und lateinamerikanischen Parteien.

Daß die Sowjetunion auch diesen inneren Ring kommunistischer Parteien und Staaten nicht enger an sich binden konnte und sich in ihm ähnlich zentrifugale Tendenzen zeigten wie im ganzen kommunistischen System, dafür sorgte Anfang der sechziger Jahre ein Land, mit dem westeuropäische Beobachter nicht im geringsten gerechnet hatten: Die Rumänische Volksrepublik.

II. Einige Bemerkungen zur Entwicklung der Rumänischen

Volksrepublik bis 1960 ¹⁾

Bis zum Ende der fünfziger Jahre hatte Rumänien der Sowjetunion wenig Anlaß zur Beunruhigung gegeben. Im Gegenteil, Gheorghe Gheorghiu-Dej, seit April 1944 mit nur kurzer Unterbrechung Führer zunächst der Kommunistischen Partei, dann der Rumänischen Arbeiterpartei, galt als einer der loyalsten Gefolgsleute Mos-

1) Ausführliche Darstellungen dieses Zeitraums der rumänischen Geschichte finden sich bei Gh. Ionescu: Communism in Rumania 1944 - 1962 und St. Fischer-Galati: The New Rumania. Dieses Kapitel soll nur einen kurzen Überblick über die Voraussetzungen für Rumäniens unabhängigen Kurs geben.

kaus, so daß der Journalist Viktor Meier die rumänischen Kommunisten noch 1958 in der Neuen Zürcher Zeitung als "opportunistisch" und "stets anpassungswillig"¹⁾ bezeichnen konnte. Tatsächlich läßt die rumänische Nachkriegsgeschichte ein solches Urteil als nicht unberechtigt erscheinen.

Die kleine, zu Kriegsende nicht viel mehr als tausend Mitglieder zählende kommunistische Partei hatte am 23. August 1944 den Staatsstreich König Michaels unterstützt, der das Regime von Ion Antonescu hinwegfegte. Rumänien wechselte die Front und trat zu den Alliierten über.²⁾ An den folgenden Regierungen war die kommunistische Partei beteiligt, in der "national-demokratischen Front" Petru Grozas wurde sie zur stärksten Kraft. Der erzwungenen Abdankung König Michaels Ende 1947 folgte die Ausrufung der Republik. Im Februar 1948 vereinigten sich Kommunisten und Sozialisten zur Rumänischen Arbeiterpartei. Im April 1948 nahm die Nationalversammlung die erste Verfassung der Volksrepublik Rumänien an. Im Land wurde eine "volksdemokratische" Ordnung etabliert, nicht anders als in den übrigen von der Roten Armee besetzten ost- und südosteuropäischen Ländern.

Die von der Rumänischen Arbeiterpartei gestellte Regierung akzeptierte die Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag. Sie erkannte die neuerliche Annektierung Bessarabiens und der Nordbukowina durch Rußland an, erfüllte immense Reparationslasten und stimmte der Einrichtung sogenannter gemischter Aktiengesellschaften (Sovrom) zu, mit deren Hilfe die Sowjetunion alle wesentlichen Industriezweige des Landes kontrollierte und zu ihrem Vorteil ausbeutete.

Diese Politik vergrößerte die ohnehin schon geringe Popularität der Kommunistischen Partei keineswegs. Ihre Führer waren in der Zwischenkriegszeit meist Ausländer und Männer jüdischer Herkunft gewesen, und der Partei haftete das Odium an, Appendix des Erbfeindes Rußland zu sein. Sie galt als unrumänisch und antinatio-

1) Neue Zürcher Zeitung vom 22.5.1958

2) Fischer-Galati äußert die Vermutung (a.a.O. S.21), die KP habe damit sowjetische Absichten durchkreuzt. Stalin habe eine Kapitulation des bestehenden Regimes einem Machtwechsel vorgezogen. Die Mißbilligung des Staatsstreichs durch die Gruppe um Ana Pauker stützt diese Annahme. Ähnlich verhielt sich die Sowjetunion auch gegenüber dem Warschauer Aufstand und der Erhebung in der Slowakei.

nal. Die Aufnahme zahlreicher ehemaliger Anhänger der Eisernen Garde, von Opportunisten und Karrieristen änderte an dem negativen Image nichts. Die Partei war zur Erhaltung der Macht bedingungslos auf sowjetische Unterstützung angewiesen.

Gheorghiu-Dej, der Generalsekretär der Partei, erfüllte seine Verpflichtungen offensichtlich zur Zufriedenheit Stalins, denn dieser ließ 1952 zu, daß sich Gheorghiu-Dej seiner Haupttrivalen um die Parteiführung entledigte, der Funktionärsgruppe um Ana Pauker und Vasile Luca, die sich während des Krieges in Moskau aufgehalten hatten. 1954 beseitigte der Parteichef den möglichen Konkurrenten auf dem anderen Parteiflügel: Der 1948 als Titoist abgesetzte Justizminister Lucian Patrascanu wurde nach einem Geheimprozeß zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Zweifellos waren diese "Säuberungen" von der Absicht diktiert, die eigene Machtstellung zu erhalten und zu festigen. Es gibt kein Anzeichen dafür, daß sie im Gegensatz zu sowjetischen Absichten gestanden hätten. Daran die Frage zu knüpfen, ob sie "im Wesen antirussisch" gewesen seien oder "motiviert von einem genuinen Interesse an der Schaffung einer rumänischen Basis für den Aufbau des Sozialismus in Rumänien"¹⁾, wie Fischer-Galati in seinem Buch "The New Rumania", ist unzulässige Spekulation. Ein vager Verdacht hätte genügt, daß Gheorghiu-Dej selber "gesäubert" worden wäre.²⁾ Die "Russifizierung des rumänischen Geisteslebens" seit 1948³⁾, die Umdeutung der rumänischen Geschichte und die Slawisierung der romanischen Sprache⁴⁾ beweisen, wie weit der Anpassungswille der damaligen rumänischen Parteiführung ging, und daß von "antirussischen" Motiven in ihrer Politik nicht die Rede sein kann. Ausgehend von der rumänischen Unabhängigkeitserklärung des Jahres 1964 versucht Fischer-Galati die dort anklingenden Motive in die ganze rumänische Nachkriegsgeschichte zu pro-

1) Fischer-Galati: The New Rumania S.42

2) Es ist nicht einzusehen, warum die rumänische Parteiführung eine stärkere Stellung gehabt haben sollte als etwa die tschechoslowakische, deren Generalsekretär Slansky auf Moskauer Veranlassung abgesetzt, verhaftet und zum Tode verurteilt wurde.

3) D. Ghermani: Die kommunistische Umdeutung der rumänischen Geschichte unter besonderer Berücksichtigung des Mittelalters, S. 136

4) 1952 wurde die Rechtschreibung reformiert, die bisherige Schreibweise România in Romînia geändert - vgl. Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa 1/2, 1966 S.18

jizieren, in der sich einzelne Vorgänge jedoch nur dann als "embryonaler kommunistischer Nationalismus"¹⁾ mißverstehen lassen, wenn man - wie der Autor - auf die Berücksichtigung paralleler Erscheinungen in anderen osteuropäischen Ländern verzichtet. Nur durch derartige Vergleiche hätte sich feststellen lassen, ob und wie weit sich ein Land von der allgemeinen durch Moskau gesetzten Norm entfernt. Erst der Nachweis einer wesentlichen Abweichung von der Norm gestattet, von einer nationalen Sonderentwicklung zu sprechen.

Nach Stalins Tod versuchten die Kommunistischen Parteien mit einem "Neuen Kurs", das heißt durch eine veränderte Wirtschaftspolitik und eine modifizierte Innenpolitik, der Bevölkerung die Identifikation mit den Zielen der Partei zu erleichtern, Parteipolitik und allgemeine Interessen zur Deckung zu bringen. Dieser "Neue Kurs" war nicht auf Rumänien beschränkt und dort auch keineswegs am meisten ausgeprägt oder gar der besonderen Tatkraft Gheorghiu-Dejs zu danken. Vielmehr befürwortete der Kreml einen Wandel, um in Osteuropa die Kluft zwischen den jeweiligen kommunistischen Regimes und ihrer Bevölkerung zu überbrücken. Das war auch das Motiv für die Auflösung der Sovroms zwischen 1954 und 1956²⁾.

Nach dem XX. Parteitag fügte sich Gheorghiu-Dej der Entstalinisierung nur widerwillig und nahm sie ebenso salopp vor wie etwa Ulbricht in der DDR.³⁾ Für stalinistische Verbrechen in Rumänien machte er die 'gesäuberten' Ana Pauker und Vasile Luca verantwortlich. Im übrigen behauptete er, man habe in Rumänien schon 1953, spätestens aber auf dem zweiten Parteikongreß 1955 mit dem Stalinismus aufgeräumt. Eine Rehabilitierung der Opfer des stalinistischen Terrorregimes oder eine nennenswerte Liberalisierung des politischen Lebens fanden nicht statt. Nur vorübergehend wankte die Stellung Gheorghiu-Dejs, als ihn zwei Mitglieder des

1) Fischer-Galati a.a.O. S.48

2) Ionescu: Communism..S.229. Diese Art Aktiengesellschaften gab es in den meisten kommunistischen Ländern. Sie wurden entsprechend einem Beschluß des ZK der KPdSU im Juli 1955 aufgelöst, zum Teil erheblich früher in anderen Ländern als in Rumänien.

3) Der Parteitag beabsichtigte keine Systemänderung in den osteuropäischen Staaten. Das sowjetische Verhalten in Ungarn - Rakosi blieb zunächst Erster Sekretär - und in der DDR zeigt, daß nicht einmal eine Auswechslung des durch die Politik Stalins kompromittierten Personals beabsichtigt war.

Politbüros, Iosif Chisinevski und Miron Constantinescu, bezieligten, er trage die Hauptverantwortung für stalinistische Methoden im Parteileben; Miron Constantinescu forderte darüberhinaus eine Reform des Systems.

Der Aufstand in Ungarn, der in Rumänien besonders bei Schriftstellern und Studenten Widerhall fand, die Intervention in Ungarn und die Verhärtung des sowjetischen Kurses gegenüber Reformbestrebungen erlaubten Gheorghiu-Dej, sich der Widersacher zu entledigen. Funktionäre, die den Krieg in Moskau verbracht hatten, waren damit entweder aus der Parteiführung entfernt oder denen untergeordnet, die im Lande geblieben waren. Seit 1957 verfügte Gheorghiu-Dej als unbestrittener Führer über eine homogene, in sich geschlossene Partei.

Die Sowjetführung honorierte die loyale Haltung Rumäniens nach dem Ungarndebakel, indem sie 1958 ihre auf rumänischem Boden stationierten Truppen abzog. Es erscheint abwegig, diesen Vorgang hauptsächlich auf "a combination of Rumanian pressure exerted in conjunction with the Sino-Soviet controversy over the role of national armies in the nuclear age and Chinese support of the Rumanian position" ¹⁾ - so Fischer-Galati - zurückzuführen. Denn 1958 hatte der Konflikt zwischen Moskau und Peking noch nicht die antagonistische Form, die einer solchen Taktik Aussicht auf Erfolg beschieden hätte. Außerdem zeigte später das Verhalten des Kreml gegenüber Albanien, daß er sich im Falle eines Konflikts mit den Satelliten lieber auf politische und wirtschaftliche Pressionen verließ als auf Konzessionen, bei denen er sich seines wichtigsten Machtmittels begeben hätte.

Einleuchtender ist die These ²⁾, daß es den Sowjets in erster Linie darum ging, eine 1957 von Rumänien eingeleitete diplomatische Offensive zu unterstützen, durch die Jugoslawien und die Nato-Staaten Griechenland und die Türkei für Abrüstung und eine atomwaffenfreie Zone auf dem Balkan gewonnen werden sollten. Den Beschluß, alle sowjetischen Truppen aus Rumänien abzuziehen, faßten die Bündnispartner im Warschauer Pakt auf einer Gipfelkonferenz im Mai 1958. Im Kommuniqué der Tagung sprachen sich die beteiligten Staaten für die Liquidierung aller militärischen

1) Fischer-Galati a.a.O. S.70

2) Ionescu a.a.O. S. 289 f

Blöcke und für den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen Nato und Warschauer Pakt aus . Der Truppenabzug in Rumänien sollte von der Ernsthaftigkeit des Angebots überzeugen.

Mit dem Abzug der sowjetischen Truppen, der Konsolidierung der Parteiführung und der Verschärfung des sowjetisch-chinesischen Konflikts waren erst die Voraussetzungen entstanden, die für einen selbständigen Kurs Rumäniens Erfolgsaussichten eröffneten. Aber erst nach 1960 kam es zu tiefgreifenden Interessenkollisionen zwischen Rumänien und der Sowjetunion, die einen solchen Kurs notwendig machten und das damit verbundene Risiko rechtfertigten.

III. Der Konflikt

1. Probleme im RGW

Fernziel für die Reform des RGW war die übernationale Planung eines wirtschaftlichen Großraums, in dem multilateraler Handelsaustausch die bisherigen Hemmnisse bilateraler Wirtschaftsbeziehungen überwindet, und sich die Mitgliedsländer arbeitsteilig auf die Entwicklung bestimmter Industriezweige konzentrieren, um so die Rationalisierungsvorteile von Groß- und Serienproduktion ausnutzen zu können¹⁾. Es ist verständlich, daß die Industriestaaten Osteuropas, die Tschechoslowakei und die DDR, zu den wärmsten Befürwortern der Reform zählten, weil ihre Industrie von der Vergrößerung des Absatzmarktes und der Spezialisierung am meisten profitiert hätte.

Zum entscheidenden Problem der Reform wurde die Frage, welche Wirtschaftsbereiche die Spezialisierung erfassen und nach welchen Kriterien sie erfolgen sollte. Die DDR, die Tschechoslowakei und spätestens seit 1961 auch die Sowjetunion gingen davon aus, die "sozialistische Arbeitsteilung" müsse ganze Industriezweige einbeziehen, Kostenminimierung und maximale Rentabilität zum Ziele haben. Industriestruktur, industrielle Traditionen, verfügbare Rohstoffe und die Qualifikation der Arbeitskräfte sollten da-
 1) vgl. J.F.Brown: Moskaus Sorgen mit Rumänien. In: Hinter dem Eisernen Vorhang (HEV) 10/1963 S.3ff; J.B.Thompson: Rumäniens Konflikt mit Comecon. HEV 7,8/1964 S.11 ff und J.M. Montias: Economic Development in Communist Rumania S.187 ff

rüber entscheiden, auf welche Branchen sich ein Land spezialisiere. Damit wäre innerhalb des RGW das unterschiedliche industrielle Niveau und der Vorsprung der Industriestaaten konserviert worden. Länder wie Rumänien und Bulgarien, die ihre Industrie erst aufbauen wollten, hätten sich im wesentlichen mit der Rolle von Agrarprodukt- und Rohstofflieferanten begnügen müssen und nur über wenige Industriezweige verfügt - Rumänien beispielsweise über Petrochemie. Der Reformplan forderte von Rumänien Verzicht auf eigene Schwerindustrie, Verzicht auf die Entwicklung zum Industriestaat zugunsten größerer ökonomischer Effizienz der Gemeinschaft¹⁾. An der Kollision zwischen dem von der Mehrheit der RGW-Staaten formulierten Gemeinschaftsinteresse und den nationalen Belangen Rumäniens entzündete sich der Konflikt.

Die rumänischen Kommunisten hatten im Juni 1960 auf ihrem dritten Parteitag einen ehrgeizigen Sechsjahrplan und ein ähnlich geartetes Fünfzehn-Jahres-Programm entworfen, die eine allseitige Industrialisierung des Landes anstrebten. Der Plan hielt an der Priorität der Schwerindustrie als Basis für den Aufbau des Sozialismus fest. Für einzelne Branchen waren ansehnliche Zuwachsraten vorgesehen: Elektrische Energie sollte um 234 Prozent, Chemie um 230 Prozent, Stahl um 130 Prozent und Maschinenbau um 120 Prozent wachsen.²⁾

Im Mittelpunkt des Plans stand der Bau eines Stahlwerks in Galatz, das bis 1970 vier Millionen Tonnen Stahl erzeugen sollte. Offensichtlich befanden sich die Rumänen zu dieser Zeit noch nicht im Widerspruch zu sowjetischen Intentionen. Wegen ungenügender eigener Vorkommen waren sie auf beträchtliche Erz- und Kohlielieferungen aus der Sowjetunion angewiesen, deren Verweigerung die aufgestellten Planziele unerfüllbar gemacht hätte. Vor der Verabschiedung des Plans verhandelte eine Delegation rumä-

1) Dementsprechend war Rumänien in einem sowjetischen Bericht vom Dezember 1959 über die zwölfte Session des RGW, in dem mangelnde Fortschritte bei der Spezialisierung des Maschinenbaus beklagt werden, nicht in der Liste der Länder aufgeführt, die ihren Stahlausstoß in der kommenden Planperiode bedeutend erhöhen sollten. Im Mai 1963 berichtet die Neue Zürcher Zeitung über Entrüstung in Rumänien wegen des ihm von der zuständigen RGW-Kommission zugewiesenen Elektrifizierungsniveaus bis 1980: Für die CSSR waren 40 000 KW pro Kopf vorgesehen, für Rumänien 5000. NZZ 12.5.63

2) Ionescu: Communism.. S.323 f

nischer Wirtschaftsfachleute mehrere Wochen in Moskau. Allerdings lobte Chruschtschow auf dem rumänischen Parteitage zwar die Leistungen der Partei, ihren Führer Gheorghiu-Dej und die neuen Pläne, erwähnte aber gegen alle Gewohnheit das rumänische Renommierprojekt in Galatz mit keinem Wort. Ebensowenig besuchte er das Stahlwerk später bei seiner Reise durch Rumänien.

Meinungsverschiedenheiten wegen gegensätzlicher Interessen hatte es im RGW schon früher gegeben. Sie zeigten sich etwa 1956 bei der Diskussion über Spezialisierung im Maschinenbau oder bei der Erörterung des Preissystems¹⁾. Erst 1957/58 griffen die Rumänen in die von tschechischen und mitteldeutschen Ökonomen vorangetriebene Debatte über eine zweckmäßige Spezialisierung im RGW ein und vertraten schon bald ausgesprochen protektionistische Argumente, die dann in der Auseinandersetzung um die "sozialistische Arbeitsteilung" seit 1960 eine wesentliche Rolle spielen.

Bis zu diesem Zeitpunkt konnten sich Rumäniens Wirtschaftspolitiker noch im Einklang mit der sowjetischen These vom "gleichzeitigen Übergang aller sozialistischen Länder zum Kommunismus" wännen. Denn dafür schien der Aufbau einer leistungsfähigen Schwerindustrie unerlässlich. Und so schrieben sie im April 1961 selbstbewußt:

"Die Erweiterung und Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen sozialistischen Ländern bedeutet nicht, daß diese Länder...nur jene Produktionsarten aufnehmen sollen, für die sie eine Berufstradition und qualifizierte Arbeiter haben. Die Zusammenarbeit der sozialistischen Länder garantiert eine multilaterale Entwicklung ihrer Wirtschaft, und während dieses Prozesses entwickeln sich, zusammen mit der Anwendung überkommener Produktionstraditionen, neue Traditionen, die den Notwendigkeiten für den Aufbau der technisch-materiellen Basis des Sozialismus entsprechen. Die multilaterale Entwicklung jedes sozialistischen Landes setzt vor allem anderen die Schaffung und Entwicklung der entscheidenden wirtschaftszweige voraus."²⁾

Diese Situation änderte sich 1961, als die Sowjetunion offenbar auf die Linie der DDR und der Tschechoslowakei einschwenkte³⁾. Auf einem Plenum des ZK der Rumänischen Arbeiterpartei im November/Dezember 1961, auf dem Gheorghiu-Dej die Moskauer Emigranten wegen ihrer ablehnenden Haltung zum Staatsstreich 1944 anklagte

1) Montias: Economic Development S.190 f

2) Probleme Economice 4/1960. zit. nach Brown: Moskaus Sorgen mit Rumänien a.a.O. S.4

3) vgl. Hacker/Uschakow: Die Integration S.95, und Montias a.a.O. S. 207

und sie des stalinistischen Terrors beschuldigte - eine Pflichtübung zum XXII. Parteitag der KPdSU -, nahm der Leiter der Staatlichen Flankkommission Gheorghe Gaston-Marin zu Problemen des RGW Stellung:

"Unsere Partei hat immer energisch und stets von dem marxistisch-leninistischen Standpunkt aus jene falschen 'Theorien' abgelehnt und bekämpft, die, während sie die Aufrechterhaltung vernünftiger Proportionen zwischen den Zweigen der Volkswirtschaft und den Vorrang der schwerindustriellen Entwicklung im Rahmen des gesamten sozialistischen Lagers statt im Rahmen der einzelnen sozialistischen Länder zu verteidigen vorgeben, in Wirklichkeit die Notwendigkeit verneinen, die technische und materielle Grundlage des Sozialismus zu schaffen und in einer verzerrten Weise die Grundsätze der Spezialisierung und der Zusammenarbeit im Rahmen der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung präsentieren!"¹⁾

Was 1960 noch als einfache Meinungsäußerung, als Erklärung eines Diskussionsteilnehmers erscheint, klingt 1961 kämpferisch. Rumänien befindet sich in Verteidigungsstellung und tut dies der Parteimitgliedschaft und der Öffentlichkeit kund. Denn zum erstenmal werden die Hauptreden dieses Plenums im Parteiorgan Scinteia veröffentlicht.

Rumänien war nicht gegen "sozialistische Arbeitsteilung"; schließlich hatte es im Mai 1958 und im Juni 1962 die Kommuniqués der multilateralen Parteikonferenzen, auf denen die RGW-Reform grundsätzlich, wenn auch noch nicht detailliert beschlossen worden war, zusammen mit seinen Partnern unterschrieben. Aber die von der DDR und der CSSR vorgeschlagenen Kriterien für Spezialisierung legten den Rumänen Verzicht auf Industrialisierung und künftig die Rolle eines drittklassigen Staates in der osteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft nahe. Deshalb mußten sie versuchen, wenn sie dieser Bedrohung entgehen wollten, entweder andere Spezialisierungsverfahren durchzusetzen oder die Reform ganz zu verhindern.²⁾

1) Scinteia 12.12.1961, zit. nach Brown: Moskaus Sorgen a.a.O.S.5

2) Genau diese Alternative entwarf der Präsident der rumänischen Handelskammer, Ciobanu, in einem Interview mit der New York Times vom 4.7.1963. Darin lehnte Ciobanu eine Arbeitsteilung zwischen den Mitgliedsländern des RGW ab, wenn dies einen Verzicht auf wesentliche Industriezweige bedeute. Er zeigte sich aber einverstanden mit Spezialisierung innerhalb von Branchen, doch müßten in jedem Land alle Industriezweige existieren. Ähnlich verhalten sich rumänische Ökonomen in einer Diskussion über den RGW in: Probleme des Friedens und des Sozialismus Heft 4/1964 S.313 ff und 6/1964 S.503 ff: Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems, eine Diskussion marxistischer Theoretiker.

Rumänien deutete "sozialistische Arbeitsteilung" als eine Spezialisierung i n n e r h a l b bestimmter Industriezweige, die dem einzelnen Staat die Entwicklung aller Branchen seiner Volkswirtschaft unbenommen läßt und die Möglichkeit schafft, Unterschiede im Entwicklungsstand der einzelnen Länder auszugleichen. Primäre Aufgabe des RGW sei nicht maximale ökonomische Effektivität der Gemeinschaft sondern möglichst große Beschleunigung des Wirtschaftswachstums einzelner Staaten, speziell der weniger entwickelten, speziell Rumäniens. Im Mittelpunkt der rumänischen Argumentation steht nicht die Gemeinschaft, zu deren Vorteil der einzelne Staat vor übergehend oder dauernd Nachteile in Kauf zu nehmen habe, sondern der Einzelstaat, zu dessen Vorteil die Gemeinschaft existiere.¹⁾

Die unterschiedliche Beurteilung der Reformbestrebungen und ihrer Funktion mögen Ausschnitte aus Reden von Gheorghiu-Dej und Chruschtschow verdeutlichen, die beide im Juni 1962 während eines Besuches des sowjetischen Parteichefs in Rumänien gehalten haben. Chruschtschow versuchte kurz nach dem Gipfeltreffen osteuropäischer Parteiführer, die Rumänen für seine Konzeption vom RGW zu erwärmen.

Chruschtschow: "Die Beschlüsse der Juni-Beratung werden von überragender Bedeutung für die Entwicklung des ganzen sozialistischen Weltsystems sein. Darin wird das Problem der Auswertung der Vorzüge des Sozialismus nicht nur innerhalb eines jeden Landes sondern innerhalb des ganzen sozialistischen Weltsystems in seiner ganzen Größe gestellt..Die Beschlüsse der Beratung bilden einen wichtigen Schritt zur Entwicklung der sozialistischen Weltwirtschaft als einheitlichen wohlkoordinierten Komplex."

Gheorghiu-Dej: "Die Beziehungen der Zusammenarbeit zwischen den Ländern des sozialistischen Lagers, die ständige Vervollkommenung der Kooperierung, der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung sind ein starker Hebel für ihre wirtschaftliche Entwicklung..Die Vertiefung der Zusammenarbeit durch Koordinierung der Wirtschaftspläne sowie durch Spezialisierung und Kooperierung in der Produktion ermöglicht die raschere Entwicklung eines jeden Landes und der Wirtschaft der sozialistischen Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit."²⁾

Wo Chruschtschow überschwenglich die Vision der künftigen Gemein-

1) Gheorghiu-Dej anlässlich des Besuchs von ZK-Sekretär Podgorny: "Die Abstimmung der Wirtschaftspläne, die Anwendung der Prinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung, die von der Moskauer RGW-Tagung im Juni 1962 angenommen wurden, schaffen günstige Voraussetzungen für die Angleichung des Niveaus der sozialistischen Länder." Neuer Weg 5.6.1963

2) Beide Reden in "Neuer Weg 26.6.1962

schaft entwirft, bleibt Gheorghiu-Dej vergleichsweise kühl ("ein starker Hebel") und betont den Vorrang des einzelnen Staates.

Rumänien war gegen einen übernationalen Plan, weil nur nationale Planungsautonomie Gewähr für die Fortsetzung der Industrialisierung bot. In einer überstaatlichen Planungsbehörde wäre sein Gewicht gegenüber der Sowjetunion und den osteuropäischen Industriestaaten viel zu gering gewesen, um die eigenen Belange wirkungsvoll vertreten zu können. Aus dem gleichen Grunde befürworteten die Rumänen bilaterale Verhandlungen zur Regelung der Wirtschaftsbeziehungen statt des vom Kreml vorgeschlagenen multilateralen Verfahrens. Denn dann hätten sie sich ständig gegen den Druck einer Mehrheit wehren müssen. In beiden Fragen setzten sie sich durch. Alexandru Birladeanu, der rumänische Vertreter im RGW, beschrieb das Verfahren, mit Hilfe dessen die Volkswirtschaftspläne der RGW-Staaten künftig koordiniert werden sollten, im Moskauer Fernsehen folgendermaßen:

"Das Maßnahmenprogramm sieht vor, daß in der zweiten Hälfte des Jahres 1964 zwischen unseren Ländern zweiseitige Beratungen abgehalten werden, um die in den Planentwürfen der Mitgliedsländer enthaltenen Bestimmungen komplexer zu unterbauen. Später werden innerhalb der RGW-Organe Arbeiten im Bereich der vielseitigen Koordinierung der Pläne durchgeführt werden, die günstigere Bedingungen für die Verwirklichung der internationalen Spezialisierung und Koordinierung in der Produktion schaffen."¹⁾

Es blieb also beim Alten. Der nationale Plan behält die entscheidende Lenkungsfunktion für die Volkswirtschaft, die Koordinierung dient nur dazu, die Planentwürfe zu "unterbauen" und wird allenfalls Einzelheiten ändern. Die Zustimmung der betroffenen Regierungen bleibt erforderlich. Die Rumänen hatten die Reformpläne scheitern lassen, und Birladeanus Fernsehansprache war dafür gleichsam die notarielle Bestätigung. Denn er referierte im Oktober über Beschlüsse der 9. Sitzung des Exekutivkomitees, deren Vorsitzender er gewesen war.

Für die Weltöffentlichkeit wurde der Konflikt zwischen Rumänien und den übrigen RGW-Mitgliedern offenkundig, als die Rumänische Arbeiterpartei auf einer Plenartagung des ZK vom 5. bis 8. März 1963, an der auch alle Regierungsmitglieder, die Ersten Sekretäre der Regionspartei Komitees und die Abteilungsleiter im ZK teilnah-

1) Neuer Weg 25.10.1963

men, "einstimmig die von der Partei- und Staatsführung dem Vertreter der RVR erteilten Direktiven und die von ihm entfaltete Tätigkeit"¹⁾ billigte und die rumänische Haltung zum RGW bekräftigte.

"Das Plenum bekundete neuerlich seine volle Zustimmung zu den von der Juni-Beratung 1962 der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien der RGW-Teilnehmerländer angenommenen "Grundprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung", wonach das Hauptmittel der erfolgreichen Entwicklung und Ausweitung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung in der Koordinierung der Volkswirtschaftspläne besteht, im Sinne der von der Moskauer Erklärung 1960 verkündeten Prinzipien der Achtung der Unabhängigkeit und nationalen Souveränität, der völligen Gleichberechtigung, des gegenseitigen kameradschaftlichen Beistands und des gegenseitigen Vorteils. Das Plenum erachtet, daß diese Grundprinzipien ihre Gültigkeit zur Gänze bewiesen haben und auch in Zukunft eine dauerhafte Grundlage für die Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen bilden, im Hinblick auf die Entwicklung eines jeden sozialistischen Landes, auf die allmähliche Verringerung der Unterschiede in ihrem Entwicklungsstand, auf den allgemeinen Aufschwung des sozialistischen Lagers."²⁾

2. Die Entwicklung des rumänischen Außenhandels

Damit fanden westliche Publikationen ausdrückliche Bestätigung, in denen schon aus der Umstrukturierung des rumänischen Außenhandels auf eine "selbständige Rolle" Rumäniens im RGW geschlossen und die Absicht vermutet worden war, das Land vom "Kooperationswillen seiner kommunistischen Partner relativ unabhängig"³⁾ zu machen. In der Tat war die Entwicklung des rumänischen Außenhandels außergewöhnlich. Zwischen 1958 und 1965 veränderte sich die regionale Verteilung der rumänischen Importe und Exporte beträchtlich.

Prozentualer Anteil an Importen und Exporten in die und aus der Rumänischen Volksrepublik⁴⁾

Länder	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965
Sowjetunion								
Import	52,7	46,7	41,0	36,7	39,4	39,0	42,2	37,7
Export	50,2	47,8	39,3	44,3	42,0	45,1	42,2	39,8
übrige RGW-Länder								
Import	22,0	27,0	26,8	25,9	24,8	25,0	22,5	19,6

1) Neuer Weg 9.3.1963

2) ebenda

3) Neue Zürcher Zeitung 10.6.1962

4) Zahlenangaben bei Montias: Economic Development ..S.164

Länder	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965
übrige RGW-Länder								
Export	18,5	23,5	26,6	21,4	23,9	19,6	22,4	23,7

kapitalistische Länder

einschließlich Jugoslawien

Import	21,5	19,9	27,6	34,2	33,5	32,6	32,9	29,9
Export	24,9	21,7	28,1	31,0	32,1	31,1	32,2	32,8

Import insgesamt (in Millionen Lei)

2890	3012	3887	4888	5647	6132	7009	6463
------	------	------	------	------	------	------	------

Export insgesamt (in Millionen Lei)

2810	3135	4302	4755	4908	5490	6000	6609
------	------	------	------	------	------	------	------

Zum Vergleich: Im Jahre 1957 wickelte Polen¹⁾ 33,7 Prozent seines Imports und 26,5 Prozent des Exports mit der Sowjetunion ab. 1962 waren es 30,6 beziehungsweise 34,5 Prozent, 1966 31,7 und 32,6 Prozent. Der Anteil der Sowjetunion am polnischen Außenhandel war zwar nicht groß, blieb aber in diesem Zeitraum etwa konstant. Die Tschechoslowakei²⁾ zeigt folgendes Bild:

Außenhandelsumsatz in Prozent

	1961	1962	1963	1964	1965
mit sozialistischen Ländern	69,7	74,2	74,6	73,3	73,3
davon mit der UdSSR	33,6	37,7	38,9	37,5	36,9
mit kapitalistischen Ländern	19,1	16,4	16,2	17,8	17,9
mit Entwicklungs- ländern	11,2	9,4	9,2	8,9	8,8

Die Verflechtung Rumäniens mit den übrigen RGW-Ländern blieb eng genug; die geringe Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und chronische Devisenknappheit setzten der Ausweitung des Handels mit dem Westen Grenzen. Doch läßt sich festhalten, daß der Anteil der westlichen Industrieländer am rumänischen Außenhandel seit 1958 ständig wuchs, während der Anteil der RGW-Länder stagnierte. Der Handel zwischen der Sowjetunion und Rumänien verringerte

1) vgl. J.F. Morrison: The Polish People's Republic S.148

2) Zahlen nach T.Engel: Umstrittene Außenhandelspolitik der Tschechoslowakei. Osteuropäische Rundschau 3/1967 S.10

sich zwischen 1964 und 1965 sogar wertmäßig.

Diese Veränderungen des Außenhandels gingen nicht stillschweigend vonstatten. 1963 fanden in Bukarest eine schwedische und eine italienische Industrieausstellung statt, die der rumänische Parteichef mit seinem Besuch beehrte. Rumänische Delegationen reisten in westliche Länder und vereinbarten neben einer Vertiefung kultureller und allgemein politischer Beziehungen auch intensiveren Handelsaustausch. So unterzeichneten Rumänien und Italien im April 1963 einen Handelsvertrag, der für dieses Jahr eine Steigerung des Handelsvolumens um 40 Prozent vorsah¹⁾; zu diesem Zweck war der Leiter der Planungskommission, Gaston-Marin nach Italien gereist. Im Oktober 1963 setzte sich der rumänische Außenminister Corneliu Manescu bei einem Treffen mit seinem amerikanischen Kollegen Dean Rusk für die Beseitigung aller Handels-schranken ein, weil auf diese Weise "um so günstigere Voraussetzungen...für die Verbesserung der internationalen Beziehungen bzw. der Verbindungen zwischen den USA und der RVR bestehen"²⁾ würden. All diesen Bemühungen gab man im eigenen Lande größte Publizität, um nicht nur die Weltöffentlichkeit, sondern auch die eigene Bevölkerung zu überzeugen, daß Rumänien instande und willens sei, den Handel mit nichtsozialistischen Ländern erheblich zu erweitern.

Der rumänische Außenhandel veränderte sich zwischen 1958 und 1965 nicht nur quantitativ sondern auch qualitativ. Rumänien lieferte für die vom Westen bezogenen Maschinen und Ausrüstungen "hard ware", Rohstoffe und Agrarprodukte, während es bei seinen RGW-Handelspartnern darauf bestand, im Austausch gegen gekaufte Maschinen Erzeugnisse der eigenen Maschinenbauindustrie zu verkaufen³⁾. Zwischen 1958 und 1960 wuchsen die rumänischen Importe westlicher Maschinen von 75 Millionen Lei auf 226 Millionen Lei, 1965 waren es 875 Millionen Lei. Die entsprechenden Importe aus dem RGW-Raum erhöhten sich zwischen 1958 und 1960 von 676 Millionen auf 939 Millionen Lei, 1965 machten sie 1568 Millionen aus⁴⁾. Diese Erscheinung ist auffälliger als die oben angeführte

1) Thompson: Rumäniens Konflikt...In: Hinter dem Eisernen Vorhang 7,8/1964 S.17

2) Neuer Weg 23.10.1963

3) vgl. Montias: Economic Development S.174ff

4) ebenda S.168

Handelsstatistik - bei Polen war der Anteil der RGW-Länder am Außenhandel noch niedriger als bei Rumänien. Aber während 1965 37,7 Prozent der rumänischen Einfuhren von Maschinen aus Nicht-RGW-Ländern stammten und 62,3 Prozent aus RGW-Ländern, lauten die entsprechenden Zahlen für Polen 18,5 und 81,5 Prozent, für Ungarn 17 und 83 Prozent und für die Tschechoslowakei 19,9 und 81,1 Prozent¹⁾. Die auf Export von Industriewaren und Import von Rohstoffen angewiesenen osteuropäischen Industriestaaten werden mit Bitterkeit vermerkt haben, daß Rumänien in wachsendem Ausmaß vom Westen Maschinen kaufte und die dringend benötigten Rohstoffe dort verkaufte.

Der außerordentlich hohe Anteil des Westens an den rumänischen Importen von Maschinen und Ausrüstungen hatte seine Ursache darin, daß Rumänien versuchte, nicht nur die Abhängigkeit von den übrigen RGW-Ländern zu lockern und die einseitige Ausrichtung auf den osteuropäischen Markt zu revidieren, sondern auch seine Industrie mit Maschinen allerneuesten Entwicklungsstands auszurüsten. Deshalb importierte es aus dem Westen und deshalb produzierte die Industrie zunehmend nach westlichen Lizenzen²⁾.

Die tschechoslowakischen Produkte vermochten rumänischen Ansprüchen nicht immer zu genügen: Im Mai 1963 beschwerte sich Rumänien öffentlich über unzureichende Qualität und über Verzögerungen bei der Lieferung tschechoslowakischer Erzeugnisse. Einige Ziele des rumänischen Sechsjahrplans (1960 bis 1965) ließen sich nicht erfüllen, weil die Tschechoslowakei und die Sowjetunion vereinbarte Lieferfristen nicht eingehalten hatten³⁾. Rumäniens Bemühungen, bei der Versorgung der Eisen- und Stahlindustrie mit Rohstoffen sich von Importen unabhängig zu machen, scheiterten. Statt geplanter 4 Millionen Tonnen wurden 1965 nur etwa 2,5 Millionen Tonnen Eisenerz gefördert, aber 3,4 Millionen Tonnen⁴⁾

1) Montias a.a.O. S.237

2) Gheorghiu-Dej: "Wie die Erfahrung zeigt, ist die auf Grund technischer Dokumentationen und Produktionslizenzen für die ausgereiftesten Baumuster des Weltmarktes zu erfolgende Produktionsaufnahme von Maschinen und Ausrüstungen der kürzeste und wirksamste Weg, um unsere Industrie mit der neuen Technik auszustatten." In: "Neuesten Entwicklungsstand anstreben", Neuer Weg 9.6.1964

3) Über ein Walzwerk, das die UdSSR hauptsächlich liefern sollte, schloß Rumänien einen Vertrag mit einem englisch-französischen Konsortium, Neue Zürcher Zeitung 25.7.1963

4) Angaben der Zentraldirektion für Statistik, Neuer Weg 13.2.1966

Stahl produziert. Rumänien blieb auf Importe insbesondere aus der Sowjetunion angewiesen.

Diese Lage suchte die rumänische Regierung durch Erschließung neuer Märkte zu verbessern. Im Oktober 1962 reiste Gheorghiu-Dej nach Indien, Indonesien und Burma. Am 19. Oktober 1962 unterzeichneten die Rumänen einen Handelsvertrag mit Indien, in dem sich Rumänien zur Lieferung von Industrieausrüstungen und Bohranlagen verpflichtete und Indien technischen Beistand für den Aufbau einer eigenen Erdölindustrie versprach. Dafür sagte Indien wachsende Lieferungen von Eisenerz zu.¹⁾

Der Chinahandel Rumäniens erlitt zwischen 1961 und 1962 einen starken Rückschlag. 1961 sank die rumänische Ausfuhr nach China um mehr als zwei Drittel im Vergleich zum Rekordjahr 1960 und 1962 erreichte sie nicht einmal ein Viertel des Vorjahreswertes. Für China war das um so nachteiliger, als die rumänischen Lieferungen aus dringend benötigten Erdölprodukten bestanden und die Sowjets ihre Erdöllieferungen zwischen 1961 und 1964 ebenfalls auf ein Minimum reduziert hatten.²⁾ 1963 stieg der Warenaustausch zwischen Rumänien und China sprunghaft an. Rumäniens Export wuchs um das Sechsfache, der Import um 34 Prozent, obwohl das Handelsabkommen vom April 1963 nur eine zehnprozentige Vergrößerung des Handelsvolumens vorgesehen hatte.³⁾ Vergleicht man das Volumen des rumänischen Chinahandels mit dem anderer osteuropäischer Länder, so zeigt sich deutlich, daß Rumänien 1963 eine besondere Rolle spielte und sich an der solidarischen Haltung gegenüber China nicht beteiligte.

Osteuropäische Exporte nach und Importe aus China ⁴⁾
(In Millionen Dollar)

<u>Bulgarien</u>	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965
Export	11,0	6,3	7,5	7,5	3,3	1,3	1,5	1,1
Import	7,1	10,6	9,6	4,5	3,2	2,3	1,1	--

Tschechoslowakei

Export	109,2	99,6	109,3	34,0	11,9	9,3	9,3	19,2
Import	91,0	95,6	93,3	41,9	25,6	29,0	20,6	13,3

Ungarn

Export	57,6	39,9	40,2	28,8	11,9	3,3	4,3	14,7
Import	33,5	43,8	36,3	17,3	11,0	20,0	14,9	10,6

Rumänien

Export	25,9	29,5	33,3	9,3	2,2	13,8	15,9	26,6
Import	16,6	29,9	23,6	19,7	10,5	14,1	18,0	21,9

1) - 4) Anmerkungen auf der folgenden Seite

Rumänien hatte schon Ende der fünfziger Jahre die von den industrialisierten Ländern propagierten Reformpläne auf wissenschaftlichen Kongressen und intern auf den Tagungen von RGW-Organen bekämpft. Die angeführten Daten, besonders die Entwicklung des Chinahandels, lassen darauf schließen, daß die rumänische Führung erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1962 die Hoffnung aufgab, ihren Standpunkt im Rahmen der RGW-Beratungen durchzusetzen, und offen einen von der Politik der Partnerländer abweichenden Kurs steuerte.

Nach der Konferenz der osteuropäischen Parteichefs im Juni 1962 kam die Diskussion über Spezialisierung nicht vom Fleck und in den Kommuniqués der Sitzungen des Exekutivkomitees des RGW war keine Rede mehr von "vollständiger Übereinstimmung der Ansichten", allenfalls noch von "vollem gegenseitigen Verständnis"¹⁾. Im Juni 1962 kam Chruschtschow nach Rumänien, um für seine Vorstellungen zu werben. Im Juli traf Gheorghiu-Dej mit dem ungarischen Parteichef Kadar zusammen. Im gleichen Monat reiste der bulgarische Parteiführer Schiwkoff nach Bukarest. Im September weilte Ulbricht mit seinem Planungschef Leuschner in Rumänien und im November kam eine Delegation des Obersten Sowjet.

Ulbricht drängte auf eine Intensivierung der Zusammenarbeit der RGW-Länder und warb mit dem Argument, was er in Rumänien gesehen habe, habe ihn überzeugt, daß sich die volksdemokratischen Länder in ihrer Entwicklung schnell näher kämen und daß zwischen "Rumänien und der DDR keine nennenswerten Unterschiede" mehr bestünden²⁾; genau das hatte Rumänien immer bestritten und damit hatte es seinen Widerstand gegen weitere Integration

1) So lautet die Formulierung im Kommuniqué der Sitzung des Exekutivkomitees vom 25. bis 28. 9.1962, vgl. Hacker/Uschakow a.a.O. S.205. Im Kommuniqué der 17. Tagung des Rates vom 14. bis 20.12.1962 in Bukarest verzichteten die Teilnehmer sogar gänzlich auf eine Beschreibung der Atmosphäre.

2) Neuer Weg 19.9.1962

Anmerkungen von Seite 37:

1) Neuer Weg 20.10.1962

2) J.S. Prybyla: Chinas Handel mit Osteuropa. In: Osteuropäische Rundschau 4/1967 S.15

3) vgl. Hinter dem Eisernen Vorhang 5/1963 S.38

4) Prybyla a.a.O. S.17f

begründet.¹⁾

Die rumänische Führung stand unter Druck, aber sie gab nicht nach, sondern verteidigte ihre Position. Auf dem zwölften Parteitag der tschechoslowakischen Kommunisten fiel diese Aufgabe dem Politbüromitglied Emil Bodnaras zu:

"Unsere Partei führt konsequent die leninistische Politik zur Industrialisierung des Landes, zur gleichmäßigen Entwicklung der ganzen Wirtschaft durch mit dem Ziel, die²⁾ technisch-materiellen Grundlagen des Sozialismus zu erweitern."

Im Unterschied zu den Tschechoslowaken, deren Streben nach Kostenminimierung und Rationalisierung im Bereich des RGW auch für die eigene Volkswirtschaft recht vorteilhaft war, sind ökonomische Argumente für die Rumänen zweitrangig. Ihr Ziel, Wirtschaftspolitik nur an den Bedürfnissen des eigenen Landes auszurichten, war primär eine politische Entscheidung³⁾. Bodnaras begründete in der oben zitierten Rede vor dem Parteitag der KPC die rumänischen Ziele nicht mit irgendwelchen ökonomischen Vorteilen, sondern mit ideologischen Prinzipien, die auf Lenin zurückgeführt wurden. Die rumänischen Vorbehalte gegen die sozialistische Integration hießen "Souveränität", "Unabhängigkeit" und "Gleichberechtigung": "Der Kurs mannigfaltigen industriellen Fortschritts wird nicht von einer simplen Konjunktur diktiert, sondern ist die objektive und unausweichliche Entwicklung für ein Land, das sich unabhängig und souverän nennt."⁴⁾

1) Ein rumänischer Vergleich der Industrieproduktion pro Kopf der Bevölkerung sollte beweisen, daß die Unterschiede im Entwicklungsstand der osteuropäischen Länder im Gegensatz zu Ulbrichts Behauptung immer noch beträchtlich waren. Die Prokoproduktion der DDR im Jahre 1960 gleich 100 gesetzt, ergab sich für die CSSR ein Index von 110, für Polen 60, Ungarn 55, Rumänien 36 und Bulgarien 33, zit. nach Neue Zürcher Zeitung 28.11.1965.

2) Neuer Weg 7.12.1962

3) "Aber auf dem Gebiet der Spezialisierung und Kooperation zwischen den sozialistischen Ländern ist es ebensowenig wie innerhalb eines Landes zulässig, die Kriterien der Nutzwirkung zu absolutieren.." So lautete die rumänische These in einer Diskussion über "Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Weltsystems". In: Probleme des Friedens und des Sozialismus 6/1964 S.508

4) Politbüromitglied und stellvertretender Ministerpräsident Gheorghe Apostol in Contemporanul 30.8.1963

3. Demonstration der Eigenständigkeit

Diese Argumentation hielt sich nicht mit Randerscheinungen auf, mit der Diskussion ökonomischer Vor- oder Nachteile, sondern traf den politischen Kern der Reformpläne für den RGW. Denn diese sollten mit Hilfe ökonomischer Bindungen die Unauflösbarkeit der osteuropäischen Staatengemeinschaft und dauerhafte Abhängigkeit des einzelnen Staates von der Sowjetunion besiegeln. Wenn Rumänien nicht für immer auf Selbständigkeit verzichten, wenn es nicht für immer in der Rolle des "agrarischen oder rohstoffproduzierenden Anhängsels"¹⁾ festgehalten werden wollte, mußte es handeln. Aus diesem Grund wurde die Wirtschaftspolitik zum auslösenden Faktor für den Konflikt zwischen Sowjets und Rumänen, und deshalb kam es zu der relativ plötzlichen Konfrontation, weil das sowjetische Drängen Rumänien in Zugzwang setzte. Aber da Rumänien die Ablehnung der osteuropäischen Integration nicht als Selbstzweck betrachtete, sondern als Voraussetzung und Ausdruck seiner Souveränität, begnügte es sich nicht mit Eigenmächtigkeiten in der Wirtschaftspolitik. Ähnliche Regungen lassen sich seit 1962 in allen Bereichen der Politik beobachten.

Gheorghiu-Dej hatte nicht vergessen. Der Historie galt eine der ersten Demonstrationen des neuen Unabhängigkeitsstrebens. Hier hatte das Selbstbewußtsein der rumänischen Kommunisten in den fünfziger Jahren am meisten gelitten. Nach dem Krieg waren sie gezwungen - dafür hatten die aus der Moskauer Emigration zurückgekehrten Parteimitglieder gesorgt -, die Bedeutung des Staatsstreichs vom 23. August 1944 herunterzuspielen und der Sowjetunion allein das Verdienst an der Beseitigung der faschistischen Herrschaft zuzuschreiben, selbst aber als Regierung von Moskaus Gnaden zu erscheinen. Gheorghiu-Dej beispielsweise erklärte im Mai 1951:

"Der Tag der Befreiung Rumäniens durch die glorreiche Sowjetarmee, der Tag des Sturzes der faschistischen Antonescudiktatur durch die von der Partei geführten patriotischen Kräfte ist der größte Nationalfeiertag unseres Volkes geworden. Die Befreiung Rumäniens durch die Sowjetarmee bedeutete nicht nur die nationale Befreiung unseres Landes, sondern schuf auch die notwendigen Bedingungen und Voraussetzungen für die Vernichtung der herr-

1) Diese Formulierung stammt aus einem rumänischen Rundfunkkommentar am 5.6.1964, zit. nach Ostprobleme 15/1964 S.453

schenden Klassen."¹⁾

Seit 1962 wurde dieser Teil der rumänischen Nachkriegsgeschichte grundlegend revidiert. Im Dezember dieses Jahres ritt die Zeitschrift des historischen Instituts des ZK "Analele" eine Attacke gegen den sowjetischen Historiker Uschakow, weil dieser in seinem Buch über die Außenpolitik Hitlerdeutschlands die Leistung der rumänischen Kommunisten übergangen habe, und sie behauptete erstmals, Rumänien habe das faschistische Regime aus eigener Kraft abgeschüttelt. Noch am 22. August 1962 hatte Innenminister und Politbüromitglied Alexandru Draghici den Vorgang nicht ganz so entschieden gesehen:

"Der siegreiche Vormarsch der Sowjetarmee, ihre befreiende Offensive auf dem Territorium unseres Landes verliehen dem antifaschistischen Kampf unseres Volkes starken Auftrieb, verschärfen die politische und militärische Krise der Antonescudiktatur... Von der Rumänischen Kommunistischen Partei organisiert und geführt, stürzten die patriotischen Kräfte des Landes die Regierung der faschistischen Diktatur."²⁾

Ein Jahr später war in diesem Zusammenhang von der Sowjetunion keine Rede mehr. Die Festansprache hielt Parteisekretär und Politbüromitglied Nicolae Ceausescu:

"Unsere heroische Partei, die unermüdlich für die Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse (wirkte)...war der Initiator, Organisator und Führer des bewaffneten Aufstands vom 23.8.1944, der den Sturz der militärfaschistischen Diktatur, den Austritt Rumäniens aus dem an der Seite Hitlerdeutschlands geführten Krieg und den Übergang unseres Landes auf die Seite der Antihitlerkoalition zur Folge hatte. Die gesamte rumänische Armee kehrte die Waffen gegen den wahren Feind und kämpfte tapfer Schulter an Schulter mit der ruhmreichen Sowjetarmee."³⁾

Rumänien erhob Anspruch darauf, daß es kein besiegtes Land sondern gleichberechtigter Alliierten gegen das Dritte Reich gewesen sei - deshalb auch immer wieder der Hinweis auf hohe Blutopfer rumänischer Soldaten in der letzten Phase des Krieges -, und daß keine von fremder Macht eingeleitete und durchgeführte, sondern eine autochthone Revolution die Kommunistische Partei an die Macht

1) Gheorghiu-Dej: 30 Jahre Kampf der Partei unter dem Banner Lenins und Stalins. Festveranstaltung zum 30. Jahrestag der Gründung der RKP. In: Gheorghiu-Dej: Artikel und Reden S.319f

2) Neuer Weg 23.8.1962

3) ebenda 22.8.1963

geführt habe.

Ebenso wie die Parteiführung durch Umschreibung der Nachkriegsgeschichte die Bedeutung der Sowjetunion für die Vergangenheit zu mindern suchte, begann sie die russisch-slawische Dominanz im Kulturleben der Gegenwart zu reduzieren. Im September 1963 wurde das Maxim Gorkij Institut aufgelöst und als eine von vier Fakultäten des neuen Instituts für Fremdsprachen eingestuft. Die Russische Buchhandlung wurde durch eine Universalbuchhandlung ersetzt, Straßen, Bauwerke etc. erhielten rumänische statt russischer Namen. Der Kulturaustausch mit westlichen, insbesondere mit romanischen Ländern wurde intensiviert, westliche Literatur in Rumänien verlegt und russischer Sprachunterricht als Pflichtfach abgeschafft¹⁾. Ende 1963 erschien ein neues Wochenblatt für auswärtige Politik "Lumea" (Die Welt), das die russische in rumänischer Sprache erscheinende "Neue Zeit" ablöste.

Auf diese Weise demonstrierte die Parteiführung, daß sie nicht nur rumänische Politik machen, sondern sich ihrer Bevölkerung auch als Verteidigerin rumänischer Interessen darstellen wollte. Denn in dem Maße, in dem sich die Konfrontation mit den Sowjets verschärfte, war sie auf nationalen Konsensus angewiesen. Das galt sowohl für die Partei selbst, in der die Sowjets andernfalls einzelne Gruppen hätten gegeneinander ausspielen können, als auch für das Verhältnis der Partei zu ihrem Volk. Für die Führung war nur dann an Widerstand gegen die Übermächtige KPdSU zu denken, wenn sie sich ihrer Herrschaft sicher fühlen konnte und ihre Bevölkerung wenn nicht für sich so doch wenigstens auch nicht gegen sich hatte.

Auf die Homogenität der Parteiführung und die schrittweise Entmachtung der "Moskowiter", der Moskauer Emigranten, war schon hingewiesen worden. In den Jahren nach dem dritten Parteitag wurden auch in mittleren und niederen Parteirängen sowjetische Vertrauensleute durch jüngere Funktionäre ersetzt²⁾. Nach dem Märzplenum des ZK im Jahre 1963, auf dem das Zentralkomitee die Haltung des rumänischen Vertreters im RGW ausdrücklich gebilligt

1) vgl. G.Ionescu: Communism S.343, H.Hamm: Rumänien auf dem Wege zum Nationalkommunismus, Frankfurter Allgemeine Zeitung 11.9.64 und Neue Zürcher Zeitung 11.6.1964

2) Neue Zürcher Zeitung 25.7.1963, vgl. V.Toma: Rumänien zwischen Rebellion und Integration. In: Europa-Archiv 21/1963 S.813

und auf die Souveränität des Landes gepocht hatte, fanden im ganzen Lande Parteiversammlungen statt, in denen die Parteiführung die Mitglieder über die Gegensätze im RGW aufklärte und Enttäuschung über die Rumänien zugemuteten Bedingungen schürte.¹⁾ Offene antirussische Demonstrationen vermied man, rumänische Zeitungen berichteten nichts über diese Versammlungen. Doch war die Wirkung auch so groß genug. Die Bevölkerung solidarisierte sich mit der Parteiführung trotz aller Vorbehalte, die sie gegen das kommunistische Regime haben mochte.

Die rumänische Führung suchte ihre Massenbasis zu vergrößern. Sie ging bewußt vom Prinzip der elitären Kaderpartei ab und steuerte auf die Bildung einer Massenpartei hin. Im April 1962 beschloß ein ZK-Plenum, das Aufnahmeverfahren zu erleichtern. Zunächst ging es darum, nach der Kollektivierung der Landwirtschaft, die 1962 abgeschlossen war, die Parteiorganisationen auf dem Lande auszubauen. Ausnahmsweise sollten aber neben Bauern, aktiven Kämpfern für die Kollektivierung, auch Arbeiter direkt und ohne lange Kandidatenzeit in die Partei aufgenommen werden können. Den Eintritt von Intellektuellen, Ingenieuren und Hochschulprofessoren wollte man fördern und Parteiausschlüsse sollten nur noch in extremen Fällen möglich sein.²⁾ Die Zahl der Parteimitglieder, die 1960 rund 830 000 betrug, schnellte zwischen April 1962 und Ende 1964 von 919 873 auf 1 377 847³⁾. 1962 waren 59 Prozent der Mitglieder 40 Jahre und jünger⁴⁾, im Juli 1965 waren es 64 Prozent⁵⁾. Bei einer Bevölkerungszahl von 18 877 000 am 1. Januar 1964 bedeutete das, daß 1962 etwa jeder 20. Rumäne, 1964 aber schon jeder 14. Rumäne Parteimitglied oder Kandidat war.

Der innenpolitische Druck verminderte sich etwas. Anfang 1963 erließ der Staatsrat das dritte Amnestiedekret innerhalb von vier Jahren. Es begnadigte Straftäter mit kleineren Vergehen und setzte eine Reihe von Strafen herab. Volle oder teilweise Begnadigung erging auch bei Vergehen gegen die Staatssicherheit, sofern sich die Betroffenen in der Haft gut geführt und von ihrer Wandlung überzeugt hatten.

1) Neue Zürcher Zeitung 12.5.1963

2) Neuer Weg 18.5.1962

3) ebenda 17.4.1965; die Zahl umfaßt Mitglieder und Kandidaten

4) ebenda 18.5.1962

5) ebenda 20.7.1965

Auch in der Außenpolitik ging Rumänien eigene Wege: Im März 1963 kehrte der rumänische Botschafter in Albanien stillschweigend auf seinen Posten in Tirana zurück. Nach der Verurteilung Albaniens auf dem XXII. Parteitag der KPdSU hatten sich auch die Rumänen dem Verhalten anderer Länder angeschlossen und ihren Botschafter zurückgezogen, aber nie formell abberufen. Noch im November 1962 hatte Gheorghe Apostol auf dem Parteitag der Bulgarischen Kommunistischen Partei, "die chinesischen Genossen" und ihre sich auf die Partei der Arbeit Albaniens beziehenden Äußerungen milde kritisiert¹⁾; aber Chivu Stoica, Parteisekretär und Politbüromitglied, verlor auf dem VI. Parteitag der SED im Januar 1963 kein Wort mehr über die albanischen Häretiker. Er machte sich im Gegenteil Chruschtschows Forderung nach Einheit und Einstellung der Polemik sofort zu eigen, verweilte länger bei dessen Betrachtungen über mögliche unterschiedliche Auffassungen unter Kommunisten und bedauerte, daß die Rede des chinesischen Delegierten der Einheit nicht förderlich gewesen sei.²⁾ Chruschtschows Mahnung, man müsse von den Erfahrungen der Bruderparteien lernen, fand bei Chivu Stoica ebensowenig Widerhall, wie Gomułkas Loyalitätserklärung gegenüber der Sowjetunion, oder die heftigen Beschimpfungen Albaniens durch den Delegierten der Tschechoslowakei, Drahomir Kolder.

In den folgenden Monaten verschwanden selbst milde kritische Anmerkungen zur chinesischen Politik. Rumänien verhielt sich in der seit 1963 immer heftiger aufflammenden Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und China neutral und weigerte sich Stellung zu beziehen. Als einzige von allen osteuropäischen Zeitungen veröffentlichte das rumänische Parteiorgan Scinteia schon Ende Juni 1963 eine Inhaltsangabe aller 25 Punkte eines chinesischen offenen Briefes, indem die Chinesen ihre politische Linie begründeten, den sowjetischen Führungsanspruch expressis verbis bestritten und die Sowjetunion unter anderem wegen ihrer RGW-Politik des Großmachtchauvinismus beschuldigten. Auf einem Treffen aller Partei-

1) Neuer Weg 9.11.1962

2) Neuer Weg 19.1.1963; die Wiedergabe der Rede Chivu Stoicas in Neues Deutschland 21.1.1963 weicht von der rumänischen Fassung ab.

chefs anlässlich von Ulbrichts 70. Geburtstag am Vorabend chinesisch-sowjetischer Verhandlungen fehlte Gheorghiu-Dej. Kurz darauf druckten die Rumänen den ganzen Text des chinesischen offenen Briefes neben der sowjetischen Antwort ohne jeden Kommentar ab.

Als im Juli eine Konferenz der Ersten Sekretäre der kommunistischen Parteien des RGW stattfand, vermochten die Sowjets, gehandicapt durch die Auseinandersetzungen mit den Chinesen, ihren Standpunkt nicht durchzusetzen. Das Abschlußkommuniqué zeigte unverkennbar Spuren des rumänischen Widerstands. Trotz einer Reihe von Sitzungen des Exekutivkomitees des RGW, trotz einer Public-Relations-Tour des sowjetischen ZK-Sekretärs Podgorny durch Rumänien war es nicht gelungen, den rumänischen Widerstand zu brechen. Vielleicht gereizt durch die rumänische Haltung, die Ministerpräsident Maurer im November 1963 noch einmal in einem längeren Artikel bekräftigte¹⁾, vielleicht in der Hoffnung, die Rumänen durch Schocktherapie gefügiger zu machen, ließ es die sowjetische Führung zu, daß der Geograph Walew im Februar 1964 in der Moskauer Universitätszeitschrift den Plan für einen wirtschaftlichen Großraum im Donaugebiet veröffentlichte. In diesen Raum sollten die Sowjetunion, Bulgarien und Rumänien Gebietsteile einbringen; Rumänien 42% seines Gebietes, unter anderem das Stahlwerk bei Galatz²⁾.

Die Rumänen reagierten heftig. Im April gab das ZK der Rumänischen Arbeiterpartei eine Erklärung bekannt, in der es seinen Willen zur Unabhängigkeit auf allen Gebieten bekräftigte³⁾; im Juni 1964 veröffentlichte das Wirtschaftsperiodikum "Viata Economica" den Plan mit einer scharfen Replik: "Bei Verwirklichung dieser Pläne würde Rumänien als Staat und das rumänische Volk als Nation durch einfache administrative Mittel unter dem Vorwand wirtschaftlicher Notwendigkeit im Namen pseudo-marxistischer-leninistischer Überlegungen liquidiert werden... Rumänien wird an keinem zwischenstaatlichen Komplex und an keiner "überstaatlichen" Form von Zusammenar-

1) Neuer Weg 5.11.1963; auch in : Probleme des Friedens und des Sozialismus 11/1963 S. 888ff

2) Einzelheiten zum Walew-Plan und ähnlichen Projekten seit 1962 bei Montias: Economic Development S. 220 ff

3) Eine eingehende Untersuchung dieser wichtigen Erklärung folgt im nächsten Abschnitt.

beit, an keiner "sozialistischen Integration" usw. teilnehmen, weil alle diese Formen dem Marxismus-Leninismus, den nationalen Interessen Rumäniens, den Interessen des sozialistischen Weltsystems und der Forderung nach Stärkung¹⁾ des Prestiges des Sozialismus in der Welt zuwiderlaufen."

Mit diesem Zeitungsartikel wurde der rumänischen Öffentlichkeit zum erstenmal das volle Ausmaß der Differenzen unmittelbar mitgeteilt. Der Artikel rief große Erregung hervor und die Zeitung war kurz nach Erscheinen ausverkauft. Wenn Chruschtschow angenommen haben sollte, er könne den rumänischen Widerstand mit solchen Drohungen brechen, so hatte er sich getäuscht. Der Artikel in *Viata Economica* war Anlaß für eine Aufklärungskampagne im ganzen Land mit eindeutig antisowjetischer Tendenz. Die Gegensätze steigerten sich zum "Ätherkrieg". An die rumänische Bevölkerung gewandt, kritisierte Radio Moskau die Politik der rumänischen Regierung wegen ihres Widerstandes gegen die Zusammenarbeit mit anderen sozialistischen Ländern und wegen des vergrößerten Westhandels. Die rumänische Führung verteidigte sich gegen die "ausländische Radiostation"²⁾, indem sie die Resolution des Zentralkomitees im April 1964 erläuterte und ihre Unabhängigkeit und Souveränität bekräftigte.

Die Atmosphäre besserte sich, nachdem sich das sowjetische Regierungsblatt "Iswestija" im Juli 1964 vom Walew-Plan distanziert hatte³⁾. Nach dem Sturz Chruschtschows rückte das Projekt einer RGW-Reform in den Hintergrund. Mit anderen Problemen vordringlich beschäftigt, lenkte der neue sowjetische Parteichef Leonid Breschnew ein:

"Dem Prozeß der wirtschaftlichen Zusammenarbeit darf kein Zwang auferlegt werden; es wäre inkorrekt, ja sogar unzulässig, die Belange des Wirtschaftswachstums des gesamten sozialistischen Systems den Interessen der Entwicklung des einzelnen sozialistischen Staates entgegenzustellen."⁴⁾

1) *Viata Economica* 12.6.1964, zit. nach *Ostprobleme* 15/1964 S. 450 ff

2) Text eines sowjetischen und eines rumänischen Rundfunkkommentars in: *Ostprobleme* 15/1964 S. 452 ff

3) vergl. Hinter dem Eisernen Vorhang 7,8/1964 S. 41

4) Breschnew auf einer öffentlichen Kundgebung am 14.9.1965 zit. nach *Osteuropäische Rundschau* 10/1965 S. 1-2

IV. Ideologische Rechtfertigung der Unabhängigkeit: Die Unabhängigkeitserklärung von 1964

1. Die Unabhängigkeitserklärung und ihr Pendant, die Erklärung der Moskauer Konferenz von 1960

Das Plenum des ZK der Rumänischen Arbeiterpartei tagte ungewöhnlich lang, vom 15.-22. April 1964. Anschließend veröffentlichte die rumänische Presse am 26. April eine etwa 13 000 bis 14 000 Worte umfassende Erklärung über den "Standpunkt der RAP zu den Problemen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung."¹⁾ Damit waren folgende Themen gemeint: Der Konflikt Moskau-Peking, die geplanten Strukturveränderungen für den RGW und die Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern und kommunistischen Parteien. Rumänische Äußerungen über diese Themen gab es vorher auch schon, vieles war in Reden führender Parteifunktionäre ausgesprochen worden, Ministerpräsident Maurer hatte in einem Artikel der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus" im November 1963 die Hauptanliegen der rumänischen Erklärung dargestellt und schließlich hatte die RAP die im April 1964 veröffentlichten Grundsätze schon während der letzten RGW-Beratungen und in der Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking praktiziert. Nun wurden einzelne Stellungnahmen zu einer geschlossenen Konzeption und diese durch Beschluß des ZK gleichsam zum Programm der Partei, mit dem sie ihre Außenpolitik festlegte. Und da diese Grundsätze auch heute noch unverändert gültig sind- obwohl sich die Partei inzwischen nicht mehr auf die Aprilresolution des Jahres 1964 beruft -, scheint eine eingehende Analyse des Dokuments zum Verständnis der neuesten rumänischen Geschichte unbedingt erforderlich.

Das beratende Gremium bestand nicht nur aus dem Zentralkomitee, das üblicherweise zwischen den Parteitagungen für solche Angelegenheiten zuständig ist, sondern aus hohen Staatsfunktionären, soweit sie nicht ohnehin dem ZK angehörten, Provinzsekretären und Chefredakteuren der Zentralpresse. Dieses

1) Im Folgenden wird die Erklärung nach dem englischen Text der rumänischen Nachrichtenagentur Agerpres vom 27.4.1964 zitiert. Auszüge sind in den Zeitschriften "Ostprobleme" 15/1964 und "Hinter dem Eisernen Vorhang" 6/1964 abgedruckt.

Verfahren wurde häufiger angewandt, wenn grundlegende Fragen zu entscheiden waren, und hatte den Vorteil, daß alle leitenden Partei- und Staatsfunktionäre unmittelbar beteiligt und an den Parteibeschuß gebunden waren. Die Partei demonstrierte Einheit und Geschlossenheit und kam Behauptungen zuvor, bei ihrer Politik handle es sich um die Machenschaften einer kleinen Clique. So sollte jeder Versuch verhindert werden, irgendwelche Gruppen in der Partei gegen die Führung auszuspielen. Und daß man derartiges für möglich hielt, beweisen jene Sätze in der Erklärung, mit denen die RAP alle Versuche verurteilt, die Führung einer anderen Partei zu übergehen oder zu ihrer Absetzung aufzufordern.

Ion Gheorghe Maurer hatte, wie schon erwähnt, im November 1963 einen Artikel über die gleichen Themen geschrieben und dabei Formulierungen gebraucht, die in der ZK-Resolution genauso wiederkehren. Das hätte er gerade in der Zeitschrift - "Probleme des Friedens und des Sozialismus"- nicht tun können, wenn er nicht von der Parteiführung dazu autorisiert worden wäre. Man wird also davon ausgehen dürfen, daß die Erklärung der RAP seit wenigstens einem halben Jahr vorbereitet, in den Führungsgremien der Partei diskutiert und in jeder Einzelheit bewußt gestaltet worden war. Dieser Eindruck bestätigt sich bei genauerer Untersuchung.

Um den Vorwurf zu vermeiden, es handle sich bei der rumänischen Initiative um ein völlig neuartiges Konzept, beruft sich die RAP in jedem der sieben Kapitel ihrer Erklärung wenigstens einmal auf das Hauptdokument der letzten Weltkonferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien 1960 in Moskau. Die dort verabschiedeten Beschlüsse betrafen genau dieselben Themen. Die Rumänen werden nicht müde, die Bedeutung dieser Konferenz und ihrer Beschlüsse für die kommunistische Bewegung herauszustreichen, und sie stellen die Moskauer Erklärung sogar als die Verfassungsurkunde des sozialistischen Lagers und der kommunistischen Parteien dar. Der rumänische Parteichef Gheorghiu-Dej bezeichnete sie in einer Rede während eines Besuches des sowjetischen ZK-Sekretärs Podgorny am 4.6.1963 als die "Charta der kommunistischen Parteien".

tischen und Arbeiterparteien aller Länder" ¹⁾). Dieselbe Formulierung benutzte Ion Gheorghe Maurer in einem Artikel zum dritten Jahrestag der Weltkonferenz. ²⁾

Wenn die RAP jetzt, 1964, zum gleichen Thema Stellung nimmt kann sie unmöglich versuchen, die als so wichtig bezeichnete Urkunde zu ändern oder gar neue Verfassungsgrundsätze zu entwerfen; in der rumänischen Erklärung soll also nur die gegenwärtige Situation im sozialistischen Lager nach den Prinzipien der Moskauer Erklärung beurteilt, bzw. diese selbst den eigenen Interessen entsprechend neu interpretiert werden.

Und wenn man bedenkt, wie die Erklärung 1960 zustande gekommen war und daß sich die Gegensätze der sowjetischen und chinesischen Kommunisten zwangsläufig in mehrdeutigen Formulierungen niederschlagen mußten, leuchtet ein, daß die Moskauer Erklärung unterschiedliche Interpretationen zuließ.

Die Ähnlichkeit der Kapitelüberschriften in der rumänischen Erklärung und der von der Redaktion der Zeitschrift "Ostprobleme" für den Moskauer Text gewählten Zwischentitel ermutigt zu dem Versuch, beide Dokumente zu vergleichen und die 1960 beschlossenen Grundsätze gleichsam als Folie für die gänzlich andere rumänische Konzeption von 1964 zu benutzen. Dieses Verfahren liegt nahe, weil sich die Rumänen selbst auf die Moskauer Erklärung berufen und weil sie deshalb häufig nur um Nuancen von der Vorlage abweichen, Nuancen, die bei einer isolierten Betrachtung der rumänischen Erklärung unmöglich nachzuweisen wären.

Die rumänische ZK-Resolution besteht aus sieben Kapiteln:

1. Die Aktionen unserer Partei für die Beendigung der öffentlichen Polemik
2. Unsere Ära - Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus
3. Verteidigung des Friedens als wichtigstes Anliegen der gesamten Menschheit
4. Die sozialistische Weltbewegung, der entscheidende Faktor der historischen Entwicklung
5. Die nationale Befreiungsbewegung - ein integraler Teil

1) Neuer Weg 5.6.1963

2) Neuer Weg 5.11.1963

des weltrevolutionären Prozesses

6. Die internationale kommunistische Bewegung- die einflußreichste politische Kraft unserer Welt

7. Für Sicherung von Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung

Die Moskauer Erklärung läßt sich in 6 Abschnitte gliedern:

I. Neues Kräfteverhältnis zwischen Kapitalismus und Sozialismus

II. Das sozialistische Lager

III. Krieg und Koexistenz

IV. Nationale Befreiungsbewegungen

V. Wege zur Revolution

VI. Einheit und Abweichungen

Thematisch entsprechen sich 2. und I. , 3. und III. , 4. und II. , 5. und IV. , 6. und V. , 7. und VI.

2. Die Rumänische Arbeiterpartei und der Konflikt Moskau - Peking

Nur das erste Kapitel der rumänischen Erklärung "Die Aktionen unserer Partei zur Beendigung der öffentlichen Polemik" läßt sich in die Konkordanz nicht einfügen. Formal besteht seine Funktion darin zu erläutern, daß und warum es die RAP für notwendig hält, ihren Standpunkt zu den Problemen der kommunistischen Bewegung zu veröffentlichen: Es ist also eine Legitimierung der folgenden Kapitel. Inhaltlich geht es um den Konflikt Moskau - Peking im Februar und März 1964 und die Versuche der RAP , in diesem Konflikt zu vermitteln: Die RAP rühmt sich, durch ihre Initiative die Öffentliche Polemik immerhin für einen Monat unterbrochen zu haben.

Charakteristisch für das rumänische Verhalten in der Auseinandersetzung war der Vorschlag, beide in den Konflikt verwickelten Parteien sollten zusammen mit der RAP einen gemeinsamen Appell an alle kommunistischen und Arbeiterparteien richten. Am 25.3.1964 sandte die RAP einen Entwurf für einen solchen Appell an die Zentralkomitees der KPdSU und der KPCH. Die sowjetische Parteiführung stimmte zu, um ihre Versöhnungsbereitschaft zu dokumentieren, und akzeptierte damit die Ver-

mittlerrolle der Rumänen, während die Chinesen ablehnten und ihre Pressekampagne gegen die Sowjetunion wieder eröffneten. Obwohl es nahe gelegen hätte, Partei zu ergreifen, nachdem ihr Vorschlag von einer Seite so brüsk zurückgewiesen worden war, begnügen sich die Rumänen damit, die Reaktion beider Parteien zu schildern, ohne auf die ideologischen Argumente der einen oder der anderen Seite einzugehen.

Sie wahren ihre Neutralität, weil es ihnen nicht um Recht und Unrecht der anderen, sondern um die eigene außenpolitische Stellung geht. In der Rolle des Vermittlers treten die rumänischen Kommunisten als selbstbewußte, gleichberechtigte Partner bei den kommunistischen Großmächten auf. Sie gerieren sich als Anwalt der Einheit des sozialistischen Lagers, die trotz unterschiedlicher Standpunkte gewahrt bleiben müsse und beweisen damit, daß sie die Forderungen der Moskauer Konferenz besser auszulegen und zu erfüllen wissen als die beiden größten kommunistischen Parteien. Auf diese Weise geben sie ein Beispiel, wie Beziehungen zwischen kommunistischen Parteien und sozialistischen Staaten auszu- sehen haben und demonstrieren praktisch, was sie in den nächsten Kapiteln ihrer Erklärung theoretisch darzulegen beabsichtigen.

3. Wirtschaftliche Integration - am Beispiel der EWG

Genau wie 1960 schildert Kapitel 2 der rumänischen Erklärung die sich verschärfende Krise im Kapitalismus und die Verschiebung der Machtbalance zugunsten des Sozialismus. Verändert hat sich nur der Tenor. Die angebliche Krise im Kapitalismus wird gemäßigter beschrieben, starke Worte wie "Fäulnis des Kapitalismus"¹⁾ fehlen:

In diesem Abschnitt greifen die Rumänen auch das Stichwort "Integration" auf und benutzen EWG und Montanunion als Beispiel. Rumänische Kritik an der EWG war nicht neu. In der schon erwähnten Rede anlässlich des Besuchs von Podgorny rühmte Gheorghiu-Dej den Aufschwung des RGW und kritisierte dann recht unvermittelt die EWG: "Die Vorherrschaft der

1) In der Moskauer Erklärung: Ostprobleme 3/1961 S. 67

imperialistischen Monopole.... ist gekennzeichnet durch die Verletzung der nationalen Souveränität, der Unabhängigkeit der Staaten; sie ist gekennzeichnet durch Beziehungen der Ungleichheit und der Unterordnung zwischen den Völkern, der Knechtung der weniger entwickelten Länder, der Unterjochung der Schwachen durch die Starken.."1)

Wie andere rumänische Erklärungen zur EWG ist auch diese zweideutig: Unterschiede zwischen entwickelten und weniger entwickelten Ländern sind nicht so sehr für die EWG als vielmehr für das entsprechende Gegenstück, den RGW kennzeichnend. Es erhebt sich der Verdacht, die Rumänen sprächen zwar von der wirtschaftlichen Integration Westeuropas, meinten aber die entsprechenden Pläne für den RGW. Auf jeden Fall soll die Bewertung supranationaler Institutionen als Mittel für imperialistische Ausbeutung und Knechtung schwächerer Völker derartige Pläne diskreditieren.²⁾

Ebenso verhält es sich in dem Dokument der RAP vom April 1964. In der Formulierung weicht es von der Vorlage in bezeichnender Weise ab. In der Moskauer Erklärung hieß es: "Die neuen zwischenstaatlichen Organisationen, die unter der Devise der "Integration" auftauchen.. stellen neue Formen der Aufteilung des kapitalistischen Weltmarktes unter den größten Kapitalistenvereinigungen dar, neue Formen für das Eindringen der stärkeren imperialistischen Staaten in die Wirtschaft ihrer schwachen Partner."³⁾

Die rumänische Version lautet:

"Die Einrichtung zwischenstaatlicher Organisationen oder überstaatlicher Körperschaften - wie der "Gemeinsame Markt", die Kohle-und-Stahl-Gemeinschaft und anderer - führt zu verstärkten Gegensätzen unter den Imperialisten, indem sie die Souveränität kleinerer und schwächerer Mitgliedsländer beeinträchtigt."⁴⁾

Was in der Moskauer Erklärung nur auf die westeuropäische Einigung zielte, verallgemeinern die Rumänen und wenden es

1) Neuer Weg 5.6.1963

2) Ähnlich argumentiert der stellvertretende Vorsitzende der staatlichen Plankommission Roman Moldovan in *Viata Economica* vom 20.3.1964: "So trägt die internationale sozialistische Arbeitsteilung dazu bei, all den Faktoren ein Ende zu setzen, die einige sozialistische Länder (unser Land war eines von ihnen) zu einem relativ niedrigen Stand der industriellen Entwicklung verdammt, weil sie der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung unterworfen waren."

3) Ostprobleme 3/1961 S. 67

4) Agerpres a.a.O.

auf die Einrichtung zwischenstaatlicher Organisationen überhaupt an; EWG und Montanunion werden in den Kontext des Satzes nicht mit einbezogen und erscheinen nur in Parenthese als ein Beispiel unter anderen. Der Geltungsbereich dieser Aussage beschränkt sich nicht auf Westeuropa, auch nicht auf die kapitalistischen Länder. "Eindringen in die Wirtschaft", eine Formulierung, die nur den Modus der westeuropäischen Integration diffamierte, wird verallgemeinert zur "Verletzung der Souveränität" : Jedes "Eindringen in die Wirtschaft" beeinträchtigt - nicht nur in Westeuropa - die Souveränität und ist nach rumänischer Auffassung charakteristisch für imperialistische Verhaltensweisen, für sozialistische Länder also abzulehnen.

Eine ausführliche Begründung dafür, daß "Eindringen in die Wirtschaft" auch im sozialistischen Lager eine Verletzung der Souveränität ist, folgt erst im Kapitel 4, wenn vom RGW die Rede ist. Dort heißt es, die zentrale Planung diene dem sozialistischen Staat als Hauptmittel, um seine politischen und sozio-ökonomischen Zielsetzungen zu verwirklichen. Verzicht auf die autonome Gestaltung des Planes bedeute Verzicht sowohl auf eigene Zielsetzungen als auch auf Mittel zu deren Durchsetzung und lasse "Souveränität zu einem Begriff ohne Inhalt"¹⁾ werden.

4. Diskussion über die Gefahr eines neuen Weltkrieges

So unmittelbar wollten die Rumänen ihre Einschätzung der EWG und der RGW-Integrationspläne wohl nicht konfrontieren, schon um die Urheber dieser Pläne nicht unnötig zu provozieren. Deshalb schieben sie an dieser Stelle - nur diesmal von der Gliederung der Moskauer Erklärung abweichend - das unproblematische Kapitel 3/III über "Verteidigung des Friedens als wichtigstes Anliegen der Menschheit" ein. Dieser Abschnitt besitzt den Vorzug, sowohl dem sowjetischen Standpunkt in der Auseinandersetzung mit China als auch dem Konferenzbeschluß von 1960 mitunter wörtlich zu entsprechen. Ausdrücklich verteidigt die RAP den Atomteststoppvertrag der Sowjetunion gegen den (chinesischen) Vorwurf, er sei ein Betrug an den Völkern, Ausdruck einer Allianz mit dem Imperialismus gegen den Sozialismus. Die rumänische Er-

1) Agerpres a.a.O.

klärung übernimmt die Auslegung des Begriffes "friedliche Koexistenz", fordert eine Stärkung der "Verteidigungskapazität"¹⁾ und teilt die allgemeine Einschätzung des Imperialismus: "Solange der Imperialismus besteht, bleibt ein Nährboden für Aggressionskriege."²⁾ Trotzdem gibt es Unterschiede, wieder mehr in der Art der Formulierung als in der sachlichen Aussage. Die Rumänen beherrschen die Kunst des Weglassens, ohne sich offenkundig dem Vorwurf auszusetzen, sie verfälschten den Text, auf den sie sich berufen.

Die Moskauer Erklärung war an einigen Stellen widersprüchlich. Einerseits hieß es, die Kriegsgefahr sei größer geworden, andererseits wies ein langer Passus nach, daß das "Übergewicht der Kräfte des Sozialismus" "die Versuche der imperialistischen Aggressoren, einen Krieg zu entfesseln"³⁾, durchkreuze. Diese Unstimmigkeiten entsprachen den unterschiedlichen Vorstellungen über Vermeidbarkeit oder Unvermeidbarkeit von Kriegen bei chinesischen und sowjetischen Kommunisten, aber sie ergaben auch im Kontext des Dokumentes einen Sinn. Denn das erste Argument diene dazu, die Notwendigkeit eines engen Zusammenschlusses der Arbeiterklasse, das zweite dazu, die Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz beider Systeme zu begründen. Das letztere bezweifeln die Rumänen nicht, und so sehen sie 1964 dank der "ständig wachsenden Kräfte, die dem Imperialismus entgegenstehen"⁴⁾, die Kriegsgefahr als nicht mehr sehr groß an. Deshalb ist von der Notwendigkeit eines engeren Zusammenschlusses der Arbeiterklasse nicht mehr die Rede.

Zwar stimmen die Rumänen der pauschalen Verurteilung des Imperialismus und seiner Ziele zu, verzichten aber im Gegensatz zu 1960 auf Angriffe gegen einzelne "imperialistische" Mächte wie die Bundesrepublik Deutschland oder die USA. Im übrigen differenzieren sie stärker. Sie beurteilen den Imperialismus nicht mehr als einheitlichen zu bekämpfenden Block, sondern würdigen auch positive Erscheinungen. Sie weisen auf "führende Zirkel der kapitalistischen Länder" hin, in denen "realistische Einschätzungen offenkundig" seien, "Tendenzen zu einer Normalisierung der inter-

1) Agerpres a.a.O.

2) ebenda; wörtliche Entsprechung in Ostprobleme a.a.O. S.72

3) Ostprobleme a.a.O. S.73

4) Agerpres a.a.O.

nationalen Beziehungen".¹⁾ Dagegen mochte die Weltkonferenz nur von einem "bestimmten Teil der Bourgeoisie" annehmen, daß er sich "für die Politik der friedlichen Koexistenz"²⁾ ausspreche.

Die Unterscheidung von sozusagen friedfertigen und "ultrareaktionären Zirkeln" soll die angestrebte Ausweitung der Beziehungen, insbesondere der ökonomischen Beziehungen, "mit allen Staaten ungeachtet ihres sozialen Systems"³⁾ begründen. Mit dem Ziel, die Konfrontation zwischen Ost und West abzubauen, motiviert die RAP selbständige außenpolitische Aktionen. Rumänien greift die Forderung nach Auflösung der Militärblöcke wieder auf, schlägt als überleitende Maßnahme den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen Nato und Warschauer Pakt und die Bildung atomwaffenfreier Zonen vor, Initiativen, die es in ähnlicher Form schon Ende der fünfziger Jahre unternommen hatte.

5. Die Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten

Das in der rumänischen Erklärung wohl wichtigste Kapitel vier behandelt drei Themen. Es gibt einen Überblick über die Entwicklung der sozialistischen Staaten, schildert die ökonomischen Beziehungen zwischen ihnen und die Rolle des RGW und die Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten im allgemeinen.

Im ersten Teil weichen die Rumänen nicht von der Moskauer Erklärung ab, sondern ergänzen sie nur in einem Punkt, der sie selbst betrifft. Rumänien rechnet sich zu den sozialistischen Staaten, die sich in der "Phase der Vollendung des sozialistischen Aufbaus"⁴⁾ befinden. Nach sowjetischer Lehrmeinung umfaßt der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus eine ganze weltgeschichtliche Periode und vollzieht sich in einzelnen Abschnitten. Die jeweilige Phase in diesem Prozeß bezeichnet den Stand, den ein Land auf dem Wege zum Endziel der kommunistischen Gesellschaft erreicht hat. Die Moskauer Erklärung bezeichnet den Übergang zum sozialistischen genossenschaftlichen Großbetrieb als Hauptmerkmal der Phase "Vollendung des sozialistischen Aufbaus". In Rumänien war diese Bedingung im April 1962 erfüllt, als Gheorghiu-

1) Agerpres a.a.O.

2) Ostprobleme a.a.O. S.73

3) Agerpres a.a.O.

4) ebenda

Dej auf der Tagung der großen Nationalversammlung den Abschluß der Kollektivierung und den "Sieg des Sozialismus"¹⁾ verkündete. Damit zog Rumänien mit anderen, weiter entwickelten Ländern gleich.

Wie in Moskau 1960 erörtert die RAP auch 1964 die Voraussetzungen für eine gedeihliche Wirtschaftsentwicklung der sozialistischen Staaten. Sie verwendet die gleichen Argumente, aber vertauscht sie. Während man in Moskau zunächst von "den Vorzügen der Einheit und Geschlossenheit der Länder des sozialistischen Lagers" und von der "Entfaltung und Vervollkommnung der internationalen Arbeitsteilung" ausging, um erst dann an die "internationale Pflicht" zu erinnern, "die Produktion eines jeden Landes gemäß den gegebenen Möglichkeiten in hohem Tempo zu entwickeln... und die inneren Hilfsquellen eines jeden Landes vollständig zu nutzen"²⁾, verfahren die Rumänen genau umgekehrt. Für sie hängt erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung "zuerst und vor allem von der Ausnutzung der inneren Möglichkeiten jedes Landes durch intensive Sammlung der eigenen Kräfte und maximalen Gebrauch seiner natürlichen Ressourcen"³⁾ ab. Ökonomisches Ziel ist nicht die Entwicklung nur einiger günstiger Branchen, sondern allseitige "sozialistische" Industrialisierung, "der einzige Weg, der harmonisches, ausgewogenes und ständig steigendes sowie schnelles Wachstum der gesamten Volkswirtschaft sichert"⁴⁾. Den Vorteil, der sich auch für sie aus kooperativen Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern ergibt, übersehen die Rumänen nicht, aber diese Beziehungen rangieren deutlich an zweiter Stelle. Vorrang hat die nationale, an nationalen Interessen orientierte Wirtschaftspolitik.

Das war eine deutliche Bekräftigung der spätestens seit 1962 verteidigten Position: Der RGW ist für die Rumänen nur ein Instrument für freiwillige, auf konkrete ökonomische Ziele begrenzte Zusammenarbeit, nicht aber ein Instrument für Integration. Dazu beruft sich die rumänische Partei zu Recht

1) Neuer Weg 28.4.1962

2) Ostprobleme a.a.O. S. 70

3) Agerpres a.a.O.

Hervorhebungen vom Verfasser

4) Agerpres a.a.O.

auf die in der Satzung des RGW festgelegten Ziele und Methoden der Zusammenarbeit, auf den Katalog von Prinzipien, die Rumänien als einzig legitime Basis des RGW betrachtet und wenigstens für seinen Teil gewahrt wissen will: Völlige Gleichberechtigung, Beachtung nationaler Souveränität und Interessen, gegenseitiger Vorteil und kameradschaftlicher Beistand. Als einzige zulässige Form wirtschaftlicher Zusammenarbeit wird die "Koordinierung der Pläne auf der Basis bilateraler und multilateraler Übereinkommen"¹⁾ akzeptiert. Die sowjetischen Versuche, durch supranationale Institutionen, wie "gemeinsamer Plan, eine einzige Planungsbehörde für alle Mitgliedsländer, zwischenstaatliche, technisch-produktive Branchenvereinigungen, Betriebe im gemeinsamen Besitz mehrerer Staaten, zwischenstaatliche Wirtschaftskomplexe etc."²⁾ die nationalen Volkswirtschaften der osteuropäischen Staaten wirklich zu integrieren, lehnen die Rumänen als mit dem Statut und der Souveränität ihres Landes unvereinbar ab. Wenn jedoch andere sozialistische Staaten andere als im Statut vorgesehene Beziehungen für richtig hielten, sei das ihre Sache.³⁾

Trotz dieser scheinbaren Toleranz gegenüber anderen Verhaltensweisen zeigt die RAP recht deutlich, daß ihr eine solche Lösung unangenehm wäre; sie wollte nicht offensichtlich als Außenseiter dastehen. Das auf Leninzitate gestützte Argument, es sei notwendig, jetzt auf dem Weg zu einer einzigen, durch nur einen Plan gelenkten Weltwirtschaft voranzukommen, beantworteten die Rumänen mit dem Vorschlag, den RGW nicht qualitativ, d. h. durch Integration, sondern quantitativ durch Aufnahme neuer Mitglieder zu erweitern. Durch möglichst umfassende und flexible Formen und Methoden der Kooperation"⁴⁾ solle man sichern, daß alle sozialistischen Staaten - also auch China - und Entwicklungsländer (Staaten auf dem Wege nichtkapitalistischer Entwicklung) am RGW teilnehmen könnten. Mit diesem Trick, denn unter den gegebenen Umständen war eine Beteiligung Chinas undenkbar, sichern sich die Rumänen

1) Agerpres a.a.O.

2) ebenda Reminiszenzen an den Walew-Plan sind unverkennbar.

3) ebenda

4) Agerpres a.a.O.

gegen den Vorwurf, sie verhinderten mit ihrem Widerstand die Einheit des sozialistischen Lagers. Und sie hätten, falls sich ihr Vorschlag wider Erwarten realisieren ließe, die Gewähr für ein starkes Gegengewicht gegen die ihnen unwillkommenen Integrationsbestrebungen.

Die Auseinandersetzungen um die Funktion des RGW hatten der rumänischen Führung bewußt gemacht, daß die Wahrung ökonomischer Selbständigkeit bei gleichzeitigem Fortbestehen politischer und ideologischer Abhängigkeiten weder wünschenswert noch überhaupt möglich war. So wie Moskau die ökonomischen Beziehungen nur als Funktion des Verhältnisses zwischen sozialistischen Staaten und kommunistischen Parteien begreift, als die Anwendung des "sozialistischen Internationalismus" in einem spezifischen Bereich, müssen auch die Rumänen eine eigene Konzeption für eben diesen Begriff entwickeln, um den Willen zu eigenständiger wirtschaftlicher Entwicklung und unabhängiger Politik rechtfertigen zu können. Das ZK der Rumänischen Arbeiterpartei beschränkt sich also nicht auf die Erörterung der zulässigen Ziele und Methoden im RGW, sondern greift darüber hinaus und beschreibt anschließend die Grundsätze für Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten und kommunistischen Parteien.

Diese Beziehungen werden in der rumänischen wie in der Moskauer Erklärung von gegensätzlichen, dialektisch aber als Einheit verstandenen Begriffen charakterisiert: Das Prinzip des sozialistischen Internationalismus und des sozialistischen Patriotismus¹⁾, die allgemeinen Gesetze des sozialistischen Aufbaus und die konkreten Bedingungen, unter denen sie anzuwenden sind. Die Rumänen übernehmen die ambivalenten Formulierungen von 1960 ebenso wie die dort aufgeführten Begriffe. Trotzdem sieht die Synthese der gegensätzlichen Begriffspaare und infolgedessen die Nutzenanwendung der ideologischen Erörterung für das Problem zwischenstaatlicher Be-

1) Dieser Begriff erscheint zwar im Dokument von 1960, nicht aber in dem rumänischen von 1964; die jeweils beschriebenen Phänomene decken sich aber. Daß der Begriff auch den Rumänen geläufig ist, beweist ein Artikel in "Gazeta Invatamintului" vom 7.1.1966, der sich ausschließlich mit diesem Begriff beschäftigt. Vergleiche im Folgenden Abschnitt VIII, 2.

ziehungen völlig anders aus. Das erklärt sich daher, daß bei der Synthese der Gegensätze jeweils der eine oder der andere Begriff dominiert. Während in der Moskauer Erklärung der Akzent auf dem Prinzip des sozialistischen Internationalismus liegt, betont die RAP die Souveränität von Einzelstaaten. Zwei Zitate mögen das erläutern:

1960: "Ein unverbrüchliches Gesetz der Wechselbeziehungen zwischen den sozialistischen Ländern ist die strikte Einhaltung der Grundsätze des Marxismus-Leninismus, des sozialistischen Internationalismus. Im sozialistischen Lager ist die wahre Gleichberechtigung und Selbständigkeit eines jeden ihm angehörenden Landes gesichert."¹⁾

1964: "Die kommunistischen und Arbeiterparteien, die in der internationalen Arena ein qualitativ neues, in der Geschichte präzedenzloses System von Beziehungen entwickeln, haben diese Beziehungen aufgebaut auf den Prinzipien der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität, der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Vorteils, der kameradschaftlichen gegenseitigen Hilfe, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Respektierung der territorialen Integrität, den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus."²⁾

Die Moskauer Erklärung setzt voraus, daß die Existenz des sozialistischen Lagers die Selbständigkeit der Staaten konstituiert, diese also nicht ein Prinzip ihrer Beziehungen sondern ein Wesenselement ist, das gar nicht in Frage gestellt oder verletzt werden kann. Grundlegendes Prinzip der zwischenstaatlichen Beziehungen ist der sozialistische Internationalismus. Alle anderen Völkerrechtsprinzipien sind in diesem Grundsatz aufgehoben; er begründet damit eine qualitativ neue Art von Völkerrecht³⁾ für die sozialistische Staatengemeinschaft. Interessengegensätze zwischen Einzelstaat und Gemeinschaft kann es nicht geben, denn die "Interessen des sozialistischen Systems in seiner Gesamtheit harmonisieren mit den nationalen Interessen."⁴⁾

Damit wird das Prinzip des sozialistischen Patriotismus, das die Berücksichtigung nationaler Eigenarten bei der "Anwen-

1) Ostprobleme a.a.O. S. 71

2) Agerpres a.a.O.

3) Die Unterscheidung zweier qualitativ verschiedener Erscheinungsweisen des Völkerrechts ist inzwischen Lehrmeinung geworden: vergl. Völkerrecht, Lehrbuch Hrsg. D.B.Lewin, G.P.Kaljushnaja Berlin (Ost) 1967. Das russische Original erschien in Moskau 1964

4) Ostprobleme a.a.O. S. 71

dung allgemeingültiger Prinzipien"¹⁾ fordert, zur Bedeutungslosigkeit reduziert. Nicht umsonst weist denn auch die Moskauer Deklaration darauf hin, daß die Sache des Sozialismus geschädigt werde, wenn man die Rolle der nationalen Besonderheiten übertreibe.

Anders die rumänische Erklärung. Der sozialistische Internationalismus ist ein Grundsatz von mehreren, die die Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten regeln, und unter ihnen nicht einmal der erste. An der Spitze des Katalogs rangieren die klassischen Grundsätze für Beziehungen zwischen Staaten: Souveränität, Gleichberechtigung, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten.²⁾ Sozialistischer Internationalismus ist also für die Rumänen kein Grundsatz sui generis, eine neue Kategorie von Völkerrecht konstituierend,³⁾ sondern bezeichnet nur einen besonderen, hervorragenden Modus der Beziehungen zwischen bestimmten Staaten, Beziehungen, die im übrigen auf denselben Prinzipien beruhen wie die zwischen allen Staaten der Welt. Nicht das eine, sondern die Gesamtheit der Prinzipien macht das "unantastbare Gesetz" zwischenstaatlicher Beziehungen aus und ist "Grundbedingung für die Einheit und Geschlossenheit dieser Länder".⁴⁾

1) Ostprobleme a.a.O. S. 71

2) Diese Prinzipien sind auch in dem entsprechenden Abschnitt der Moskauer Erklärung im gleichen Zusammenhang genannt- nur das letzte nicht. Dieses wird nur in Abschnitt III in Verbindung mit dem Begriff "friedliche Koexistenz" für Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern und den jungen Nationalstaaten der Dritten Welt (Ostprobleme a.a.O. S. 77) verwandt. Bezeichnen- derweise taucht der Grundsatz der Nichteinmischung gerade in Abschnitt II, der sich mit den Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern befaßt, nicht auf. Das ist verständlich, denn das Prinzip des sozialistischen Internationalismus verbunden mit dem der gegenseitigen Hilfe setzt bei weitgehender Auslegung die Einmischung in innere Angelegenheiten eines anderen sozialistischen Staates geradezu voraus.

3) In den folgenden Jahren setzen sich rumänische Rechtswissenschaftler zunehmend mit der sowjetischen Theorie eines neuen sozialistischen Völkerrechts auseinander, etwa Brezoianu in "Iustitia Noua" 5/1966 oder Ciobanu in der gleichen Zeitschrift 10/1966. Die Existenz eines besonderen Völkerrechts bestreiten die Rumänen entschieden. vgl. M. Cismarescu: Rumänisches Recht im Wandel. In Osteuropäische Rundschau 10/1967 S. 21 ff

4) Agerpres a.a.O.

Die Unterschiede zwischen beiden Aussagen müssen einem unbefangenen Leser gering erscheinen, manchmal bestehen sie nur in einer Umstellung der Worte, dennoch handelt es sich keineswegs um Spitzfindigkeiten. Hinter den Worten verbergen sich gegensätzliche Konzeptionen von der Ordnung des sozialistischen Staatensystems. Die sowjetische Konzeption geht aus von einer durch die Ideologie und durch gemeinsame Interessen unlösbar verbundenen Staatengemeinschaft, die imstande ist, für die einzelnen ihr angehörenden Staaten gemeinsame, für alle verbindliche Zielvorstellungen zu entwickeln. Der eigentliche Souverän ist danach nicht der einzelne Staat, sondern die Gemeinschaft. Für die Rumänen sind nur die Nationalstaaten souverän. Sie werden durch eine lose, den einzelnen Staat in seiner politischen Entscheidung nicht bindende Klammer gemeinsamer ideologischer Grundsätze zusammengehalten. Die Vorstellung, Souveränität gebe es nur dank der Existenz der sozialistischen Staatengemeinschaft, teilt die rumänische Partei nicht. Für sie ist Gemeinschaft nur bei Beachtung der Souveränität der Einzelstaaten möglich. Nicht die Abweichung von irgendeinem Gesamtinteresse zerstört die Einheit, sondern die Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen sozialistischen Staates.¹⁾

Damit wollen die Rumänen keinen Gegensatz zwischen Einzelinteressen und Gesamtinteressen konstruieren; sie können an dem in der Moskauer Erklärung festgelegten Prinzip grundsätzlicher Interessenidentität nicht vorbeigehen. Doch hat sich die ursprüngliche Formulierung gleichsam unter der Hand geändert:

"Im Wesen des sozialistischen Systems gibt es keine objektiven Ursachen für Widersprüche zwischen den nationalen und internationalen Aufgaben der sozialistischen Länder, zwischen den Interessen jedes Landes und den Interessen der sozialistischen Gemeinschaft als ganzem."²⁾

Die Sowjetunion definierte die einzelstaatlichen Interessen von denen der Gemeinschaft aus; das Gesamtinteresse ist notwendig auch das Interesse des einzelnen Staates. Die Rumänen argumentieren umgekehrt: Die Summe der einzelstaatlichen

1) Die Verletzung der Souveränität kann "nur eine Quelle von Mißverständnissen und Divergenzen sein". Agerpres a.a.O.

2) ebenda

Interessen ist das Gesamtinteresse.

In der Konzeption ist die Aktionseinheit der sozialistischen Staaten nur herstellbar durch Koordinierung der Einzelinteressen, soweit sie überhaupt zu koordinieren sind: Kein Staat kann durch ein wie immer geartetes Gremium gezwungen werden zu tun, was er nicht tun will. Die Stärke einer solchen lockeren Gemeinschaft und ihre Anziehungskraft auf andere Staaten in der Welt stammt nicht aus ihrer Geschlossenheit, der die Individualität zu opfern wäre, sondern umgekehrt, die Kraft jedes einzelnen Staates, erzielt durch weitgehendste Erfüllung nationaler Belange, begründet die Stärke der Gemeinschaft, der Einheit¹⁾, die trotz oder in der Vielheit besteht.

Ihre Konzeption in diese oder überhaupt eine Formel zu kleiden, vermieden die Rumänen zu diesem Zeitpunkt. Aber es besteht kein Zweifel daran, daß sich ihre Vorstellungen mit dem decken, was Palmiro Togliatti im August 1964 "Einheit in der Vielheit bei voller Autonomie der einzelnen Länder"²⁾ nannte. Infolgedessen verhehlte Nicolae Ceaucescu, der Nachfolger Gheorghiu-Dejs, seine Sympathien keineswegs, als er zum ersten Todestag Togliattis dessen politische Vorstellungen und Tätigkeit für die kommunistische Weltbewegung rühmte.³⁾ Togliattis Begriff selbst wird von der rumänischen politischen Publizistik erst später verwendet und dann dient er nur zur sachlichen Beschreibung, nicht aber als Kampfruf für ein Programm:

"Die Interessen des revolutionären Kampfes erfordern Verständnis dafür, daß die Verschiedenheit selbst den unvermeidlichen und unveränderlichen historischen Rahmen für die Tätigkeit der kommunistischen Parteien bildet und die Einheit nur unter den Bedingungen dieser Vielfalt von Situationen und unterschiedlichen Anschauungen als objektive Erscheinung aufgebaut, entwickelt und gefestigt werden kann und nur wenn jede einzelne Partei die Initiative, das revolutionäre Denken, die

1) Hierzu vgl. Neuer Weg 1.3.1967: Festigung der Einheit der kommunistischen und Arbeiterbewegung—höchste Pflicht. "Je stärker jedes sozialistische Land ist, je größere Erfolge es bei der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung erzielt, umso erheblicher ist sein Beitrag zur Steigerung der Kräfte des sozialistischen Weltsystems, zur Vergrößerung seines Einflusses in der Welt".

2) Togliattis politisches Testament, in Rinascita vom 5.9.1964, zit. nach Ostprobleme 23/1964 S. 656

3) Neuer Weg 22.8.1965

revolutionäre Praxis breit entfaltet."¹⁾

6. Die Beziehungen zwischen kommunistischen Parteien

Allein die kommunistischen Parteien führen in sozialistischen Staaten. Die Beziehungen zwischen ihnen regeln sich nach den gleichen Prinzipien wie zwischen den Staaten, ja, präjudizieren die zwischenstaatlichen Beziehungen. Die Verklammerung beider Ebenen ist gerade für die sowjetische Konzeption wichtig, denn nur so ließ sich der Grundsatz der internationalen Solidarität, von Lenin ursprünglich nur für das Zusammenwirken der Arbeiterklasse aller Länder zur Bekämpfung der internationalen Macht des Kapitals gedacht, auch auf die Beziehungen zwischen Staaten anwenden. Bei den Rumänen läßt sich der zaghafte Versuch beobachten, die enge Verbindung beider Bereiche wieder zu lösen²⁾, aber weil sie den Führungsanspruch der kommunistischen Partei nicht anzweifeln wollen und können, bleibt es bei dem Versuch. Wenn die Rumänische Arbeiterpartei also Anerkennung der Souveränität ihres Staates erreichen wollte, mußte sie zunächst ihre eigene Unabhängigkeit begründen.

Auch in dieser Hinsicht ist für beide Erklärungen das ambivalente Verhältnis von Internationalismus und Unabhängigkeit charakteristisch. Die Moskauer Erklärung verpflichtete alle Parteien auf den proletarischen Internationalismus, die rumänische Erklärung fordert deren Unabhängigkeit.

Zwar gestand auch Moskau jeder Partei Unabhängigkeit zu: "... sie arbeiten ihre Politik aus, indem sie von den konkreten Bedingungen ihrer Länder ausgehen und sich von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus leiten lassen"³⁾, schränkte dieses Zugeständnis aber durch weit umfangreichere Hinweise auf die Verantwortlich-

1) "Festigung der Einheit der kommunistischen und Arbeiterbewegung - höchste Pflicht", Neuer Weg 1.3.1967, ein aus Scinteia übernommener redaktioneller, also offizieller Beitrag.

2) Es sei eine ernste Angelegenheit, daß sich die gegenwärtigen Divergenzen zwischen den Parteien auch in den Beziehungen zwischen Staaten spiegelten, Agerpres a.a.O. Ähnlich später: Meinungsverschiedenheiten zwischen "Parteien dürfen nicht auf die Ebene zwischenstaatlicher Beziehungen verpflanzt werden, dürfen in keiner Weise der Freundschaft und Zusammenarbeit der sozialistischen Länder Abbruch tun." In: Neuer Weg 1.3.1967

3) Ostprobleme a.a.O. S.83

keit jeder Partei gegenüber der internationalen Arbeiterbewegung und auf die Pflicht zur Einheit sofort wieder ein. Alle Parteien sollten gleich sein - die KPdSU jedoch mehr als andere Parteien. Die Hervorhebung der Rolle der KPdSU als "Vorhut" der kommunistischen Bewegung, deren Erfahrungen für alle anderen "von prinzipieller Bedeutung" seien, ließ "Gleichberechtigung der Parteien" zu einem Wort ohne Inhalt werden. Nach sowjetischer Auffassung waren die Parteien weder gleichberechtigt noch unabhängig. Jedes Abweichen von der Linie der von Moskau dominierten Mehrheit wurde gleichsam zum Verrat an der Sache des Sozialismus.

Dagegenstreicht die RAP Unabhängigkeit und Gleichberechtigung aller Parteien heraus, ergänzt diese Prinzipien um den schon für den sozialistischen Staat angewandten Grundsatz der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und definiert die "exklusiven Rechte" jeder Partei. Sie habe das Recht, "ihre eigenen politischen und organisatorischen Probleme zu lösen, ihre Führung zu bestimmen, ihre Mitglieder über die Probleme der Innen- und Außenpolitik zu orientieren" und "unabhängig ihre politische Linie auszuarbeiten, ihre konkreten Zielsetzungen, sowie Wege und Mittel, sie zu erreichen, indem sie die allgemeinen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus schöpferisch anwendet." ¹⁾

Um diese Rechte zu legitimieren, berufen sich die Rumänen darauf, die Parteien hätten in ihrer Politik nationale Besonderheiten zu berücksichtigen. Dieser Begriff hat seit dem XX. Parteitag der KPdSU in der Diskussion über das Verhältnis von kommunistischen Parteien zueinander immer wieder eine Rolle gespielt und wird zurückgeführt auf eine Äußerung Lenins, die in der rumänischen Erklärung folgendermaßen zitiert wird:

"Vollständig gültig sind die Worte Lenins, der sagte, solange zwischen Völkern und Ländern nationale und staatliche Besonderheiten bestehen - und solche Besonderheiten werden für eine lange Zeit, sogar noch nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats im Weltmaßstab bestehen -, erfordert die Einheit der internationalen Taktik der kommunistischen und Arbeiterbewegung... nicht die Beseitigung der Vielfalt, die Abschaffung der nationalen Besonderheiten (was im Augenblick ein absurder Traum wäre), sondern im Gegenteil die Anwendung der fundamentalen Prinzipien des Kommunismus..., die diese Prinzipien im einzelnen richtig modifizieren sollte, um sie in geeigneter Weise aufzugreifen und den Besonderheiten jedes Nationalstaats entsprechend anzuwenden" ²⁾

1) Agerpres a.a.O.

2) ebenia nach Lenin, Werke Bd. 31 S.75, erschienen im Jahr 1956

Dieses Zitat erläutert, worauf es den Rumänen ankommt. Natürlich erkennen auch sie allgemeine Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus an, wie sie auf der Weltkonferenz 1957 festgelegt worden waren: Aber jede Partei soll das Recht haben, diese Grundsätze entsprechend den Bedingungen des eigenen Landes anzuwenden oder sogar abzuändern. Nicht Prinzipien verpflichten die Partei, sondern nationale Belange. Es ist selbstverständlich, daß in der rumänischen Erklärung ein Hinweis auf die Möglichkeit, man könne die Rolle der nationalen Besonderheiten übertreiben, ebenso fehlt wie Beschwörung einer Gefahr durch Nationalismus und Chauvinismus. Damit ist die Legitimation von Blockpolitik in Frage gestellt, die dazu dient, anderen Parteien verbindliche Leitsätze aufzuktroyieren.

Es gibt für die Rumänen keine Partei, deren Verhalten oder Erfahrungen anderen Parteien als Muster zu dienen hätten:

"Da gibt es und da kann es keine Vater- und Sohnparteien geben, keine Parteien, die vorgesetzt und keine, die untergeben sind... keine Partei kann einen privilegierten Platz haben oder hat ihn, noch kann sie anderen Parteien ihre Linie oder ihre Meinungen aufdrängen."1)

Damit widersprechen die Rumänen der Behauptung, die Sowjetunion habe als das erste Land, das den Sozialismus erbaut hatte, ein Beispiel gewiesen, dem die anderen Länder folgen müßten. Entsprechend ist in der Erklärung weder von einer führenden Rolle der KPdSU, noch von ihr als "Bollwerk" oder "Avantgarde" die Rede. Nur an einer einzigen Stelle heben die Rumänen die KPdSU hervor - und dort zusammen mit der KP Chinas. Sie weisen auf das große Prestige beider Parteien hin und auf ihre große Verantwortung für die Einheit des sozialistischen Lagers, die die Beendigung der öffentlichen Polemik erfordere. Beide Parteien werden also von der RAP gleichermaßen kritisiert, weil sie dieser Verantwortung bisher nicht gerecht geworden seien.

Besonders heftig verwahren sich die Rumänen gegen sozusagen illegale Methoden, die anderen Parteien zu beeinflussen. Darunter verstehen sie öffentliche Kampagnen, Anklagen und Verunglimpfungen anderer Parteien, Appelle zur Absetzung oder Änderung der jeweiligen Parteiführung und Versuche, die Führung zu übergehen

1) Agerpres a.a.O.

und mit irgendwelchen Gruppen in der Partei Kontakt aufzunehmen, also zur Fraktionsbildung zu ermuntern.¹⁾

Ebenso wie sie den Führungsanspruch der KPdSU für die kommunistische Weltbewegung zurückweist, lehnt die RAP jede "zentrale Autorität" ab. An der gleichen Stelle, an der in der Moskauer Erklärung die jugoslawischen Kommunisten verurteilt wurden, beschreiben die Rumänen den Schaden, den Komintern und Kominform durch Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Parteien angerichtet hätten. Gerade Jugoslawien dient als Beispiel für die verfehlte Methode, zentrale Institutionen als Leitungsorgane für die kommunistischen Parteien zu verwenden. Als Beleg für die Kritik an Komintern und Kominform dienen die Beschlüsse des XX. Parteitags der KPdSU, die "unter den Bedingungen der augenblicklich bestehenden scharfen Divergenzen hochaktuell" seien²⁾. Auf diese Weise bekommen die Sowjets die Folgen des Parteitags von 1956 auch 1964 noch zu spüren.

Die Erinnerung an historische Ereignisse soll aktuelle Zentralisierungsversuche abwehren helfen. Der Begriff "zentrale Autorität" ist so weit gefaßt, daß sich eine Eingrenzung auf vergangene Auswirkungen der Komintern verbietet. Die rumänische Partei hätte als Beispiel auch den Versuch wählen können, einzelne Parteien durch Mehrheitsbeschluß auf eine bestimmte Politik verpflichten zu wollen. Gegen dieses Verfahren hatte sie sich schon in den vergangenen Jahren durch Ausnutzung ihres Vetorechts im RGW erfolgreich gewehrt.

Die chinesischen Kommunisten berichteten am 4. Februar 1964, die KPdSU habe schon auf der Weltkonferenz 1960 versucht, ihnen mit Hilfe von Mehrheitsentscheidungen ihren Willen aufzuzwingen.³⁾ Die Sowjets hätten sich dabei auf den leninistischen Grundsatz des "demokratischen Zentralismus" berufen, nach dem sich die Minder-

1) Ob die Mahnung der Rumänen als Indiz für ähnliche Einmischungsversuche in der rumänischen Partei zu werten ist, läßt sich nur schwer ausmachen. Immerhin protestieren sie auch später noch gegen Ermütigung von Fraktionsbildung: "Unsere Partei erklärt sich mit aller Entschiedenheit gegen die Praktiken, innerhalb einer anderen Partei für die eigenen Anschauungen Unterstützung zu suchen, zu diesem Zweck an Gruppierungen zu appellieren, die sich innerhalb dieser Partei herausgebildet haben..." Neuer Weg 1.3.1967, ähnlich Ceausescu im Mai 1967, vgl. Neuer Weg 9.5.1967

2) Agerpres a.a.O.

3) In Peking Review 7.2.1964, siehe Ostprobleme 9,10/1964

heit der Mehrheit und die untere Parteiorganisation der höheren unterzuordnen habe. Dieses Verfahren sei von ihnen abgelehnt worden. Es gelte nur innerhalb einer Partei, nicht aber für Beziehungen zwischen Parteien. Genauso verhalten sich die Rumänen 1964 zum Prinzip des Mehrheitsbeschlusses und genauso argumentieren sie in einem Artikel des Parteiorgans Scinteia Anfang 1968:

"Daraus ergibt sich auch die Tatsache, daß das Prinzip des demokratischen Zentralismus nur auf innerparteilicher Ebene Gültigkeit besitzt; auf internationaler Ebene, in den Beziehungen zwischen Parteien ... ist dieses Prinzip vollkommen unanwendbar, da alle kommunistischen Parteien gleichberechtigt sind. Sie sind unabhängige Parteien, vertreten die Arbeiterklasse, das Volk des betreffenden Landes, was jede Form der Unterordnung ausschließt. Daher kann es keine Unterordnung der "Minderheit" gegenüber der "Mehrheit" in den Beziehungen zwischen marxistisch-leninistischen Parteien geben, und keine "Mehrheit" kann ihre Beschlüsse irgendeiner Partei aufdrängen."¹⁾

Die Moskauer Konferenz konnte noch so tun, als gebe es keine grundlegenden Konflikte zwischen kommunistischen Parteien, schließlich hatte sie die Aufgabe, Gegensätze zu bemänteln. Nach der Eskalation des sowjetisch-chinesischen Konflikts mußte sich 1964 die Frage stellen, ob und wie Meinungsverschiedenheiten zu klären und einheitliche Stellungnahmen zu erreichen seien. Rumäniens KP schlägt für diesen Zweck bilaterale und multilaterale Konferenzen vor und zieht auch eine neue Weltkonferenz in Betracht, allerdings nur dann, wenn a l l e kommunistischen Parteien daran teilnahmen.²⁾ Nachdem sie aber nachgewiesen hatte, daß kein Gremium, keine Organisation und keine wie immer geartete Autorität irgendeine Partei veranlassen können, bestimmte Haltungen einzunehmen und andere aufzugeben, verzichtet sie bei dem von ihr vorgeschlagenen Verfahren auf institutionalisierten Zwang zur Gemeinsamkeit. Die Rumänen richten sich auf die Möglichkeit des permanenten Konflikts ein. Denn nach ihrer Auffassung heißt Einheit der kommunistischen Parteien und Staaten nicht auch Einheitlichkeit der Ansichten und Aktionen: "Somit wird immer klarer, daß E i n h e i t nicht bedeutet, alles auf denselben Nenner zu bringen, nicht E i n f ö r m i g k e i t bedeutet!"³⁾

1) Victor Iliescu: Die Gewährleistung der Einheit und der Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung - ein hohes Gebot der Stunde. zit. nach Neuer Weg 3.2.1968

2) Agerpres a.a.O.

3) Neuer Weg 1.3.1967. Hervorhebungen im Original

Jetzt wird verständlich, warum Rumänen in der ZK-Deklaration, in Zeitungsartikeln und Reden immer wieder zur Einheit aufrufen, obwohl ihr Wille zu Selbstständigkeit zunächst das Gegenteil erwarten ließe. Sie verstehen unter Einheit etwas anderes als die Sowjets. Nicht Uniformität, nicht ein gleichartiges Auftreten aller Parteien in der Tagespolitik meinen sie, sondern die Freiheit, in allen politischen Angelegenheiten im Innern wie nach Außen selbstständig handeln zu können und niemandem Rechenschaft schuldig zu sein. Wegen gemeinsamer Ziele und Grundsätze bestehe Einheit ohnehin - trotz aller Verschiedenheiten. Für Rumänien ist es wichtig, China im sozialistischen Lager zu halten und einen Ausschluß zu verhindern. Denn nur die Existenz einer zweiten Partei, die dem Kreml die Alleinherrschaft streitig macht, vermag auch den kleineren Parteien Spielraum zu sichern.

Von den beiden Bestandteilen der Ideologie, einer allgemeinen Doktrin und einem konkreten Aktionsprogramm, akzeptiert die Rumänische Arbeiterpartei nur noch die Doktrin als gemeinsames verbindendes Element, das sich freilich auf die Beziehungen zwischen Staaten und Parteien nicht mehr unmittelbar auswirken darf. Die Notwendigkeit oder Möglichkeit für ein umfassendes Aktionsprogramm, das die allgemeinen Zielsetzungen in konkrete einheitliche Handlungsweisen umzusetzen hätte und für alle Parteien gleichermaßen verbindlich wäre, leugnet sie, da unterschiedliche historische Bedingungen die Aufstellung eines solchen Programms verböten. Dadurch fehlt der Ideologie das Element, das allein die Unterordnung der einzelnen Partei unter einen wie immer definierten gemeinsamen Willen verbürgen könnte. Für die Rumänen hat die Ideologie im internationalen Bereich ihre Funktion zur Legitimierung von Herrschaft verloren.

7. Die rumänische Argumentationsweise

Ideologien sind Weltanschauungen, die wahre allgemeingültige Erkenntnisse vom Wesen der Wirklichkeit zu sein vorgeben und Aussagen machen über die Art und Weise, wie das politische Ganze und darin das Leben der Individuen geordnet sein soll; sie beinhaltet eine allgemeine Zielsetzung, wie die ideale Verfassung einer bewußt zu gestaltenden Gesellschaft ausse-

hen müsse, eine normative Wertordnung und eine Anleitung zum Handeln, wie die gesellschaftliche Zielsetzung verwirklicht werden soll.¹⁾ Ideologie dient unter anderem zur Legitimierung von Herrschaft, die die postulierten Ziele erfüllen will, und zur Integrierung heterogener Gruppen. Sie ist keine statische Lehre, die einmal entwickelt, für immer unveränderlich ist, sondern läßt in gewissem Ausmaß Variationen zu. Bestimmte allgemeine Überzeugungen, in der Regel axiomatisch festgelegte Grundsätze, bleiben bestehen; sie sind das elementare Gerüst einer Ideologie, ohne das sie nicht existieren kann. Die konkrete Form, in der allgemeine Grundsätze erscheinen - beispielsweise als politische Programme -, unterliegt Veränderungen, die sich aus wechselnden historischen Situationen oder sich wandelnden Interessen der Träger von Ideologien ergeben.

Im kommunistischen politischen System hat die Ideologie des Marxismus-Leninismus eine Monopolstellung und wurde zum Dogma, zur "verbindlichen und richtungsweisenden Lehre für alle Bereiche des Lebens."²⁾ Die kommunistischen Parteien sind Träger der Ideologie, die ihre Existenz und Herrschaft mit dem notwendigen Aufbau einer neuen, idealen Gesellschaft im Weltmaßstab begründet. Die Ideologie dient als Anleitung zum Handeln in dem jeweiligen Land, als Kommunikationsebene zwischen den Parteien vieler Länder und als Verhaltensnorm gegenüber anderen politischen Systemen. Die KPdSU benutzte die Ideologie, um ihre Sonderrolle im kommunistischen System zu legitimieren. Jede Partei muß ihre Vorstellungen und Aktionen mit der sie verpflichtenden Ideologie in Übereinstimmung bringen, will sie nicht als Abweichler, als Häretiker bezeichnet werden und Sanktionen riskieren.

Zu Lenins und Stalins Lebzeiten war das Vorrecht der KPdSU, die Ideologie verbindlich auszulegen und über Rechtgläubigkeit oder Ketzerei zu befinden, unbestritten. Das änderte sich nach Stalins Tod: Die Monopolstellung der KPdSU für die Interpretation der kommunistischen Ideologie war erschüttert,

1) H. Zeltner: Ideologie und Wahrheit. Zur Kritik der politischen Vernunft. Stuttgart 1966 S. 10f

2) ebenda S. 35

Und Chruschtschow benutzte multilaterale Konferenzen, um die für alle kommunistischen Parteien verbindliche Generallinie in Grundsatzserklärungen festlegen zu lassen.

1960 hatten die Rumänen den Konferenzbeschuß unterschrieben und hatten sich gebunden. 1964 standen sie deshalb vor einem Dilemma: Sie konnten den Koferenzbeschuß nicht aus eigener Kraft revidieren, sondern mußten versuchen, ihre eigenen ganz anders gearteten Vorstellungen mit der damals beschlossenen Generallinie in Einklang zu bringen. Nur so gab es eine Chance dem für das politische Überleben der rumänischen Führung gefährlichen Vorwurf der Abweichung zu entgehen - oder wenigstens eine Verteidigungslinie gegen solche Vorwürfe zu haben. Die Rumänische Arbeiterpartei konnte sich nicht damit begnügen, in diesem oder jenem Punkt eigene politische Vorstellungen zu vertreten, sondern mußte ein geschlossenes Konzept entwerfen, in dem ihre besonderen Intentionen aufgehoben waren und das den Anspruch rechtfertigte, keine subjektive, sondern eine authentische Auslegung der für alle gleichen Ideologie zu sein. Nur deshalb beruft sich die RAP ständig auf die Weltkonferenz von 1960 und deshalb gibt sich ihre im Grunde neue, von individuellen Interessen bestimmte Konzeption als Allgemeines, als authentische Interpretation jenes Konferenzbeschlusses aus.

Die rumänische Parteiführung zeigt kein Bedürfnis für die Rolle des Reformators oder Schöpfers eines "neuen" Sozialismus, sondern nimmt die Attitüde des Konservativen ein, der bewährte Formen zwischenstaatlicher Zusammenarbeit gegen schädliche Neuerungen oder gegen den Rückfall in frühere, längst verurteilte stalinistische Praktiken verteidigt. Die RAP rühmt ein altes System, das nie bestanden hatte, um ein neues herbeiführen zu helfen.

"Die kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder, die in der internationalen Arena ein qualitativ neues, in der Geschichte präzedenzloses System von Beziehungen entwickelten, haben diese Beziehungen aufgebaut auf den Prinzipien der nationalen Unabhängigkeit..."¹⁾

1) Agerpres a.a.O. ;genauso argumentiert E. Bodnaras auf dem 9.Parteitag: "Die Basis der kapitalistischen Länder, die sich auf Ungleichheit, Unterordnung, Abhängigkeit...gründet, konnte bei der Festlegung der Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern keinerlei Wert haben. Es mußte eine andere Praxis festgelegt werden..." Neuer Weg 24.7.1965

Die Sowjetunion war von Anfang an darum bemüht, ihr osteuropäisches Imperium nicht als ein Herrschaftssystem erscheinen zu lassen, in dem sie ihre nationalen Belange auf Kosten anderer Länder durchsetzte. Stattdessen hält sie an der Fiktion fest, das osteuropäische Staatensystem sei der freiwillige Zusammenschluß gleicher und souveräner Staaten, die für alle Staaten der Welt vorbildlich, an der Neuordnung der Welt arbeiteten. Diese Fiktion findet sich in den Reden führender sowjetischer Politiker ebenso wie in den bilateralen Beistandspakten zwischen der Sowjetunion und osteuropäischen Ländern, wie auch im Warschauer Vertrag vom 14.5.1955.

Die Rumänen geben der naheliegenden Versuchung nicht nach, der Sowjetunion die Verletzung der so häufig proklamierten Grundsätze vorzuwerfen. Sie unterstellen, die Prinzipien seien bisher gültig gewesen und müßten es bleiben. So präsentieren sie 1964 einen bisher nur theoretisch bestehenden Rechtsanspruch wie einen Wechsel und fordern seine Einlösung. Jedem Kontrahenten wird die Argumentation schwer, denn um die Berechtigung der rumänischen Forderung zu widerlegen, müßte er zugeben, dieses von den Rumänen beschriebene "präzedenzlose System" habe nie bestanden und solle auch in Zukunft nicht eingerichtet werden; er hätte mit der Wahrheit gegen das ideologische Schema operieren und es ad absurdum führen müssen.

So gründet die Rumänische Arbeiterpartei ihre Konzeption auf kaum anfechtbare ideologische Grundsätze; sie vermeidet zugleich eine unmittelbare Konfrontation mit der Sowjetunion. Selbst dort, wo sie sowjetischen Vorstellungen direkt widerspricht, bleibt sie in ihrer Deklaration allgemein und schont das empfindliche Selbstbewußtsein des Kreml.¹⁾ Auf diese Weise schützen sich die Rumänen vor dem Vorwurf des "Antisowjetismus", ohne deshalb ihre nicht-sowjetische Konzeption ver-

1) Genauso verhalten sich die Rumänen in dem auf ihre Erklärung folgenden "Ätherkrieg". Radio Bukarest beantwortet einen aus der Sowjetunion gesendeten Kommentar folgendermaßen: "Am 30. Mai hat eine ausländische Radiostation ... einen Kommentar gesendet. Da dieser Kommentar in einer rumänisch-sprachigen Sendung gebracht und somit an die Hörer in Rumänien adressiert war, halten wir es für notwendig, gewisse Punkte zu klären und richtigzustellen". zit. nach Ostprobleme 15/1964 S. 452

wässern zu müssen. In den meisten zwischen Moskau und Peking strittigen ideologischen Fragen, die rumänische Interessen nicht unmittelbar berühren, teilt die RAP den sowjetischen Standpunkt. Aber sie stellt sich nirgendwo offen auf die Seite Moskaus, sondern gibt als eigenen Standpunkt aus, was in dieser oder jener Hinsicht mit der sowjetischen Haltung identisch ist. Neutralität zwischen den beiden Polen der kommunistischen Weltbewegung ist auch in Detailfragen durchgehalten.

Die Rumänen rütteln an keinem Dogma: Die führende Rolle der kommunistischen Partei, das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, die Theorie von der Revolution, der demokratische Zentralismus, alles bleibt unangetastet. Im Grunde auch das Prinzip des proletarischen Internationalismus; die Rumänen geben ihm zwar einen anderen Inhalt als die Sowjets, bezweifeln aber nicht seine Gültigkeit. Sie relativieren die Bedeutung des Dogmas. Indem sie auf dem Recht jeder Partei beharren, ideologische Grundsätze eigenen Bedürfnissen entsprechend auszulegen und anzuwenden, rauben sie der Ideologie die Funktion, Gradmesser für Rechtgläubigkeit und Mittel zur Disziplinierung zu sein. Dementsprechend gibt es nach rumänischer Auffassung auch keine Ketzler oder Abweichler im sozialistischen Lager. Von den Auslegungsmöglichkeiten der Ideologie macht die Rumänische Kommunistische Partei im eigenen Land zwar keinen so weitgehenden Gebrauch wie vorher und nachher andere Parteien, aber sie kann in ihre Konzeption von der Ordnung des kommunistischen Weltsystems auch die vom Bund der Kommunisten Jugoslawiens und von der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei vertretenen Reformvorstellungen einbeziehen, obwohl sie sich grundsätzlich von der rumänischen Innenpolitik unterscheiden.

Es zeigt sich, daß die Ideologie nicht nur ein Mittel war, durch das die Sowjetunion ihre machtpolitischen Zielsetzungen anderen sozialistischen Staaten aufoktroyierte, sondern daß sie einmal formuliert und veröffentlicht, auch gegen ihre Intentionen ausgespielt werden kann.¹⁾ Die ideologischen Grund-

¹⁾ vgl. hierzu den ausgezeichneten Essay von Z.Brzezinski über "Ideologie und Macht in den Beziehungen zwischen den kommunistischen Staaten" in: Der Sowjetblock S. 406ff, besonders S.409f

sätze gelten für die KPdSU wie für die anderen kommunistischen Parteien; sie sind besonders nach Stalins Tod nicht mehr einseitig revidierbar und unterliegen der Interpretation. Rumänien hat demonstriert, daß dieselbe Ideologie, die ein hierarchisches Herrschaftssystem legalisieren half, zur Erosion dieses Systems beitragen kann. Sie ist zum Machtmittel des schwächeren Staates gegen den stärkeren geworden.

Damit soll nicht behauptet werden, nur kluge Argumentation habe Rumänien seine Selbständigkeit bewahrt. So verkehrt es wäre, geschickte Behandlung der Ideologie als alleinige Ursache für rumänisches Wohlergehen anzusehen, so verkehrt wäre es, sie zu unterschätzen. Die Besetzung der Tschechoslowakei kann nicht als Gegenargument dienen, weil dort die Entwicklung 1968 ganz anders verlaufen war: Dort wurden bisher verbindliche ideologische Grundsätze einseitig revidiert, dort sollte ein neues Modell des Sozialismus erprobt werden. Gerade die hier skizzierte ideologische Absicherung fehlte den Tschechoslowaken.

V. Die Nachfolge

Gheorghe Gheorghiu-Dej starb am 19. März 1965. Sein Erbe: Eine in sich geschlossene kommunistische Partei, die unbestritten die Geschicke des Staates lenkte, eine blühende Industrie, deren beträchtliche Zuwachsraten dem Land künftig Anschluß an entwickeltere Industrieländer versprachen, ein Staat, dem Gheorghiu-Dej durch kluge Ausnützung des sowjetisch-chinesischen Gegensatzes zu eigener Stimme im Konzert der Staaten verholten hatte und der es gewagt hatte, der übermächtigen Sowjetunion zu trotzen, eine politische Konzeption, deren Verwirklichung Rumänien, und nicht nur ihm, für immer Unabhängigkeit beschert hätte und die seinen Nachfolgern als politisches Programm dienen konnte. Sein Testament: Innerer Aufbau des Sozialismus durch Fortsetzung der Politik "sozialistischer Industrialisierung", "brüderliches Bündnis mit den sozialistischen Ländern" und "Ausweitung der Beziehungen zu allen Ländern"¹⁾

¹⁾ In einem Brief an die Große Nationalversammlung kurz vor seinem Tode vgl. Osteuropäische Rundschau 4/1965 S. 34

Noch vor den Beisetzungsfeierlichkeiten trat das Zentralkomitee der Rumänischen Arbeiterpartei zusammen¹⁾, trennte die beiden Funktionen, die Gheorghiu-Dej innegehabt hatte und bestimmte Chivu Stoica zum Staatsratsvorsitzenden - zum nominellen Staatsoberhaupt - und den damals 47 jährigen Nicolae Ceausescu zum Ersten Sekretär des Zentralkomitees. Ceausescu war bäuerlicher Abkunft, 1936 trat er der kommunistischen Jugendbewegung bei, in der er während des Krieges eine führende Stelle innehatte. Nach dem Krieg war er in der politischen Armeeverwaltung tätig, wurde 1948 ZK-Mitglied, 1954 ZK-Sekretär und 1955 Vollmitglied des Politbüros²⁾. Als ZK-Sekretär war er für Organisationsfragen und Kaderpolitik zuständig und hatte sich in diesem Amt eine zuverlässige Hausmacht schaffen können, die eine reibungslose Machtübernahme gestattete.

Im April 1965 wurde der schon überfällige Parteitag einberufen, im Juni stellte sich der neue Parteichef Versammlungen der Parteiaktive des Innenministeriums und der Armee, um sich der Loyalität der Machtstützen des Regimes zu versichern und garantierte ihnen die Fortsetzung des bisher eingeschlagenen Kurses³⁾. Am 19. Juli 1965, vier Monate nach dem Tode Gheorghiu-Dejs, begann der Parteitag, der vor den versammelten Führern des "sozialistischen Lagers" die außen- und innenpolitischen Zielsetzungen der neuen Parteiführung zu bestätigen hatte und dem neuen Parteichef durch Akklamation die Autorität verleihen sollte, die sein Vorgänger besessen hatte. Die Führung⁴⁾ demonstrierte Geschlossenheit und jeder der hohen

1) Wem die Schnelligkeit pietätlos erscheint, der sei daran erinnert, wie Chruschtschow die Beisetzungsfeierlichkeiten für Bierut 1956 in Polen nutzte, um die Nachfolge in seinem Sinn zu beeinflussen. Die Rumänen vermieden diese Gefahr, indem sie schnell handelten; zugleich demonstrierten sie ihr Recht, ohne Rücksprache ihre Führung zu bestimmen.

2) vgl. Hinter dem Eisernen Vorhang 2/1956 S. 19; Osteuropäische Rundschau 4/1965 S. 35

3) Neuer Weg 24.6.1965

4) In die Führung rückte Alexandru Birladeanu, Vertreter Rumäniens beim RGW, als Politbüromitglied auf. Zwei neue ZK-Sekretäre Paul Niculescu-Mizil und Ilie Verdet waren als Parteigänger Ceausescus zu betrachten. Im übrigen blieb die Zusammensetzung der höchsten Parteiorgane zunächst unverändert.

Funktionäre konzentrierte sich in seinem Referat auf einen bestimmten Aspekt des in Zukunft einzuschlagenden Kurses.

Auf diese Weise versuchten die rumänischen Führer die Aufgabe zu lösen, vor die sie der Tod Gheorghiu-Dejs gestellt hatte. Es galt ein politisches Vermächtnis zu bewahren, das in dem ZK-Beschluß vom April des vergangenen Jahres bestand und in einer Position, die der verstorbene Parteichef durch geschicktes Taktieren in tagespolitischen Fragen erlangt hatte und die von seiner persönlichen Autorität abhing. Über diese Autorität verfügte die neue Führung zunächst nicht; deshalb benutzte sie den Parteitag, um das in der Vergangenheit Erreichte Institution werden zu lassen, es des Persönlichen und Zufälligen zu entkleiden und ihm Dauer zu verleihen. Die auf dem Parteitag beschlossenen und später vollendeten Maßnahmen bilden ein System, das dem rumänischen Kommunismus ein eigenes Gepräge verleiht.

VI. Die Partei

1. Das Selbstverständnis der Rumänischen Kommunistischen Partei
Der Parteitag beschloß auf seiner konstituierenden Sitzung, die Partei solle wieder, wie vor der Vereinigung mit der sozialdemokratischen Partei, Rumänische Kommunistische Partei heißen und der Erste Sekretär hinfort den Titel Generalsekretär führen, jenen Titel, den man nach dem Tode Stalins in den osteuropäischen kommunistischen Parteien abgeschafft hatte. Der Parteitag bezeichnete sich selbst als den neunten.

Diese Änderungen waren keine kosmetische Operation sondern ein Programm. Das zeigte sich schon in der Begründung: Die Umbenennung entspreche den in "unserer Gesellschaft stattgefundenen Umgestaltungen, dem gegenwärtigen Entwicklungsstadium der Partei und seinem Endziel - dem Aufbau der kommunistischen Gesellschaft - am besten."¹⁾ Zwar bleibt man dabei, daß sich Rumänien noch in der Phase der "Vollendung des Aufbaus des Sozialismus"²⁾ befinde, doch klingt hier deutlich der Anspruch an, sich in der gesellschaftlichen Entwicklung nicht weit hinter der sich um Aufbau des Kommunismus mühenden Sow-

1) Neuer Weg 20.7.1965

2) So heißt es im Titel eines von Nicolae Ceausescu am 7.5.1967 in Scinteia veröffentlichten Artikels

jetunion , auf gar keinen Fall aber hinter anderen sozialistischen Staaten zu befinden. Kommunistische Partei, das bedeutete Gleichberechtigung mit anderen kommunistischen Parteien, Verzicht auf den inferioren Status der Arbeiterpartei.

Es sei notwendig geworden, die Parteitage umzunummerieren, "um somit die Kontinuität der Tätigkeit unserer Partei im Verlauf ihrer Geschichte widerzuspiegeln."¹⁾ Die ursprünglich vorgesehene Ziffer 4 hätte sich auf die 1948 entstandene Rumänische Arbeiterpartei bezogen, die Ziffer neun knüpfte an den Gründungsparteitag der RKP am 8. Mai 1921 an. Die rumänischen Kommunisten schüttelten das Odium ab, eine nach 1945 unter sowjetischer Obhut ins Leben und an die Macht gerufene Partei zu sein. Zu dem Zweck beriefen sie sich auf die gesamte rumänische Geschichte, deren legitime Vollstrecker sie seien, und auf eine seit dem 19. Jahrhundert in Rumänien heimische Arbeiterbewegung. Ceausescu sagte auf dem 9. Parteitag: "Unsere Partei führt die besten Traditionen des Jahrhunderts währenden Kampfes des rumänischen Volkes um nationale und soziale Freiheit fort... und wurzelt tief in der Arbeiterbewegung Rumäniens..."²⁾

Zum Nachweis einer autochtonen Arbeiterbewegung in Rumänien zitierte man die marxistischen Klassiker, Marx und Engels, beschrieb ihr Interesse für Rumänien und das Echo in Rumänien. Schon Ende 1964 waren bisher unveröffentlichte Marx-Schriften von der Akademie der Wissenschaften unter dem Titel "Karl Marx Aufzeichnungen über Rumänien" herausgegeben worden.³⁾ Die Herausgeber wollten unter anderem nachweisen, daß schon Marx und Engels für das Selbstbestimmungsrecht der Völker eintraten und Polen und Rumänien angesichts der Unterdrückung, die sie durch russische, österreichische und türkische Großmachtspolitik erleiden mußten, zu den revolutionären Völkern rechneten. Am 30. September 1964 veröffentlichte die Zei-

¹⁾ Neuer Weg a.a.O.

²⁾ zit. nach Neuer Weg 20.7.1965

³⁾ Ausführlich beschäftigt sich mit dieser Veröffentlichung D. Ghermani: Die kommunistische Umdeutung der rumänischen Geschichte S. 156ff

tung "Neuer Weg" einen Artikel von Ion Popescu-Puturi, Direktor des Instituts für Parteigeschichte beim ZK der Rumänischen Arbeiterpartei, der sich mit der historischen Rolle der I. Internationale befaßte und eingehend die Zustimmung schilderte, die Marx und die Internationale damals in einigen rumänischen Zeitungen gefunden hatten. Im November 1965 gedachte man Engels' 145. Geburtstag und wies darauf hin, daß viele rumänische Denker schon zu Lebzeiten von Marx und Engels mit deren Gedankengut vertraut gewesen seien und sogar persönlichen Kontakt zu ihnen gehabt hätten.¹⁾

Diese und ähnliche Artikel waren der Auftakt für eine umfassende Revision der Parteigeschichte. Auf dem 9. Parteitag kündigte Ceausescu das Vorhaben an: "Eine aktuelle Aufgabe ist die Ausarbeitung der Parteigeschichte - ein Werk, das von den Anfängen der Arbeiterbewegung den ganzen Kampfweg der Arbeiterklasse und der Rumänischen Kommunistischen Partei... darstellen soll."²⁾ Anschließend präzisierte der Parteiveteran Gheorghe Stăncă, die neue Parteigeschichte werde ein getreues Abbild der Arbeiterbewegung in Rumänien sein und auch die Rückschläge behandeln, die die Partei in Rumänien erlitten habe, weil sich die internationale kommunistische Bewegung in die inneren Angelegenheiten der Partei eingemischt hätte.

Daß dabei die eigene Partei nicht geschont werden sollte, bewies Parteichef Ceausescu, als er am 7. Mai 1966 zum 45. Gründungstag der Kommunistischen Partei einen Abriß ihrer Geschichte vortrug und Richtlinien entwarf, nach denen sich die künftige Forschung orientieren konnte. Hauptthema seiner Rede war das Verhalten der RKP in der Zwischenkriegszeit, das in früheren Darstellungen der Parteigeschichte entweder ausgespart oder nur mit großen Lücken präsentiert worden war. Ceausescu nahm kein Blatt vor den Mund³⁾: Unumwunden verurteilte er die Haltung der früheren KP-Führung zum rumänischen Staat, ihre Forderung nach "Zerstückelung des Nationalstaates", und er meinte damit die Unterstützung sowjetischer Ansprüche auf Bessarabien; er kritisierte die RKP, weil sie, wie andere kommunistische Parteien, Anfang der dreißiger Jahre auf sowjeti-

1) Romania Libera 30.11.1965

2) Neuer Weg 20.7.1965

3) Text der Rede in Neuer Weg, 8.5.1966

sches Geheiß die Sozialdemokraten als Hauptfeinde bekämpft hatte, und er bezeichnete es als einen Fehler, daß die RKP damals für Nationalisierung, Kollektivierung des Bodens eingetreten sei und deshalb keinen Einfluß auf die Bauernschaft habe gewinnen können. Auch dies sei geschehen, weil die RKP Losungen mechanisch übernommen habe, die "anderen Ländern und anderen Bedingungen" entsprochen hätten.

Indirekt, aber unmißverständlich beklagte Ceausescu den Hitler-Stalin-Pakt, die Einstellung des Kampfes gegen den Faschismus auf Weisung der Komintern und die Annektierung Bessarabiens durch die Sowjetunion. Als entscheidende Ursache für das Versagen der Rumänischen Kommunistischen Partei in den zwanziger und dreißiger Jahren sah er Einmischungen der Komintern an, die, mit den Verhältnissen nicht vertraut, der rumänischen Partei eine falsche Linie aufgezwungen und sogar Parteiführer eingesetzt habe, die dem Lande fremd gewesen seien. Solche Politik habe "breite soziale Schichten" der Partei entfremdet. Die Quintessenz:

"Die negativen Folgen dieser Praktiken und Methoden, die in jener Periode in der Arbeiterbewegung unseres Landes zur Anwendung kamen, zeigen, wie ungeheuer wichtig es für den revolutionären Kampf ist, daß das Recht jeder einzelnen Partei, eine selbständige Politik zu erarbeiten, voll und ganz respektiert wird, da sie allein in der Lage ist, die Gegebenheiten des betreffenden Landes zu kennen, die politischen Aufgaben für jede Etappe objektiv einzuschätzen."1)

Diese Schlußfolgerung zeigt, daß es der RKP nicht auf historische Reminiszenzen ankam - sonst hätte sich der Parteichef schwerlich die Mühe gemacht, in der Kommission für Parteigeschichte beim Exekutivkomitee des ZK den Vorsitz zu übernehmen.²⁾ Parteigeschichte wird zum Politikum, zum Argument dafür, daß jede Partei autonom ist und sein muß, wenn sie den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung in ihrem Land gewährleisten will. Die Besinnung auf die Tradition der rumänischen Arbeiterbewegung soll der eigenen Partei Selbstbewußtsein geben und der Umwelt beweisen, daß die Wurzeln der RKP ähnlich tief, wenn nicht tiefer reichen als die der

1) Neuer Weg 8.5.1966

2) Laut Beschluß eines ZK-Plenums im Oktober 1965. Neuer Weg 28.10.1965

KPdSU, daß also der KPdSU keineswegs ein Erstgeburtsrecht und damit Dominanz über andere Kommunistische Parteien zukomme. Dieser Anspruch auf Gleichartigkeit und folglich auch Gleichberechtigung spiegelt sich in der neuen Bezeichnung Kommunistische Partei ebenso wie in dem neuen, dem Parteitag vorgelegten Parteistatut, aus dem alle Hinweise auf die russische Oktoberrevolution und die führende Rolle der KPdSU getilgt wurden. Die RKP betrachtet die Oktoberrevolution und die Errungenschaften der Sowjetunion nicht mehr wie einst Gheorghiu-Dej im Jahre 1950 als Muster für die Entwicklung Rumäniens und die KPdSU nicht mehr als "Vorbild für alle kommunistischen Parteien", dessen "größtmögliche Annäherung ... wichtigstes Unterpfand für den Erfolg im Kampf um Sozialismus und Frieden"¹⁾ sei. Sie fühlt sich diesem Vorbild nicht mehr verpflichtet, ebensowenig irgendeiner "internationalen Arbeiterklasse". Das neue Selbstverständnis der RKP spiegelt sich am besten im Titel eines Leitartikels, den das Parteiorgan Scinteia am 2. April 1968 veröffentlichte: "Die Verantwortung der Kommunistischen Partei vor der Nation".²⁾ Die Partei verstand sich nicht mehr als "Generalstab", den sich die Arbeiterklasse "erkämpft" habe - die Arbeiterklasse rückt in den Reden führender Funktionäre immer mehr in den Hintergrund -, sondern als "Führer der Nation"³⁾, "Bannerträger der nationalen Unabhängigkeit"⁴⁾, "der bewährte Führer des Volkes beim Aufbau des Sozialismus"⁵⁾, "Schöpfer und Vorkämpfer fortgeschrittener erneuernder Tendenzen"⁶⁾ und als "wahrer Bannerträger der Interessen des Volkes".⁷⁾

Der Begriff "Nation" ist zum Mittelpunkt der neuen Partei-

1) Gheorghiu-Dej in der Kominformzeitschrift "Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie" vom 23.6.1950, zit. nach Gh. Gheorghiu-Dej: Artikel und Reden S. 259

2) Autor des Artikels war der damalige Chefredakteur von Scinteia Dumitru Popescu; der Artikel wird zitiert nach Neuer Weg 3.4.1968

3) Dumitru Popescu a.a.O.

4) Ceausescu Neuer Weg 21.8.1965

5) Ceausescu, Rede auf dem 9. Parteitag, Neuer Weg 20.7.1965

6) N. Corbu: "Die Kommunistische Partei - Führer im Kampf zur unabhängigen Durchsetzung des Neuen im Leben der sozialistischen Gesellschaft", Neuer Weg 28.5.1968

7) Aus dem Beschluß des Exekutivkomitees und des Ministerrats über die Fünfzigjahrfeier der Vereinigung Siebenbürgens mit Rumänien, Neuer Weg 3.11.1968

theorie geworden. Nachdem Parteichef Ceausescu auf dem 9. Parteitag das Problem "Entwicklung der Nation im Sozialismus"¹⁾ zum Gegenstand künftiger theoretischer Bemühungen erklärt hatte, nahm sich Emil Bodnaras - Parteipräsidiatsmitglied und auf dem Parteitag Hauptredner in Sachen Nation - des Themas an und legte die Grundzüge der neuen Theorie fest.

Im Gegensatz zur traditionellen Lehre, die eine "Verschmelzung der Arbeiter und Bauern aller Nationen der Welt zu einer einheitlichen Welt-Sowjetrepublik"²⁾ voraussagte und infolgedessen von einer sinkenden Bedeutung nationaler Wesensmerkmale im Auge der weiteren historischen Entwicklung ausging, behaupten die Rumänen 1965, daß die Nation "als historische Formation, weit entfernt überholt zu sein", erst im Sozialismus die Voraussetzung finde, "sich voll auf durchsetzen und behaupten zu können."³⁾ Für Lenin war der Nationalstaat die im Kapitalismus typische Erscheinung. Die Rumänen wechseln die Epoche: Erst im Sozialismus finde die Nation zu ihrer vollendeten Gestalt.

Die Nation durchläuft nach rumänischer Auffassung mehrere Entwicklungsstadien. Im Kapitalismus bilde sie sich erst heraus. Als Bedingung für die Wandlung eines Volkes zur Nation bezeichnen sie manchmal die Sprache, nationale Kultur und ein bestimmtes Territorium, manchmal auch ökonomische Faktoren - beispielsweise den nationalen Binnenmarkt - als wesentlich. Wegen solcher Unterschiede in der Definition des Begriffs Nation besteht nicht immer Klarheit darüber, ob nationale Minderheiten, die in offiziellen Verlautbarungen meist als "mitwohnende Nationalitäten" bezeichnet werden, zur rumänischen Nation zählen.⁴⁾ Wie erste Argumentation,

1) Neuer Weg 20.7.1965

2) W.I. Lenin: Brief an die Arbeiter und Bauern der Ukraine anlässlich der Siege über Denikin. In: Ausgewählte Werke Bd. III, Berlin (Ost) S. 358; ders.: Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, Werke Bd. I S. 740

3) E. Bodnaras: Rede auf dem 9. Parteitag, "Neuer Weg 24.7.1965

4) vgl. Ana Gavrilă: Der Nationsbegriff. In: Analele 6/1967 zit. nach Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa 3/1969 und C. Vlad: Die Entwicklung und die Rolle der Nation im Sozialismus. In: Contemporanul 5.8.1966, zit. nach W.D. Südosteuropa 10/1966: "Die Erscheinung der Nation wird offenkundig vom Ökonomischen her bestimmt..." Nicht immer wird so klar wie in diesem Artikel, daß der Autor die Minderheiten zur Nation rechnet: "Durch ihren gemeinsam geführten Kampf und durch gemeinsame Arbeit für das Aufblühen ihrer gemeinsamen Heimat haben sich die rumänischen Werktätigen und jene der mitwohnenden Nationalitäten für alle Zeiten vereint; sie bilden allesamt die Familie des sozialistischen Rumäniens..."

die von der einheitlichen Sprache als Kriterium ausgeht, schließt diese Möglichkeit aus, die zweite nicht.

Nach rumänischer Auffassung hatte sich die Identität der Nation schon im Kapitalismus herausgebildet¹⁾. Aber Produktionsverhältnisse, Klassenantagonismus und Nationalitätengegensätze, kurz die der kapitalistischen Gesellschaft eigentümlichen Widersprüche hätten die volle Entfaltung dessen, was in der Nation an Möglichkeiten schlummere, verhindert. Erst der Sieg des Sozialismus habe der "Nation einen neuen Inhalt" verliehen²⁾, habe sie auf eine "höhere Stufe der menschlichen Gesellschaft" gehoben und lasse "sie zur sozialistischen Nation aufsteigen".³⁾ Diese Wandlung sei möglich geworden, weil die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die Überführung der Produktionsmittel in Staatseigentum der Nation die ökonomische Basis für diese höhere Stufe ihrer Entwicklung schufen. Dem Kapitalismus sei die Basis entzogen worden, Ausbeuterklasse und Klassengegensätze seien verschwunden und die Gesellschaft habe einen "geschlossenen, einheitlichen Charakter"⁴⁾ bekommen. Diese gesellschaftliche Homogenität, manchmal auch als Gemeinschaft umschrieben, habe die Nation von allen Fesseln befreit und ermögliche höchste Leistungsfähigkeit. Der Staat sei nicht mehr Instrument zur Unterdrückung der Ausbeuterklasse - denn die gebe es nicht

1) "Eine aufmerksame Untersuchung der Nation und ihrer späteren (nachbürgerlichen) Entwicklung ergibt, daß die gleichen Bestimmungen vorherrschen." C. Vlad a.a.O. Deshalb betrachtet Ceausescu die Partei als Vollstreckerin der nationalen Traditionen des rumänischen Volkes und deshalb ruft er beispielsweise rumänische Sozialkritiker des 19. Jahrhunderts als Zeugen für seine Politik an.

2) Bodnaras a.a.O.

3) C. Vlad a.a.O.

4) Ceausescu Neuer Weg 21.8.1965

Anmerkung 4) von S.80 "...Die Einheit sämtlicher Klassen und sozialen Schichten, welche die sozialistische Nation bilden, die brüderliche Freundschaft aller, die arbeiten, ohne Unterschied der Nationalität, bildet eine mächtige motorische Kraft unserer Gesellschaft als lebendiger Ausdruck der Zementierung unserer Nation, der Einheit des gesamten Volkes beim Aufbau des Sozialismus." Danach wird der Inhalt des Begriffs Nation wesentlich von ökonomischen und historischen Faktoren bestimmt, die Sprache spielt dagegen eine untergeordnete Rolle. Im allgemeinen argumentieren auch die verantwortlichen Parteifunktionäre ähnlich wie Vlad. Das entscheidende Kriterium ist das Territorium. Vgl. V. Pop/T. Olaru: Die brüderliche Verbundenheit des rumänischen Volkes mit den mitwohnenden Nationalitäten. Scinteia 26.11.1967

mehr¹⁾ -, sondern erhalte nationale Aufgaben: Seine interne Tätigkeit werde sich auf die "Organisierung der Produktion sowie des wissenschaftlichen und kulturellen Lebens konzentrieren."²⁾ Damit war die Diktatur des Proletariats überflüssig geworden.

Die Arbeitnehmerschaft habe bei der Schaffung der nationalen Gemeinschaft eine führende Rolle. Auch nachher führe sie, stehe aber nicht mehr in Gegensatz zu anderen Gruppen, sondern vereinige sie um sich: "Das nationale Bewußtsein des Proletariats verbindet sich eng mit seinem Klassenbewußtsein; es (das Proletariat) setzt das allgemeine und gemeinsame, das nationale Bewußtsein stets an die erste Stelle und zieht dadurch auch die übrigen Klassen und Gruppen auf seine Seite; das gemeinsame nationale und soziale Interesse bildet die einigende Grundlage. In diesem Sinne wird das nationale Bewußtsein, das nationale Ideal, das nationale Interesse eine wichtige motorische Kraft zur Mobilisierung der Massen bei der Verwirklichung der sozialistischen Revolution."³⁾

Die Rumänen verstehen ihre nationale Theorie als schöpferische Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus. Lenin hatte dem Internationalismus des Proletariats eindeutig den Vorrang gegeben und die nationale Frage nur unter dem Gesichtspunkt revolutionärer Strategie und Taktik betrachtet. Die rumänischen Kommunisten geben der nationalen Komponente Priorität, messen dem nationalen Bewußtsein eine "überragende motorische Rolle"⁴⁾ bei der Entwicklung der Gesellschaft bei. Das Nationale wird zu einer Art revolutionärer Kraft stilisiert. Zwischen Nation und Sozialismus sehen die neuen Theoretiker eine Wechselbeziehung. Die Nation ist nicht nur die Hülle eines sozialistischen Inhalts. Beides bedingt einander, weil sich allgemeine sozialistische Gesetz-

1) Allenfalls ist noch von einigen "Verrückten" die Rede, die sich gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung wendeten. Aber es gebe keine sozialen Kräfte mehr, die das Volk von dem einmal eingeschlagenen Weg abbringen könnten - so Ceausescu, Neuer Weg 3.10.1968. Vgl. dazu: Funktionswandel des rumänischen Staates. In: Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa 3,4/1966 S.44 und den dort zitierten Artikel von I.Ceterchi: Einige theoretische Aspekte betreffend das Wesen und die Funktionen des sozialistischen Staates, Iustitia Noua 1/1966

2) Ceausescu in seiner Rede an den 10. Parteitag: Bericht des ZK... Bukarest 1969 S.66

3) Ana Gavrilă: Die sozialistische Nation - eine höhere Etappe im Leben der Nationen. Analele 5/1968, zit. nach W.D. Südosteuropa 3/1969 S.48

4) C.Vlad a.a.O.

mäßigkeiten nicht abstrakt verwirklichen, sondern immer nur konkret im nationalen Rahmen als historische Schöpfung der Arbeiterklasse eines bestimmten Landes. Der Sozialismus nehme nationale Wesenszüge an und werde zum nationalen Sozialismus beziehungsweise Kommunismus.¹⁾ Die kommunistische Partei, die den Sozialismus abstrakt verwirklichen wolle, das heißt ohne nationale Eigenschaften und Traditionen zu berücksichtigen, müsse scheitern.

In diesem Konzept war für die leninsche Vorstellung vom Internationalismus kein Platz mehr, und es bedurfte einer gewaltigen Kraftanstrengung, die alten Begriffe in die neue Konzeption einzupassen. Da die Rumänen der Arbeiterklasse in erster Linie nationale Wesenszüge beimessen - womit sie die Realität zweifellos besser treffen als der die internationalen Bindungen überschätzen - die Lenin - müssen sie den Internationalismus neu definieren. Internationalismus kennzeichnet nun nicht mehr die Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse verschiedener Länder, sondern die zwischen selbständigen und unabhängigen Nationen. Dieses neue Verständnis des Begriffs erläuterte Ceausescu im November 1968 auf einem Schriftstellerkongreß durch etymologische Definition auf verblüffend einfache Weise: "Er setzt sich aus den Wörtern "inter" und "natio" zusammen und bedeutet seinem etymologischen Sinn nach das Zusammenwirken zwischen Nationen. Es ist nur natürlich, daß wir den Internationalismus als Beziehung des Zusammenwirkens zwischen brüderlichen, gleichen und unabhängigen Nationen auffassen."²⁾

1) "Das Allgemeine agiert im Partikulären und durch das Partikuläre. Es fand und findet seinen Ausdruck stets in der Form des Partikulären...Unter dem Partikulären verstehen wir überhaupt die Ausdrucksform des Generellen, die konkrete historische Situation, die sich in absolut identischer Form weder in zeitlicher noch in geographischer Dimension..wiederholen kann...Das Generelle kann auf das Wesen der jeweiligen Lösung, nicht jedoch auf die Form, auf die konkrete Modalität einwirken.."Aus diesen allgemeinen Betrachtungen folgert der Autor, Paul Niculescu-Mizil, daß jede sozialistische Gesellschaft eine eigenständige Synthese zwischen den allgemeinen Gesetzen des Marxismus und den spezifischen Bedingungen darstellt. Daraus folgt, daß jeder Sozialismus nationaler Sozialismus ist, da er nur unter nationalen Bedingungen verwirklicht werden kann, und zugleich internationaler Sozialismus, da er international gültige marxistische Gesetzmäßigkeiten verwirklicht. Nach Niculescu-Mizil ist mithin eine Unterscheidung zwischen "nationalem Kommunismus" und "internationalem Kommunismus" eine künstliche Konstruktion. P.Niculescu-Mizil: Gegenwärtige Überlegungen unserer Partei auf dem Gebiet der Ideologie, Lupta de Clasa 11/1969, zit. nach W.D. Südosteuropa 11, 12/1969 S. 186f

2) "neuer Weg 19.11.1968

Diese Definition stammte aus der Zeit nach der Besetzung der Tschechoslowakei. Sie verbindet außenpolitische Zielsetzungen, die schon in der Aprilerklärung 1964 vertreten worden waren, mit der neuen Theorie von der Nation und holt damit den Internationalismusbegriff aus. In der rumänischen Version dient der Begriff sogar zur Bekräftigung des Vorrangs nationalstaatlicher Belange und schließt jede Verpflichtung des einzelnen Staates aus.

"Unsere Partei ist der Meinung, daß sie ihrer internationalistischen Pflicht gegenüber der Sache des Sozialismus und des Friedens genüge leistet, indem sie unsere sozialistische Gesellschaft beharrlich entwickelt, die Wirtschaft und Kultur des Vaterlandes festigt, den Lebensstandard des Volkes hebt und gleichzeitig eine intensive internationale Tätigkeit entfaltet, um die fortschrittlichen Bestrebungen der Menschheit der Gegenwart und die fortschrittlichen Tendenzen unserer Zeit zu unterstützen."

Die Vorstellung von der Partei als des "Führers der Nation", verpflichtet, "bei allem, was sie unternimmt, stets der Sache des Volkes, das sie vertritt, seiner grundlegenden gegenwärtigen und zukünftigen Interessen, der Interessen der rumänischen Nation eingedenk zu sein"²⁾, hatte mit der traditionellen Parteitheorie nur noch wenig gemein. Weil dies auch den Propagandisten der neuen rumänischen Parteitheorie bewußt war, lassen sich schon früh Versuche beobachten, die Verbindlichkeit der ideologischen Doktrin, so wie sie sich in der Sowjetunion unter Stalin und in Osteuropa nach 1945 herausgebildet hatte, zu relativieren.

Sie griffen zurück auf die Klassiker, auf Marx und besonders auf Schriften und Briefe des alternden Engels. Beliebter Anlaß waren Gedenktage der beiden Klassiker. In einem Artikel des theoretischen Parteiorgans "Lupta de Clasa"³⁾ zum 145. Geburtstag von Engels zeichnen sich vier Argumentationsweisen ab, die das Recht auf selbständige Interpretation der Ideologie begründen sollen. Auf Engels Vorwort zum "Anti-Duehring" verweisend, stellen die Autoren fest, man dürfe das Verhältnis von Basis und Überbau nicht so verstehen, daß nur die Basis - die Produktionskräfte - den Überbau bestimme, sondern daß umgekehrt auch der Überbau - ideologische, politische, rechtliche und auch nationale Faktoren - auf die historische Entwicklung einwirke. Engels habe jeder

1) Ceausescu, Neuer Weg 16.10.1966

2) D. Popescu: Die Verantwortung der KP., Neuer Weg 3.4.1968

3) I. Marculescu und I. Serbanescu: Friedrich Engels - Ein Titan revolutionären Denkens und revolutionärer Aktion. Lupta de Clasa 12/1965

Partei das Recht zugebilligt, ihre eigene Strategie und Taktik zu wählen, er habe am Ende seines Lebens selbst Behauptungen in früheren Schriften widerrufen, und schließlich hätten die Klassiker ihre Theorie nur als Leitfaden, als Methode, nicht aber als geschlossenes Denksystem oder gar als unveränderliches Dogma verstanden. Im weiteren Verlauf führte diese Erörterung zu der Erkenntnis, der Marxismus sei eine "offene Philosophie", die sich ständig ändernden Problemen, auch neuen Ideen stellen müsse. Anti-Dogmatismus sei ein Wesenszug marxistischer Philosophie und halte sie offen für jede Erneuerung.¹⁾ Folgerichtig verpflichtet der Chefideologe Niculescu-Mizil die rumänischen Gesellschaftswissenschaften auf eine "gründliche, objektive Analyse der aktuellen Erscheinungen und Prozesse"; bisher habe die Gewohnheit vorgeherrscht, "einige vorgefaßte Themen zu fetischieren und auf die Wirklichkeit zu übertragen".²⁾

Die rumänischen Theoretiker werfen der bisherigen marxistischen Lehre dogmatische Starre und Vergewaltigung der Wirklichkeit vor. Diese im Grunde revisionistische Betrachtungsweise spart in der Ideologie den allgemeinen, konstanten Teil aus, um den besonderen, angewandten Teil den Erfordernissen der aktuellen Politik desto besser anpassen zu können. Die Theorie soll flexibel genug werden, um der nach Autonomie strebenden Partei ideologische Rückendeckung zu geben und zugleich Lösungsmodelle für die Bewältigung interner Probleme anzubieten.

Auch in anderen kommunistischen Parteien waren Wandlungen des Selbstverständnisses in Richtung "Partei des ganzen Volkes" zu erkennen, doch nirgendwo mit der Konsequenz wie in Rumänien. Auf dem 10. Parteitag im August 1969 stellte Dumitru Popescu - inzwischen Exekutivkomiteemitglied und Parteisekretär - fest, daß sich in den Jahren seit dem letzten Parteitag "der dialektische Prozeß der vollkommenen Einswerdung unserer Partei mit

1) So etwa T.G. Bugnariu: Der offene Charakter marxistischer Philosophie. In Ramuri 7/1969, ähnlich auch Miron Constantinescu in Scinteia 5.5.1968. Nach Bugnariu hat Marx keine universell gültigen Lösungen für konkrete Probleme angeboten, er habe nur allgemeine Grundsätze der neuen sozialen Ordnung entworfen. Constantinescu hebt die ethische Komponente bei Marx hervor.

2) Niculescu-Mizil Scinteia 12.8.1969, zit. nach WD Südosteuropa 8/1969 S.126

dem Volk"¹⁾ vollzogen habe und Parteichef Ceausescu sprach in seiner Parteitage Rede von der "Einheit der Parteimitglieder und der parteilosen Werktätigen".²⁾ 1969 glaubten sich die kommunistischen Parteiführer an dem Ziel, das sie seit dem 9. Parteitag angestrebt hatten: Eine geeinte Nation, in der die Gegensätze zwischen den Klassen und Nationalitäten, zwischen Partei und Bevölkerung verschwunden waren, geführt und geleitet von der Kommunistischen Partei. Ganz offen rechneten sie mit dem nationalen Konsensus zur Legitimierung und Erhaltung der Herrschaft. Der Appell an das gemeinsame nationale Interesse diene als Mittel, um trotz Konsumverzicht und Einschränkung die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft und die Effektivität der Wirtschaft vergrößern zu können.³⁾

2. Parteimitgliedschaft

Die Wandlungen des Selbstverständnisses der RKP wirkten sich auch auf die Struktur der Partei aus. Besonders augenfällig ist die zahlenmäßige Entwicklung des Mitgliederbestandes. Eine Partei, die sich als Führer der Nation betrachtete, mußte danach streben, einen möglichst großen und möglichst wichtigen Teil dieser Nation in ihren Reihen zu haben. So setzte sich auch nach Gheorghiu-Dejs Tod der Trend zur Massenpartei ungehindert fort. 1962 zählte die RKP 900 000, 1969 aber 1 924 000 Mitglieder⁴⁾. In dem schon erwähnten Artikel "Die Verantwortung der kommunistischen Partei vor der Nation" begründete der Autor, Dumitru Popescu, diesen Trend damit, daß die Interessen der Arbeiterklasse nicht von "unbedeutenden Abteilungen" zu verteidigen seien, "die in einem intimen geschlossenen Kreis leben, sondern von starken, kombattiven, mit den Massen verbundenen Parteien, denen breite Schichten der Gesellschaft folgen."⁵⁾

1) Scînteia 8.8.1969

2) Ceausescu Bericht an den 10. Parteitag S.86

3) ders. in einem Interview mit italienischen Journalisten: "Darum erachten wir es als notwendig, die fortschrittlichen Traditionen im Leben und im Kampfe unseres Volkes zu kennen und beim Aufbau der sozialistischen Zivilisation zu verwenden." Neuer Weg 19.6.1966

4) Rechenschaftsbericht an den 10. Parteitag S.87

5) Neuer Weg 3.4.1968

Die Führung öffnete die Partei. Sie sollte nicht mehr ein exklusiver Club sein, sondern möglichst viele Menschen aus allen Gesellschaftsschichten anziehen, um auf diese Weise stärker wirken zu können. Es galt, in jedem Bereich, in der Stadt und auf dem Land, in den Betrieben und in den Verwaltungen, genug Parteimitglieder zu haben, mit deren Hilfe man auch die anderen nicht in der Partei organisierten Menschen erfassen und lenken könnte, um aus der Gesellschaft eine verfügbare Einheit zu machen.

Zu diesem Zweck beschloß ein ZK-Plenum, das zwischen dem 31.5. und 2.6.1965 die Direktiven für den kommenden Parteitag und einen Entwurf des neuen Parteistatuts verabschiedete, die Kandidatenzeit für künftige Mitglieder der RKP aufzuheben. Jeder, der mit Empfehlung von Parteimitgliedern und Zustimmung der Generalversammlung einer Grundorganisation in die Partei eintrat, war von diesem Augenblick an vollwertiges Parteimitglied. Damit hatte die Partei endgültig den Status der elitären Kaderpartei aufgegeben, die ihre Mitglieder einer Probezeit unterwirft, um ihre Reihen auf besondere, nach sozialer Herkunft und politischer Zuverlässigkeit, ausgewählte Menschen zu beschränken. Von allen kommunistischen Parteien wagte die RKP diesen Schritt als erste; die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei folgte erst im Dezember 1966, während die KPdSU ihre Aufnahmebedingungen sogar noch verschärfte.

Dasselbe ZK-Plenum beschloß, die Mitgliedschaft in allen von der KP in der Nationalen Front geführten Parteien seit 1945 auf die Mitgliedschaft in der RKP anzurechnen; für ehemalige Sozialdemokraten und Sozialisten sollte dies vom Beginn ihrer Mitgliedschaft in diesen Parteien gelten. Die Neuregelung betraf die gleichen Sozialdemokraten, die noch bis 1963 als Verräter an der Arbeiterklasse gebrandmarkt worden waren.¹⁾ Der 9. Parteitag war Auftakt zur Rehabilitierung. Dies wurde mit einer Artikelserie des Parteiorgans "Scinteia" zum 1. Mai 1966 fortgesetzt. Am 7. Mai 1966 lobte Parteichef Ceausescu die So-

1) Gheorghiu-Dej 1951: "Kurze Zeit nach dem Parteitag (1921) spalteten die als Verräter an der Arbeiterklasse entlarvten und aus der Partei entfernten Bonzen die proletarische Einheit und schufen eine sozialdemokratische Partei, die innerhalb der Arbeiterklasse die Rolle einer Agentur der Bourgeoisie spielen sollte." Artikel und Reden S. 302

zialdemokraten, die 1920 vor der III. Internationale Einwendungen gegen die rigorose Gleichschaltung der rumänischen Partei erhoben hatten.¹⁾ Damit distanzierte sich die Parteiführung von der Klassifizierung in gute und schlechte Kommunisten, von dem Mißtrauen, mit dem man ehemalige Sozialdemokraten und Mitglieder anderer Parteien betrachtet hatte. Mögen die praktischen Auswirkungen dieser Maßnahmen auch gering gewesen sein, da der Anteil von Altkommunisten und früheren Sozialdemokraten an der Parteimitgliedschaft ohnehin nicht groß war,²⁾ sind sie doch Teil des Versuchs, die RKP mit sich und ihrer Vergangenheit auszusöhnen, Gegensätze in der Partei abzubauen und das Mißtrauen der Bevölkerung gegenüber der Partei zu überwinden, die nach dem Krieg noch als Statthalter des russischen Erbfeindes erschienen war.

Umfang und soziale Zusammensetzung der Rumänischen Kommunistischen Partei - von 1948 bis 1965 Rumänischen Arbeiterpartei

1947³⁾ 1950⁴⁾ 1962⁴⁾ 1964⁵⁾ 1965⁶⁾ 1967⁷⁾ 1968⁸⁾ 1969⁹⁾

Mitgliederzahl (in Tsd.)	750	720	900	1378	1518	1676	1761	1924
davon sind in Prozent								
Arbeiter	40	64	51,1	44,2	39,6	40	42	43
Bauern			22,7	33	31,8	29,2	28,7	28
Intellektuelle und Beamte				22,9	21,7		22,6	26
Angestellte			23,4					
andere			2,8				6,7	3
Altersgruppen in Prozent								
bis 30 Jahre								24
31 bis 40 Jahre			59					36
über 40 Jahre			61					40
Nationalität								
Rumänen					87,3	88,2		
Ungarn					9,3	8,8		
Deutsche					3,4	1,3		

1) Ceausescu Neuer Weg 8.5.1966

2) Etwa 13 000 Sozialdemokraten nach G. Apostol Neuer Weg 22.7.1965

3) Gheorghiu-Dej: Artikel und Reden S. 257, 3. 259 und 261

4) Neuer Weg 18.5.1962

5) ebenda 17.4.1965

6) ebenda 15.4.1966

7) Scinteia 7.5.1967

8) Neuer Weg 26.4.1968

9) Scinteia 8.8.1969

Zum Vergleich: 1966 hatte die kommunistische Partei in Bulgarien 607 458 Mitglieder und 41 372 Kandidaten¹⁾. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands zählte im gleichen Jahr 1 769 912 Mitglieder und Kandidaten²⁾ bei einer Bevölkerung von rund 17 Millionen Menschen.

1969 hatte Rumänien über 19 Millionen Einwohner. In diesem Jahr war also jeder zehnte Rumäne, beziehungsweise jeder siebte volljährige Rumäne Parteimitglied. Damit erreichte die RKP die Größenordnung der SED. Sie überbot diese sogar, wenn man nicht nur die Bevölkerungszahl sondern auch die Bevölkerungsstruktur zum Vergleich heranzieht. Nach Angaben von "Lupta de Clasa" waren 1969 40 Prozent der Bevölkerung Arbeiter - damit erstmals mehr Arbeiter als Bauern -, 38,5 Prozent Bauern, 12,3 Prozent Intellektuelle und Beamte.³⁾ Das Bild verschiebt sich noch etwas, wenn man sich vergegenwärtigt, daß nach der Zählung von 1966 nur 38,2 Prozent der Bevölkerung in Städten, aber 61,8 Prozent auf dem Lande lebten. Da sich jede KP-Organisation auf dem Lande schwerer tut als in der Stadt und auch in Rumänien wie in anderen sozialistischen Staaten der Anteil der Bauern an der Parteimitgliedschaft unter ihrem Anteil an der Bevölkerung liegt, war die Organisationsdichte der RKP in den industriellen Zentren größer als die anderer regierender kommunistischer Parteien.

Überdurchschnittlich entwickelte sich die Zahl der Intellektuellen und Beamten in der Partei. Nach Angaben Ceausescus gehörten der Partei Anfang 1967 33 Prozent der Ingenieure, 25 Prozent der Wissenschaftler, 25,4 Prozent der Lehrer - und 22 Prozent der Arbeiter an⁴⁾. Die Bewertungsmaßstäbe dafür, wer als Arbeiter gezählt wurde, sind nicht bekannt. Doch ist als sicher anzunehmen, daß sich die angegebenen Zahlen nicht auf blue collar workers beschränken. Zwischen 1962 und 1964 hatte man nämlich die Kategorie der "Angestellten" aufgegeben und statt dessen die neue Kategorie "Intellektuelle und Beamte" eingeführt. Da es unwahrscheinlich ist, daß sich die Zahl der Angestellten in diesem Zeitraum verringert hat, darf man vermuten, daß ein großer Teil von ihnen als Arbeiter gilt, so daß der Anteil der Arbeiter an

1) Osteuropäische Rundschau 9/1966

2) E. Förtsch: Die SED S.66

3) Lupta de Clasa 8/1969, zit. nach WD Südosteuropa 9/1969 S.152

4) Scinteia 7.5.1967

der Parteimitgliedschaft und ihr Anteil an der Bevölkerung etwa gleich groß erscheint.

Bemerkenswert ist an der altersmäßigen Zusammensetzung der RKP der überaus hohe Anteil junger Parteimitglieder. 1968 waren 23 Prozent der Mitglieder über 20 Jahre in der Partei (eingeschlossen die ehemaligen Sozialdemokraten), 22,2 Prozent zwischen acht und 19 Jahre , 40,5 Prozent zwischen vier und sieben Jahre und 14,3 Prozent zwischen ein und drei Jahre.¹⁾ Rund die Hälfte aller Mitglieder war also erst nach Beginn des Unabhängigkeitskurses in die Partei eingetreten.

Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei war längst nicht mehr auf bestimmte soziale Kategorien begrenzt. Die Führungsaufgaben, die sich der Partei in einer immer differenzierteren Gesellschaft und Wirtschaft stellten, verboten eine solche Beschränkung ohnehin. Aber noch das Statut der Partei von 1960 machte Unterschiede bei der Aufnahme von Mitgliedern. Paragraph 4 a ²⁾ unterschied zwischen einer Kategorie I (Industriearbeiter, die seit mindestens fünf Jahren unmittelbar in der Produktion tätig waren), II (andere Industriearbeiter, landwirtschaftliche Arbeiter, Ingenieure in Betrieben) und III (übrige werktätige Bauern, Angestellte und andere werktätige). Die Kandidaten hatten je nach Zugehörigkeit zu einer der drei Gruppen verschiedene Bedingungen für die Aufnahme in die Partei zu erfüllen. Das Statut von 1965 verzichtete auf eine solche Einteilung der Kandidaten, die einer Diskriminierung der Parteimitglieder in Kategorie II und III gleichkam, und sprach nur noch generell von "Werkträgten".

Während man noch 1962 durch Aufhebung der Kandidatenzeit für Arbeiter und Bauern Parteieintritt besonders gefördert hatte, verzichtete die Führung seit 1965 auf solche Privilegierung. Zwar lag ihr immer noch daran, nicht nur die Zahl der Mitglieder sondern auch ihre nationale und soziale Zusammensetzung an die Struktur der Gesamtbevölkerung anzupassen und diese zu repräsentieren, doch führte diese Zielsetzung nicht mehr zu künstlicher Beschränkung der Aufnahme aus bestimmten Bevölkerungsgruppen.

Die RKP bemühte sich zusehends um die technische Intelligenz.

1) Neuer Weg 26.4.1968

2) Statut der Rumänischen Arbeiterpartei 1960. Bukarest 1961

Dieser Trend spiegelte sich nicht so sehr im neuen Statut, das in der Formulierung der Grundsätze der Parteizugehörigkeit¹⁾ und der Rechte und Pflichten aller Parteimitglieder von dem Statut der KPdSU (1961) nicht sonderlich abwich, wohl aber in den Reden führender Parteifunktionäre zu diesem Thema. Die Parteiführung erwartete von Funktionären, aber auch von Mitgliedern in erster Linie nicht ideologische Prinzipienfestigkeit, sondern berufliche Qualifikation: "Ich möchte sagen, daß gegenwärtig der wesentliche Aspekt darin besteht, daß die auf Führungsposten Beförderten umfassende berufliche, technische und wissenschaftliche Kenntnisse, eine gute ideologische Vorbereitung und besondere in der Leitungsarbeit erforderliche Fähigkeiten besitzen müssen."²⁾

Im gleichen Artikel relativierte der Autor, Nicolae Ceausescu, auch noch die "ideologische Vorbereitung" in diesem Katalog von Anforderungen: "Das Wissen, die ideologische Reife der Kommunisten wird nicht nach der Zahl der im Gedächtnis behaltenen Zitate und der Fähigkeit beurteilt, auswendig gelernte Definitionen herunterzuleiern, sondern nach der Richtigkeit der Antwort auf die im Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung neu aufgetretenen Erscheinungen."

Als Parteimitglieder waren also Bürger erwünscht, die sich bei der Bewältigung praktischer Probleme in Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft ausgezeichnet hatten. Ihre Initiative und Verantwortungsfreude sollte nicht durch übergroße Rücksicht auf ideologische Dogmen gehemmt werden. Das bedeutete aber nicht, daß die Partei ihren Mitgliedern keine ideologischen Pflichten mehr auferlegte. Man hatte die Bedeutung der ideologischen Doktrin

1) §1 des Statuts: "Mitglied der RKP kann jeder Werktätige, Bürger der Rumänischen Volksrepublik sein, der folgende Bedingungen erfüllt: das Statut und das Programm der Partei anerkennt, aktiv zu seiner Verwirklichung beiträgt, in einer Parteiorganisation tätig ist, die Beschlüsse der Partei durchführt und die festgesetzten Mitgliedsbeiträge bezahlt." The Rules of the Rumanian Communist Party, Bukarest 1965. Neuheit in diesem Abschnitt des Statuts: Die Aufnahme aller Personen, die vorher anderen kommunistischen Parteien angehört hatten und Bürger eines fremden Staates geworden waren, ist ier Genehmigung des Zentralkomitees vorbehalten (§6). Dieser Passus richtet sich eindeutig gegen die Kommunisten, die den Krieg und die Nachkriegszeit in der Sowjetunion verbracht hatten und Mitglied der KPdSU geworden waren.

2) Ceausescu: Die führende Rolle der Partei, Scinteia 7.5.1967

zwar eingeschränkt, diese aber nicht aufgegeben. Paragraph 2d des neuen Statuts forderte jedes Parteimitglied auf, "ständig an der Hebung seines politischen und ideologischen Niveaus zu arbeiten, sich die marxistisch-leninistische Lehre, die politische Generallinie, die Direktiven und Beschlüsse der Partei anzueignen."¹⁾

Die parallele Anordnung von "marxistisch-leninistischer Lehre", "Generallinie" und "Direktiven" scheint der oben aufgestellten Behauptung zu widersprechen. Jedoch hatte der entsprechende Paragraph des alten Statuts dem Parteimitglied nur die Aneignung der Grundlagen des Marxismus-Leninismus zur Pflicht gemacht ²⁾, das neue Statut erweitert den Bereich und verkündet als neue Maxime, die RKP gründe ihre Tätigkeit auf die marxistisch-leninistische Lehre und wolle sie gemäß den spezifischen Bedingungen des Landes schöpferisch anwenden ³⁾. Deshalb ist die Annahme berechtigt, daß es der Parteiführung nicht um die Verpflichtung jedes Mitglieds auf die Lehren von Marx und Lenin ging, sondern um die Verpflichtung auf die Auslegung dieser Lehren durch die RKP, besonders in solchen Fällen, in denen sie durch die kommunistischen Parteien nicht einmütig interpretiert wurden.

Parteisekretär Niculescu-Mizil bezeichnete auf dem 10. Parteitag als Gegenstand künftiger theoretischer Bemühung: die Vervollkommenung des wirtschaftlichen Lenkungsmechanismus, die Rolle der Nation und die Funktion des Staates im Sozialismus, die Einheit des Volkes, die Entwicklung der führenden Rolle der Partei etc.⁴⁾ Dieser Katalog verriet, daß die Parteiführung die Themen und - da es sich um Themen handelte, mit denen sich die Spitzenfunktionäre schon seit Jahren beschäftigten - auch die Lösungen weiter bestimmen wollte. Der Umfang der für Parteimitglieder verbindlichen Normen hatte sich nur verringert. Man verzichtete auf die Repetition althergebrachter Formeln, die Identifikation des Einzelnen mit der Partei und seine bedingungslose Unterwerfung unter den kollektiven Willen signalisierte, beharrte aber auf getreuer Befolgung konkreter Partei-

1) The Rules of the Communist Party

2) Paragraph 2f des Statuts von 1960

3) Abschnitt I "Die Partei" des Statuts von 1965. The Rules..

4) Scinteia 12.8.1969, vgl. WD Südosteuropa 8/1969 S.126

beschlüsse.

Doch damit kam die Parteiführung aus einem Dilemma nicht heraus: Einerseits wollte sie selbständige Parteimitglieder und Funktionäre, wollte aber andererseits ihre Weisungsbefugnisse nicht verringern, oder anders formuliert, sie wollte weiter von obendirigieren können, ohne unten alle Initiative zu lähmen. Die Kombination hatte man in allen Staaten Osteuropas seit dem XX. Parteitag immer wieder- ohne sonderlichen Erfolg - zu verwirklichen gesucht, einen Menschen, in dem sich Leistungswille und Anpassungsbereitschaft, in dem sich der fleißige Bürger und der Untertan paarten.

Die erhöhten, nach beruflicher Qualifikation bemessenen Anforderungen an Partei - und Staatsfunktionäre bedeuteten schlechte Zeiten für Kommunisten, die ihre Stellung mehr langjähriger Zugehörigkeit zur KP als beruflicher Auszeichnung zu danken hatten. Spätestens mit der Wirtschafts- und Verwaltungsreform, die im Dezember 1967 beschlossen worden war, wurden umfassende Änderungen in der Personalstruktur des Parteiapparats unvermeidlich.¹⁾ Solche Änderungen hatte der Parteichef schon im Mai 1967 angekündigt:

"Unsere Partei schätzt die Tausende und aber Tausende von Funktionären noch ein, die in den schweren Zeiten des Kampfes für den Sturz der alten Ordnung und beim Aufbau des Sozialismus selbstlos gewirkt haben...Die Dialektik des sozialen Lebens erfordert als objektive Notwendigkeit die beharrliche Auffrischung des Partei- und Staatsaktiven, die zweckmäßige und harmonische Verbindung der Weisheit und Erfahrung der alten Kader mit der Dynamik und Energie junger Kräfte."²⁾

Weniger versöhnlich formulierte Niculescu-Mizil auf dem 10. Parteitag:

"Wer in seiner Bildung und seinen Kenntnissen zurückbleibt, wird in einer Gesellschaft, die Dilettantismus, Empirismus und rudimentäre Kenntnisse immer mehr ausschließt, immer weniger an der Lösung gesellschaftlicher Fragen teilnehmen können."³⁾

1) Die 16 Regionen wurden durch 39 Kreise ersetzt; das bedeutete einen beträchtlichen Mehrbedarf an leitenden Funktionären in Partei und Staat; vgl. Gh.Pana: "Von welchen Kriterien sollen wir uns bei der Kaderpolitik leiten lassen?" Scinteia 11.11.1967

2) Scinteia 7.5.1967

3) Scinteia 12.8.1969 zit. nach Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa a.a.O.

Da Niculescu-Mizil den schon von Ceausescu propagierten Grundsatz auf dem 10. Parteitag wiederholte, kann man annehmen, daß die Auswechslung von Führungskadern auf mittlerer und unterer Ebene auch 1969 nicht abgeschlossen war.¹⁾ Positionswechsel der mit Leistungsfunktionen in Partei, Verwaltung, Wirtschaft und Massenorganisationen betrauten Funktionäre gab es nicht nur innerhalb desselben Apparats, sondern auch von einer Institution zur andern. Das geschah nicht systematisch: Das Statut hatte für Funktionswechsel keine Regelung, eine ständige Rotation war nicht beabsichtigt. Offensichtlich behielt sich die Parteiführung vor, einzelne Funktionäre je nach Bewährung versetzen oder befördern zu können. Nach der Verwaltungsreform war allein das ZK - beziehungsweise eine bestimmte Abteilung des ZK - für die Kaderpolitik "aller Tätigkeitsbereiche"²⁾ verantwortlich.

In den höchsten Führungsgremien der Partei war der alte Personalbestand spätestens nach dem 10. Parteitag ausgewechselt oder entmachtet. Das Zentralkomitee war schon auf dem 9. Parteitag stark vergrößert worden: Statt aus 79 Voll- und 31 Ersatzmitgliedern bestand es aus 121 Voll- und 75 Ersatzmitgliedern. Zwar waren die meisten früheren Vollmitglieder wiedergewählt worden, doch stammten nur wenige der neuen aus dem Kreis der früheren Ersatzmitglieder. Die meisten kamen erstmals ins ZK. An den Neuzugängen hatte der Parteiapparat den Löwenanteil. Vertreter des Partei- und Staatsapparat stellten die meisten ZK-Mitglieder: Nicht weniger als 153 der 196 Mitglieder. Von ihnen kamen 89 aus der Partei und 64 aus der Verwaltung. 1969 wurde die Zahl der ZK-Mitglieder nochmals erhöht auf 165 Voll- und 120 Ersatzmitglieder. Von 165 Vollmitgliedern waren 71 erstmals im ZK, aber nur 50 waren seit 1960 Mitglied.³⁾ Damit gerieten die Funktionäre, die schon unter Gheorghiu-Dej diesem Führungsgremium angehört hatten, endgültig in die Minderheit.

1) Nach Lupta de Clasa 6/1967 wurden allein 1966 85 von 150 Regionsparteisekretären ausgetauscht. vgl. Osteuropäische Rundschau 8/1967 S. 37

2) Ceausescu auf der Landeskonzferenz der RKP, Neuer Weg 7.12.1967

3) Zu diesen Angaben vgl. Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa 9/1969 S. 147f; Osteuropäische Rundschau 9/1969 S. 7f

Während die Veränderungen 1965 vornehmlich von machtpolitischen Erwägungen bestimmt schienen - von der Absicht, das Gewicht zugunsten der neuen Parteiführung zu verschieben -, hatten die Veränderungen 1969 einen anderen Effekt. Auf dem 10. Parteitag wurden fast alle Minister und Leiter zentraler Organe Mitglied des Zentralkomitees, ebenso leitende Beamte des Außenministeriums¹⁾, führende Armeeoffiziere, Leiter von Massenorganisationen und Wirtschaftsunternehmen, Künstler und Wissenschaftler; alle Ersten Sekretäre der Kreispartei Komitees gehörten dem Gremium ebenfalls an. Damit repräsentierte die Zusammensetzung des Zentralkomitees alle politisch relevanten Organisationen und Gruppen, wobei auch 1969 dem Partei- und Staatsapparat die dominierende Rolle zufiel.

Noch deutlicher war der Wandel in den führenden Exekutiv-Organen der Rumänischen Kommunistischen Partei: Im Präsidium des ZK-Exekutivkomitees und im ZK-Sekretariat. Im neunköpfigen Präsidium saßen 1969 nur noch drei Männer aus Gheorghiu-Dejs ehemaligem Politbüro: Nicolae Ceausescu, Ion Gheorghe Maurer (gleichzeitig Ministerpräsident) und Emil Bodnaras. Von den sieben Mitgliedern des Sekretariats war nur Ceausescu schon in der früheren Mannschaft Gheorghiu-Dejs gewesen. Außer Ceausescu waren nur drei Männer Mitglied beider Organe: Paul Niculescu-Mizil, Gheorghe Pana und Virgil Trofin. Trofin war früher Leiter der kommunistischen Jugendorganisation gewesen, wurde 1955 stellvertretendes und auf dem 8. Parteitag 1960 Vollmitglied des ZK, 1965 ZK-Sekretär; im Sekretariat ist er für Kaderfragen zuständig. Im April 1968 trat er ins Parteipräsidium ein. Während Virgil Trofin 1965 als Parteisekretär an der Parteiführung wenigstens teilhatte, rückte Gheorghe Pana erst auf dem 10. Parteitag in die Führungsgremien vor. Paul Niculescu-Mizil war im März 1965 Parteisekretär geworden, zuständig für Propaganda und Beziehungen zu anderen kommunistischen Parteien; im Juni 1966 wurde er Präsidiumsmitglied.

1) Die stellvertretenden Außenminister Mircea Malita, George Macovescu und mehrere Botschafter

Präsidium des ZK-Exekutivkomitees

nach dem 9. Parteitag vor dem 10. Parteitag nach dem 10. Parteitag

Nicolae Ceausescu	Nicolae Ceausescu	Nicolae Ceausescu
Chivu Stoica	Ion Gh. Maurer	Ion Gh. Maurer
Ion Gh. Maurer	Gheorghe Apostol	Emil Bodnaras
Gheorghe Apostol	Emil Bodnaras	Paul Niculescu-Mizil
Alexandru Birladeanu	Paul Niculescu-Mizil	Gheorghe Pana
Emil Bodnaras	Chivu Stoica	Dumitru Petrescu
Alexandru Draghici	Virgil Trofin	Gheorghe Radulescu
	Ilie Verdet	Virgil Trofin
		Ilie Verdet

Das ZK-Sekretariat

Nicolae Ceausescu	Nicolae Ceausescu	Nicolae Ceausescu
A. Draghici	Mihai Dalea	Mihai Gere
Alexandru Moghioros	Mihai Gere	Paul Niculescu-Mizil
Mihai Dalea	Manea Manescu	Gheorghe Pana
Paul Niculescu-Mizil	Vasile Patilinet	Dumitru Popescu
Leonte Rautu	Dumitru Popescu	Virgil Trofin
Vasile Patilinet	Leonte Rautu	
Virgil Trofin	Chivu Stoica	
	Virgil Trofin	

3. Parteiaufbau und innerparteiliche Demokratie

Die Rumänische Kommunistische Partei ist wie andere kommunistische Parteien nach dem Territorial- und Produktionsprinzip aufgebaut, das heißt die unterste Ebene der Parteihierarchie bilden Grundorganisationen, die in jeder Einheit, in Unternehmen in Kollektivwirtschaften, Streitkräften in Schulen, Universitäten, Ministerien etc. eingerichtet sind, in denen es wenigstens drei Kommunisten gibt. 1965 existierten 56 000 solcher Grundorganisationen.¹⁾ Geleitet von einem Büro und je nach Größe von einem oder mehreren Sekretären haben sie, will man die Fülle ihrer Aufgaben irgendwie zusammenfassen, drei Hauptfunktionen: 1. eine parteiinterne und externe ideologisch-agitatorische Funktion; sie nehmen neue Parteimitglieder auf, schulen die Mitglieder im "Geist des Patriotismus und des sozialistischen Internationalismus", in "Parteipolitik" und den "grundlegenden Prinzipien des Marxismus-Leninismus"²⁾ und wir-

¹⁾ Ceausescu Rede auf dem 9. Parteitag. Neuer Weg 20.7.1965

²⁾ §§ 50 und 51 des Statuts von 1965

ken im gleichen Sinne auf alle Nicht-Parteimitglieder ein, die in ihrem Aktionsradius leben; 2. eine praktische politische und ökonomische Funktion: sie überwachen die Ausführung der Parteibeschlüsse, mobilisieren zur Erfüllung der Produktionspläne, zur Verbesserung von Qualität, Produktivität und Arbeitsdisziplin und leiten die Massenorganisationen an; 3. eine informative Funktion: sie versorgen höhere Parteiorgane mit allen für politische oder ökonomische Entscheidungen notwendigen Informationen und Daten.

Die den Grundorganisationen übergeordneten Parteiorganisationen sind nach dem Territorialprinzip aufgebaut, das heißt sie folgen der entsprechenden staatlichen Verwaltungsstruktur: Bis 1968 gab es Stadt- und Rayonparteiorganisationen und 16 Regionsparteiorganisationen. Später treten an deren Stelle Gemeinde- beziehungsweise Stadtparteiorganisationen und Parteiorganisationen in den 39 Kreisen. Der Aufbau der Organisationen ist auf allen Ebenen gleich: Die Parteikonferenz der jeweiligen Ebene wählt ein Parteikomitee, das zwischen den Konferenzen die Tätigkeit der Parteiorganisation leitet, dieses wählt als Exekutivorgane ein Büro und ein Sekretariat. Sie leiten und überwachen die untergeordneten Parteiorganisationen, haben deren führende Funktionäre zu bestätigen und sorgen für die Durchführung der Beschlüsse der höchsten Parteiorgane; besonders nach der Verwaltungs- und Wirtschaftsreform haben sie wichtige Lenkungen im Bereich von Verwaltung und Wirtschaft.

Das höchste Organ der Partei ist satzungsgemäß der Parteitag, der alle vier, nach Statutenänderung auf dem 10. Parteitag 1969 alle fünf Jahre stattfinden soll. Der Parteitag bestimmt die Linie der Partei in den Grundfragen der aktuellen Politik, wählt das Zentralkomitee und die Zentrale Revisionskommission¹⁾ und seit 1969 auch den Generalsekretär der Partei. Außerhalb der Reihe können Landeskongresse einberufen

¹⁾ Die Zentrale Revisionskommission kontrolliert die Realisierung des Parteibudgets, die Verwaltung der materiellen Güter der Partei und die Art, wie Gesuche, Briefe etc. von den zentralen Körperschaften der Partei erledigt werden (§ 26 des Statuts). Die gleichen Kommissionen existieren auf den anderen Ebenen der Parteiorganisation bis zum Kreis.

werden, um wesentliche Fragen der Parteipolitik zu beschließen. Zwischen den Parteitagungen leitet das Zentralkomitee die gesamte Arbeit der Partei. Es tritt wenigstens alle vier Monate zusammen, organisiert die Ausführung der Direktiven des Parteitags, wacht über die Reinheit der Parteireihen, sichert die Realisierung der führenden Rolle der Partei auf allen Gebieten, leitet die führenden Presseorgane und repräsentiert die Partei in ihren Beziehungen zu anderen Parteien(Paragraph 21 des Statuts). Umfassender formulierte der 10.Parteitag die Aufgaben des ZK: Es ist verantwortlich für ökonomische, soziale, ideologische und kulturelle Aktivität, für die Verteidigung des Vaterlandes und für Außenpolitik. Dem ZK sind besondere Abteilungen angeschlossen, die für einzelne Sachgebiete verantwortlich sind. Die Parteikontrollkommission beim Zentralkomitee wacht über die Einhaltung der Parteidisziplin, und prüft Einsprüche gegen Parteistrafen, die von Regionspartei Komitees¹⁾ verhängt worden waren.

Soweit weicht der Aufbau der RKP von dem anderer kommunistischer Parteien nicht ab. Anders die Führungsspitze: Exekutivkomitee, Präsidium des Exekutivkomitees und Sekretariat des ZK. Noch im Entwurf des Status vor dem 9.Parteitag ist das Exekutivkomitee nicht erwähnt. Es wurde erst auf dem Parteitag eingeführt²⁾, und bestand 1965 aus 15 Vollmitgliedern und 10 Kandidaten, 1969 aus 21 Voll- und 11 Ersatzmitgliedern.

Nach Paragraph 22 des Statuts übt das Exekutivkomitee die Funktionen des ZK zwischen Plenartagungen aus. Diese Bestimmung verrät ebenso wie die übermäßige Vermehrung der ZK-Mitglieder, daß das ZK Führungsaufgaben weder wahrnehmen kann noch soll. Dank seiner personellen Zusammensetzung vereinigt das ZK genug Sachverstand, um in Einzelfragen beraten zu können, aber mehr noch bietet es Gewähr, daß alle in den eigentlichen Führungsorganen gefaßten Beschlüsse von den entsprechenden gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen unmittelbar übernommen werden. Zu diesen eigentlichen Führungsorganen gehört auch das Exekutivkomitee nicht, wohl aber das Präsidium und das

1) Die Kontrollkommissionen sind Organe der Parteijustiz; sie gibt es ebenfalls auf allen Ebenen der Partei. Die Befugnisse der Zentralen Kontrollkommission, die allen anderen Kontrollkommissionen übergeordnet ist, regelt § 25 des Statuts.

2) § 22 des Statuts. Neuer Weg 24.7.1965

Sekretariat. Alle Mitglieder des Präsidiums sind zugleich im Exekutivkomitee. Der Verzicht auf den Kandidatenstatus, den es vor 1965 für Mitglieder des Politbüros gegeben hatte, legt die Vermutung nahe, daß das Exekutivkomitee als Zwischenstation gilt für Parteifunktionäre, die aus der Führung ausgeschieden sind und solche, die sich für Spitzenpositionen zu bewähren haben.¹⁾ Allein das Präsidium des Exekutivkomitees entscheidet alle wichtigen Fragen, die Partei, Staat und Gesellschaft betreffen, während das Sekretariat die Durchführung der Beschlüsse organisiert und kontrolliert, sowie für Führungspositionen in Partei und Staat vorgesehenen Kader auswählt.

Willens- und Aktionseinheit, ideologische Reinheit und organisatorische Geschlossenheit der Partei garantieren die folgenden Parteiprinzipien, auch als Grundsätze der "innerparteilichen Demokratie" ausgegeben, die die RKP wie jede andere kommunistische Partei kennt: Demokratischer Zentralismus, Parteidisziplin, Fraktionsverbot, Kritik und Selbstkritik und Kollektiv-

1) Zwei Beispiele für Funktionäre, die über das Exekutivkomitee aufrückten: Gheorghe Radulescu, 1964 Außenhandelsminister, dann stellvertretender Ministerpräsident, auf dem 9. Parteitag Vollmitglied des Exekutivkomitees, im September 1965 als Nachfolger von Alexandru Birladeanu ständiger Vertreter Rumäniens beim RGW; auf dem 10. Parteitag wird er Mitglied des Präsidiums des Exekutivkomitees. Mihai Gere, ein Ungar, war vor dem 9. Parteitag Vorsitzender des Volksrats der ungarischen autonomen Region, wurde auf dem 9. Parteitag stellvertretendes Mitglied des Exekutivkomitees und auf dem ZK-Plenum im Juni 1966 ZK-Sekretär.

Absteiger: Leonte Rautu, einer der letzten in Moskau ausgebildeten Spitzenfunktionäre der rumänischen Partei, in den fünfziger Jahren allmächtiger Kultur- und Propagandachef, war vor dem 9. Parteitag noch Parteisekretär und Kandidat des Politbüros. Auf dem 9. Parteitag gelang es ihm nicht, ins Präsidium zu kommen; er wurde Mitglied des Exekutivkomitees und blieb im Sekretariat. Diesen Posten verlor er auf dem 10. Parteitag. Petre Borila, Spanienkämpfer und in der Sowjetunion stellvertretender Leiter der politischen Abteilung der aus Kriegsgefangenen gebildeten rumänischen Division, nach dem Kriege unter anderem Chef der Bukarester Parteiorganisation, Leiter des Obersten Politischen Direktoriums der Armee, seit Oktober 1955 Erster stellvertretender Ministerpräsident und vor dem 9. Parteitag Vollmitglied des Politbüros, war nach dem Parteitag nur noch Mitglied des Exekutivkomitees und verlor Ende 1968 auch noch diesen Posten.

tivität der Führung.¹⁾ Diese Prinzipien sind in Paragraph 13 des Parteistatuts von 1965 zusammengefaßt: a) alle führenden Organe werden gewählt - durch geheime Stimmabgabe; Kandidaten werden von den Teilnehmern an Versammlungen, Konferenzen und Kongressen vorgeschlagen, über die Vorschläge wird diskutiert und individuell abgestimmt; b) ein Parteimitglied kann nicht mehr als eine führende politische Funktion ausüben, die permanente Tätigkeit erfordert²⁾; c) die Parteiorgane haben den Parteiorganisationen periodisch Bericht zu erstatten; d) die Parteiorgane arbeiten auf der Grundlage des Prinzips der kollektiven Führung; die Mitglieder der Parteiorgane haben unbegrenztes Recht, ihre Ansichten in "organisierter Weise" in allen zur Diskussion stehenden Fragen zu sagen; die Entscheidungen, die von den Parteiorganen getroffen werden, müssen Ergebnis einer Prüfung der vorgebrachten Ansichten und Vorschläge sein, Ausdruck der Gedanken des gesamten Kollektivs; e) die Entscheidungen eines Parteiorgans sind gültig, wenn sie von der Mehrheit seiner Mitglieder angenommen wurden; danach unterwirft sich die überstimmte Minderheit bedingungslos der Mehrheit und ist verpflichtet die gefaßten Beschlüsse vorbehaltlos auszuführen; f) die Entscheidungen des höheren Parteiorgans sind für die Parteiorganisationen und für alle Mitglieder in seinem Aktionsradius absolut verbindlich.

Obwohl das Statut volle Meinungsfreiheit zusagt, dienen die gleichzeitig eingeführten Beschränkungen (die Diskussion muß sich in "organisierter Weise" vollziehen) und die Warnung vor "anarchischen Auffassungen, denen zufolge die Partei zu einem Klub endloser Diskussionen werden müßte"³⁾ dazu, unwillkommene Kritik abzuwehren. Das Gebot der Parteidisziplin nimmt dem Einzelnen die Möglichkeit, sich gegen die Befolgung für falsch gehaltener Anordnungen zu wehren, und zwingt ihn, falls er bei der Abstimmung über eine Frage unterlegen war,

1) Zur Regelung dieser Prinzipien im Bereich der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vgl. E. Förtsch: Die SED S.34f

2) Dieser Grundsatz war auf dem 9. Parteitag eingeführt worden und sollte verhindern, daß hohe Parteifunktionäre gleichzeitig wichtige Ministerien leiteten. Nach dem Parteitag mußte Alexandru Draghici - Mitglied des Präsidiums und des Sekretariats, außerdem seit 1952 Innenminister - das Innenministerium abgeben. 1968 ging man von diesem Prinzip wieder ab.

3) Ceausescu: Die führende Rolle der Partei... Scinteia 7.5.1967

auf die weitere Propagierung seiner eigenen, abweichenden Meinung zu verzichten. Die Führung ergänzt sich selbst: Kandidaten für bestimmte Exekutivorgane werden nur durch Konferenzen derselben Parteiebene nominiert; bei jedem einzelnen hält man eine Personaldebatte ab und einzeln werden sie gewählt. Abstimmung nach Kandidatenlisten ist schon im Statut von 1960 ausdrücklich untersagt (§ 27). Allein die Mitglieder der bisherigen Exekutivorgane treten als geschlossene Gruppe auf. Die im Statut vorgesehene Bestätigung gewählter Kandidaten durch übergeordnete Parteistellen erlaubt der Führung unerwünschte Funktionäre abzulehnen. Das Fraktionsverbot¹⁾ soll die Bildung oppositioneller Gruppen verhindern, die allein alternative Standpunkte oder Führungsgruppen durchsetzen könnten.

Der Zentralismus hat Übergewicht - demokratische Elemente gibt es nur formal: Willensbildung von unten nach oben war nach diesen Parteiprinzipien weder möglich noch überhaupt vorgesehen. Der Parteitag, der die höchsten Exekutivorgane der Partei wählen sollte, beschränkte sich auf akklamatorische Zustimmung. Wirksame Kontrolle leitender Funktionäre durch untere Parteiorganisationen fand nicht statt. Diese kamen der Pflicht zu periodischer Berichterstattung, im Parteistatut zwingend vorgeschrieben, nur sporadisch nach und auf ihre Auswahl hatten die Parteiorganisationen nur begrenzten Einfluß. Das führte zur Erstarrung, zur Bürokratisierung der Partei. Der Apparat war übermächtig, die Mitglieder verzichteten auf eigene Initiativen und begnügten sich mit einstimmiger Annahme aller Vorlagen. Dieser Effekt mochte für die Erhaltung der Macht zweckmäßig sein, schadete aber den seit 1966 zu beobachtenden Anstrengungen der Führung, die Effizienz von Wirtschaft und Verwaltung entscheidend zu verbessern, Rationalisierung, Arbeitsproduktivität und Qualität zu steigern. Denn Parteimitglieder, von denen nur strikte Befolgung von oben kommender Direktiven verlangt wurde, mußten zwangsläufig das Risiko eigener Initiativen scheuen.

Weil es gerade dessen bedurfte, damit die angestrebten Ziele erreicht werden konnten, traten parallel zu den veränderten

1) Im Statut von 1965 §2b; das ältere von 1960 verbietet Fraktionen gleich zweimal in § 2b und § 29.

Anforderungen an Parteimitglieder auch institutionelle Wandlungen ein, die größere Verantwortungsfreude und Initiative bei den Parteimitgliedern wecken sollten; es waren Versuche, das demokratische Element in der Partei ein wenig auf Kosten des zentralistischen zu stärken.

Zwar wies schon das Statut von 1965 Verbesserungen gegenüber dem von 1960 auf¹⁾, auch legte die Führung größeren Wert auf die Erörterung aller Parteibeschlüsse mit den Parteiorganisationen und dem Parteiaktiv, doch erfolgten wesentliche Änderungen erst nach der Verwaltungsreform 1968. Im April 1968 erklärte Nicolae Ceausescu auf einem ZK-Plenum:

"Es ist notwendig, die Parteidemokratie noch mehr zu entwickeln, und alle Voraussetzungen zu schaffen, damit die Parteimitglieder ihre Meinung offen zum Ausdruck bringen können. Die Anwendung der Grundprinzipien der Partei setzt voraus, daß die Parteimitglieder das volle Recht haben, ihre Meinung zu jeder Frage zu äußern und in der einen und der anderen Frage unterschiedlicher Meinung zu sein. Es ist richtig, daß es nicht unbedingt notwendig ist - so wie das einige Genossen auf der Plenartagung geäußert haben - Einstimmigkeit zu erzielen..."²⁾

Solche Formulierungen, die minimale Voraussetzungen für innerparteiliche Demokratie beinhalten, mögen dem westeuropäischen Betrachter grotesk erscheinen; in Rumänien waren solche Grundsätze ebenso wie in anderen orthodoxen kommunistischen Parteien alles andere als selbstverständlich. Der Parteichef selbst fühlte sich bemüßigt, seine Parteimitglieder zur Äußerung auch abweichender Meinungen zu ermuntern. Daß es sich dabei nicht um eine momentane, von den gleichzeitigen tschechoslowakischen Entwicklungen inspirierte Haltung handelte, zeigte die Statutenänderung des 10. Parteitags im August 1969. Danach können Parteimitglieder, die mit ihrer Ansicht in einem Parteiorgan, dessen Mitglied sie sind, nicht

1) Das Statut von 1960 formulierte in § 22 nur die Grundsätze des demokratischen Zentralismus: Alle leitenden Parteiorgane werden gewählt; Parteiorgane sind verpflichtet, den Parteiorganisationen periodisch berichtzuerstatten; Parteidisziplin, Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit; Beschlüsse höherer Parteiorgane sind für die unteren verbindlich. Die übrigen im neuen Statut zusammengefaßten Bestimmungen waren im alten Statut nur bruchstückweise in mehreren §§ enthalten; z.B. in § 29: "Die Teilnahme an der freien und konkreten Erörterung der Probleme der Parteipolitik ist unantastbares Recht jedes Parteimitglieds..." § 13d des Statuts von 1965 definiert dieses Recht erheblich konkreter.

2) Neuer Weg 28.4.1968

durchgedrungen waren, ihre Einwände dem nächst höheren Parteiorgan unterbreiten; dieses ist verpflichtet, die Einwände sofort zu prüfen und seine Schlußfolgerungen dem betreffenden unteren Parteiorgan mitzuteilen.¹⁾ Das Statut erlaubt dem Parteimitglied also neuerdings bei einer abweichenden Meinung zu beharren und sie zu vertreten, es verbietet dies ausserhalb der organisierten Parteinstanzen zu tun. Unangetastet bleiben die Prärogativen der Führung.

Eine erhebliche Erweiterung erfuhr gleichzeitig der Paragraph, der eine periodische Information der Parteiorganisationen vorsieht: Die Parteiorgane haben "das Parteiaktiv, die Kommunisten über die Innen- und Außenpolitik der Partei und über die wesentlichen von ihnen angenommenen Beschlüsse und Maßnahmen systematisch zu informieren" und "die Parteiorgane werden die wesentlichen zu beschließenden ökonomischen und soziokulturellen Maßnahmen einer vorhergehenden Diskussion durch Parteiorganisationen und Werktätige unterwerfen"²⁾

Kandidaten für leitende Parteiorgane werden seit dem 10. Parteitag nicht mehr nur durch Parteikonferenzen derselben Ebene, sondern auch bei den Versammlungen unterer Parteiorganisationen aufgestellt. Damit erhielten untere Parteiorganisationen Einfluß auf die Zusammensetzung höherer Parteiorgane. Erklärtes Ziel dieser Maßnahmen: "Die Wahl der besten Kommunisten, solcher, die eine gründliche politische, ideologische und berufliche Ausbildung hatten und über Prestige und Autorität bei den Massen verfügen."³⁾ Damit war eine institutionelle Handhabe gegen Bürokraten, beziehungsweise gegen Funktionäre geschaffen, die ihr Amt nicht der persönlichen Fähigkeit oder Überzeugungskraft verdankten. Funktionäre müssen in Zukunft nicht mehr nur auf die Haltung übergeordneter Parteiorgane achten, sondern auch die Stimmung der Mitglieder unterer Parteiorganisationen berücksichtigen.

Die neue Regel gilt nicht nur in den Grund- und Gemeindeorganisationen, sondern auch für die höchsten Parteiorgane.

1) Scinteia 7.8.1969

2) ebenda

3) ebenda

didaten für das Zentralkomitee werden außer vom Parteitag selbst auch von den Kreis- und Munizipalparteiorganisationen benannt, auf dem Parteitag geprüft und in geheimer Wahl gewählt. Rund 360 Kandidaten hatten die Kreisparteiorganisationen 1969 für das Zentralkomitee und die Zentrale Revisionskommission nominiert, 30 mehr als gewählt werden konnten. Der Parteitag hatte die Möglichkeit zur Auswahl - und zur Abwahl unerwünschter Funktionäre. Der Parteitag wählt auch den Generalsekretär direkt. Die geänderte Verfahrensweise brachte keine der Parteiführung unerwünschten Ergebnisse. Das kann bedeuten, daß die Zusammensetzung der bisherigen Parteiführung dem Willen der Mehrheit der Parteitagsdeligierten entsprach, es muß aber nicht bedeuten, daß sich im Grunde nichts geändert hat. Denn wenigstens in ihrer Tendenz verschaffen die institutionellen Wandlungen dem einzelnen Parteimitglied eine Erweiterung seines Spielraums.

4. Rehabilitierungen

Das gleiche ZK-Plenum, auf dem Ceausescu den Willen zu weiterer Demokratisierung verkündete, beschloß die Rehabilitierung früher verurteilter und aus der Partei ausgeschlossener Funktionäre. Das ZK teilte mit¹⁾, eine von ihm beauftragte Kommission unter Leitung von Gheorghe Stoica und Vasile Patilinet habe schon Ende 1965 mit der Untersuchung einiger Fälle begonnen und sei zu dem Schluß gekommen, daß Lucretiu Patrascanu und Stefan Foris zu Unrecht des Verrats beschuldigt worden seien²⁾ und daß Anklagen nur mit Hilfe grober Fälschungen, phy-

sischen Drucks und Einmischung höchster Parteifunktionäre

1) M.Jansen: X. Parteitag der RKP Osteuropäische Rundschau 9/1969S.8

2) Lucretiu Patrascanu war 1900 geboren worden, hatte Jura und Ökonomie in Deutschland und Frankreich studiert. Mitglied der KP seit 1921, war er 1933 Abgeordneter geworden. Während des Krieges verhandelte er mit demokratischen Parteien über die Organisation des Widerstandes. 1944 war er Mitglied der rumänischen Delegation bei den Waffenstillstandsverhandlungen in Moskau; im gleichen Jahr wurde er Justizminister. 1948 wurde er seines Postens enthoben. 1954 ist Patrascanu zum Tode verurteilt und hingerichtet worden. Stefan Foris war seit 1921 Parteimitglied. 1940 wurde er Generalsekretär der RKP. Die Verhaftung einiger Parteimitglieder warf man ihm als Verrat vor. 1944 wurde er seines Amtes enthoben und 1946 ohne Gerichtsurteil gehängt.

(Gheorghiu-Dejs und Draghici) zustande gekommen seien. Verantwortung für die Verurteilung von Patrascanu habe das ganze damalige Politbüro gehabt.

1936 bis 1938 verurteilte Kämpfer der rumänischen Arbeiterbewegung wurden post mortem rehabilitiert, die Parteistrafen für Miron Constantinescu, Dumitru Petrescu und andere Funktionäre annulliert. Alexandru Draghici, 1965 mächtigster Mann nach Ceausescu, verlor seinen Sitz im Präsidium, Exekutivkomitee und Sekretariat, und der ihm bisher unterstellte Sicherheitsdienst wurde zur genauen Beachtung der "sozialistischen Gesetzlichkeit" verpflichtet.

Damit war die RKP die letzte regierende kommunistische Partei, die mit der Rehabilitierung von Opfern der unglückseligen "Titoistenprozesse" der frühen fünfziger Jahre begann. Sie tat es aus freiem Antrieb, ohne von parallelen sowjetischen Aktionen oder von der öffentlichen Meinung des eigenen Landes dazu gedrängt worden zu sein. Sicherlich mag die gleichzeitige Erörterung des Slansky-Prozesses in der Tschechoslowakei eine Rolle gespielt haben, doch ist ein anderes Motiv wichtiger. In seiner Beurteilung des Prozesses gegen Patrascanu fand das ZK nämlich besonders schwerwiegend, daß man damals "Fragen politischen Charakters" zum Anlaß genommen habe, "gegen Parteikader eine Strafuntersuchung einzuleiten."¹⁾

Mit ihrer Selbstkritik wollte die Führung dem einfachen Parteimitglied offensichtlich beweisen, daß sie sich von den früher angewandten Methoden ernsthaft distanzieren und daß eine Abweichung von der Parteilinie oder gar freie Meinungsäußerung keine Gefahr mehr für das Leben oder die persönliche Sicherheit bedeuten werde. Die Rehabilitierungen sollten als Selbstverpflichtung verstanden werden, daß die Strafgerichtsbarkeit und die Geheimpolizei nie mehr als Mittel zur Konfliktregulierung in Parteiangelegenheiten dienen sollten.

Die Stärkung demokratischer Elemente im Partelleben war nicht von unten erkämpft, sondern von oben gewährt worden, nicht um Demokratie einzuführen, sondern mit dem Ziel, die Effizienz der Parteiarbeit zu vergrößern. Die Maßnahmen sollten hervorbringen, was es bisher nicht gab: Eigeninitiative, Identifikation

1) Neuer Weg 27.4.1968

des Einzelnen mit Beschlüssen, an deren Zustandekommen er sich irgendwie beteiligt fühlte, Auslese von Kadern nach Leistungskriterien. Zweifelloos bestand ihr Sinn nicht darin, Prärogativen der Führung wesentlich zu schmälern. An der für kommunistische Parteien typischen Art der Willensbildung von oben nach unten und an der Verpflichtung zu vorbehaltloser Durchführung von oben kommender Direktiven rüttelte man nicht.

Die seither vergangene Zeit ist zu kurz, um ermessen zu können, ob die rumänische Parteiführung die gesteckten Ziele erreicht hat. Doch scheint es nicht völlig ausgeschlossen, daß sie um gesellschaftlicher Zielsetzungen willen die immer noch großen Beschränkungen für das einzelne Parteimitglied weiter lockern wird oder daß die Mitgliedschaft, beziehungsweise sich in ihr artikulierende Gruppeninteressen gegenüber der Führung langfristig an Gewicht gewinnen können. "Von oben gewährt" bedeutet allerdings auch, daß die Führung die eingeräumten Rechte wieder einschränken kann, wenn sie eine Gefährdung der eigenen Macht befürchtet.

VI Partei und Staat

1. Die rumänischen Verfassungen

Den Entwurf für eine neue Verfassung arbeitete eine Sonderkommission aus, die zunächst von Gheorghiou-Dej dann von Nicolae Ceausescu geleitet wurde. Den Text hieß der 9. Parteitag gut und im August 1965 erhielt er nach Annahme durch die Große Nationalversammlung rechtliche Verbindlichkeit. Damit hatte Nachkriegsrumänien seine dritte Verfassung. Die erste war im April 1948, die zweite im September 1952 in Kraft getreten.

Die zweite Verfassung war kein Einzelstück gewesen: Ähnliche Verfassungen galten gleichzeitig in allen osteuropäischen Ländern. Sie waren alle der sowjetischen Verfassung von 1936 nachgebildet, die rumänische entsprach dieser sogar weitgehend im

Wortlaut.¹⁾ Unterschiede ergaben sich aus staatsrechtlichen Definition der Sowjetunion als Bundesstaat - die anderen sind Einheitsstaaten - und aus der bis dahin anders gearteten ökonomischen und sozialen Struktur: In den osteuropäischen Ländern war 1952 die Verstaatlichung der Produktionsmittel, die Ausweitung des öffentlichen Wirtschaftssektors besonders auf dem Lande und die angebliche Überwindung der Klassegegensätze noch nicht so weit fortgeschritten wie in der Sowjetunion. Deshalb nannte sich diese bereits 1936 einen sozialistischen Staat, während die osteuropäischen Staaten als Volksdemokratien firmierten. In dieser unterschiedlichen Bezeichnung spiegelte sich der Vorsprung, den die Sowjetunion in der historischen Entwicklung zum Kommunismus für sich beanspruchte ebenso wie die Verbindlichkeit ihrer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ordnung für andere von kommunistischen Parteien beherrschte Länder. Die gleichartigen Verfassungen sollten Gleichartigkeit des politischen und wirtschaftlichen Systems verbürgen.

Die rumänische Verfassung von 1952 besteht aus einer Präambel und neun Kapiteln. Kapitel 1 definiert die politische, wirtschaftliche und soziale Struktur folgendermaßen: Rumänien ist ein Staat des werktätigen Volkes; dem Volk gehört alle Macht; es übt sie durch die große Nationalversammlung und durch Volksräte aus; Arbeiterklasse und werktätige Bauernschaft sind verbündete Klassen, wobei der Arbeiterklasse die führende Rolle zukommt; die Volkswirtschaft besteht aus zwei Sektoren: a) ein sozialistischer Sektor - die ökonomische Basis für die Entwicklung des Landes zum Sozialismus -, in ihm gibt es staatliches Eigentum an Produktionsmitteln und kollektives, genossenschaftliches Eigentum auf dem Lande, b) ein privatkapitalistischer Sektor, bestehend aus mittel- und großbäuerlichen Höfen (Kulaken), aus privaten Handelsunternehmen und kleinen (bisher) nicht verstaatlichten Industriebetrieben; das ökonomische Leben regelt sich nach dem Staatsplan.

¹⁾ Deshalb sei schon hier auf die ausgezeichnete Analyse verwiesen, mit der Reinhart Maurach Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit in der Sowjetunion an Hand der einzelnen Verfassungsbestimmungen untersucht; die Analyse trifft entsprechend auch für die anderen Verfassungen zu: R. Maurach : Handbuch der Sowjetverfassung. München 1955

Kapitel 2 bezeichnet das staatliche System Rumäniens als System der Volksdemokratie. Die das Wesen eines solchen volksdemokratischen Staates konstituierenden Aufgaben nennt Artikel 17 der Verfassung: Der Staat unterdrückt die "Feinde des Volkes"¹⁾, das heißt er übt die Diktatur des Proletariats aus,²⁾ eine Formel, nach der die den Staat beherrschende Gruppe selbst bestimmen kann, wen sie als Feind des Volkes betrachten und gegenüber wem sie die Machtmittel des Staates anwenden will; der Staat hat umfassende Leitungsfunktionen in der Volkswirtschaft, er treibt die sozialistische Industrialisierung und die Sozialisierung der Landwirtschaft voran; der Staat lenkt das Erziehungssystem und die Kultur des rumänischen Volkes, die sozialistisch im Inhalt und national in der Form zu sein hat.

Entsprechend Kapitel 3 wäre die große Nationalversammlung einziges legislatives Organ, das hervorgegangen aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen (Kap.8, Art.93ff), sowohl das Präsidium der Nationalversammlung als auch den Ministerrat wählt. Das Präsidium nimmt zwischen den Sessionen der Nationalversammlung - sie tagt nur zweimal in dem Jahr - deren Aufgaben wahr, legt Gesetze aus und erläßt Dekrete mit Gesetzeskraft. Der Ministerrat ist nach Kapitel 4 der Verfassung höchstes Exekutiv- und Verwaltungsorgan des Staates. Entscheidungen und Anordnungen des Ministerrats sind verbindlich, sie haben ebenfalls Gesetzeskraft. Obwohl der Ministerrat der Nationalversammlung beziehungsweise dem Präsidium rechenschaftspflichtig und verantwortlich ist, fehlen in der Verfassung alle Bestimmungen, die die Folgen aus einem Mißtrauensvotum der Nationalversammlung regeln; ein solcher Fall ist offensichtlich nicht vorgesehen. Die lokalen Organe der Staatsverwaltung, definiert in Kapitel 5 der Verfassung, sind Volksräte in Regionen, Städten, Distrikten und ländlichen Ortschaften. Sie bestehen aus gewählten Deputierten und sind hierarchisch aufgebaut. Ihre Exekutivorgane gehorchen dem Prinzip der "doppelten Unterstellung",

1) Text der Verfassung bei Amos J. Paeslee (Hrsg.): Constitutions of nations. Bd.III, 2nd edition. The Hague 1956 S. 239ff

2) Dieser Begriff wird in der rumänischen Verfassung allerdings nicht verwandt, wohl aber in der sowjetischen (Art. 2 s. Maurach: Handbuch... S. 50)

das heißt, sie unterstehen sowohl dem Volksrat, der sie gewählt hat, als auch dem in der Verwaltungshierarchie nächst höheren Exekutivorgan. Lokale Selbstverwaltung findet also nicht statt.

Kapitel 6 regelt Organisation und Befugnisse der Jurisdiktion. Es gibt keine Gewaltenteilung, weder zwischen Legislative und Exekutive noch zwischen diesen Gewalten und der Jurisdiktion. Der Oberste Gerichtshof wird von der großen Nationalversammlung auf fünf Jahre gewählt. Er überwacht die juristische Aktivität aller übrigen Gerichte. Er hat weder Verfassungs- noch Verwaltungsgerichtsbarkeit. Vornehmste Aufgabe der Rechtsprechung besteht darin, "das System der Volksdemokratie und die Errungenschaften des werktätigen Volkes zu verteidigen".¹⁾ und dann erst sichert sie "Staatsrecht, öffentliches Eigentum und die Rechte der Bürger".²⁾ Die Reihenfolge macht klar, daß Gerichte die Bürgerrechte nur in dem Umfang wahrnehmen können, in dem diese die vorher skizzierte volksdemokratische Ordnung nicht beeinträchtigen, und daß Gerichte immer in erster Linie als Sachwalter staatlicher Interessen aufzutreten haben.

Die Einhaltung der Gesetze durch die Verwaltung wie durch Beamte und Bürger überwacht die Staatsanwaltschaft; sie ist also nicht nur Strafverfolgungsbehörde, sondern gleichzeitig oberste Aufsichtsbehörde für sämtliche Staatsorgane, gesellschaftlichen Institutionen und Betriebe. Der Generalstaatsanwalt wird von der Nationalversammlung ernannt und ist dem Präsidium der Nationalversammlung und dem Ministerrat verantwortlich. Er ernennt seinerseits die Staatsanwälte in Regionen, Distrikten etc.; diese sind ihm allein untergeordnet.

Kapitel 7 definiert die mehr oder weniger eingeschränkten Rechte und Pflichten der Bürger: unter anderem das Recht auf Arbeit (Art. 77), Recht auf Erholung (Art. 78), Recht auf Erziehung (Art. 80), Gleichheit der Rechte in allen Bereichen des ökonomischen, politischen und kulturellen Lebens (Art. 81), Recht von Minoritäten, frei ihre Sprache zu gebrauchen, Recht auf Unterricht, Bücher, Zeitungen und Theater in ihrer Sprache (Art. 82), Freiheit des Gewissens (Art. 84), Rede-, Presse-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit "in Übereinstimmung mit den

¹⁾ Artikel 65 der Verfassung

²⁾ ebenda. Diese Bestimmungen existieren in der Sowjetverfassung nicht.

Interessen des werktätigen Volks und zum Zwecke, das System der Volksdemokratie zu stärken" (Art. 85), Unverletzlichkeit der Person (Art.87).

Artikel 86, der zunächst anscheinend nur das Grundrecht der Vereins- und Koalitionsfreiheit behandelte, ist die einzige Stelle in der Verfassung, an der sich inneres und äußeres Staatsrecht berühren."Inneres Staatsrecht" nennt Reinhart Maurach¹⁾ die nach Satzung und gewohnheitsrechtlich entstandenen Organisationsformen und Zielsetzungen der Kommunistischen Partei, die das "äußere Staatsrecht", die durch die Bestimmungen der Verfassung festgelegte Struktur und Funktion des Staates, durchdringen und dem Staat seine Dynamik, sowie seine besondere, mit dem Wortlaut der Verfassung nicht übereinstimmende Erscheinungsweise verleihen. Artikel 86 legt fest:

"..The most active and conscious citizens in the ranks of the working class and of other sections of the working people unite in the Rumanian Worker's Party, the vanguard of the working people, in their struggle to strengthen and develop the people's democratic system and to build the socialist society. The Rumanian Worker's Party is the leading force of organizations of the working people as well as the State organs and institutions. All organizations of the working people in the Rumanian People's Republic rally round it!"²⁾

Dieser kurze Passus in dem Kapitel, das die Grundrechte der Bürger formuliert, unterstellt der Partei alle staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen; der Staatsapparat wird dadurch, trotz aller Bestimmungen über die Rechte der Nationalversammlung und des durch sie seine Macht souverän ausübenden Volkes, zum Instrument der von niemand kontrollierten Partei; sie sucht durch den Staat ihre Zielsetzungen zu verwirklichen.

Eine sehr wichtige Funktion hat die Präambel der Verfassung, die die Bindungen Rumäniens an die Sowjetunion festlegt:

"The Rumanian People's Republic came into being as a result of the historic victory of the Soviet Union over German fascism and of Rumania's liberation by the glorious Soviet Army - a liberation which enabled the working people, headed by the working class, led by the Communist Party, to overthrow fascist dictatorship...The setting up and strengthening of the people's democratic State, the friendship and alliance with the great Soviet Union, and the selfless and brotherly support and aid

1) Maurach a.a.O. S. 18ff

2) Peaslee: Constitutions of nations S. 251

granted by the latter, ensure the independence, State sovereignty, development and flourishing of the Rumanian People's Republic."1)

Artikel 3 der Verfassung ist ähnlich formuliert:

"The Rumanian People's Republic came into being and strengthened as a result of the liberation of the country by the Armed Forces of the Soviet Socialist Republics from under the yoke of fascism and imperialist domination..."2)

1952 erscheint die Sowjetunion als eigentlicher Schöpfer der rumänischen Volksrepublik und als Garant ihrer Unabhängigkeit. Die Sowjetunion wird damit gleichsam zum Souverän, der aus eigener Machtvollkommenheit dem rumänischen Volk Selbstbestimmung und Souveränität verliehen hat und von dessen Hilfe die Erhaltung dieser Errungenschaften abhängig ist. Der Volksrepublik verbleibt nur abgeleitete, eingeschränkte Souveränität, und sie erhält dadurch einen ähnlichen Status wie die einzelnen Unionsrepubliken der UdSSR, denen Artikel 15 der Sowjetverfassung ebenfalls Souveränität zusicherte. Zwar ist Rumänien nicht der Kompetenz-kompetenz des Bundesstaates gegenüber dem Gliedstaat unterworfen, doch leitet sich eine ähnliche Bindung aus dem inneren Staatsrecht her, aus dem für alle kommunistischen Parteien verbindlichen Grundsatz des proletarischen Internationalismus: Und das bedeutete 1952 nichts anderes, als bedingungslose Unterordnung der Rumänischen Arbeiterpartei und des rumänischen Staates unter den Willen der KPdSU.

Die Verabschiedung einer neuen Verfassung begründete Ceausescu vor der Großen Nationalversammlung im August 1965 damit, daß die großen sozio-ökonomischen Wandlungen seit 1952 ein neues Grundgesetz nötig gemacht hätten, " in dem die gegenwärtigen politischen, sozialen und ökonomischen Gegebenheiten des Landes, die Wandlungen im Leben des Volkes verankert werden und das den verfassungsmäßigen Rahmen für die Vollendung des sozialistischen Aufbaus und die Vorbereitung der Bedingungen für den stufenweisen Übergang zum Kommunismus gewährleistet."3)

Wenn auch in der Formulierung einzelner Artikel ähnlich, weicht die neue Verfassung 1965 doch schon in ihrer Gliederung von der

1) Peaslee: Constitutions...S.239

2) ebenda S. 240

3) Neuer Weg 21.8.1965

vorigen ab und paßt sich der ersten von 1948 an: Kapitel 1 beschreibt das gesellschaftliche System, es definiert das Wesen des sozialistischen Staates, seine politischen und ökonomischen Grundlagen sowie seine innen- und außenpolitischen Funktionen. Kapitel 2 behandelt die Grundrechte und -pflichten der Bürger¹⁾; die folgenden Kapitel regeln die Staatsorganisation im wesentlichen analog zur Verfassung von 1952²⁾, die Gerichtsverfassung, Hoheitszeichen und Inkrafttreten der Verfassung.

Artikel 1 bezeichnet Rumänien als sozialistische Republik, als souveränen, unabhängigen und einheitlichen Staat. In diesen Formulierungen dürfte der Hauptgrund für die Verfassungsreform gelegen haben. Was Gheorghiu-Dej außenpolitisch erreicht hatte, wird nun verfassungsrechtlich kodifiziert. Rumänien legt den inferioreren Status der Volksrepublik ab, stellt sich in der Selbsteinschätzung als Kommunistische Partei und in der Selbsteinschätzung als Staat den fortgeschrittensten sozialistischen Staaten gleich. Die Präambel und der frühere Artikel 3, die die Bindungen Rumäniens an die UdSSR festlegten, sind ersatzlos gestrichen: In der ganzen Verfassung wird die Sowjetunion nicht mehr erwähnt.

Konstituierende Elemente des sozialistischen Staates sind: Das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse, Bauernschaft, Intellektuellen und anderen Kategorien von Werktätigen (Art. 2); die Rumänische Kommunistische Partei als führende politische Kraft der gesamten Gesellschaft (Art.3); "im souveränen Besitz der Macht übt das Volk diese durch die Große Nationalversammlung und durch die Volksräte aus"(Art.4)³⁾; sozialistisches (staatliches und genossenschaftliches) Eigentum an den Produktionsmitteln und am Boden (Art.5ff). Die gesamte Staatstätigkeit hat

1) Die Reihenfolge der Rechte hat sich gegenüber 1952 geringfügig geändert. An erster Stelle steht die Gleichberechtigung der Bürger, dann folgt das Recht auf Arbeit etc. Zu den Grundrechten zählen auch Art.9,10,11 und 12, Bestimmungen über das Recht auf Eigentum und Enteignung gegen Entschädigung.

2) Neu in der Verfassung ist die Institution des Staatsrates, der 1961 geschaffen, ein eigenständiges Staatsorgan ist und im wesentlichen die Aufgaben des bisherigen Präsidiums der Nationalversammlung übernimmt.

3) Verfassung der Sozialistischen Republik Rumänien. Bukarest 1965 S. 3

die "Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung und das Aufblühen der sozialistischen Nation, die stetige Hebung des materiellen und kulturellen Wohlstands des Volkes, die Gewährleistung der persönlichen Freiheit und der menschlichen Würde sowie die vielseitige Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit zum Ziel."¹⁾

Der sozialistische Staat hat also keine Unterdrückungsfunktion mehr; da es keine antagonistischen Klassen mehr gibt, dient er nicht mehr als Instrument des Klassenkampfes. Vielmehr versteht die Kommunistische Partei den Staat als Mittel, um mit seiner Hilfe sowohl die Entwicklung der Nation, als auch des Einzelnen zu fördern. Diese Formulierung der Staatsaufgaben verrät eine eigentümlich patriarchalische Gesinnung. Während beispielsweise westeuropäische demokratische Verfassungen die Aktivität des Staates auf öffentliche Aufgaben begrenzen und einen Eingriff in die Rechte Einzelner nur dann gestatten, wenn deren Ausübung die Rechte anderer beeinträchtigt, betrachtet der rumänische Staat auch die Privatsphäre des Einzelnen als Gegenstand seiner Tätigkeit: Die Entfaltung der Persönlichkeit, die das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland dem Einzelnen anheimstellt, ist eine der wesentlichen Aufgaben des rumänischen Staates.²⁾ Diese Einschränkung gilt für alle in Kapitel 2 der Verfassung ausführlich dargestellten Grundrechte. Dazu zählt jetzt auch das Petitionsrecht (Art. 34) und das Recht, ungesetzliche Verwaltungsakte anfechten und Schadenersatz verlangen zu können (Art. 35). Die Zusicherung des "Habeas Corpus" wurde konkreter. In der Verfassung von 1952 hieß es noch lapidar: "Citizens of the Rumanian People's Republic are guaranteed inviolability of the person. No person may be placed under arrest except by decision of a court or the Procurator, in conformity with the provisions of the law."³⁾

1965 dagegen: "Den Bürgern der Sozialistischen Republic Rumä-

¹⁾ Verfassung der Sozialistischen Republik Rumänien (1965) S. 6

²⁾ Dem entsprechen die Bestimmungen über die Gerichte, die die "sozialistische Gesellschaftsordnung und die Rechte der Einzelpersonen" zu schützen haben, "wobei sie die Bürger im Sinne der Achtung der Gesetze erziehen." Art. 95 der Verfassung 1965. Der zweite Absatz des Artikels lautet: "Mit der Verhängung von Strafen verfolgen die Gerichte die Besserung und Umerziehung der Gesetzesübertreter sowie die Vorbeugung anderer Straftaten". (Verfassung der SSR S. 29)

³⁾ Art. 87 der Verfassung von 1952; er entspricht wörtlich dem Art. 127 der Sowjetverfassung, vgl. Maurach: Handbuch S. 375 ff.

nien ist die Unverletzlichkeit der Person garantiert. Niemand kann festgenommen oder verhaftet werden, wenn nicht ein vom Gericht oder Staatsanwalt erlassener Haftbefehl vorliegt.¹⁾ Die Gerichte erhielten Verwaltungsgerichtsbarkeit zuerkannt. (Art. 96)

Die Ausübung der neuen Rechte ist freilich beschränkt und die Suprematie der Exekutive bleibt erhalten, weil auch die neue Verfassung keine Gewaltentrennung vorsieht. Das Oberste Gericht ist sowohl der Aufsicht des Generalstaatsanwaltes unterstellt wie dem Staatsrat. Es wird gewählt durch die Große Nationalversammlung, der Staatsrat nimmt seine Rechenschaftsberichte entgegen, kann es abberufen, überprüft seine richtungsweisenden Entscheidungen und gibt den in Kraft stehenden Gesetzen verbindliche Auslegung. Deshalb werden Gerichte in der Praxis nur gegen Verwaltungsakte unterer Staatsorgane einschreiten können. Aber auch das ist schon eine große Verbesserung.

Obwohl die rumänische Führung 1965 offensichtlich versuchte, die Rechtssicherheit für den einzelnen Bürger zu vergrößern, ist nicht zu verkennen, daß auch diese Verfassung nicht von den Rechten des Einzelnen ausgeht, sondern vom Funktionieren des Staates. Hauptziel der Verfassungsreform war also die verfassungsrechtliche Kodifizierung der Souveränität des Staates und außenpolitischer Maxime sowie die Definition der überragenden Stellung der Partei in Staat und Gesellschaft.

2. Die führende Rolle der Kommunistischen Partei

a) Kodifizierung und Legitimierung der führenden Rolle

In der alten Verfassung von 1952 war die Stellung der Kommunistischen Partei im politischen System Rumäniens mehr verschleiert als definiert worden. Anders in der neuen Verfassung: Artikel 3 bezeichnet die Kommunistische Partei als "die führende Kraft der gesamten Gesellschaft"; Führung durch die Partei wird zum konstituierenden Element nicht nur des sozialistischen Staates sondern auch der sozialistischen Gesellschaft. Artikel 26 und 27 nennen - ähnlich Artikel 86 der früheren Ver-

1) Art. 31 der Verfassung von 1965. Verf. der SSR S. 12

fassung - die Institutionen, in denen und durch die die KP ihre führende Rolle in der Gesellschaft realisiert: Massenorganisationen wie Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Künstlerverbände, Sportvereinigungen etc.

In diesem Zusammenhang ist die Entwicklung nicht uninteressant, die der Artikel 3 in den verschiedenen rumänischen Verfassungen durchlaufen hat: Die Verfassung von 1948 benannte das Volk als Souverän ("Alle Macht geht vom Volk aus und gehört dem Volk")¹⁾, in der Verfassung von 1952 beschreibt der gleiche Artikel das Verhältnis Rumäniens zur Sowjetunion, 1965 wird die Kommunistische Partei zum eigentlichen Souverän erklärt. Trotzdem bleibt auch in dieser Verfassung die Fiktion des souveränen Volkes erhalten, das seine Macht durch die gewählte Nationalversammlung ausübt (Art. 4), so daß Artikel 3 und Artikel 4 einen Widerspruch bilden, der - konnte man nur den Verfassungstext - auf ein Spannungsverhältnis zwischen Nationalversammlung als Organisation des souveränen Volkes und der Kommunistischen Partei schließen ließe.²⁾

Doch in der politischen Wirklichkeit ist die Lösung des Widerspruchs eindeutig: Die Kommunistische Partei ist die entscheidende politische Kraft des Landes und alle in der Verfassung aufwendig dargestellten Staatsorgane funktionieren nach ihrem Willen. Nicht Tagungen der Nationalversammlung auch nicht Dekrete des Staats- oder Ministerrats, sondern Parteidokumente, Erklärungen führender Parteifunktionäre³⁾ Beschlüsse des Parteitags, des Zentralkomitees oder Parteipräsidiums sind die für das Verständnis politischer Prozesse wesentlichen Quellen. Die Se -

1) Text bei Feaslee(Hrsg.): Constitutions of nations Bd.3S.37 The Rumford Press Concord, N.H. 1950

2) Es ist anzunehmen, daß Art. 26: "Die Rumänische Kommunistische Partei bringt die Bestrebungen und Lebensinteressen des Volkes zum Ausdruck und dient ihnen treu..." (Verfassung der SSR, 1965, S. 10) diesen Widerspruch lösen soll. Der Artikel sagt jedoch lediglich, daß die Interessen des Volkes und die Ziele der Partei a priori identisch sind, nicht aber daß die Partei dem Volk rechenschaftspflichtig ist und sich das Mandat zur Ausübung der selbstgestellten Führungsaufgabe durch Wahlen bestätigen zu lassen hat.

3) Bemerkenswert ist die Fülle und Themenumfang der Reden des Generalsekretärs der RKP Nicolae Ceausescu, der sich als Autorität zu allen gesellschaftspolitisch oder wirtschaftlich relevanten Problemen äußert.

tzung der Partei, ihre Organisationsformen und ihre Zielsetzungen sind materielles Verfassungsrecht, die Beschlüsse der Führungsorgane sind für alle staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen verbindlich, auch wenn sie in der Regel nachträglich noch einmal von der Nationalversammlung, dem Staatsrat oder entsprechenden Staatsorganen bekräftigt werden.

Das Verfahren, mit dem man 1965 die neue Verfassung verabschiedete, bewies, daß die Nationalversammlung nur eine gleichsam notarielle Funktion hatte. Der Verfassungstext war von einer besonderen Kommission unter Leitung des Parteivorsitzenden ausgearbeitet worden, er wurde dem Parteitag vorgelegt und von ihm gutgeheißen. Erst dann gab die Nationalversammlung ihre Zustimmung zu dem Werk, an dessen Zustandekommen sie nicht beteiligt war. Die Diskussion des Verfassungsentwurfs in der Öffentlichkeit war nur schmückendes Beiwerk, denn sie beschränkte sich im wesentlichen auf zustimmende Zur-Kenntnisnahme.¹⁾ Ähnlich verfährt man in Rumänien bei der Verabschiedung der Wirtschaftspläne oder anderer Gesetzeswerke.

Auf der Landeskonzferenz der RKP im Dezember 1967 kündigte Ceausescu eine Aufwertung der Nationalversammlung an:

"Um die gesetzgebende Tätigkeit der Großen Nationalversammlung zu erweitern, und um die Rolle der Abgeordneten und der Ständigen Kommissionen in dieser Tätigkeit zu erhöhen, ist es notwendig, daß in Zukunft die wichtigen Normativekte in der Regel in Form von Gesetzen angenommen und als solche in der Großen Nationalversammlung erörtert werden."²⁾

Es ist aber keine Rede davon, daß sich damit an der schon erwähnten notariellen Funktion der Nationalversammlung etwas ändern sollte. Aufwertung der Nationalversammlung lief darauf hinaus, daß die rumänische Parteiführung eine Erörterung schon von ihr beschlossener Gesetzesvorhaben im Staatsrat und in der Nationalversammlung zur Regel machen und damit mehr Öffentlichkeit gewährleisten wollte. Demselben Zweck diene die Ankündigung periodischer Berichterstattung durch die Minister.

¹⁾ vgl. etwa den Beitrag des Malers Hans Hermann in der Zeitung "Neuer Weg", in dem er überschwänglich den Art. 22 der Verfassung lobte, weil dieser jedermann den freien Gebrauch seiner Muttersprache garantiere. Neuer Weg 8.7.1965

²⁾ N. Ceausescu: Bericht an die Landeskonzferenz der Rumänischen Kommunistischen Partei. Bukarest 1967 S. 116

Nach der Besetzung der Tschechoslowakei durch die Truppen des Warschauer Paktes fand sich ein weiteres Argument für eine Aufwertung der legislativen Organe. Im Anschluß an die Budapester Konferenz im April 1969 traten Staats- und Ministerrat zusammen, um die von der Konferenz verabschiedeten Dokumente zu billigen. Ceausescu erklärte dazu, die Form des Vorgehens be-
weise,

"daß die Probleme, die für die Tätigkeit der Partei, unserer Regierung, unseres Staates von besonderem Interesse sind, von den verfassungsmäßigen Organen erarbeitet werden, die befugt sind, über solche Akte zu entscheiden und sie zu genehmigen. Dies beweist ein übrigesmal, daß wir den Praktiken ein Ende gesetzt haben, da solche Dokumente von überragender Bedeutung nicht von den verfassungsmäßigen Organen genehmigt wurden."1)

Am Beispiel der Tschechoslowakei, beziehungsweise an der Lage der nach Moskau entführten tschechischen Parteiführung hatten die Rumänen erkannt, daß ein Zwang zur Ratifizierung und zur Veröffentlichung von bindenden Abkommen der eigenen Verhandlungsposition nutzen konnte und den Verhandelnden gegen Erpressungen absicherte - und sie beschlossen, diesen Vorteil wahrzunehmen. Das bedeutete aber nicht, daß die Nationalversammlung das Recht zu politischen Initiativen oder gar Entscheidungsbefugnisse erhalten hätte.

Solche Rechte behielt sich die Partei selbst vor. Sie definierte ihre Rolle in Staat und Gesellschaft folgendermaßen:

1965:"Die führende Rolle der Partei im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben ist beträchtlich gewachsen; heute gibt es kein Gebiet des sozialistischen Aufbaus, auf dem die Parteiorgane und -organisationen nicht als wahre Triebkräfte wirken, indem sie die gesamte Tätigkeit lenken und anleiten und die Massen zur Verwirklichung der Parteipolitik aufbieten.."2)

1969:"Wollen wir den Platz, den die Kommunistische Partei in der Gesellschaft einnimmt, und die Rolle festlegen, die sie in der Gesellschaft erfüllt, müssen wir auch die Tatsache im Auge behalten, daß alle wirtschaftlichen und sozialen Körperschaften und Institutionen des Staates unter ihrer politischen Leitung stehen und einheitlich in Richtung auf den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung wirken. ..Die Partei bildet den Kern, um den die ganze Gesellschaft gravitiert und von dem die Energie und das Licht ausstrahlen, die die Funktion des ganzen Getriebes der sozialistischen Gesellschaftsordnung in Bewegung setzen und gewährleisten. Die Partei ihrerseits erneuert sich stets unter dem Impuls der großen Energie und des strahlenden Lichts, die unablässig aus den Reihen unserer sozialistischen

1) Neuer Weg 12.4.1969

2) Ceausescu auf dem 9. Parteitag nach Neuer Weg 20.7.1965

Nation auf sie zukommen. Wir können sagen, daß die Kommunistische Partei die Rolle des Lebenszentrums unseres ganzen sozialen Systems erfüllt."1)

Den Anspruch auf das Machtmonopol und auf umfassende Bevormundung der Gesellschaft begründet die Partei ideologisch mit der sich auf die Lehre des historischen Materialismus stützenden These, der Übergang der Gesellschaft zum Kommunismus sei ein langfristiger Prozeß, der der "wissenschaftlichen" Anleitung durch eine die "objektiven" Gesetzmäßigkeiten dieser Entwicklung kennenden und beherrschenden Partei bedürfe.²⁾ Auf dem Wege der Gesellschaft vom Kapitalismus über den Sozialismus zum Kommunismus legt die Partei einzelne Etappen fest, definiert die gesellschaftspolitischen Ziele, die in jeder einzelnen Etappe zu erreichen seien, und kümmert sich um deren Erreichung. 1965 bekräftigte Ceausescu - wie vor ihm Gheorghiu-Dej -, daß der Sozialismus in Rumänien "vollständig und endgültig gesiegt" habe. Die Aufgabe der nächsten Etappe bestehe in der "weiteren Vollendung des sozialistischen Aufbaus auf einer höheren Stufe."³⁾ Nach dem 10. Parteitag heißt das Ziel der Entwicklung bis 1980: "Erweiterung und ständige Vervollkommnung der materiell-technischen Basis des Landes und die Schaffung der allseitig entwickelten sozialistischen Gesellschaft"⁴⁾; dieses Ziel erreicht, habe man "die dauerhafte Grundlage für den allmählichen Übergang zum Kommunismus geschaffen."⁵⁾ Das bedeutet konkret: Wachstum der Produktivkräfte, Schaffung einer fortgeschrittenen Wirt-

1) Nicolae Ceausescu, Bericht an den 10. Parteitag... S. 86

2) vgl. N. Corbu: Die Kommunistische Partei - Führer im Kampf ..Scinteia vom 26.5.1968: "...eine andere untrennbare Seite (des Entwicklungsprozesses der sozialistischen Gesellschaft) besteht darin, daß sich im Sozialismus der Kampf des Neuen gegen das Alte nicht als Spiel blinder Kräfte und zufallsgemäß entfalten darf. Gerade deshalb ist die führende Rolle der Partei die wesentliche Bedingung und sichere Gewähr für den Sieg und die erfolgreiche Vollendung des Sozialismus... Aus der Tatsache, daß der Kampf zwischen alt und neu im Sozialismus eine gesetzmäßige Erscheinung ist, ergibt sich, ebenfalls als gesetzmäßige Notwendigkeit, die Forderung, die führende Rolle der Partei als Schöpfer und Vorkämpfer fortgeschrittener erneuernder Tendenzen in allen Sphären der Gesellschaft zu festigen..." zit. nach Neuer Weg 28.5.1968

3) Neuer Weg 21.8.1965

4) N. Ceausescu: Bericht an den 10. Parteitag S. 15f; ähnlich auch Niculescu-Mizil in Lupta de clasa 11/1969

5) ebenda S. 16

schaft, rasche Entwicklung von Wissenschaft, Unterrichtswesen und Kultur, Hebung des materiellen und geistigen Wohlstands aller Werktätigen und Verteilung im Geist der sozialistischen Gerechtigkeit und schließlich die Entwicklung eines "organisatorischen Rahmens", "der jedem Bürger die Betätigung im Bereich des sozialen Lebens, den Werktätigen die immer aktivere Teilnahme an der Führung der Angelegenheiten des Landes und die Erweiterung der Freiheiten, die Entwicklung der sozialistischen Demokratie gestattet."¹⁾

Die in den vergangenen Jahren erzielten Erfolge in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Rumäniens betrachtet die RKP als das Ergebnis ihrer Politik und als Bestätigung für ihre führende Rolle:

"As a result of its realistic political line, verified by the great achievements recorded under socialism, of its entire practical activity of organizing and mobilizing the efforts of our people in socialist construction, the Romanian Communist Party has asserted itself as the leading force of the entire society."²⁾

Schließlich begründet die Partei den Anspruch auf das Machtmonopol historisch. Den bestehenden Staat deutet die Partei als folgerichtiges Ziel der ganzen rumänischen Geschichte, sich selbst und ihre Politik als Erfüllung der Wünsche und Bestrebungen der Vorfahren. Bei der Suche nach Belegen für die Kontinuität beschränken sich die rumänischen Kommunisten keineswegs auf das Erbe "fortschrittlicher Tendenzen" in der Geschichte³⁾; einzelne Parteiführer berufen sich in öffentlichen Reden auf dem Lande vornehmlich auf die Tradition des um nationale Selbstbehauptung und um Selbstbestimmung ringenden Rumänentums, ganz gleich ob

1) N. Ceausescu: Bericht an den 10. Parteitag S. 16

2) Aus den Direktiven des ZK der RKP zur Vervollkommnung von Management und Planung der Volkswirtschaft.. beschlossen am 5. und 6.10.1967, zit. nach dem undatierten englischen Text, der von der Nachrichtenagentur Agerpres verbreitet wurde.

3) Beispielsweise Ion Cosma auf der konstituierenden Sitzung der Nationalversammlung im August 1965: "Indem in der Verfassung das Prinzip der Souveränität des Volkes bei der Ausübung seiner Rechte verankert ist, verkündet sie auf diese Weise den vollen Sieg der Bestrebungen unserer Vorfahren, der Revolutionäre von 1848, der Grivita-Kämpfer von 1933, sowie derer, die den Aufstand von August 1944 verwirklichten, einen Sieg, den unser Volk unter Führung der RKP errang." Neuer Weg 21.8.1965

die Bewegung von feudalen, restaurativen oder demokratisch-revolutionären Kräften getragen war.¹⁾

Zwischen beiden Argumentationsweisen - der ideologischen und der historischen - sehen die rumänischen Kommunisten keinen Gegensatz; wie schon an anderer Stelle ausgeführt, betrachten sie den Kampf um den rumänischen Nationalstaat, die Weiterentwicklung der rumänischen Nation und das Bemühen um eine "fortschrittliche" sozialistische Gesellschaftsordnung als dialektische Einheit. Nur in dem Maß, in dem die Partei sowohl für die Unabhängigkeit des Landes als auch für seinen Fortschritt eintritt, fühlt sie sich zur Führung legitimiert. Unterordnung unter fremde Interessen stellt die Legitimität der Führung in Frage. Nach Ansicht von Dumitru Popescu war die RKP wegen ihrer Erfolge zum Führer der Nation geworden:

"Dies macht es der kommunistischen Partei zur Pflicht, bei allem was sie unternimmt, stets der Sache des Volkes, das sie vertritt, seiner grundlegenden gegenwärtigen und zukünftigen Interessen, der Interessen der ganzen rumänischen Nation eingedenk zu sein...Nichts ist schmachvoller, als an den Interessen des Volkes Verrat zu üben, seinen Willen zu mißachten und zu verletzen."²⁾

Praktisch geht auch die RKP - wie andere kommunistische Parteien - von einer Identität der Interessen des Volkes und der Ziel-

¹⁾ Als ein Beispiel von vielen Ceausescu in einer Rede in Suceava: "Unser Volk war im Lauf der Jahrhunderte genötigt, viele Kämpfe für seine Existenz, für die Schaffung des rumänischen Nationalstaates und der rumänischen Nation auszutragen...Die Bukowiner und die Einwohner Suceavas gehörten zu jenen, die im Laufe der Jahrhunderte einen wertvollen Beitrag zu diesem Kampf geleistet haben, in dem der große Fürst Stefan der Große eine so glänzende Rolle erfüllte. Wir hatten viele Schwierigkeiten zu überwinden; unser Volk hat es jedoch verstanden, seine Kräfte zu vereinen und allen Stürmen zu trotzen, um den Stand der Blüte von heute zu erreichen. Man kann sagen, daß die Jahre des Sozialismus, obwohl nur gering an Zahl...zu einer wahren Wiedergeburt unserer Nation, unseres Staates, zu einer wahren Wiedergeburt des rumänischen Volkes geführt haben." Neuer Weg 24.5.1966 In diesem Zusammenhang sei vermerkt, daß die Rede Ceausescus zu einer ganzen Reihe ähnlicher Äußerungen gehört, in denen die Rumänen auf den Verlust Bessarabiens und der Nordbukowina anspielen und die Sowjetunion an die große Zahl von Rumänen in der SSR Moldau erinnern, auf deren Zugehörigkeit zur rumänischen Nation sie indirekt Anspruch erheben-trotz oder wegen der sowjetischen Versuche, eine eigene moldauische Nation zu kreieren. Zur Bessarabienfrage vgl.: "Bessarabien rückt ins Blickfeld" Wiss. Dienst Südosteuropa 1,2/1966 S.15-19

²⁾ Neuer Weg 3.4.1968

setzungen der Partei aus¹⁾, auch wenn theoretisch nicht ausgeschlossen wird, daß diese Identität durch falsches Verhalten der Partei zerstört werden kann.

b) Die Realisierung der führenden Rolle der KP in Staat und Verwaltung

Nach wie vor betrachten die rumänischen Kommunisten den Staat als Hauptinstrument zur Lenkung gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse und zur Durchsetzung ihrer Ziele. Im Gegensatz zur ursprünglichen marxistischen Lehre, die im Staat ein Unterdrückungsinstrument der jeweils herrschenden, über die Produktionsmittel verfügenden Klasse sah und sein allmähliches Verschwinden mit der Übernahme der Produktionsmittel durch das Proletariat voraussagte, bestehen die rumänischen Kommunisten - ähnlich wie andere kommunistische Parteien - auf einer wachsenden Rolle des Staates bei der Organisation, Planung und Leitung der Volkswirtschaft, in Unterricht und Kultur, sowie zum "Schutz der revolutionären Er rungenschaften" und zur Verteidigung der "Unabhängigkeit und Souveränität des Vaterlandes". Wenn überhaupt davon gesprochen wird, dann verlegen die rumänischen Parteitheoretiker das Absterben des Staates in ferne Zukunft, als ein Problem, mit dem sich jetzt schon zu befassen, verfrüht wäre.

Die Einschätzung des Staates hatte sich gewandelt. "Diktatur des Proletariats" im Sinne von Klassenkampf gegen die Ausbeuter wird offen als überholt bezeichnet, als Aufgabe einer zurückliegenden Epoche²⁾. Die repressive Funktion des Staates beschränkt man auf

1) Ceausescu vor der Landeskonferenz der RKP 1967: "Die Art, wie diese Maßnahmen erarbeitet wurden, veranschaulicht beredt die Praxis der Partei, sich über alle für die Geschicke des Landes wesentlichen Aktionen mit dem Volke zu beraten und beweisen erneut, daß die Politik der Rumänischen Kommunistischen Partei letzten Endes den Willen des gesamten Volkes, seine grundlegenden Interessen zum Ausdruck bringt." Bericht an die Landeskonferenz der RKP S.7

2) vgl. J.Ceterchi: "Einige theoretische Aspekte betreffend das Wesen und die internen Funktionen des rumänischen Staates" In: Iustitia Noua 1/1966, und N. Ceausescu auf dem 10. Parteitag: "Ferner wird auch heute noch manchmal über die Diktatur des Proletariats gesprochen, als befänden wir uns in den ersten Jahren nach Erringung der politischen Macht ..." In: Bericht an den Parteitag S.65

Machtsicherung und führt sie nicht mehr an erster Stelle des Aufgabenkatalogs. In den Mittelpunkt sind wirtschafts-organisatorische und kulturell-erzieherische Funktionen gerückt. Ziel ist die Modernisierung, ist größere Leistungsfähigkeit des Systems:

"In der Perspektive der Errichtung der vielseitig entwickelten sozialistischen Gesellschaft, der Schaffung der Voraussetzungen für den Übergang zum Kommunismus, werden sich die Funktionen des Staates noch mehr verändern, wobei sich seine interne Tätigkeit auf die Organisation der Produktion sowie des wissenschaftlichen und kulturellen Lebens konzentrieren wird."¹⁾

Dieser pragmatischen Einstellung entspricht in letzter Zeit eine große Experimentierfreudigkeit in Organisationsfragen, um optimale Lösungen für die Probleme der Leitung einer differenzierten Industriegesellschaft herauszufinden. Dabei werden allerdings die beiden Maxime des politischen Systems, die führende Rolle der Partei und der demokratische Zentralismus als wesentliches Organisationsprinzip nicht nur der kommunistischen Partei sondern auch des sozialistischen Staates grundsätzlich nicht in Frage gestellt.

Für das Verhältnis der Partei zum Staatsapparat haben die rumänischen Kommunisten zwei unterschiedliche Konzeptionen erprobt. Auf dem 9. Parteitag war beschlossen worden, künftig auf eine personelle Trennung zwischen Partei- und Staatsapparat zu achten: Jedes Parteimitglied in führender Stellung sollte hinfort nur noch eine Leitungsfunktion ausüben, die eine ständige Tätigkeit erfordere²⁾. Dem Programm folgte die Ausführung. Regierung und Parteispitze wurden umgebildet. Beispielsweise mußte der Innenminister und Parteisekretär Draghici sein Ministerium abgeben; der erst im März 1965 ins Sekretariat aufgerückte Ilie Verdet wurde stellvertretender Ministerpräsident und verlor seinen Posten im ZK-Sekretariat, ebenso Staatsratsvorsitzender Chivu Stoica. Im August 1965 folgte die Einrichtung eines permanenten Büros des Ministerrats - eine Art inneres Kabinett -, bestehend aus dem Vorsitzenden des Ministerrats und seinen Stellvertretern. Man erhoffte sich dadurch eine größere Beweglichkeit des Rats. Er war danach genauso aufgebaut wie die Parteispitze, die neben dem Exekutivkomitee noch das kleinere Parteipräsidium als höch-

1) Ceausescu Bericht an den Parteitag S.66

2) Neuer Weg 20.7.1965. Der Beschluß des Parteitags fand Eingang in das Parteistatut § 13b

ste Entscheidungsinstanz hat.

Durch Aufhebung von Doppelfunktionen wollte man eine Kompetenzabgrenzung schaffen, die dem einzelnen Funktionär klare Verantwortlichkeiten zwies und zugleich Überschneidungen zwischen Partei- und Staatsapparat vermied. Die Abgrenzung war etwa in dem Sinn gedacht, daß die Partei grundlegende Entscheidungen traf, deren Ausführung die Staatsorgane übernehmen sollten. Die Partei mobilisierte für die Durchführung und überwachte sie¹⁾.

Aber gerade die notwendige Kontrolle, durch die allein die Partei ihre Suprematie sichern konnte, machte eine echte Kompetenzabgrenzung illusorisch; eine strikte Trennung von Partei- und Staatsfunktionen hätte die Modifikation der führenden Rolle der Partei erfordert. Aber die Partei wollte nicht durch Anregungen, Impulse nur indirekt wirken, sondern erhob Anspruch auf "Anleitung ... in allen Tätigkeitsbereichen" und "Verantwortung für alles, was sich in einer Region, einem Rayon, einer Stadt, einem Dorf, einer Wirtschafts- oder Gesellschaftseinheit abspielt."²⁾ Der Parteiapparat war parallel zum Staatsapparat aufgebaut; Verwaltungsbeamte waren nicht nur der nächsthöheren Verwaltungsinstanz sondern auch - in ihrer Eigenschaft als Parteimitglied - den entsprechenden Parteiorganisationen verantwortlich, deren Beschlüsse Vorrang hatten. Parteiaktive, beziehungsweise Grundorganisationen in den jeweiligen staatlichen Instanzen sorgten für korrekte Durchsetzung des Parteiwillens.

Da die Probleme einer Trennung von staatlichen und Parteifunktionen weder in der Theorie noch gar in der Praxis gelöst waren, blieben Klagen nicht aus, daß einzelne Parteiorgane "die Arbeit selbst verrichten, die anderen Kollektiven oder Personen obliegt" oder daß es "noch immer zahlreiche Fälle" gebe, "in denen kurz hintereinander die gleichen oder ähnliche Entscheidungen von mehreren Gremien gefällt werden."³⁾ Die Parteiorganisationen übernahmen vielfach Funktionen der Verwaltung, Staatsorgane scheuten Verantwortung und warteten auf die Entscheidung der Parteiorganisation, Partei und staatliche Instanz bearbeiteten gleiche

1) M. Telescu: Die Festsetzung der Kompetenzen im Rahmen der Parteiarbeit, Scinteia 8.8.1967

2) N. Ceausescu: Die führende Rolle der Partei.. Scinteia 7.5.1967

3) ebenda

Probleme, eine Frage wurde von mehreren Gremien - vertikal oder horizontal - gleichzeitig entschieden. Die Folge: Ein immenser Verwaltungsaufwand, unnötige Konflikte, mangelnde Effektivität.¹⁾

An eine Modifikation oder gar Einschränkung der Führungsrolle der Partei, wodurch ihr der unmittelbare Einfluß auf die Exekutivorgane des Staates beschnitten worden wäre, dachte die rumänische Führung nicht. Statt dessen versuchte sie es mit einer neuen Konzeption für das Verhältnis zwischen Partei und Staat, die mit der vorher erprobten brach. Den Wandel kündigte Parteichef Ceausescu im Frühjahr 1967 an: "Wir werden die Doppelgleisigkeit ausschalten müssen, damit sich jeder Partei- und Staatsfunktionär unmittelbar für die Durchführung der ihm persönlich anvertrauten Aufgaben verantwortet."²⁾ Im Oktober 1967 verabschiedete ein ZK-Plenum Direktiven zur Umorganisierung der Wirtschaftsleitung sowie zur "Verbesserung der administrativ-territorialen Organisation Rumäniens und der Systematisierung der ländlichen Ortschaften"³⁾, Direktiven, die von der zwischen dem 6. und 8. Dezember 1967 abgehaltenen Landeskonferenz der RKP gebilligt wurden.

Gegenstand der Reform war die Wirtschafts- und Verwaltungsstruktur Rumäniens, ihr Ziel eine begrenzte Dezentralisierung der Entscheidungsbefugnisse und größere Operativität der Partei- und Staatsorgane.⁴⁾ 39 neu gebildete Kreise traten an die Stelle der bisher 16 Regionen und 150 Rayons. Städte und Gemeinden als "Grundeinheiten der administrativ-territorialen Organisation" erhielten mehr Eigenverantwortung, kleinere Gemeinden und Ortschaften sollten zu leistungsfähigen Einheiten zusammengeschlossen werden. Prak-

1) "Für ein und dasselbe Tätigkeitsgebiet sind gegenwärtig zum Beispiel beim Zentralkomitee der Partei und beim Ministerrat mehrere Genossen aus dem Exekutivkomitee verantwortlich. Es gibt zahlreiche Fälle, wo die gleichen Fragen parallel beim Ministerrat und beim Zentralkomitee besprochen werden. Ferner bestehen Überschneidungen in der Organisation des Partei- und Staatsapparates; ...All dies führt zu Überschneidungen in der Tätigkeit der Kader der Parteileitung, zu einer beträchtlichen Kraftvergeudung beim Einsatz von Funktionären des Partei- und Staatsapparates, die Verantwortung für die Durchführung der Aufgaben wird dadurch geteilt und geschwächt." Ceausescu, Bericht an die Landeskonferenz S.111f

2) N.Ceausescu Scînteia 7.5.1967

3) Neuer Weg 10.10.1967

4) "Diese Maßnahmen werden eine Annäherung der Leitung an die Produktion, die Überwindung der Erscheinungen eines exzessiven Zentralismus...bewirken." Ceausescu, Bericht an die ... S.23

tisch fiel eine Verwaltungsebene weg, so daß die Verwaltungseinheiten kleiner und besser überschaubar wurden. Die rumänische Führung hoffte dadurch eine größere Beweglichkeit der Verwaltung zu erreichen¹⁾.

Die Kreis-, Munizipial-, Stadt- und Gemeindevolksräte wählen Exekutivkomitees, die für die Durchführung von Gesetzen und Beschlüssen zu sorgen haben und in ihrer Tätigkeit von den Volksräten kontrolliert werden. Sie gründen Wirtschaftsorganisationen, Betriebe, Unterrichtsanstalten; sie leiten die lokalen Fachorgane der Staatsverwaltung und die lokale Industrie, stellen einen lokalen Wirtschafts- und Haushaltsplan auf - im Rahmen des Zentralplans - und genehmigen den Entwurf des landwirtschaftlichen Produktionsplans. Darüber hinaus kontrolliert der Kreisvolksrat die Tätigkeit der Gemeinde- und Munizipialvolksräte, wählt und enthebt Richter am Kreisgericht auf Vorschlag des Justizministeriums oder Generalstaatsanwalts. Auf Kreisebene werden Wirtschaftskommissionen eingerichtet, die die gesamte Wirtschaftstätigkeit des Kreises koordinieren und kontrollieren sollen. Die Tätigkeit der Volksräte untersteht der Aufsicht des Ministerrats. Kommunale oder regionale Selbstverwaltung war mit der Reform nicht beabsichtigt, denn sie schuf keinen Rahmen, innerhalb dessen Gemeinden oder Kreise unabhängig hätten Entscheidungen treffen können.

Die Reform zeichnet sich durch zwei unterschiedlichen Tendenzen aus: Auf der unteren Ebene der Verwaltungs- und Wirtschaftshierarchie vereinfachte man den Apparat, und die einzelnen Instanzen erhielten größere Kompetenzen, um Entscheidungen und die Durchführung von oben kommender Direktiven zu beschleunigen. An der Spitze aber wurde Macht konzentriert. Kern der Reform war die enge Verflechtung von Parteiapparat und staatlicher Exekutive, durch die die formale Trennung von Partei und Staat - in anderen sozialistischen Ländern peinlich beachtet - aufgehoben

1) "Das Bestehen der zwei Zwischenglieder - Region und Rayon - erschwert die Beziehungen zwischen den Zentralorganen und den Grundeinheiten, verzögert die Durchführung der zentralen Direktiven, bewirkt eine große Zersplitterung der Kräfte und einen großen Umfang von Kanzleiarbeiten, was zum Anschwellen des Verwaltungsapparates führt..Die Vorschläge..gehen von der Notwendigkeit aus, die Verwaltung zu vereinfachen, und sehen die Schaffung von Kreisen als einzige administrativ-territoriale Zwischenstufe vor, auf die sich das Zentralkomitee der Partei und der Ministerrat bei der Durchführung ihrer Politik..stützen werden." Bericht...S.102

wurde.

Dies geschah personell durch die Einführung eines neuen Grundsatzes für die Kaderpolitik:

"Um eine einheitliche Lösung der Probleme durch die Partei- und Staatsorgane zu erreichen,...um ferner die Verantwortung für die Arbeit zu erhöhen, ist es notwendig, daß sich mit dem gleichen Tätigkeitsbereich sowohl auf Partei- als auch auf Staatsebene ein einziger Genosse aus der Führung beschäftigt."1)

Was vor dem 9.Parteitag schon gelegentlich vorkam, sollte jetzt die Regel werden. Ein Funktionär nahm in Personalunion auf Staatlicher Ebene wie im Parteiapparat die gleichen Aufgaben wahr. Die Ersten Sekretäre der Parteiorganisationen in Kreis und Stadt wurden gleichzeitig Vorsitzende in den entsprechenden Volksräten, ihre Sekretäre nahmen in den Exekutivkomitees Platz. Auf der Landeskonferenz schlug Staatsratsvorsitzender Chivu Stoica Nicolae Ceausescu zu seinem Nachfolger vor. Dabei ist die Begründung dieser Maßnahme für die rumänische Konzeption kennzeichnender, als die Tatsache selbst, denn auch in anderen sozialistischen Staaten ist der Parteichef zugleich Staatsratsvorsitzender. Stoica erklärte auf der Landeskonferenz, man müsse in Zukunft "den Parallelismus, der zwischen der Tätigkeit des Staatsrats und derjenigen der höchsten Parteiorgane besteht", beseitigen und er schlage deshalb vor, daß die Funktion des Vorsitzenden des Staatsrats in Zukunft vom Generalsekretär des ZK übernommen werde "im Einklang mit der Rolle der führenden politischen Kraft, die unsere kommunistische Partei im Staat innehat."2) Wenige Tage nach der Landeskonferenz wurde Nicolae Ceausescu mit Zustimmung der Großen Nationalversammlung formell Staatsoberhaupt der Sozialistischen Republik Rumänien.

Abweichend von der Gepflogenheit anderer sozialistischer Staaten ging man in Rumänien mit der Reform von der bisher meist üblichen Ein-Mann-Leitung ab und suchte die vom Parteistatut geforderte "kollektive Führung" in leitenden Gremien durchzusetzen. Auf allen Ebenen, in Betrieben wie in Ministerien, entstehen kollektive Leitungsorgane, die in corpore die für die jeweilige Institution verbindlichen Beschlüsse fassen; jedes Mitglied dieser Leitungsorgane sollte dabei sowohl für seinen

1) Ceausescu Bericht an die Landeskonferenz der RKP S.112

2) Neuer Weg 8.12.1967

Fachbereich als auch für die Entscheidungen des ganzen Gremiums verantwortlich sein. Mit dieser Einrichtung verfolgte man mehrere Zwecke: Einerseits hoffte man dadurch die Qualität der Entscheidungen zu verbessern, weil sie nicht mehr allein von der Fähigkeit des jeweiligen Leiters abhing, andererseits löste man das Problem der Machtkontrolle, das durch die Einschränkung der Konkurrenz zwischen Parteiapparat und staatlicher Verwaltung entstanden war.

Aber es ging nicht nur um Verflechtung von Partei- und Staatsapparat durch Personalunion, sondern die Partei übernahm offen staatliche Funktionen. Das Zentralkomitee, beziehungsweise das Parteipräsidium und das Sekretariat, erhielt jetzt auch formell alle Entscheidungsbefugnisse in Fragen der Ideologie, der Verteidigung und Staatssicherheit¹⁾, der Außenpolitik²⁾ und der Kaderpolitik³⁾; die Parteiführung sicherte sich das Recht, in allen Bereichen, in Staatsverwaltung, Massenorganisationen und Betriebsleitungen über Einsetzung, Beförderung und Absetzung dieses oder jenes Funktionärs entscheiden zu können. Die für die oben genannten Sachgebiete zuständigen Ministerien wurden nun auch formell zu reinen Exekutivorganen nicht des Parlaments sondern des Zentralkomitees. Diese Stellung wurde auf dem 10. Parteitag institutionalisiert, indem man sämtliche Minister in das ZK aufnahm.

Eigene Verantwortlichkeit hatte der Ministerrat im Bereich der Wirtschaftlenkung. Die Partei behielt sich nur die Genehmigung

1) "In letzter Zeit wurde die Praxis eingeführt, daß die militärischen Fragen vom Verteidigungsrat erörtert und gelöst werden, dem die Mitglieder des Ständigen Präsidiums und die Minister angehören, die die betreffenden Sektoren leiten...halten wir es für notwendig, daß die Fragen der Anleitung der Streitkräfte und der Staatssicherheit auch in Zukunft beim Zentralkomitee erledigt werden." Ceausescu, Bericht an die Landeskonferenz S.113f
Entsprechend dem Dekret des Staatsrats über Organisation und Funktionsweise des Innenministeriums sind das Innenministerium und der Rat für Staatssicherheit unter Anleitung des Zentralkomitees tätig. Neuer Weg 5.4.1968

2) "... daß alle Hauptfragen der Außenpolitik vom Ständigen Präsidium des Zentralkomitees erledigt werden." Ceausescu, Bericht an die ...S.114

3) "Mit Rücksicht auf die Bedeutung, die der Ausbildung von beruflich und politisch gründlich vorbereiteten Kadern für alle Tätigkeitsbereiche zukommt, ist es notwendig, daß die Kaderpolitik unter der unmittelbaren Anleitung des Zentralkomitees steht." ebenda

allgemeiner wirtschaftspolitischer Zielsetzungen vor: Die den Wirtschaftsministerien entsprechenden Abteilungen beim ZK wurden aufgelöst¹⁾. Die stellvertretenden Ministerpräsidenten erhalten Verantwortlichkeit und Entscheidungsbefugnisse für Sektoren der Volkswirtschaft, während das Plenum nur noch Fragen erörtern soll, die von größerer Bedeutung sind oder die Koordinierung mehrerer Sektoren betreffen. Die Einrichtung des permanenten Büros des Ministerrats blieb erhalten.

Entsprechend den Beschlüssen der Landeskonzferenz sollte der sogenannte Wirtschaftsrat den Ministerrat bei der Erfüllung seiner ökonomischen Aufgaben unterstützen. Er sollte "Vorschläge und Lösungen" ausarbeiten und die Durchführung der Beschlüsse von ZK und Ministerrat überwachen²⁾; zu diesem Zweck sollte er mit den Wirtschaftskommissionen der Kreise zusammenarbeiten. Der Vorsitzende des Wirtschaftsrats, Manea Manescu, war zunächst Mitglied des Ministerrats. Im März 1969 wurde der Wirtschaftsrat der Weisungsbefugnis des Ministerrats entzogen und unmittelbar dem ZK und dem Staatsrat unterstellt.³⁾ Manea Manescu wurde stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats, er war Mitglied des Exekutivkomitees des ZK und ZK-Sekretär⁴⁾. Damit war der Wirtschaftsrat zu einem vom Ministerrat unabhängigen Kontrollinstrument geworden, das der Parteispitze zur Überwachung der staatlichen Exekutive auf ökonomischem Gebiet diente.

In ähnlicher Weise untersteht beiden Organen - ZK und Staatsrat - der Verteidigungsrat, der laut Gesetz die wichtigsten Probleme im Bereich der Landesverteidigung in Kriegs- und Friedenszeiten

1) Im Anschluß an die Landeskonzferenz legte die Große Nationalversammlung im Gesetz über Organisation und Funktionsweise des Ministerrats in Art.1 fest, der Ministerrat sei oberstes Organ der Staatsverwaltung, habe die Leitung der Exekutivtätigkeit und seine "Hauptaufgabe" bestehe darin, "die Direktiven der RKP im Zusammenhang mit der harmonischen Entwicklung aller Zweige der Volkswirtschaft in die Tat umzusetzen." Neuer Weg 10.12.1967 vgl. auch N.Ceausescu Bericht an die Landeskonzferenz S.118 und 112

2) Art. 9 des Gesetzes über die Organisation des Ministerrats. Neuer Weg a.a.O.

3) Neuer Weg 15.3.1969

4) Zwar verlor Manea Manescu sein Amt als ZK-Sekretär auf dem 10. Parteitag, erhielt es aber auf einem ZK-Plenum im Dezember 1969 zurück. Im Februar 1971 wurde er auch noch Mitglied des Parteipräsidiums und damit einer der mächtigsten Funktionäre in Rumänien. vgl. Osteuropäische Rundschau 3/1971 S.40

zu koordinieren und zu lösen hat.¹⁾ Vorsitzender und damit Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist Ceausescu. Nur das ZK sollte die Tätigkeit des Innenministeriums und des Sicherheitsrates anleiten;²⁾ im März 1969 trat das ZK die Aufsicht über das Innenministerium wieder an die Regierung ab, behielt aber die über den Sicherheitsrat.

Mit der Einrichtung dieser Räte - insbesondere des Sicherheits- und Verteidigungsrates - sicherte sich die Parteispitze - oder besser gesagt, sicherte sich Nicolae Ceausescu die entscheidenden Machtmittel des Staates. Machtkonzentration bei anderen Funktionären außer bei ihm wurde unterbunden; denn eigentlich hätte es durchaus im Sinne der Reform gelegen, daß beispielsweise der für Sicherheitsfragen zuständige ZK-Sekretär gleichzeitig Innenminister geworden wäre - wie etwa Alexandru Draghici vor dem 9. Parteitag.

Andere Räte und Komitees, die teils kontrollierende teils koordinierende Funktionen besitzen, sind das Staatskomitee für Planung, das Preisbildungskomitee, das Staatskomitee für Kultur und Kunst, der Landesverband der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, deren Vorsitzender Vasile Vilcu Mitglied des Exekutivkomitees der RKP war, der Landesrat für wissenschaftliche Forschung etc. Letzterer möge als Beispiel für andere Räte gelten, obwohl sie sich natürlich in Funktion und Aufbau deutlich unterscheiden.

Der Landesrat für wissenschaftliche Forschung wurde nach dem 9. Parteitag ins Leben gerufen. In seiner Rede auf der Tagung der Großen Nationalversammlung im Dezember 1965 befaßte sich Ceausescu ausführlich mit der Lage der wissenschaftlichen Forschung in Rumänien und beklagte, daß von den rund 6000 wissenschaftlichen Themen, die im Bereich der Akademie der Wissenschaften der SRR zwischen 1961 und 1965 bearbeitet worden waren, nur 29 in den Staatsplan eingegangen seien und nur 15 produktionswirksam geworden seien. Von der Gründung des Landesrates erhoffte man sich Besserung. Er sollte laut Gründungsgesetz seine Tätigkeit in enger Zusammenarbeit mit der Plankommission entfalten, auf Grund von Vorschlägen der Akademie, des Unter-

1) Neuer Weg 16.3.1969

2) Dekret des Staatsrats über Organisation und Funktionsweise des Innenministeriums und Sicherheitsrates - Neuer Weg 5.4.1968

richtsministeriums und anderer Ministerien in Zusammenhang mit dem Staatsplan ein einheitliches Programm für wissenschaftliche Forschung aufstellen, die Anwendung und Verwertung der Ergebnisse beaufsichtigen und die Erfüllung der Forschungspläne analysieren. Er besteht aus Wissenschaftlern, Mitgliedern der Akademie der Wissenschaften, Lehrkräften der Hochschulen, Forschern in Instituten. Die Mitglieder, das Exekutivkomitee, der Vorsitzende und Generalsekretär werden vom Ministerrat ernannt. Der Vorsitzende ist Mitglied des Ministerrats. Innerhalb des Landesrats gibt es Kommissionen, die nach wissenschaftlichen Sektionen gegliedert sind¹⁾.

Der Staatsrat bestand im März 1969 aus 22 Mitgliedern, darunter einem Vorsitzenden und vier stellvertretenden Vorsitzenden: Emil Bodnaras, zugleich Mitglied des Parteipräsidiums, Manea Manescu, zugleich ZK-Sekretär, Stefan Peterfi und Dumitru Petrescu, der auf dem 10. Parteitag ins Parteipräsidium gewählt wurde. Der Staatsrat wurde zum Kontrollinstrument für das "gesamte wirtschaftliche und sozialkulturelle Leben des Landes"²⁾ und half der Parteispitze dank der Personalunion von Parteigeneralsekretär und Staatsratsvorsitzendem, die Ausführung der von ihr beschlossenen Vorhaben durch den Ministerrat zu überwachen.

Die häufigen Kompetenzverschiebungen zwischen Parteiführung, Ministerrat und Staatsrat deuten darauf hin, daß die rumänische Parteiführung die Reform als ein Experiment betrachtete, mit dem sie eine optimale Lösung für konkurrierende Zielsetzungen suchte. Erreicht werden sollte eine größere Effektivität von Wirtschaft und Verwaltung, zugleich sollte die Macht der obersten Führungsorgane ungeschmälert erhalten bleiben. Probleme und damit Anlaß für weitere Änderungen scheinen sich in der Frage der Herrschaftssicherung durch Kontrollinstanzen ergeben zu haben, deren späterer Ausbau den Effekt der Reform zumindest beeinträchtigt haben dürfte.

c) Die Realisierung der führenden Rolle der KP in der Gesellschaft

Die sogenannten Massenorganisationen sind in den sozialistischen

1) vgl. Neuer Weg 21.12.1965

2) Neuer Weg 15.3.1969

Staaten keine Interessenverbände, die einzelnen Gruppen erlauben, ihre Anliegen gegenüber dem Staat, beziehungsweise der Gemeinschaft der Bürger zur Geltung zu bringen, sondern sie dienen dem Staat und der ihn beherrschenden Partei als Instrument, um diese Gruppen zu erfassen, zu beeinflussen und für die Durchsetzung der von der Führung festgelegten politischen und ökonomischen Zielsetzungen zu mobilisieren.

"Nach Maßgabe des Fortschritts unserer Gesellschaft auf dem Wege der Vollendung des Sozialismus wächst die Rolle der Massenorganisationen, die einen bedeutenden Beitrag zur Aufbietung der Werktätigen zur Verwirklichung der Parteipolitik erbringen und die organisierte Teilnahme der Werktätigen am gesamten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben des Landes gewährleisten!"¹⁾

Die größte dieser Organisationen ist der Gewerkschaftsverband mit rund 4 Millionen Mitglieder im Jahre 1965. Seine Hauptaufgabe sieht die Partei darin, "die Teilnahme der Werktätigen an der Aufarbeitung des Arbeitsprogramms jeder Einheit zu organisieren sowie ihre Teilnahme an der Erfüllung der Bestimmungen des Staatsplans..."; sie sollen für die Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen sorgen und sich um die "Erziehung der Werktätigen" kümmern²⁾. Auf der Landeskonzferenz erweiterte Ceausescu den Kreis der Pflichten noch um die "Erarbeitung der Arbeitsgesetzgebung".³⁾ Der Parteichef ist Hauptredner auf Gewerkschaftskongressen, und die Gewerkschaften machen sich die Losungen und Anliegen der Partei zur Aufgabe. Der Vorsitzende des Gewerkschaftverbandes ist zugleich Mitglied höchster Parteigremien. Nach der Landeskonzferenz wurde die Funktion der Gewerkschaften als staatliches Organ zur Lenkung der arbeitenden Massen besonders sinnfällig: Der Vorsitzende des Zentralrats des Gewerkschaftsverbandes avancierte qua Amt zum Mitglied des Ministerrats, die Vorsitzenden der nach Produktionszweigen organisierten Einzelgewerkschaften wurden Mitglieder der kollektiven Leitungsorgane in den jeweiligen Fachministerien, in denen sie beschließendes Stimmrecht erhielten. Gewerkschaftler sitzen auch in den Direktionskomitees der Betriebe.

1) Ceausescu: Bericht an die Landeskonzferenz S. 121

2) ders. auf dem 5. Gewerkschaftskongreß. Neuer Weg 18.5.1966
Dieselben Formeln finden sich in der Resolution des Kongresses Neuer Weg 22.5.1966

3) ders., Bericht an die Landeskonzferenz S. 122

Nicht anders verhält es sich mit dem Verband der kommunistischen Jugend, der 1965 etwa 2,2 Millionen Mitglieder hatte. Er soll zur Erziehung der Jugend im Sinne der Partei beitragen. Die Ziele der Erziehungsarbeit nennt ein ZK-Beschluß Ende November 1967; der Beschluß befaßt sich mit den "Aufgaben der Partei-, Staats- und gesellschaftlichen Organisationen sowie des VKJ zur Verbesserung der erzieherischen Tätigkeit in den Reihen der Jugend": "Im Mittelpunkt der Tätigkeit zur Heranbildung der Jugend muß die Erziehung durch Arbeit und für die Arbeit stehen..", es sei stetige Anstrengung nötig, um die Jugend "mit festen politisch-ideologischen Überzeugungen, mit den Ideen des Marxismus-Leninismus auszustatten und sie im Geiste des sozialistischen Patriotismus und des proletarischen Internationalismus zu erziehen.." ¹⁾ Später fordert Ceausescu vom Verband der kommunistischen Jugend:

"Die ganze Erziehungsarbeit muß im Herzen der Jugend sozialistischen Patriotismus, Vaterlandsliebe sowie die Entschlossenheit wecken, zu schaffen und zu kämpfen, ihr ganzes Können in den Dienst des Aufblühens unserer sozialistischen Nation, des Wohlstands des rumänischen Volkes zu stellen." ²⁾ Der Landesverband der kommunistischen Jugend richtete eine Ergebnissadresse an die Partei und verpflichtete sich, seine ganze Kraft zur Durchführung der anvertrauten Aufgaben einzusetzen. Der Erste Sekretär des Verbandes wurde Mitglied der Regierung und Minister für Jugendfragen.

Andere kleinere Verbände sind nicht so unmittelbar in den Staatsapparat integriert, dennoch gibt es an der Dominanz der Partei keinen Zweifel. Der Journalistenverband etwa sandte anlässlich eines Treffens zum 9. Parteitag folgendes Telegramm an das Zentralkomitee der Partei:

"Der Grundpfeiler der gesamten Tätigkeit unserer Presse, die Gewähr ihrer Erfolge war und bleibt die Führung durch die Partei. Von der hohen politischen Verantwortung durchdrungen, die uns anvertraut ist, werden wir ideologische Grundsatztreue, parteiliche Unnachgiebigkeit und konstruktive Kombativität beweisen, so wie wir es gelernt haben und es die Partei von uns fordert." ³⁾

An der Haltung des Verbandes änderte sich im Lauf der Zeit nichts.

1) Neuer Weg 5.12.1967

2) Ceausescu auf der Landesberatung des VKJ. Neuer Weg 13.2.1968

3) Neuer Weg 24.6.1965

Die Partei behält ihr Monopol über die Kommunikationsmittel.

Die Partei verwirklicht ihre Herrschaft durch Personalunion, also mit Hilfe der Kommunisten, die gleichzeitig Mitglieder der Verbände sind, und durch einen organisatorischen Rahmen, der Kommunistischen Partei und Massenorganisationen verbindet. Zu diesem Zweck wurde nach entsprechendem ZK-Beschluß am 24.10.1968 die sogenannte Front der Sozialistischen Einheit gegründet, die unter Führung der KP alle Massenorganisationen vereinigt und der Partei als Schaltstelle dient, um deren Tätigkeit steuern und überwachen zu können. Die Front der Sozialistischen Einheit ist eine ständige Körperschaft, die von einem zentralen Landesrat geleitet wird. Dieser Rat setzt sich aus Vertretern der einzelnen Mitgliedsorganisationen zusammen, aus RKP, aus Gewerkschaften, VKJ, Frauenverband etc. Entsprechende Räte gibt es auf den entsprechenden Verwaltungsebenen.

Wenig später entstanden "Räte der Werktätigen aus den Reihen der mitwohnenden Nationalitäten."¹⁾ Sie sind Teil der Front der Sozialistischen Einheit und sollen der Partei ermöglichen, in ihrem Sinne auf nationale Minderheiten in Rumänien einzuwirken. Es ist zwar unbestreitbar, daß die rumänische Führung die Minderheitenschutzbestimmungen der Verfassung respektiert, sie unterhält Schulen, Theater, Zeitungen in den Sprachen der Minderheiten, aber sie gewährt ihnen keine Autonomie im Sinne der Selbstverwaltung. Im Gegenteil, mit der Verwaltungsreform war auch die ehemalige Ungarische Autonome Region beseitigt und das Gebiet auf mehrere Kreise aufgeteilt worden. Die rumänische Führung versucht offensichtlich, die nationalen Minderheiten zu assimilieren, und sie rechnet dabei auf die Wirkung der Zeit. Ceausescu forderte von den Nationalitätenräten, "die Partei-, Staats- und Gesellschaftsorgane bei der Prüfung der spezifischen Probleme der betreffenden Bevölkerungsgruppen" zu unterstützen und "politische Erziehungsarbeit im Dienste des sozialistischen Internationalismus und der Ergebnisorientierung für unsere neue Ordnung"²⁾ zu leisten.

1) Zur Gründung der Räte auf Kreisebene vgl. Neuer Weg 9.11.1968
2) Scinteia 25.10.1968

3. Einige Aspekte der rumänischen Wirtschaftsreform

Die rumänische Industrieproduktion wies eindrucksvolle Zuwachsraten auf. Sie wuchs 1962 gegenüber 1961 um 14,7%¹⁾, 1963 um 12,5%²⁾, 1964 um 14,3%³⁾, 1965 um 13,1%⁴⁾, 1966 um 11,7%⁵⁾, 1967 um 13,5%⁶⁾, und 1968 um 11,6%⁷⁾; zwischen 1960 und 1965 nahm das Nationaleinkommen jährlich um 9,1% zu.

Aber trotzdem wurden die rumänischen Wirtschaftsplaner von Sorgen gequält, die denen ihrer osteuropäischen Kollegen recht ähnlich waren. Denn viele der neugebauten Betriebe waren zwar mit der modernsten Technik ausgestattet, aber dennoch war die Leistung im Vergleich zu westeuropäischen Ländern gering: Und nur diesen Maßstab wollen die Rumänen selbst angelegt wissen:

"Wenn wir jedoch unsere Ergebnisse mit den besten Leistungen im Weltmaßstab vergleichen, stellen wir fest, daß wir gerade bei so grundlegenden ökonomischen Richtzahlen zurückgeblieben sind, wie der Arbeitsproduktivität, dem Materialkonsum, dem Kostenpreis und der Rentabilität."8)

Der Parteichef verurteilte den Versuch, eigene Unzulänglichkeiten mit dem Beispiel anderer sozialistischer Länder zu entschuldigen.⁹⁾

Die Arbeitsproduktivität ist in westeuropäischen Ländern zweibis dreimal so groß, die Produktionskosten liegen in Rumänien wegen überhöhter Beschäftigtenzahl und Materialverschwendung zu hoch. Viele Betriebe arbeiten unrentabel, jährliche Verluste waren sogar eingeplant - für 1967 beispielsweise 3,4 Milliarden Lei. Die Qualität der hergestellten Produkte war häufig unzulänglich, die Produktion nicht marktgerecht, weil die Unternehmen weder im Binnen- noch im Außenhandel Marktforschung betrieben. Die Außenhandelsbilanz war negativ: Im Export überwogen Agrarprodukte und Erzeugnisse mit geringem Verarbeitungsgrad, Maschinen und Ausrüstungen machten nur 19% des Gesamtexports aus (in Bulgarien 24 %, Jugoslawien 23,6 %, Frankreich

1) Neuer Weg 1.2.1963

2) ebenda 1.2.1964

3) Probleme Economice 9/1965

4) Neuer Weg 13.2.1966

5) ebenda 1.2.1967

6) ebenda 30.1.1968

7) ebenda 29.1.1969

8) Ceausescu: Bericht an die Landeskonferenz S.66

9) Ceausescu auf einem ZK-Plenum laut Neuer Weg 27.12.1966

26%) und das Pro-Kopf¹⁾Volumen des Außenhandels betrug 1965 nur 115 Dollar. Der Spielraum für Investitionen wurde vielfach nicht ausgenutzt, der Investitionsplan für 1966 war nur zu 95,7% erfüllt.²⁾ Bei vielen Objekten verzögerte sich die Fertigstellung, die Zeitspanne zwischen Planung und Inbetriebnahme neuer Anlagen war unerträglich lang.

So hatte sich der Abstand zu den Industriestaaten nicht im erwarteten Umfang verringert und die zunehmende Differenzierung der rumänischen Volkswirtschaft, die Interdependenz und Komplexität der Wirtschaftsprozesse mußte sogar die Sorge berechtigt erscheinen lassen, ob durch starre und zentrale Lenkung und Planung der Wirtschaftsprozesse auch künftig die gewünschten Wachstumsraten zu halten seien. Die Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei Anfang der sechziger Jahre konnte die rumänischen Politiker in dieser Hinsicht kaum beruhigen.

Nach Aussage Ceausescus auf der Landeskonzferenz³⁾ begann man in Rumänien nach dem Parteitag 1965, einen "Maßnahmenkomplex zur Änderung des Lenkungsmechanismus der Volkswirtschaft" zu erarbeiten. Auf dem 9. Parteitag hatte der damalige Chefökonom im Parteipräsidium, Alexandru Birladeanu, die Aufgabe gestellt und auch gleich die Richtung, in der die Lösung zu suchen sei, angegeben. Er sagte, man wolle den Betrieben durch genauere Aufschlüsselung des Fünfjahresplans die Möglichkeit geben, eigene Pläne aufzustellen, sie von "kleinlicher Bevormundung" entlasten und den Betriebsleitungen größeres Verfügungsrecht über Fonds und Mittel einräumen. In wissenschaftlicher Organisation der Produktion, wissenschaftlicher Planung, größerer Verantwortung für die Betriebe sah er die Heilmittel. Und er legte schon auf dem 9. Parteitag die Grenze fest, die von keiner Reform überschritten werden sollte:

"...daß die Entwürfe unserer Partei..gemäß der Entwicklungs-

1) Zum Vergleich: in Belgien 1310\$, in Schweden 1080 \$, in der Tschechoslowakei 379 \$, in Bulgarien 287 \$ und in Griechenland 171\$. Die Zahlenangaben stammen aus einer Rede Ceausescus auf der Außenhandeltagung in Bukarest am 22./23.2.1967, Neuer Weg 26.2.1967. Zu den übrigen Angaben vgl. u.a. die Reden Ceausescus vor dem Bukarester Parteikongress, Neuer Weg 17.12.1966 und vor dem ZK-Plenum Neuer Weg 27.12.1966.

2) Neuer Weg 1.2.1967

3) Bericht über die Maßnahmen ...a.a.O. S. 6

stufe der Wirtschaft sowie der Aufgaben der gegenwärtigen Etappe einige Verbesserungen der Formen und Methoden vorsehen, nicht aber eine Abänderung der Prinzipien der Organisierung und Planung der Volkswirtschaft, da die bisherige Erfahrung ihre Lebensfähigkeit und Wirksamkeit unter den Gegebenheiten unseres Landes vollauf erwiesen hat. Wie der Bericht unterstreicht, bleibt der demokratische Zentralismus auch weiterhin das grundlegende Prinzip der Organisierung der Wirtschaftstätigkeit. Unser Plan ist das Instrument zur Durchführung einer Politik, er bekräftigt einen Willen, setzt Ziele fest und hat die Aufgabe, Ordnung, Kohärenz und geringsten Aufwand an Ressourcen zu sichern."¹⁾

Seitdem blieb die Wirtschaftspolitik Thema der öffentlichen Diskussion: In Zeitschriften wurden einzelne ökonomische Probleme erörtert; die Presse diente als Regulativ, indem sie seit 1966 zunehmend konkrete Fehler und Mängel anprangerte und ihre Abstellung forderte.

Der Fünfjahrplan 1966 bis 1970 war nach einem neuen Verfahren aufgestellt und zum wesentlichen Lenkungsinstrument für die Volkswirtschaft geworden. Bis dahin waren verbindliche Aufgaben für die gesamte Volkswirtschaft wie für die einzelnen Unternehmen von jährlichen Plänen festgelegt worden und der Fünfjahrplan hatte nur als relativ unverbindliche Richtschnur bei der Aufstellung der Jahrespläne gegolten. Der Fünfjahrplan 1966-70 berücksichtigte Vorschläge der Unternehmen und war spezifiziert nach Jahren und Planempfängern; diese Daten wurden Grundlage der Jahrespläne. Von der Umstellung des Planungsverfahrens erwartete man größere Kontinuität der Planung und für die Unternehmen bessere Organisation der Produktion durch langfristige Kontrakte auf dem Binnen- und Außenmarkt.

Mitte 1967 begannen 71 Unternehmen mit Experimenten: Die Planung wurde vereinfacht, die Zahl der Kennziffern verringert und die Kompetenzen des Managements erweitert, so daß es eigene Verfügungsgewalt über materielle und finanzielle Fonds hatte. Besondere "materielle Anreize" sollten Erhöhung des output, größere Produktivität und Kostensenkung veranlassen.²⁾

In Otopeni nahe Bukarest wurde im September 1967 ein Trainingcenter eröffnet, in dem Führungskräfte für die rumänische Wirtschaft in moderner Betriebswirtschaft ausgebildet werden sollten. Der vorgesehene Lehrstoff bestand unter anderem in Arbeitsorganisierung, operationeller Forschung für die mathematische Darstellung

1) Neuer Weg 23.7.1965

2) vgl. Viata Economica 14.7.1967 und Scinteia 6.9.1967

von Wirtschaftsprozessen, Einsatz von Datenverarbeitung¹⁾. Das Center war mit UN-Hilfe erbaut worden und gehörte - laut "Neuer Weg" - "zum von der Partei angeregten Maßnahmenkomplex zur wissenschaftlichen Organisierung der Produktion."²⁾

Obwohl die Experimente wegen ihrer kurzen Laufzeit noch keinen abschließenden Überblick, geschweige denn gesicherte Erkenntnisse verschafft haben konnten³⁾, verabschiedete ein ZK-Plenum schon im Oktober 1967 "Direktiven zur Vervollkommnung der Leitung und Planung der Volkswirtschaft entsprechend den Bedingungen der neuen Etappe der sozialistischen Entwicklung Rumäniens", die dann von der Landeskonferenz der RKP im Dezember 1967 gebilligt wurden. Es handelt sich dabei um ein geschlossenes Konzept ökonomischer Maßnahmen, das die Bezeichnung Reform dann durchaus verdient, wenn man darunter nicht nur eine Abkehr vom System sondern auch Modifikationen, Verbesserungen der Planung und Leitung von Wirtschaftsprozessen innerhalb des bestehenden Wirtschaftssystems verstehen will. Die kurze Experimentierzeit läßt sich damit erklären, daß die Rumänen sich am Beispiel anderer Staaten orientieren konnten. Die DDR, Ungarn und Bulgarien waren Rumänien auf diesem Wege vorangegangen. Die DDR hatte seit 1963 mit dem Neuen Ökonomischen System ein Modell erprobt, dem die in den Direktiven angekündigten rumänischen Maßnahmen in einigen Punkten sehr nahe kommen. Die in Aussicht genommene Wirtschaftsorganisation, das Planaufstellungsverfahren, die sogenannten ökonomischen Hebel weisen Ähnlichkeiten zu dem in der DDR praktizierten System auf.

An den grundlegenden Zielen der Wirtschaftspolitik, die nach wie vor von der Parteiführung festgelegt werden, hat sich mit den Direktiven nichts geändert. Nach wie vor genießt ein schnelles Wirtschaftswachstum Priorität, "kontinuierliches Wachstum des Sozialprodukts und des Nationaleinkommens" und eine "hohe, eine

1) Neuer Weg 8.9.1966 Anfang Dezember 1966 fand ein Treffen zahlreicher Spezialisten statt, auf dem die weitere Verbesserung der ökonomischen Ausbildung erörtert wurde. Auf der Tagung forderte man die Einführung neuer Disziplinen: ökonomische Kalkulation, elektronische Datenverarbeitung, Kybernetik, ökonomische Soziologie etc. Hinter diesen "technischen" Fragen der Ausbildung traten ideologische Lehrinhalte völlig zurück - vgl. Viata Economica Nr. 49 vom 9.12.1966 und Contemporanul 46/1966 vom 18.11.1966

2) Neuer Weg 8.9.1966

3) Angaben über Erfahrungen mit Experimenten bringen Scînteia 6.9.1967 und Viata Economica 12.8.1967

optimale Akkumulationsrate." ¹⁾ Der zum Konsum aufgewandte Teil des Nationaleinkommens soll auch weiterhin niedrig, die Investitionsquote vorzugsweise in der Schwerindustrie dagegen hoch bleiben. Diese Relation fordert von den rumänischen Verbrauchern auch künftig große Einschränkung. Sie wird damit begründet, daß Rumänien nur so den Abstand zu den entwickelten Staaten verringern könne und daß dies im höheren Interesse der gegenwärtigen wie künftiger Generationen liege. ²⁾

Aber die rumänische Führung strebt nicht mehr nach Wachstum um jeden Preis. Höhere Effizienz der Volkswirtschaft, größere Arbeitsproduktivität, "beste Ergebnisse bei möglichst niedrigem Aufwand" ³⁾ werden als Maxime des ökonomischen Handelns deklariert. Das Ziel der Wirtschaftspolitik heißt seither: Wachstum bei möglichst großer Rentabilität.

a) Wirtschaftsorganisation

Diese Ziele hofft die rumänische Führung durch eine Änderung der Wirtschaftsorganisation leichter erreichen zu können. Unter der Devise "die Leitung näher an die Produktion" ⁴⁾ will man eine neue Leitungsebene einrichten: ähnlich wie in der DDR "Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB)" sollen in Rumänien Industriezentralen entstehen, die als eine Art Konzern verschiedene Betriebe in vertikaler oder horizontaler Konzentration umfassen. Entsprechend den Direktiven soll sich die Leitung der Volkswirtschaft auf drei Ebenen vollziehen: den Ministerien, den Industriezentralen und schließlich den Betrieben.

Die ökonomischen Ministerien, bis dahin die wichtigsten Leitungsorgane, verlieren ihre operativen Funktionen und sollen sich nur noch mit Fragen beschäftigen, die die Entwicklung der ganzen Branche betreffen, und sich im übrigen auf die Kontrolle der ihnen unterstellten Industriezentralen beschränken. Damit geben sie einen Teil ihrer Kompetenzen und entsprechend ihres Verwaltungsapparates an die Industriezentralen ab.

1) In: Draft Directives of the Central Committee of the Rumanian Comm. Party on the Perfecting of Management and Planing of the National Economy..Text Agerpres undatiert S.89

2) ebenda S.92

3) ebenda S.5

4) ebenda S.6f

Diese sind als entscheidende Leitungsorgane konzipiert; sie sind selbständige juristische Personen mit eigener Wirtschaftsrechnung, sollen mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden, das Recht zur Aufnahme von Bankkrediten haben und verantwortlich sein für die Erfüllung der Planziele und die ökonomisch-finanzielle Lage der Teilbetriebe. Sie verfügen über Forschungseinrichtungen, kümmern sich unter anderem um Investitionen und Versorgung der Betriebe und schließen für sie Kontrakte mit in- und ausländischen Partnern ab. Diese Kompetenzen können die Industriezentralen teilweise an einzelne Großbetriebe delegieren.

Den Betrieben bleibt da nicht viel mehr Spielraum. Innerhalb des von den Zentralen festgelegten Rahmens dürfen sie sich ihre Organisationsstruktur schaffen, auf der Grundlage der von den Zentralen abgeschlossenen Kontrakte können sie zu ihren Kunden unmittelbar Verbindung aufnehmen und ein Teil des Gewinns, den sie über Plansoll erzielt hatten, können sie verwenden, um kleinere produktive, soziale oder kulturelle Investitionen vorzunehmen oder als Bonus an die Belegschaft auszuzahlen.

Sowohl den Betrieben als auch den Zentralen und Ministerien ist kollektive Leitung vorgeschrieben: Die Rumänen gehen auch in der Volkswirtschaft von der bisher üblichen Ein-Mann-Leitung ab. Die Industriezentralen sollen von einem Generaldirektor, einem Verwaltungsrat und einem Exekutivbüro geleitet werden.¹⁾ Der Verwaltungsrat ist mit dem Generaldirektor, den Direktoren der Abteilungen, Betriebsleitern, Experten der Zentrale, Repräsentanten von Gewerkschaften, Banken und Zentralorganen besetzt und trifft - ähnlich dem Aufsichtsrat westlicher Provenienz - die für die Entwicklung des Unternehmens wesentlichen Entscheidungen, während das Exekutivbüro, das aus dem Generaldirektor und den wichtigen Abteilungsdirektoren besteht, über die laufenden Geschäfte entscheidet. Beide Organe beschließen mit Mehrheit; im Fall einer Differenz zwischen der Mehrheit und dem Direktor steht dem übergeordneten Ministerium die Entscheidung zu. Die Mitglieder der Leitungsorgane werden vom Ministerium ernannt.²⁾

1) Draft Directives... S. 25

2) ebenda S. 26

Ähnlich sind die Betriebsleitungen konzipiert: Sie sollen aus einem Geschäftsführer und einem Direktionskomitee bestehen, zu dem der Geschäftsführer, die Direktoren der verschiedenen Abteilungen sowie Repräsentanten der Belegschaft gehören. Auch das Direktionskomitee ist ein Arbeitsorgan, das mit einfacher Mehrheit Beschlüsse faßt. Der Geschäftsführer kann von der Mehrheit des Komitees nicht überstimmt werden; bei Divergenzen entscheidet der Generaldirektor der Industriezentrale. Geschäftsführer und Mitglieder der Komitees werden von den Industriezentralen und die Repräsentanten der Belegschaften von Gewerkschaftsversammlungen ernannt.

Mit dieser Konstruktion der Leitung von Betrieb, Zentrale und Ministerium will die rumänische Führung sicherstellen, daß an Unternehmensentscheidungen eine große Zahl von Experten beteiligt ist. Die Unternehmenspolitik soll von der immer noch zufälligen Qualifikation des einen Leiters unabhängig werden und die Leistungen eines Teams spiegeln. Dadurch daß man jedem Mitglied der Leitungskomitees einen besonderen Verantwortungsbereich zuweist, es aber gleichzeitig für die Entscheidungen des ganzen Komitees verantwortlich macht, erhofft man sich eine "sinnvolle Mischung von kollektiver Arbeit mit persönlicher Verantwortung."¹⁾

Die Realisierung der vorgeschlagenen Maßnahmen ließ freilich auf sich warten. Die ersten Industriezentralen entstanden Anfang 1969; das dann vorgelegte Statut der Industriezentrale engte den Spielraum der Betriebe noch mehr ein, als die Direktiven schon erwarten ließen.²⁾ Anfang 1970 bestanden 197 Industriezentralen.³⁾

b) Die Planung

Der zentrale Plan bleibt Lenkungsinstrument des Wirtschafts-

1) Draft Directives S. 14

2) Statut der Industriezentrale in: Buletinul Oficial Nr. 47 vom 2.4.1969. Entsprechend einem Ministerratsbeschuß Anfang 1968 sollten die Direktionskomitees der staatlichen Wirtschaftsbetriebe und -organisationen 5 bis 21 Mitglieder haben; die Zahl wurde je nach Bedeutung des Betriebs von den Ministerien oder den Exekutivkomitees der Kreisvolksräte festgelegt. Neuer Weg 4.4.1968

3) Osteuropäische Rundschau 2/1970 S. 38

prozesses: "Der Staatsplan ist und muß das wesentliche Instrument bleiben zur Festlegung der Ziele, die die Gesellschaft selbst setzt, und zur Sicherung der Mittel, die für die Erreichung dieser Ziele notwendig sind..."¹⁾ und

"Die Einheit der vielfältigen Seiten des komplexen Prozesses, das neue System zu bauen, die Interdependenz und reziproken Bedingungen der verschiedenen Wirkungskreise machen die Einbeziehung der Entwicklung der materiellen Produktion - die den Fortschritt der gesamten Gesellschaft bestimmt - ebenso wie alle anderen Aspekte des sozialen, wissenschaftlichen und kulturellen Lebens in den Plan, in eine einheitliche Konzeption notwendig. Solch ein umfassender Plan vereinigt die verschiedenen Unternehmen und Branchen der Volkswirtschaft, alle Aktivitäten des arbeitenden Volkes zu einer gemeinsamen Anstrengung zur Erfüllung der Parteipolitik, für die Entwicklung der Gesellschaft als eines harmonischen, einheitlichen Ganzen."²⁾

An der Komplexität und der Verbindlichkeit des Plans für alle Bereiche der Volkswirtschaft hat sich also nichts geändert, wohl aber an den Methoden der Planaufstellung. Sie sollen "wissenschaftlicher" werden, um "Folgerichtigkeit und Festigkeit in der Erfüllung der Hauptrichtung, die vom zentralen Plan festgelegt wird, mit Elastizität und Beweglichkeit bei der Lösung aktueller Probleme" und um "zentrale Leitung der Volkswirtschaft als ganzem mit Autonomie der Einheiten"³⁾ zu verbinden.

In ihren Direktiven bleibt die rumänische Führung bei dem schon 1966 praktizierten System der Fünfjahrpläne. Gleichzeitig mit dem Fünfjahrplan sollen jeweils die Hauptlinien der anschließenden Planperiode festgelegt werden, um die Kontinuität der Planung zu sichern. Für einzelne Bereiche, die Energiepolitik, wissenschaftliche Forschung oder Kaderpolitik, ist eine längere Planungsperiode vorgesehen.

Allerdings haperte es mit der Verwirklichung dieser Absichten schon beim zweiten Fünfjahrplan 1971-1975. Ministerpräsident Maurer legte zwar auf dem 10. Parteitag Direktiven zum Fünfjahrplan vor, der Plan selbst wurde jedoch nicht rechtzeitig verabschiedet, so daß sich die rumänische Volkswirtschaft zunächst doch wieder mit provisorischen Jahresplänen behelfen mußte.

1) Draft Directives S. 14

2) ebenda S. 70

3) ebenda S. 71

Eine weitgehende Modifikation erfährt die Art der Planaufstellung. Die Direktiven sehen zwei Phasen vor: Zunächst geben die Betriebe Planvorschläge nach oben weiter, die auf detaillierten Kalkulationen basieren. Die Industriezentralen arbeiten eigene Planvorschläge für die ihnen unterstehende Subbranche aus, in die die Planvorschläge der Betriebe sowie Elemente der eigenen Tätigkeit, Forschung, Investitionen, Spezialisierungsvorhaben, eingehen. Die Ministerien entwerfen Planvorschläge für die ganze Branche, indem sie sich auf die Entwürfe der Zentralen stützen. Das Staatliche Plankomitee, ein Organ des Ministerrats, koordiniert die verschiedenen Planvorschläge, erarbeitet Konzeptionen und Prognosen und legt dem Ministerrat schließlich einen Planentwurf mit Varianten für unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten der Volkswirtschaft vor. Nach Verabschiedung des Plans kontrolliert das Staatliche Plankomitee den Vollzug des Planes. Die erste Phase der Planaufstellung verläuft also von unten nach oben.

Mit der Annahme des Plans durch die Große Nationalversammlung sind Kennziffern wie Wachstum des Nationaleinkommens, Entwicklungsrate der Industrie und einzelner Branchen, Konsumtions- und Akkumulationsrate, Zahl der Lohnbezieher, Lohnzuwachs und totales Investitionsvolumen festgelegt. Diese globalen Kennziffern, in denen sich die Hauptziele der Wirtschaftspolitik ausdrücken, ergänzt der Ministerrat durch "ein System verbindlicher Kennziffern"¹⁾, mit deren Hilfe diese Ziele erreicht werden sollen. Dazu zählen: Das Volumen der Lieferungen an den Handel, verbindliche Aufgaben für den Export, die Mengen von Roh- und Hilfsmaterialien; Arbeitsproduktivität, Lohnfonds, Produktionsaufwendungen; als Maßstab für die effiziente Verwendung der eingesetzten Mittel das Verhältnis von Produktionswert, beziehungsweise Nettoeinkommen eines Betriebes zu seinen fixen und zirkulierenden Fonds, oder anders formuliert: Das Verhältnis des Reinertrags zum eingesetzten Kapital. Bei der Beschreibung dieser Kennziffer erscheint der Begriff "Zins" ebenwenig wie bei der nächsten der Begriff "Gewinn" oder "Steuer". Die Unternehmen werden verpflichtet, einen Teil des erzielten Gewinns als Steuern abzuführen, ein weiterer Teil steht der

1) Draft Directives ...S. 81

Zentrale und dem Unternehmen zur Verfügung.

Auf der Grundlage dieser allgemeinen Richtlinien planen Ministerien, Industriezentralen und Betriebe detaillierter; dabei nimmt die Zahl der Kennziffern, das heißt der von der jeweiligen ökonomischen Einheit zu erfüllenden Aufgaben, von oben nach unten zu. Kennziffern für das einzelne Unternehmen sollen enthalten: Bruttoproduktion, für eine Reihe von Produkten in Mengenangaben; das Volumen der Lieferungen für den heimischen Markt und für den Export; wichtige Roh- und Hilfsmaterialien; Arbeitsproduktivität; totaler Lohnfonds; maximale Beschäftigtenzahl; Durchschnittslohn; Kosten pro 1000 Lei Produktion und Kostenpreis für die Hauptprodukte; das Volumen der Akkumulation, der Steuern und der Investitionen. Diese Kennziffern, die den Betrieben von den Industriezentralen vorgegeben werden, sollen sie zu einem alle Einzelheiten des Produktionsablaufs umfassenden Programm ausgestalten.

Die Zahl der Kennziffern bleibt groß genug. Zwar rückt die Planung näher an die Betriebsebene heran, denn die Betriebe erhalten Einfluß auf die Plangestaltung und ihnen soll die Möglichkeit eröffnet werden, Einzelpläne an wechselnde Bedingungen anzupassen, falls die Grundzüge des Staatsplans beachtet werden¹⁾, aber die Fülle von Auflagen muß dennoch auch weiterhin wie ein zu enges Korsett wirken und die angestrebte Beweglichkeit der Betriebe stark reduzieren. Denn von der auch früher schon angewandten Mengenplanung kann man sich nicht trennen; zusätzlich sind nun noch neue - ökonomische - Lenkungsmethoden (Hebel) eingefügt worden: Die Kennziffern Kapitalzins und Gewinn beispielsweise. Am Gewinn sucht man die Unternehmen dadurch zu interessieren, daß man ihnen die Möglichkeit der Selbstfinanzierung verschafft²⁾ und einen Teil des Einkommens der Beschäftigten an den erzielten Gewinn bindet.

1) Draft Directives S. 80

2) Die Betriebe sollten sich in Zukunft selbst erhalten, Produktion und kleinere Investitionen entweder aus dem erwirtschafteten Gewinn oder mittels verzinslicher Bankkredite finanzieren. Die Banken wiederum sollten durch unterschiedlich hohe Zinsen, eventuell durch Strafzinsen eine rationelle Verwendung der Mittel erzwingen.

Auch in den Direktiven stoßen wieder gegensätzliche Tendenzen aufeinander: Durch Einführung indirekter, ökonomischer Steuerungsmittel versuchte man das Eigeninteresse der Betriebe an einer ökonomisch vernünftigen Verhaltensweise zu wecken, sie an größerer Profitabilität und Rentabilität zu interessieren; gewünscht waren etwas mehr Spontaneität, Eigeninitiative in Betrieben und Leitungskomitees. Gleichzeitig wurde die Beweglichkeit durch administrative Auflagen so eingeengt, daß der Anreiz zu solchem Verhalten gar nicht erst aufkommen konnte, denn die Produktionsmenge blieb weiterhin vorgeschrieben und die Einflußmöglichkeiten des Betriebs auf Sortiment und Preise¹⁾

1) Draft Directives S. 115 ff und ausführlicher Gheorghe Siclosan: Objektive Basis für Preisfestsetzung in der rumänischen sozialistischen Wirtschaft. Lupta de Clasa 1/1968. Die Rumänen erkennen durchaus die Bedeutung des Preissystems als Regulativ für ökonomische Prozesse, als Stimulanz für den rationellen Gebrauch von Material und Arbeitskräften und als Maßstab für ökonomische Phänomene; die bestehende Preisstruktur wird als für die rumänische Wirtschaft schädlich kritisiert. Die letzte Preisreform war 1963 gewesen; dabei seien - so die Direktiven - die Preise von rund 400 Produkten, insbesondere Produktionsmittel, Brennstoffen und Rohmaterialien nicht kostendeckend gewesen. Der Direktor im Staatlichen Plankomitee Gheorghe Siclosan stellt in seinem Artikel Auswirkungen der verzerrten Preisstruktur auf das Güterangebot fest: In einigen Unternehmen habe man die Produktion einiger volkswirtschaftlich notwendiger Güter aufgegeben, weil die Preise die Produktion unwirtschaftlich machten, dafür aber die Produktion volkswirtschaftlich nicht benötigter, aber profitbringender Güter in großen Mengen aufgenommen. Siclosan kündigte eine Preisreform an, die sich auf den sogenannten Produktionspreis stützen sollte, der sich aus Kosten (per Branche und Produkt), einer Profitrate entsprechend den fixen und zirkulierenden Mitteln zusammensetzen sollte. Preise, die sich frei auf dem Markt bilden, lehnt Siclosan für Rumänien ab; Ceausescu in seiner Rede auf der Landeskonferenz der RKP ebenfalls. Eine Reihe von Tarifen und Preisen sollen weiterhin zentral festgelegt werden, insbesondere solcher, die für den Lebensstandard der Bevölkerung wichtig sind. Einige Großhandelspreise sollten von den Industriezentralen, einige Einzelhandelspreise auch von den Betrieben innerhalb vom Ministerrat festgelegter Grenzen modifiziert werden können. In der Tat stiegen einige Preise in den folgenden Jahren zum Teil beträchtlich, so daß die rumänische Führung ihren Vorsatz, den Lebensstandard der Bevölkerung im Laufe des Fünfjahrplans 1966-1970 erheblich zu steigern, nicht ganz verwirklichen konnte (vgl. H. Schaefer / J.A. Johnson: Rumänien: Inflationärer Druck gefährdet Planziele. Osteuropäische Rundschau 6/1969 S. 10-12). Eine grundlegende Reform der Großhandelspreise war damit jedoch nicht eingeleitet und die jüngste Diskussion dieses Themas läßt vorerst eine wesentliche Änderung der Preispolitik in Rumänien nicht erwarten (vgl. Osteuropäische Rundschau 11/1970 S. 33)

waren gering. In den Direktiven wurde Selbstverwaltung, Selbstständigkeit und Initiative beschworen, dennoch tat die rumänische Führung den wohl entscheidenden Schritt noch nicht. Zwar verlagerte sie tatsächlich Kompetenzen nach unten - die Leitung rückte tatsächlich näher an die Produktion -, aber sie machte die ökonomischen Einheiten nicht autonom. Die alte hierarchische Gliederung, die beliebiges Eingreifen von oben zuließ, blieb im Prinzip erhalten.

c) Die Rolle der Partei in der Wirtschaft

Diese Widersprüche waren zwangsläufig, weil die Partei auch in der Wirtschaft, diesem für die Entwicklung des Landes wichtigsten Gebiet, auf ihre führende Rolle nicht verzichten wollte: "Die Verantwortung der kommunistischen Partei, ihre führende Rolle im ökonomischen Bereich, im ganzen sozialen Leben wächst sogar noch in der gegenwärtigen Etappe der Vollendung des sozialistischen Aufbaus."¹⁾

Dieser Anspruch setzt allen Selbstverwaltungsbestrebungen enge Grenzen. Und deshalb konnte es auch in den Direktiven nur um einen Kompromiß zwischen ökonomisch sinnvoller Dezentralisierung und politisch notwendiger Herrschaftssicherung für die KP-Führung gehen.

Der Staatsplan spiegelte denn auch nicht die Bedürfnisse der Konsumenten, auch nicht unternehmerische Entscheidungen einzelner Betriebsleitungen, sondern wirtschaftspolitische Zielsetzungen der Parteiführung. Mit der Modifikation des Plan aufstellungsverfahrens zeigte sie immerhin, daß sie Daten, Motive und Bestrebungen der unteren Organe berücksichtigen wollte, um die Zielsetzungen mit den Möglichkeiten in Einklang zu bringen. Keine Abstriche duldete sie an dem umfassenden Anspruch, sowohl die allgemeinen Interessen des Volkes als auch die Mittel zur Befriedigung dieser Interessen zu definieren:

"Förderung der allgemeinen Interessen des Volkes, Sicherung einer ausgeglichenen Entwicklung der Volkswirtschaft erfordern notwendig, daß die wesentlichen Entscheidungen der Wirtschaftspolitik von den höchsten Organen der Partei und des Staates, als Exponenten der ganzen Nation, getroffen werden."²⁾

1) Draft Directives S.10

2) ebenda S.12

Die Festlegung allgemeiner wirtschaftspolitischer Ziele war dem Präsidium des Exekutivkomitees vorbehalten; der Ministerrat übernahm die Ausführung. Zur regionalen Kontrolle der ökonomischen Tätigkeit dienten der Partei Wirtschaftskommissionen, die als Hilfsorgane der Kreispartei Komitees fungierten und die selbst wieder durch den Wirtschaftsrat kontrolliert wurden.

Mitglieder der Kreispartei Komitees sollten jederzeit Betriebe besuchen können, um der Partei unmittelbare Informationen und dadurch die Möglichkeit zu rechtzeitigem Eingreifen zu verschaffen. In den Direktionskomitees der Betriebe und Industriezentralen nahmen Repräsentanten der Parteiorganisationen Platz. Sie waren formal aber nicht Mitglied der Führungskomitees und folglich auch Mehrheitsbeschlüssen oder der Autorität des Generaldirektors nicht unterworfen¹⁾. Auf diese Weise besaß die Partei auf allen Ebenen der Wirtschaftshierarchie und regional in allen Kreisen des Landes die Möglichkeit, direkt in den Ablauf der Wirtschaftsprozesse eingreifen zu können.

d) Demokratisierung im Wirtschaftsleben

Mit den beschriebenen Maßnahmen behielt die Parteiführung ihre Dominanz auch im wirtschaftlichen Bereich. Dezentralisierung bedeutete Einschränkung des Wirkungskreises hierarchisch übergeordneter Verwaltungsorgane, nicht aber der höchsten politischen Führung. Angesichts dieses Zentralismus trotz Dezentralisierung scheint es erstaunlich, daß die rumänischen Kommunisten zunächst in den Direktiven, dann aber auch tatsächlich demokratische Elemente im Wirtschaftsleben einführten, so daß Raum entstand für von unten aus der Belegschaft kommende Initiativen.

Die Direktionskomitees der Betriebe sollten alle halbe Jahre der "Generalversammlung der Lohnempfänger" (oder in größeren Betrieben deren Stellvertretern - der Ausdruck Arbeiterrat wird nicht verwandt) Rechenschaftsberichte über die Tätigkeit der Betriebsleitung und die Arbeitsergebnisse geben und über Planerfüllung, Fehler und ihre Ursachen berichten²⁾. Am Ende des

1) C. Dascalescu: Gewachsene Rolle der Parteiorgane in der Leitung der Wirtschaft. Lupta de Clasa 1/1968

2) N. Ceausescu: Bericht an die Landeskonferenz S.50

Jahres sollte der Versammlung die Bilanz vorgelegt und mitgeteilt werden, wie der Gewinn verteilt würde. Entsprechend dem im März 1970 verabschiedeten "Gesetz über Arbeitsorganisation und Disziplin" erhielten die Arbeitnehmer aktives und passives Wahlrecht für die kollektive Betriebsleitung und Mitspracherechte bei Entscheidungen, die die Führung des Betriebs betrafen. Das Gesetz sah ferner eine erhebliche Verschärfung der Strafen für Disziplinarverstöße vor, gleichzeitig verschaffte es dem Arbeitnehmer die Möglichkeit, seine Rechte vor einem Arbeitsgericht einzuklagen.¹⁾

Aus einem Artikel des Parteiorgans "Lupta de Clasa" geht hervor, daß die Förderung "ökonomischer sozialistischer Demokratie" von dem Motiv geleitet war, den Arbeiter anzuspornen.

"Es war jedoch klar, daß das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln für sich noch nicht genügt, um Partizipation der Massen an der Führung des Unternehmens zu sichern, ihr Interesse zu wecken, sich mit der ökonomischen Effizienz seiner gesamten Tätigkeit zu befassen, und sie zu ermutigen, den qualitativen Standard zu heben..."²⁾

Man wollte den einzelnen für das Wohl "seines" Unternehmens begeistern und hoffte, daß damit der Arbeitseifer und die Produktivität wüchsen. Die Einführung demokratischer Elemente fiel zusammen mit heftigen Klagen über schlechte Arbeitsdisziplin, schlechte Arbeitsleistungen und häufigen Arbeitsplatzwechsel, die man einerseits durch eine verschärfte Arbeitsgesetzgebung, andererseits durch begrenzte Mitbestimmung kurieren wollte.

Daß sich diese Institution nicht am Ende selbständig machte und der Kontrolle der Parteiführung entglitte, dafür sollten die Gewerkschaften sorgen, die zur Organisierung und Leitung der Generalversammlungen aufgerufen waren.

"Auf eine Art und Weise, die spezifisch für ihre Tätigkeit ist, müssen die Gewerkschaften für die Schaffung einer Atmosphäre sorgen, die einer aktiven Teilnahme der Lohnbezieher an der Debatte der Generalversammlungen förderlich ist, und die Arbeitsteams für die Durchführung der angenommenen Entscheidungen mobilisieren."³⁾

1) vgl. Osteuropäische Rundschau 1/1971: P. Compeanu: Verschärfte Arbeitsgesetzgebung in Rumänien.

2) V. Porumbescu: Die Sphäre ökonomischer sozialistischer Demokratie Lupta de Clasa 9/1968

3) C. Dragan: Die Generalversammlung der Beschäftigten - Ausdruck der ständig größeren Teilnahme der Werktätigen an der Diskussion und Lösung ökonomischer Probleme. Munca 9.1.1968. Dragan war zu der Zeit stellvertretender Gewerkschaftsvorsitzender.

4.

Grenzen der Reformbereitschaft

kein Zweifel, auch die Rumänen reformieren. Sie selbst nennen diesen Vorgang "Maßnahmen zur Vervollkommnung der Leitung" oder "Verbesserung des Arbeitsstils bei der allgemeinen Leitung der Gesellschaft"¹⁾. Es geht um Modernisierung, um funktionstüchtigere Leitungsmethoden in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Zu diesem Zweck werden Dezentralisierung und Machtkonzentration verbunden. Von tiefem Mißtrauen gegenüber Spontaneität erfüllt und überzeugt von planmäßiger Lenkbarkeit sozialer Prozesse²⁾, hatte die rumänische Führung alle für die Leitung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft wesentlichen Kompetenzen bei den Spitzenorganisationen der Partei konzentriert und nur in Einzelfragen Entscheidungsbefugnisse nach unten delegiert. Natürlich hatte die Partei auch früher schon alle wesentlichen Entscheidungen getroffen, nun aber ging es um "die Einführung der Regel, wonach die Genossen aus der Partei- und Staatsführung unmittelbar mit den Kommunisten aus den Leitungsorganen der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiten. Es ist notwendig, Situationen auszuschalten, da der Parteiapparat zu einem Zwischenglied zwischen Parteiführung und den Leitungen von Staats- und gesellschaftlichen Organisationen wird."³⁾

Die Parteiführung wollte unmittelbar, wollte schnell wirken können und nicht nur indirekt über den Parteiapparat auf die Verwaltung Einfluß nehmen. Der Instanzenweg war ihr zu lang, zu umständlich und zu wenig effektiv. So inkorporierte sie den Staatsapparat. Sie übernahm in den verschiedensten Bereichen unmittelbar staatliche Aufgaben. Sie konnte das um so leichter tun, als sie die Modifikation von Herrschaftsmethoden und Wirtschaftslenkung nicht unter dem Zwang einer Krise vorgenommen hatte. Ceausescu rühmte sich nicht zu unrecht, daß die "Maßnahmen zur Vervollkommnung der Leitung und Planung der Wirtschaft...unter

1) Ceausescu: Bericht an die Landeskonferenz S.22 und S.107

2) "Damit einverstanden sein, daß sich die Wirtschaft von selbst, kraft des spontanen Mechanismus des Wertgesetzes entwickelt, heißt auf einen der wichtigsten Vorzüge der neuen Gesellschaftsordnung zu verzichten, auf die bewußte Lenkung der Wirtschaft." Bericht an die ...S.42

3) ebenda S.115

den Gegebenheiten des vollen Aufschwungs unserer Wirtschaft getroffen werden und das Produktionsvolumen der Industrie Wachstumsraten verzeichnet, die zu den höchsten der Welt zählen."¹⁾

Antrieb zur Reform war die Sorge um den künftigen Fortschritt, waren Zweckmäßigkeitserwägungen. Die rumänische Führung wollte den Apparat leistungsfähiger machen, um die Probleme einer rasch wachsenden Wirtschaft und sich differenzierenden Gesellschaft bewältigen zu können. Sie rechnete - eben weil kein unmittelbarer Zwang zur Reform bestand - mit langen Fristen und schloß eine spätere Revision der Maßnahmen keineswegs aus.

"Die Partei geht von dem vom Leben überprüften Grundsatz aus, daß die Formen und Methoden der Leitung und sozialen Organisation nicht ein für allemal festgelegt sind. Sie sind nicht unveränderlich und müssen ständig entsprechend der im Leben stattfindenden Änderungen und der Aufgaben vervollkommenet werden, die der objektive Prozeß der materiellen und geistigen Entwicklung der Gesellschaft bedingt."²⁾

Auf diese Weise gedachte die rumänische Führung die weitere Entwicklung in der Hand zu behalten, indem sie rechtzeitig und schrittweise reformierte, um nicht eines Tages zu plötzlichen Wendungen gezwungen zu sein, die die Stabilität des Regimes gefährdet hätten.

Die pragmatische Haltung, in der sie "Formen und Methoden der Leitung und sozialen Organisation" zur Disposition stellt, findet ihre Grenze an den beiden ideologischen Grundsätzen, die die Macht der kleinen Gruppe an der Spitze der kommunistischen Partei begründen: dem Prinzip der "führenden Rolle der Partei" und dem Prinzip des "demokratischen Zentralismus". Tatsächlich haben die Reformen die Macht der Parteiführung, Kompetenzen zu delegieren oder selbst wahrzunehmen, Entscheidungen zu treffen, höchstes ausführendes und zugleich kontrollierendes Organ zu sein, nicht beschnitten. Ob diese machtpolitische Komponente auch in Zukunft Kriterium und Grenze aller Reformbereitschaft ist, wird sich zeigen.

1) Ceausescu: Bericht an die Landeskonferenz S.25

2) ebenda S.24

VII. Partei und Bevölkerung

1. Einige Bemerkungen zur rumänischen Innenpolitik

Auf die Frage, ob sich in den sozialistischen Staaten ein Volk mit seiner Regierung identifiziert, sie ablehnt oder ihr nur gleichgültig gegenübersteht, gibt es keine zuverlässige Antwort. Denn in Wahlen haben die Wähler keine Alternative, durch die sie Unmut demonstrieren könnten; der Prozentsatz der Zustimmung und der Wahlbeteiligung unterscheidet sich in Rumänien nicht von dem in anderen Ländern. Gesellschaftliche Organisationen artikulieren nicht Gruppeninteressen sondern von oben kommende Direktiven. Presse, Rundfunk und Fernsehen sind nicht öffentliche Meinung, sondern reflektieren nur das, was die Führung zur öffentlichen Meinung machen möchte. Meinungsumfragen gibt es nicht oder werden nicht veröffentlicht. Wenn also keine unkontrollierten Demonstrationen unverhoffte Ausblicke eröffnen, müssen detaillierte Aussagen über das Verhältnis zwischen Regierung und Regierten Spekulation bleiben. Wohl läßt sich über die Anstrengungen einer Regierung berichten, nicht aber über die Früchte ihrer Bemühungen. Auch die Nachrichten westlicher Korrespondenten können nicht mehr als Indizien sein, denn der Aktionsradius des einzelnen ist zu klein, daß man seinen subjektiven Eindruck als Schilderung des objektiven Zustands nehmen könnte.

Nach den Berichten einiger Korrespondenten ist die Bilanz des kommunistischen Regimes in Rumänien gar nicht einmal so schlecht. 1965 schrieb Viktor Meier in der "Neuen Zürcher Zeitung":

"Die Starrheit des Regimes ist auch heute auf Schritt und Tritt spürbar, und die Beziehungen zwischen den Machthabern und der Bevölkerung lassen jede Auflockerung vermissen. Vielleicht liegt das auch am Charakter und an der Tradition Rumäniens; "kommunistischer Byzantinismus" oder "byzantinischer Kommunismus", je nachdem, wären vielleicht die Ausdrücke, mit denen man die kalte, durch keinerlei Sentimentalität beeinflusste Beziehung zwischen Regenten und Regierten am treffendsten umschreiben könnte. Das bedeutet freilich keineswegs, daß in Rumänien nicht der freiere Wind spürbar wäre..."¹⁾

Vier Jahre später beurteilte Hans Ulrich Kempfski die Stimmung der Bevölkerung folgendermaßen: "Seit dieser Mann (gemeint ist

¹⁾ Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe Nr.126 9.5.1965

Ceausescu) Rumänien regiert, wird er von der Bevölkerung zwar kaum geliebt, wohl aber respektiert oder gar geehrt als patriotisches Symbol für eine Zeitenwende... Was die Massen an Ceausescu bindet, ist Stolz auf seine Außenpolitik, auf den eigenen Weg Rumäniens..." 1)

Im gleichen Dilemma wie der westliche Beobachter dürfte sich aber auch die jeweilige kommunistische Führung befinden: Auch für sie gibt es keine zuverlässigen Barometer, die ihr die Stimmung ihrer Bevölkerung anzeigen. Die öffentlichen Informationsmittel erfüllen diese Aufgabe nicht; weil die Massenmedien zur Ausgabe gelenkter Informationen an die Umwelt benutzt werden, fallen sie als Informationsmittel über die Umwelt aus. Auch der Parteiapparat, beziehungsweise der Apparat der Massenorganisationen wird - die Vermutung sei erlaubt - die Parteiführung kaum zuverlässig informieren, denn korrekte Berichterstattung und eigene Interessen des Apparats stehen in einem gewissen Spannungsverhältnis. Falls das jeweilige Organ über Störungen des Verhältnisses Partei-Volk oder Gewerkschaft-Arbeiterschaft etc. berichten müßte, verurteilte es zugleich die eigene Aktivität, denn nur der eigene Aktionsradius kann Gegenstand zuverlässiger Berichterstattung sein. Darum werden sich alle diese Organe im wesentlichen darauf beschränken, solche Informationen nach oben weiterzugeben, die dort erwünscht sind und die eigene Tätigkeit in positivem Licht erscheinen lassen. Und selbst wenn Warnungen die Führung erreichen - etwa durch die Geheimpolizei-, so hat sie keinen Maßstab dafür, ob und inwieweit die Warnungen berechtigt sind. Die Vermutung, daß osteuropäische Regierungen über die Stimmung ihrer Bevölkerung nicht immer hinreichend informiert sind, wird erhärtet durch eine Reihe erstaunlicher Fehleinschätzungen, die kommunistischen Parteien unterlaufen sind; als Beispiele mögen dienen: Die Ereignisse, die zum Posener Aufstand von 1956 geführt hatten, die Preiserhöhungen in Polen zum Jahresende 1970, die zu schweren Unruhen führten und Gomulka die Führung kosteten und nicht zuletzt die irrtümlichen Vorstellungen der Sowjetunion über die Haltung der tschechoslowakischen Bevölkerung im August 1968. Auch die rumänische Führung ist gegen solche Fehler nicht ge-

1) Süddeutsche Zeitung 19/20.7.1969

feit: Darum sind viele ihrer innenpolitischen Maßnahmen von der Absicht bestimmt, prophylaktisch mögliche Ursachen für Störungen des Verhältnisses Regierung-Volk auszuschließen oder wenigstens zu kompensieren.

Die rumänischen Führer könnten sich größere Unruhen nicht leisten. Da sie auch weiterhin einen eigenwilligen Kurs steuern, dürfen sie auf Hilfe von außen, von der Sowjetunion oder anderen Verbündeten, zur Erhaltung ihrer Macht nicht rechnen. Sie sind deshalb auf die Unterstützung, mindestens aber auf Duldung durch ihr Volk angewiesen. Sie verfügen zwar über alle Machtmittel des Staates, über die Polizei und die Armee, doch läßt die außenpolitische Zwangslage den Einsatz dieser Mittel allenfalls gegenüber kleinen Minderheiten geraten erscheinen. Im übrigen sind die gesellschaftspolitischen Ziele nicht durch Terror, sondern nur durch freiwillige Leistungsbereitschaft der Bevölkerung zu erreichen. Eben dieses ehrgeizige Entwicklungsprogramm, mit dem die Führung ihre Machtstellung rechtfertigt, verbaut aber vorerst die Möglichkeit, sich durch forcierte Wohlstandspolitik die Zustimmung der Massen zu erkaufen.

Das Machtmonopol der Parteiführung war in Rumänien nie umstritten: Demokratie hatte das Land nicht gekannt und autoritäre Herrschaftsmethoden haben eine lange Tradition in Rumänien. Die Parteiführung will die Macht auch weiterhin behalten. Aber die Sozialstruktur Rumäniens hatte sich geändert: Die Industrie brachte inzwischen mehr als die Hälfte des Sozialprodukts und 1970 war erstmals mehr als die Hälfte aller Beschäftigten nicht mehr in der Landwirtschaft tätig; neue gesellschaftliche Schichten waren entstanden, neue Probleme und Spannungen. Technisch hatte die Partei versucht, sich auf die veränderte Lage durch gewandelte Herrschaftsmethoden, durch Verwaltungs- und Wirtschaftsreform und durch modifizierte Anforderungen an Führungskräfte einzustellen. Aber das Ziel, einen leistungsfähigen Industriestaat zu schaffen, war nicht allein durch technische Reformen zu erreichen. Die Parteiführung muß eine sich differenzierende Gesellschaft integrieren, sie zu Mitwirkung und Leistungsbereitschaft mobilisieren, auf wachsende Bedürfnisse antworten; sie muß den einzelnen zur notwendigen Initi-

ative und zum Engagement ermutigen und sie muß die Partei als Aktionszentrum präsent erhalten.

2. "Sozialistischer Patriotismus"

Um so unterschiedliche Postulate wie Machterhaltung, Integration, Opferbereitschaft und Leistungswille, zu erfüllen, setzt¹⁾ die rumänische Führung auf ein bewährtes Rezept: Sie wendet sich an nationalistische Empfindungen in ihrem Volk. Die Bezeichnung "Nationalismus" für ihre Konzeption lehnt sie ab; der Begriff wird reserviert für die "Ideologie der Unterdrückung anderer Völker"²⁾:

"Das legitime Interesse von Völkern, frei über ihr eigenes Geschick zu verfügen, ihr Eifer, ihre eigene Wirtschaft und Kultur zu entwickeln, die Ressourcen ihres Landes zu nutzen, seine schöpferische Kapazität voll zu manifestieren",
dürfe man nicht als Nationalismus mißverstehen.³⁾

Dieser Mißdeutung nicht zu widersprechen, wäre für Rumänien gefährlich, nachdem eine Reihe internationaler Konferenzen kommunistischer Parteien "bürgerlichen Nationalismus" als gefährliche Abweichung, als Sünde wider den Geist der marxistisch-leninistischen Ideologie gebrandmarkt hatten. Für den Kampf um außenpolitische Selbständigkeit und den Apell an nationale Emotionen wählte die rumänische Führung deshalb den Terminus "sozialistischer Patriotismus", der durch sowjetische Theorie und Praxis abgesichert war. Der Begriff ist nicht genau definiert und mehr durch das bestimmt, was er nicht sein soll, als durch das, was er enthält. Nach "Gazeta Invatamintului" ist "sozialistischer Patriotismus"

"ein höchst komplexes Phänomen, dessen Wichtigkeit sich in allen Sektoren des sozialistischen Aufbaus spiegelt, und dieser Prozeß spielt eine wichtige Rolle bei der Weckung kreativer Energien im werktätigen Volk...Es ist klar, daß das Gefühl nationa-

1) Das Wort "setzt" soll bedeuten, daß die rumänische Führung nationale Emotionen objektiv benutzt; ob sie sich subjektiv von diesen Empfindungen beherrschen läßt, soll dahingestellt bleiben. Nachweisbar ist, daß sie bewußt eingesetzt werden also das Filter einer Reflexion durchlaufen: Ceausescu sagte in einem Interview: "Darum erachten wir es als notwendig, die fortschrittlichen Traditionen im Leben und Kampfe unseres Volkes zu kennen und beim Aufbau der sozialistischen Zivilisation zu verwenden!" Neuer Weg Anmerkungen 2) und 3) siehe Seite 154

len Stolzes nichts gemein hat mit Nationalismus oder Chauvinismus meinen nationale Ausschließlichkeit, Negierung der Gleichheit und der Rechte anderer Nationen und Nationalitäten, die als 'minderwertig' eingeschätzt werden."1)

Ein erster Anlaß zur Zustimmung ergab sich gleichsam von selbst: Der außenpolitische Kurs der rumänischen Regierung ist populär - in Anbetracht der antirussischen Gefühle der Bevölkerung. Besonders in Zeiten großen außenpolitischen Drucks solidarisierte sich die Bevölkerung mit der Führung des Landes: Hingewiesen sei auf die eindrucksvollen Versammlungen nach der Okkupation der Tschechoslowakei, als die Rumänen befürchten mußten, sie könne das gleiche Schicksal ereilen. Andere spektakuläre Ereignisse, die aufwendig organisiert worden waren, wie der Besuch de Gaulles in Rumänien im Mai 1968 oder wie die Visite Präsident Nixons, mußten dem Ansehen der leitenden Funktionäre dienlich sein, da sie dem Land in der internationalen Politik einiges Gewicht verschafft hatten.

Die Rumänen betrachten die Außenpolitik nicht als Funktion der Innenpolitik; Ceausescu sprach einmal von einer "dialektischen Einheit"²⁾ zwischen Innen- und Außenpolitik, das heißt, nicht nur außenpolitische Aktionen können der Innenpolitik, sondern auch interne Maßnahmen der Außenpolitik dienen. Die Aufstellung "patriotischer Garden" beispielsweise, die Ceausescu am 21.8.1968 ankündigte³⁾, um von der Ernsthaftigkeit des rumänischen Verteidigungswillens zu überzeugen, zählt zu diesen Maßnahmen ebenso wie die öffentlichen Versammlungen von Parteiorganisationen und Bürgern nach dem Budapester Konsultativtreffen, das die rumänische Delegation verlassen hatte; die Versammlungen sollten Solidarität der Bevölkerung mit der Partei demonstrieren und der Parteiführung Rückendeckung für künftige Verhandlungen geben.

1) I. Iuga: Patriotismus. Gazeta Invatamintului 7.1.1966

2) In einer Rede zur Geschichte der rumänischen Vereinigung am 29.11.1968. Neuer Weg 30.11.1968

3) Neuer Weg 22.8.1968. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde der Nationalversammlung auf ihrer nächsten Tagung zugeleitet. neuer Weg 14.11.1968

Anmerkung zu Seite 153

2) Dumitru Popescu in Neuer Weg 3.4.1968; mit dem gleichen Argument interpretiert Ceausescu den Aufruf zum Kampf gegen Nationalismus im Hauptdokument der Weltkonferenz 1969, Neuer Weg 11.6.69

3) Petre Constantin bei einer Diskussion über "Die Nation in der gegenwärtigen Welt". In: Lupta de Clasa 11/1967

Zu erwähnen sei, daß die Beibehaltung des autoritären Herrschaftssystems im Innern - charakterisiert durch die führende Rolle der Partei und den demokratischen Zentralismus innerhalb der Partei - nicht nur ein Anliegen der rumänischen Führungsschicht sondern auch eine Voraussetzung für die außenpolitische Selbständigkeit ist. Der Einmarsch in die CSSR hatte gezeigt, daß die KPdSU die Aufgabe dieser Prinzipien als Konterrevolution auslegt. Beide, Innen- und Außenpolitik sind geprägt von dem einen Leitmotiv: der kleinen Gruppe an der Spitze des rumänischen Staates nach innen wie nach außen einen maximalen Handlungsspielraum zu erhalten, den sie für sich und das von ihr definierte Wohl des Landes zu benötigen glaubt.

Im übrigen verläßt sich die rumänische Führung keineswegs auf die Effekte der Außenpolitik, um ihr Volk im gewünschten Sinn zu beeinflussen. Die Spitzenfunktionäre der Partei und besonders Ceausescu versäumen wenige Gelegenheiten zu öffentlichem Auftritt. Außer zu Tagungen der Nationalversammlung und der Parteigremien erscheint der Parteichef auf Gewerkschaftskongressen und Veranstaltungen des Jugendverbandes, er spricht zu Künstlern und Wissenschaftlern, zu Soldaten und Angehörigen der Miliz.

Die Reden verlaufen meist nach dem gleichen Schema: Zuerst ein allgemeiner Rückblick auf die Entwicklung seit 1945 und eine Darstellung der seither geschaffenen Werte. Dann folgt ein auf die jeweilige Berufsgruppe bezogener Passus, in dem der Parteichef Lob und Tadel austeilt und die Forderungen der Partei an die Berufsgruppe nennt, schließlich wieder ein allgemeiner Teil, in dem er häufig außenpolitische Probleme abhandelt. Die Teilnehmer der jeweiligen Veranstaltung machen sich dann die Forderungen der Partei zu eigen und stimmen der Politik vorbehaltlos zu.

Aber die rumänischen Führer begnügen sich nicht damit, in der Hauptstadt Repräsentanten von Berufsgruppen anzusprechen in der Hoffnung, daß diese Anregungen und Appelle unter ihren Standesgenossen verbreiten, sondern sie suchen auch regional Kontakt zur Bevölkerung. Ceausescu begann bald nach dem neunten Parteitag mit Besuchen in den einzelnen Regionen. Er fing in Tirgu Mures an, einem von der ungarischen Minderheit bewohnten Gebiet, das er unmittelbar nach der Okkupation der CSSR wieder besuchte. Am

26. August 1968 war er in Kronstadt, Covasna und Harghita - ein deutliches Zeichen dafür, welche Aufmerksamkeit die Parteiführung besonders der ungarischen Minderheit schenkte, die am meisten der Beeinflussung von außen zugänglich schien. Im Laufe des Jahres 1966 hatte Ceausescu alle Regionen besucht. 1968 folgte eine zweite Welle von Reisen in die einzelnen Kreise, Besuche, die sich nicht auf eine Rede in der größten Stadt beschränkten, sondern Visiten in größeren Betrieben, in Universitäten, landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und Dörfern einschlossen. Bei allen diesen Fahrten würdigte der Parteichef historische Traditionen ebenso wie die wirtschaftliche Entwicklung des Kreises und aktuelle Probleme der Innen- und Außenpolitik. Als ein Beispiel von vielen möge der Besuch dienen, den Ceausescu am 16. Oktober 1968 der Stadt Jassy in der Moldau abstattete.¹⁾

Ceausescu, in seiner Begleitung Ministerpräsident Maurer und andere Funktionäre, trifft morgens um acht Uhr auf dem Bahnhof der Stadt ein. Die versammelte Menschenmenge bringt Ovationen. Der Erste Sekretär des Kreispartei Komitees Dobrescu begrüßt ihn, Brot und Salz reicht ein Genossenschaftsbauer, rings Blumen, Mädchen und junge Pioniere. Ceausescu und Maurer fahren im offenen Wagen in die Industriezone der Stadt, am Straßenrand jubelnde Menschen. Die Parteiführer besichtigen Fabriken, Ceausescu hält eine kleine Ansprache an die Arbeiter. Anschließend die Universität, Begrüßung durch die Studenten, wieder eine kleine Ansprache des Parteichefs. Auf dem größten Platz der Stadt eine Versammlung Zehntausender, Arbeiter, Studenten. Der Erste Sekretär des Kreispartei Komitees eröffnet die Ansprachen, ihm folgt ein Arbeiter der Maschinenfabrik, der Rektor der Universität, ein LPG-Vorsitzender, eine Studentin - dann Ceausescu mit einer längeren Rede, wahrscheinlich vom Blatt abgelesen.

Seine Visite gehöre zu den Maßnahmen, sich möglichst oft mit dem Volk zu beraten. Er berichtet von seinen Besuchen in den Betrieben, äußert seine Genugtuung über die Erfüllung des Plans und beglückwünscht Industrie, Landwirtschaft, LPG. Die Leistungen seien Ergebnis des geeinten Schaffens des ganzen Volkes, die Erfolge ein Beweis für die Partei, die sich um weiteren Fortschritt be-

1) Ich folge dem Bericht in Neuer Weg 18.10.1968, Seite 1, 2 und 5

mühen werde. Zur Innenpolitik: Ceausescu übt Kritik an früheren Unzulänglichkeiten und versichert, daß sich die Fehler nicht wiederholen würden¹⁾. Zum Verhältnis von nationalen und internationalen Aufgaben meint er, es bestehe kein Gegensatz zwischen beiden, die Erfüllung der nationalen Aufgaben sei "wesentliche Voraussetzung für die Bekundung des sozialistischen Internationalismus." Unabhängigkeit und Souveränität stünden nicht im Gegensatz zum Marxismus-Leninismus. Hauptanliegen sei die "Einheit der gleichberechtigten sozialistischen Länder und kommunistischen Parteien." Prinzipien und Ziele in der Außenpolitik: Stärkung der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, mit den Nachbarvölkern Bulgarien, Jugoslawien, Ungarn, mit allen sozialistischen Ländern und mit Staaten anderer Gesellschaftsordnung, um imperialistische Aggressionen abzuwehren. Die Verteidigungsfähigkeit werde durch die Partei gestärkt werden: "Hier in Jassy wißt ihr genau, daß unser Volk niemals in die Knie ging und daß es, sooft es sein nationales Wesen verteidigen mußte, gekämpft hat. Das Denkmal Stefan des Großen ist ein Sinnbild dieses Kampfes unseres Volkes", ebenso andere Fürsten, "sie haben es vorgezogen zu sterben, statt sich vor fremden Eindringlingen zu beugen." Und zum Schluß seiner Rede: Die Notwendigkeit immer neuer Anstrengungen in Industrie, Forschung, Landwirtschaft und Unterricht.

Der Abend schließt mit einer Folkloredarbietung vor dem Denkmal Stefan des Großen. Ein Chor rezitiert Worte des Königs in einem Schauspiel: "Die Moldau ist immerdar euer und der Nachkommen eurer Nachkommen, jetzt und für alle Jahrhunderte." Am nächsten Tag bricht die Wagenkolonne auf, durch kleinere Ortschaften geht es nach Norden nach Botosani.

Zunächst fällt an diesem doch eigentlich lokalen Ereignis die umfangreiche - auf drei Zeitungsseiten - und detaillierte Berichterstattung in einer Zeitung auf, die für die deutsche Minderheit in Rumänien herausgegeben wird. In anderen Blättern nahmen sich die Berichte ähnlich aus. Es sollten also auch die an dem Ereignis teilhaben, die, entfernt wohnend, nicht unmittelbar teilnehmen konnten. Der Bericht kündete von der Zustimmung der Bevölke-

1) Dieser Passus bezieht sich auf die Rehabilitierung in den fünfziger Jahren verurteilter Parteifunktionäre.

rung, andere sollten sich von der durch die Massenmedien verbreiteten Begeisterung anstecken lassen. Dazu waren alle Mittel des politischen Showgeschäftes eingesetzt: Der regnerische Mittwoch wurde zum Festtag stilisiert, Massenszenen, folkloristische Tupfer arrangiert.

Die Rede des Parteichefs bestand aus drei größeren Abschnitten. Zunächst beschäftigte sich Ceausescu mit der örtlichen Industrie und schwenkte dann aus der den Zuhörern vertrauten Perspektive der Stadt auf die Probleme des ganzen Landes. Die Errungenschaften im lokalen Bereich, neue Fabriken, größere Produktion, beleuchtete die Erfolge des Landes. Berechtigter Stolz auf eigene Leistungen wurde umgemünzt zur Legitimierung und Glorifizierung der Partei. Eine zweite, in fast jeder Rede anzutreffende außenpolitische Passage trug der Parteichef in dem gleichen Tenor vor, in dem er auch auf einem ZK-Plenum oder einer internationalen Konferenz gesprochen hätte: die gleichen Wendungen, Probleme keineswegs simplifizierend, das gleiche ernüchternde Vokabular, geeignet, die besprochen Themen zu verfremden. Dabei ging es um nichts Geringeres als um die künftige Selbständigkeit des Landes und um die Abwehr des Interventionsanspruchs der Sowjetunion, ein Thema, mit dem man nur zu leicht überschwengliche Emotionen hätte wecken können. Gerade diese Emotionen wünschte die rumänische Parteiführung bei diesem Thema offensichtlich nicht.¹⁾

Alles Pathos blieb dem dritten Abschnitt vorbehalten, einer historischen Malerei, in der große Gestalten der rumänischen Geschichte - Stefan der Große ist der Lieblingsheld - beschworen wurden. Bei anderen Gelegenheiten ließ man die geschichtlichen Heroen sogar auferstehen und agieren, dargestellt von Schauspielern, die feierliche Worte zu rezitieren hatten. Sie belebten die Vergangenheit, schwelgten in Patriotismus, Opfermut und Heldentum - aber sie meinten die Gegenwart. Denn wenn Ceausescu in der Moldau von

1) Eine Ausnahme war die Rede Ceausescus am 21.8.1968 in Bukarest: "Es wurde gesagt, daß in der Tschechoslowakei die Gefahr einer Konterrevolution bestünde; es werden sich morgen vielleicht einige finden, die sagen, daß sich auch hier auf dieser Versammlung konterrevolutionäre Tendenzen kundgetan haben. Wir antworten allen: Das rumänische Volk wird es niemandem gestatten, das Territorium unseres Vaterlandes zu verletzen..Seid überzeugt, Genossen, seid davon überzeugt, Bürger Rumäniens, daß wir unser Vaterland, daß wir die Interessen unseres Volkes nie verraten werden." Neuer Weg 22.8.1968

Kampf, von Verteidigung und von Unbeugsamkeit sprach, dann dachten seine Zuhörer an Rußland, an Auseinandersetzungen mit Rußland, an Bessarabien - die Grenze verläuft kaum mehr als 20 Kilometer von Jassy entfernt - und an die Bedrohung der Unabhängigkeit. So verbindet sich Gegenwart mit Vergangenheit, die nüchtern dargebotene Außenpolitik der Rumänischen Kommunistischen Partei spiegelt sich verfremdet in der Geschichte.¹⁾ Die Ausflüge in die Vergangenheit sollten die gegenwärtige außenpolitische Gefährdung Rumäniens assoziieren und die Bevölkerung zur Unterstützung der Partei mobilisieren, die wie einst die beschworenen Heroen das Staatsschiff sicher durch alle Schwierigkeiten hindurchsteuern werde.

Aber nicht genug damit. Die rumänischen Führer bemühten die heroische Vergangenheit auch für die industrielle Arbeitswelt der Gegenwart. Im September 1966 besichtigte Ceausescu in Bacau die Renovierungsarbeiten an der Festung Nemat und verglich die Burgen, die Denkmäler der Vergangenheit mit dem Aufbau der Industrie als einem Denkmal für künftige Generationen²⁾. Wenige Monate zuvor nach der Besichtigung von Putna, der Grabstätte Stefans des Großen hatte er gesagt:

"Diese Stätten, die die Vergangenheit in Erinnerung bringen und vom Alter unserer Überlieferungen des Kampfes, der Kultur und der Zivilisation zeugen, sind eine wahre Schule des Patriotismus und der Zuversicht in die Kraft des Volkes, das Herr seines Schicksals, heute die glorreichen Traditionen der Vorfahren weiterführt und sich ein neues, blühendes und sozialistisches Vaterland erbaut..³⁾"

Auf diese Weise wird Patriotismus in den Dienst der Industrialisierung gestellt; Leistungsbereitschaft am Arbeitsplatz ist Dienst für das Wohl der Nation.

Bei diesen Bemühungen wandelt sich die Sprache, sie wird bildhaft und suggestiv. Die trockene Aneinanderreihung schwerverständ-

1) Als weiteres Beispiel sei Ceausescus Besuch in Alba Julia, Hunedoara, am 7.10.1966 erwähnt. Die Parteifunktionäre ließen sich bei der Gelegenheit von einer Schauspielertruppe die Worte vortragen, mit denen Michael der Tapfere Ende des 16. Jahrhunderts die erste kurzfristige Vereinigung Siebenbürgens mit der Moldau und Walachei dokumentiert hatte; anschließend wurde ihnen der Vereinigungsbeschuß vom 1.12.1918 verlesen. Neuer Weg 8.10.1966

2) Neuer Weg 11.9.1966

3) Ceausescu in Suceava Neuer Weg 25.5.1966

licher Substantive hört auf und Metaphern, Bilder und Vergleiche appellieren an die Einbildungskraft des Zuhörers, nicht Überzeugung, sondern Übereinstimmung heischend:

"Die Flamme des nationalen und sozialen Kampfes verlöscht nie; bald loderte sie empor und ließ die Unterdrückten erbeben, bald blieb sie als gedämpfte Glut bestehen, um dann noch höher zu schlagen."1)

Gelegentlich treibt die Metaphorik Blüten, die auch aus nationalistischen Bekundungen anderer Länder bekannt sind: Das Volk als Organismus, das Territorium als Boden, als Scholle, aus dem der Organismus die Kraft zum Wachsen schöpft:

"..sie beweisen jetzt und werden nach Jahrhunderten noch die Lebenskraft und Weisheit unseres Volkes beweisen, das schweren Prüfungen unerschütterlich standhielt, immer wieder neue Kraft schöpfte und wie die Eiche nach dem Sturm noch stolzer zur Sonne emporwuchs.."2)

Was sich hier noch als Vergleich gibt, ist später Metapher:

"Eine schöpferische marxistische Politik, genährt vom Lebenssaft der nationalen Wirklichkeiten, vom Saft der Scholle, in der sie wurzelt, ist, wie das Leben beweist, die Hauptrolle unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung.."3)

Dumitru Popescu, von dem diese Worte stammen, verwandte auf dem 10. Parteitag die neuen Bilder zur Überhöhung und Verklärung des "Führers" Nicolae Ceausescu:

"Der Wald ist riesenhaft und allmächtig. Aber erst wenn der Wind geht, bewegt er sich, rauscht er und erwacht zum Leben. Jede Nation trägt unerschöpfliche Reserven der Schaffenskraft in sich. Um diese freizusetzen, bedarf es jedoch des Anstoßes, und dieser wird immer von edlen Geistern, von Menschen vermittelt, die mit erleuchtetem Verstand und ungewöhnlichem Willen begabt sind. Einen solchen Anstoß fanden wir alle in dem Kommunisten Nicolae Ceausescu, der diese großen Tugenden in sich vereinigt."4)

Hier fand einen einsamen Höhepunkt, was sich seit 1965 immer deutlicher abgezeichnet hatte: In der Person Ceausescus verkörperte sich die Partei. Und was zunächst nur übergroße Aktivität schien, mündete in Personenkult. Dumitru Popescu wurde befördert: Im Juli avancierte der ZK-Sekretär auch zum Leiter des Staatskomitees für Kultur und Kunst.

Jubiläen waren ein gesuchter Anlaß, patriotische Empfindungen wachzuhalten. Dazu dienten Daten aus der Zeitgeschichte, die mit der Herrschaft der kommunistischen Partei zusammenhingen ebenso

1) Ceausescu vor der Nationalversammlung. Neuer Weg 21.8.1965

2) ebenda

3) Dumitru Popescu in Scinteia vom 2.4.1968

4) zit. nach Osteuropäische Rundschau 9/1969 S. 6

wie Ereignisse der rumänischen Geschichte. In dem Maße, in dem die Feiern zur Oktoberrevolution an Schwung verloren, wuchs die Begeisterung für derartige Jubiläen, vornehmlich solcher, die sich in irgendeiner Form auf die Behauptung des Rumänentums oder auf die Herausbildung des rumänischen Nationalstaats bezogen. Am 24.1.1965 gedachte man erstmals in rumänischen Gazetten ausführlich des 106. Jahrestages der Vereinigung der rumänischen Fürstentümer¹⁾; der Tag wurde zum offiziellen Staatsfeiertag. Im Juli 1966 war der 500. Jahrestag des Klosters Putna Anlaß zu einem Folklorefestival, an dem über 100 000 Menschen teilnahmen, den 60. Jahrestag des Bauernaufstands von 1907 würdigte Paul Niculescu-Mizil, bei der 50-Jahr-Feier der Schlacht von Marasesti war der Parteichef selbst anwesend; der Anlaß diente dazu, Rumäniens Rolle im ersten Weltkrieg hervorzuheben und auf die Vereinigung Siebenbürgens mit dem "Mutterland" hinzuweisen. Zum 120. Jahrestag der Revolution von 1848 fand in Bukarest eine Volksversammlung im Stadion der Republik statt; Ceausescu hielt die Festansprache, er rühmte die Beteiligung Rumäniens an der Revolution und schilderte die weitere Geschichte des Landes. Im November gedachte man in Alba Julia des 50. Jahrestages der Vereinigung Transsylvanien mit Rumänien, am 28.11.1968 wurde während einer Großkundgebung ein Reiterstandbild Michaels des Tapferen enthüllt²⁾, und am nächsten Tag leitete Ceausescu eine Jubiläumssitzung der Nationalversammlung.

Außer den "nationalen" Jubiläen veranstaltete man Gedenktage und Feiern zu Ehren von Künstlern (Eminescu, Cosbuc) und Politikern. Im März 1966 fand beispielsweise eine Gedenktagung für Nicolae Titulescu statt, zu der das Außenministerium einlud; die Feierrede über Titulescu, den "hervorragenden rumänischen Politiker und Diplomaten, Kämpfer für die Verteidigung der Unabhängigkeit und nationalen Souveränität, für Frieden und gutnachbarliche Beziehungen mit allen Staaten"³⁾, hielt Außenminister

1) Nach Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa 1,2/1966 S.15 war des 100. Jahrestages der Vereinigung im Jahr 1959 noch in sehr bescheidenem Umfang gedacht worden.

2) "Die Denkmäler unseres Vaterlandes" in Scinteia vom 30.9.1965: "Die Spuren der Vergangenheit sind nicht einfach nur Ausflugsziele für Besucher, sondern eindrucksvoller Beweis von der Geschichte unseres Volkes, von der Entwicklung seiner materiellen und künstlerischen Kultur. Schulen und Jugendgruppen finden hier ein weites Feld für verschiedene erzieherische Projekte."

3) Neuer Weg 18.3.1966

Corneliu Manescu.

3. Erziehung und Kunst

Gleichzeitig mit der Wirtschaftsreform begann in Rumänien eine Diskussion über die Neuorientierung des Ausbildungssystems. Zur Debatte standen sowohl Strukturprobleme als auch bisher unterrichtete Lehrinhalte. Man erwog, im Hochschulbereich den Zentralismus zu lockern und den Hochschulen, beziehungsweise Fakultäten und Instituten Einfluß auf Organisation und Inhalt des Ausbildungsprozesses zu geben. 1968 wurde eine Reform des Schulsystems in Angriff genommen; das Unterrichtsministerium legte eine Studie vor, die unter anderem die Einführung der obligatorischen 10-Klassen-Schule vorsah.

Es sollten auch bisher vernachlässigte Wissenschaften rehabilitiert und als Lehrfächer anerkannt werden: Die Kybernetik, Genetik, konkrete Soziologie unter anderem. Für Literatur und Biologie forderte man neue Unterrichtsprogramme, bisher sei in Schule und Hochschule nach Programmen und Lehrbüchern unterrichtet worden, die "ernste Mängel aufwiesen".¹⁾ Noch größere Aufmerksamkeit fand der Geschichtsunterricht, ihm wurde eine wichtige Funktion bei der Bewußtseinsbildung der heranwachsenden Rumänen beigemessen:

"Unterricht in Geschichte ist Unterricht in patriotischer Erziehung, in Patriotismus - ein Unterricht, indem der Schüler lernt, was die Existenz unserer Vorfahren bedeutete, von Mut, Würde und Heroismus, mit dem sie ihre Freiheit und nationale Existenz verteidigten... Auf diese Weise stärken sie (gemeint sind historische Kurse) in größerem Ausmaß die erhabenen Empfindungen von Liebe und Verantwortung gegenüber dem sozialistischen Vaterland, gegenüber den Bestrebungen unseres Volkes heute - den Erbauern einer neuen sozialen Ordnung -, sie stimulieren Liebe zur Arbeit, den Willen, die eigene Arbeitskraft dem Fortschritt und Gedeihen des sozialistischen Rumänien zu widmen."²⁾

Bisher hatte der Geschichtsunterricht diese Funktionen offenbar nur unzulänglich erfüllt. Die Ursache sah man darin, "daß die Rolle der internen Kräfte unseres Volkes verringert wurde, daß bedeutende Ereignisse in der Geschichte unseres Volkes unterschätzt wurden."³⁾ Dementsprechend forderte das Parteiorgan Scin-

1) Neuer Weg 7.2.1968

2) Scinteia 14.3.1967

3) Neuer Weg 7.2.1968

teila neue Lehrbücher und eine Überarbeitung der Lehrpläne. Besonderes Augenmerk sollten künftig solche Themen finden: Die Gründung des rumänischen Nationalstaats, die Erringung der nationalen Unabhängigkeit, die Arbeiter- und Bauernkämpfe des vorigen Jahrhunderts, die Rolle die das Proletariat und seine kommunistische Partei spielte..

Was sich die rumänischen Kulturfunktionäre vom Geschichtsunterricht für den Schüler und Studenten erhofften erwarteten sie von der Kunst, insbesondere von der Literatur für die Bewußtseinsbildung der Erwachsenen. Schon frühzeitig befreiten sie die Kunst von den Fesseln des "sozialistischen Realismus" - aber nicht, indem sie den Begriff formell außer Kraft setzten, sondern indem sie ihn neu definierten. Danach war er so unscharf geworden, daß er als Wertmaßstab für Kunst nicht mehr zu gebrauchen war. Ceausescu erklärte auf einem Treffen mit Künstlern:

"Wir sind für eine realistische Kunst, die ein Spiegelbild unserer sozialistischen Gesellschaft ist, eine Kunst, die durch ihre Kraft und Zuversicht unser Zeitalter verkörpert, in der das Leben und die Bestrebungen des rumänischen Volkes mitschwingen."¹⁾

Mit dieser Formel ließ sich alle künstlerische Produktion als realistisch einstufen, bot aber Handhabe gegen alles, was "Zuversicht" in das politische System missen ließ. Realismus war kein formales Kriterium mehr, sondern allenfalls Kriterium zur Beurteilung des Inhalts. Rumänische Literaturzeitschriften lehnten den Begriff "Realismus" als Wertmaßstab rundweg ab.²⁾

Was bisher für die Schriftsteller nur ein Ausweg war, um den Fesseln administrativer Bevormundung zu entkommen - die Flucht in historische Themen und historisierende Darstellung - wurde mit dem 9. Parteitag offizielle Kulturpolitik:

"Dem Volk, dem wahren Schöpfer aller Reichtümer des Vaterlandes, müssen die Künstler und Kulturschaffenden das Schönste und das Beste widmen, das sie zu schaffen vermögen. Selbstverständlich kann und soll man verschiedene Formen und Stilarten gebrauchen. Wir können den Kunstschaffenden sagen: Wählt alles, was euch im Reich der Farben am schönsten, im Reich der Worte am ausdrucksvollsten dünkt, gestaltet die Wirklichkeit möglichst vielfältig in Lyrik und Prosa, in Malerei, Skulptur und Musik, besingt das

1) Neuer Weg 21.5.1965

2) Ausführlich zum Problem "Realismus" Calinescu Matei: Die Bedeutung von Realismus. Luceafarul 6.8.1966 und 13.8.1966. Eine Zusammenfassung der einjährigen Diskussion in: Neuer Weg 23.5.1965

Vaterland und unser herrliches Volk... Es gibt viele Ereignisse in der Geschichte unseres Vaterlandes,...die in literarisch künstlerischen Werken noch nicht gültig widergespiegelt wurden... Der Kunst und der Literatur ist das Bemühen um die ständige Erneuerung und schöpferische Vervollkommenung der künstlerischen Ausdrucksmittel, um die Mannigfaltigkeit der Stilarten eigen; jede Tendenz formaler Unnachgiebigkeit oder Verknöcherung muß vermieden werden. Wesentlich ist, daß jeder Künstler in seinem eigenen Stil und unter Wahrung seiner künstlerischen Individualität hohes Verantwortungsgefühl um den Inhalt seines Werkes bezeugt und danach strebt, daß dieses einen breiten Weg zu Geist und Herz des Volkes findet."¹⁾

Die Partei überließ den Künstlern einen gewissen Spielraum, den diese nutzen konnten, solange sie sich an die Spielregeln hielten. Die Partei versprach, auf direkte Eingriffe in den Kunstbetrieb zu verzichten - und das war für die Künstler ein wesentlicher Fortschritt. Indirekte Einflußmöglichkeiten bestanden auch weiterhin darin, daß die Werke jener Künstler, deren "Verantwortungsgefühl" nicht ausreichte, von den staatseigenen Verlagen nicht verlegt, von den Bühnen nicht aufgeführt oder vom Staat nicht gekauft wurden.²⁾

In rumänischen Verlagen erschienen Neuausgaben von Werken rumänischer Schriftsteller des 19. und 20. Jahrhunderts, auch moderne Werke der Weltliteratur in Übersetzung: Giraudoux, Joyce, Faulkner, Kafka, Gide, Camus. Die rumänischen Theater, deren Spielplan ehemals von sowjetischen Stücken beherrscht war, spielten jetzt Shakespeare, O'Neill, Ionesco, Anouilh, Brecht, rumänische Klassiker, während kommunistische Repertoirestücke zurücktraten. Die Plastiken Henry Moores wurden öffentlich ausgestellt und fanden positive Würdigung. Künstler, die in der Vergangenheit zum Schweigen gebracht worden waren, durften wieder veröffentlichen.³⁾

Viele junge Künstler nutzten den Spielraum; Schriftsteller experimentierten, orientierten sich an Kafka und Pound; bildende Künstler gestalteten abstrakt, knüpften unverhohlen an Kunsttradition

1) Neuer Weg 20.7.1965

2) Kritik am Verlagswesen übt "Luceafarul" Nr.41/1966. Über den Erwerb von Werken bildender Künstler vgl. Scinteia tineretului 19.1.67 und 26.1.1967; in dem Artikel fordert der Autor die Möglichkeit an Private verkaufen zu können, also einen besonderen Kunstmarkt.

3) Monica Lovinescu: Rumäniens Stalinisten entstalinisieren. Osteuropäische Rundschau 5/1967 S.11. Dieselbe: Die neue rumänische Dichtergeneration. Osteuropäische Rundschau 6/1968; dies.: Zur Lage der Literatur in Rumänien, ebenda 10/1969. Vgl. auch: Die Bukarester Literaturpolitik. In: Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa 7/1968; Neue Akzente in der rumänischen Literatur, ebenda 11,12/1966

onen der Zwischenkriegszeit an. Literarische Zeitschriften veröffentlichten kontroverse Debatten über Realismus, zur Vergangenheitsbewältigung; Generationskonflikte, sich befehlende Künstlergruppen werden sichtbar, ohne daß es die sonst auf Ruhe und Ordnung bedachte Partei verhinderte. Die Partei verhehlte nicht, daß ihr zu heftige Auseinandersetzungen unsympathisch waren¹⁾, sie schritt aber nicht administrativ ein. Auf dem Schriftstellerkongreß Ende 1968 forderten einzelne Künstler autonome Verlage, eigene Magazine für einzelne Künstlergruppen oder beklagten die "Ströme von Lügen", die sich in vergangenen Jahren in Rundfunk, Presse, Literatur über die Welt ergossen hätten²⁾; in die Schlußerklärung des Kongresses fanden solche Zweifel allerdings keinen Eingang, die Dominanz der Partei im Kulturleben blieb unangetastet. Es war – einzig in der Gesellschaft Rumäniens – Schriftstellern und Künstlern ein Freiraum entstanden, indem sie eigenen Gesetzen folgen konnten, solange sie sich auf formal-künstlerische Anliegen beschränkten. Aber – der Raum war nicht erkämpft, er war gewährt worden.

Offensichtlich war die Entwicklung weitergegangen, als sich die Partei gewünscht hatte: Der Drang nach Selbständigkeit, nach Originalität hatte nicht am Stil haltgemacht, sondern auch den Gehalt des Kunstwerks mit einbezogen. Originalität auf diesem Gebiet wünschte die Partei nicht: Darauf deuteten die seit Anfang 1968 wiederholten Mahnungen hin, Vielfalt der Ausdrucksmöglichkeit bedeute nicht auch ideologische Vielfalt.³⁾ Die Entlassung von Eugen Barbu, Chefredakteur von "Luceafarul" – der Zeitschrift des Schriftstellerverbandes – war eine ernste Warnung der Partei und bewies, daß sie jetzt den gewährten Spielraum wieder einengen wollte. Die Künstler hatten nicht erfüllt, was die Partei sich von ihnen erhofft hatte,⁴⁾ und deshalb definierte

1) Scinteia 1.6.1968: I. Lăncrănjan: Laßt uns unsere literarischen Fähigkeiten auf der Basis der Realität prüfen.

2) Romania Literara 7/1968 vom 21.11.1968, der Beitrag von Paraschivescu.

3) Gazeta Literara 30.5.1968: Einheit durch Vielfalt; V. Rapeanu: Der ideologische Stand literarischer Debatten, Scinteia 10.11.1968; ebenda 13.11.1968: Marin: Vielfalt des Stils bedeutet nicht ideologische Mannigfaltigkeit.

4) "Nichtsdestoweniger nimmt die patriotische und soziale Lyrik im dichterischen Schaffen noch nicht den Raum ein, den die tiefen, begeisterten Gefühle, die unsere sozialistische Welt heute empfindet, erfordern!" So der Vorsitzende des Schriftstellerverbandes, Stancu. Neuer Weg 16.11.1968

der Parteichef auf dem Schriftstellerkongreß erneut seine Forderungen an die Künstler und steckte ihrer Selbständigkeit engere Grenzen:

"Unsere Gesellschaft benötigt eine militante Literatur, die die Massen zu einer ständig reicheren, schöpferischen und bewußten Tätigkeit aufruft, die sie mobilisiert und zur Festigung der moralisch-politischen Einheit des ganzen Volkes beiträgt."1)

Damit sie dies politische Ziel erreichen konnte mußte und sollte die Kunst allgemeinverständlich sein:

"Es ist bedauerlich, daß es manchen Schriftstellern gleichgültig ist, inwieweit ihre Werke für den Leser verständlich sind, ja, daß es sie erklärtermaßen nicht interessiert, ob sie von den Massen verstanden werden."2)

Mit dieser Forderung nach Allgemeinverständlichkeit führte die Partei formale Kriterien wieder ein: Inhaltliche, politische Linientreue war ohnehin selbstverständlich:

"Die Führung und Anleitung der Kunst durch die Partei ist eine unumstößliche Notwendigkeit, sie bildet die Gewähr dafür, daß in unserm Lande Kunst und Literatur der Sache des Sozialismus und dem Fortschritt dienen."3)

Demgegenüber konnte die Zusicherung, auch künftig sei kein bestimmter Stil vorgeschrieben, nicht mehr von großem Wert sein. Eine im Vergleich zu vorher rückschrittliche Kulturpolitik hatte begonnen.

4. Rechtssicherheit

Schon unter Gheorghiu-Dej hatte der innenpolitische Druck nachgelassen. Die neue Führung bemühte sich aber nicht nur um eine neue Atmosphäre, sondern versuchte, das Verhältnis zwischen Staat und Bürger neu zu ordnen. Jetzt sollte auch für den einzelnen Bürger Rechtssicherheit entstehen und Willkür der Behörden im Umgang mit Staatsbürgern aufhören.

Noch vor dem 9. Parteitag trat die neue Führung vor dem Staatssicherheitsdienst an, und Ceausescu ließ den Parteisekretär und Innenminister Draghici fordern, daß die Organe des "Innenministeriums" "in ihrer ganzen Tätigkeit die sozialistische Gesetzmäßigkeit strikt einzuhalten" hätten und daß die Mitarbeiter des

1) Ceausescu auf dem Schriftstellerkongreß. Neuer Weg 19.11.1968

2) ebenda

3) ebenda

Ministeriums den "Staatsbürgern gegenüber stets eine korrekte Haltung an den Tag legen" ¹⁾ müßten - eben dies war in der Vergangenheit nicht geschehen und Draghici war dafür verantwortlich gewesen, Ende 1965 rehabilitierte man stillschweigend einige Parteifunktionäre: Miron Constantinescu, der 1957 Politbüromitglied gewesen war, wurde am 24.9.1965 stellvertretender Unterrichtsminister.

Die neue Verfassung war eine Absichtserklärung. Konkrete Maßnahmen, die von der Ernsthaftigkeit des Willens überzeugten und ein neues Verhältnis zwischen Staat und Bürger juristisch begründeten, folgten erst 1967. Im März dieses Jahres wurde der Präsident des Obersten Gerichtshofes, Alexandru Voitinovici abgesetzt; er hatte dieses Amt seit Anfang der fünfziger Jahre mit nur kurzer Unterbrechung innegehabt. Im Juli 1967 verabschiedete die Große Nationalversammlung das Ausführungsgesetz zu den Artikeln 35 und 96 der Verfassung, in denen den Bürgern das Recht zur Anfechtung von Verwaltungsakten zugesichert worden war. Nach diesem Gesetz konnte ein durch illegale administrative Maßnahmen geschädigter Bürger Aufhebung der Maßnahme und Wiedergutmachung des zugefügten Schadens verlangen ²⁾. Er hatte das Recht, wenn die Behörde seinem Verlangen nicht nachgab oder er mit dem erteilten Bescheid nicht zufrieden war, sich an das nächste lokale oder regionale Gericht zu wenden. Die Gerichte konnten Verwaltungsakte suspendieren und hatten das Recht auf Akteneinsicht. Verwaltungsmaßnahmen, die aus Gründen der Landesverteidigung, Staatssicherheit, öffentlicher Ordnung und Planung verfügt wurden, waren von dieser Regelung allerdings ausgenommen.

Ende Juni 1967 hatte ein ZK-Plenum stattgefunden, das sich unter anderem auch mit der Tätigkeit des Innenministeriums und seiner organisatorischen Struktur befaßte. Wenig später wies Ceausescu auf einer Versammlung im Innenministerium unverblümt auf Übergriffe des Sicherheitsdienstes hin. Derartige Übergriffe gegen Staatsbürger, Partei- und Staatsfunktionäre dürfe es künftig nicht wieder geben:

"Das Plenum hat erneut mit Nachdruck auf die Notwendigkeit hingewiesen, alle Maßnahmen zu ergreifen, damit die Legalität streng

2) Neuer Weg 28.7.1967. vgl. auch Jahrbuch für Ostrecht Bd.VIII, Dezember 1967

1) Neuer Weg 24.6.1965

gewahrt wird, damit kein Staatsbürger mehr verhaftet werden kann, ohne daß eine ausreichende Begründung und Beweise vorliegen, damit kein Funktionär und im allgemeinen kein Parteimitglied ohne die Einwilligung der Parteiorgane verhört oder verhaftet werden kann."1)

Um dies künftig sicherzustellen, ordnete das ZK eine Umorganisation des Innenministeriums an: Ein sogenannter Sicherheitsrat sollte in Zukunft alle wichtigen die innere Sicherheit betreffenden Fragen kollektiv entscheiden. Ende 1967 wurde eine Reihe von Strafen, unter anderem auch Vergehen gegen die Staatssicherheit durch Gesetz amnestiert oder herabgesetzt.²⁾

Den zunächst noch allgemein gehaltenen Andeutungen folgten im nächsten Jahr konkrete Maßnahmen: Lucretiu Patrascanu und andere unschuldig zum Tode Verurteilte wurden öffentlich rehabilitiert; der verantwortliche Innenminister und später auch andere schon vor 1960 führende Parteifunktionäre wurden aus ihren Ämtern entfernt. Mit dieser Aktion wollte die rumänische Parteiführung erklärtermaßen "die Wahrheit, so wie sie ist, wiederherstellen" und den Sozialismus rehabilitieren:

"Infolgedessen dürfen wir in diesen Übergriffen, in diesen Gesetzesverletzungen, in diesen Verbrechen nicht einen unvermeidlichen Begleiter des Sozialismus sehen, wie das einige darzustellen versuchen, sondern Erscheinungen, die von außerhalb des Sozialismus kommen und im Sozialismus nichts zu suchen haben."³⁾

Die Partei wollte, daß der Bürger sich im Staate sicher fühle, geschützt vor Willkür:

"Wir müssen dahin wirken, daß sich jeder Mensch vollauf frei und Herr seiner selbst fühlt. Wir müssen es bewirken, daß kein Bürger dieses Landes, sei er Minister, Parteifunktionär oder einfacher Werktätiger, mehr Angst hat, er könnte von der Arbeit nicht mehr nach Hause zurückkehren, wie das in der Zeit vorgekommen ist, auf die wir uns beziehen, und die wir glücklicherweise längst überwunden haben."⁴⁾

Die Partei erwartete, die Aktion werde ihr Prestige, ihre Autorität "nicht verringern, sondern festigen". Rechtssicherheit sollte der Partei das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen und auf diese Weise Herrschaft sichern. Auf einer Festveranstaltung zum 20. Jahrestag seiner Gründung mahnte die Partei den Sicherheitsdienst nochmals, zu unterscheiden zwischen "gegnerischen Elementen" und "unaufgeklärten Personen, die wegen gewisser Unzulänglichkeiten

1) Neuer Weg 27.6.1967

2) ebenda 29.12.1967

3) Ceausescu vor dem Bukarester Parteiaktiv, Neuer Weg 28.4.1968

4) ebenda

oder mangelnden Verständnisses für einige Maßnahmen unzufrieden sind".¹⁾ Damit folgte die rumänische Führung, auch wenn sie es nicht so deutlich aussprach, einer ähnlichen Maxime wie die Ungarn nach der Revolution von 1956, als Kadar nach dem Grundsatz verfuhr, wer nicht gegen die Kommunisten sei, sei für sie. Der rumänische Sicherheitsdienst sollte sich auf die Bekämpfung gravierender Vergehen, wie organisierte Tätigkeit gegen die Staatsordnung, gegen die führende Rolle der Partei oder die sozialistische Gesetzlichkeit beschränken.

Die wichtigsten Maßnahmen wurden 1968 durchgeführt und zweifellos hatten die gleichzeitigen Ereignisse in der Tschechoslowakei Einfluß auf die rumänische Innenpolitik. Auf diese Weise behielt die RKP die Initiative und kam etwaigen Auswirkungen der tschechischen Vorgänge auf die eigene Bevölkerung zuvor. Es wäre aber falsch, die Ursache für eine gewisse Liberalisierung in Rumänien allein in den Demokratisierungsbestrebungen in der CSSR zu sehen, denn die Entwicklung in Rumänien begann schon vor dem 9. Parteitag. Die Ereignisse in der CSSR dürften die rumänische Politik nur beschleunigt haben. Keine dieser Maßnahmen wurde nach der Okkupation der CSSR wieder rückgängig gemacht.

Parallel zu den Erörterungen über die Staatssicherheit lief eine Kampagne zur Stärkung der "sozialistischen Gesetzlichkeit". Bei einer Podiumsdiskussion, an der auch der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofs Emilian Nurescu teilnahm, wurde Kritik auch an der Rechtsprechung der Gerichte laut. Teilnehmer äußerten den Vorwurf, die Urteile stünden manchmal nicht im Einklang mit dem Grad der sozialen Gefahr der Tat oder des Täters²⁾. Dieser Grundsatz wurde zum wichtigsten Kriterium für Strafmaß und Straftat im Entwurf des neuen Strafgesetzbuches, der Anfang April 1968 der rumänischen Öffentlichkeit vorgelegt wurde³⁾. An dem Entwurf hatte eine Reihe von Spezialisten des Justizministeriums, der Generalstaatsanwaltschaft, des Obersten Gerichtshofs, Theoretiker und Praktiker mitgearbeitet. Er war zwei Monate lang Gegenstand öffentlicher Diskussion. Vorschläge der Öffentlichkeit und von Abgeordneten der Nationalversammlung wurden berücksich-

1) Neuer Weg 31.8.1968

2) Scinteia 11.1.1968 und 17.1.1968

3) Neuer Weg 17.4.1968. Das alte Strafgesetzbuch war mit einer Reihe von Änderungen seit 1936 in Kraft.

tigt. Am 21. Juni 1968 verabschiedet die Große Nationalversammlung das Strafgesetzbuch einstimmig und am 1. Januar 1969 trat es in Kraft¹⁾.

Auch wenn die manchmal extremen Strafbestimmungen für Vergehen gegen die Staatssicherheit und öffentliches Eigentum nicht wesentlich von früheren Urteilen abweichen, so besteht doch eine entscheidende Verbesserung des Strafrechts darin, daß der Grundsatz nullum crimen, nulla poena sine lege in das Strafgesetzbuch aufgenommen worden war. Allein das Strafgesetzbuch sollte künftig bestimmen, welche Handlungen als Vergehen einzustufen und welche Strafen auszusprechen seien: Niemand sollte zur Rechenschaft gezogen werden für eine Tat, die zur Zeit der Ausführung nicht durch Gesetz in die Kategorie strafbarer Vergehen eingeordnet war; niemand sollte eine Strafe abbüßen müssen, die kein Gesetz vorsah²⁾. Für geringere Vergehen plante man die Einführung einer Schiedsgerichtsbarkeit; leichte Strafen sollten durch den Druck der öffentlichen Meinung ersetzt werden.

Auf diese Weise wurde ein Appell Ceausescus realisiert, den er an leitende Funktionäre und an sich selbst gerichtet hatte: "Wir müssen verstehen, daß kein Beschluß, keine Verfügung das Gesetz ersetzen kann!"³⁾ Damit hatte er nicht gesagt, daß die Partei auf Macht verzichten wolle, wohl aber, daß die Herrschaftsausübung künftig an feste Regeln, an Gesetze gebunden sein soll. Die strafrechtliche Verantwortung des Bürgers sollte durch Gesetz genau definiert sein, es sollte Rechtssicherheit herrschen. Dadurch wird eine Behauptung gerechtfertigt, die KreisparteiSekretär Gheorghe Petrescu am 18.4.1968 im Titel seines Scinteiaartikels aufstellte:

"Stärkung der sozialistischen Gesetzlichkeit - ein wesentlicher Faktor der sozialistischen Demokratie."

5. Sozialistische Demokratie

Der Begriff "sozialistische Demokratie" bedeutet in fast allen

1) Zum Inhalt vgl. I. Fodor: Das neue Strafgesetzbuch der Sozialistischen Republik Rumänien. Jahrbuch für Ostrecht Juli 1969 S. 21ff

2) vgl. Kommentar von E. Nănescu in Scinteia 7.4.1968 und A. Alexa: Stärkung der sozialistischen Legalität. Lupta de clasa 6/1969

3) Ceausescu nach Neuer Weg 28.4.1968

osteuropäischen Staaten etwas anderes - und nicht immer ist es so deutlich wie in der Tschechoslowakei 1968. Entsprechend dem Aktionsprogramm der KPC vom April 1968 sollte die führende Rolle der Partei nicht mehr ein Machtmonopol der Partei bedeuten: Sie sei bisher zu Unrecht als Verwalterin der Gesellschaft aufgetreten; die Partei wollte die freiwillige Unterstützung der Bevölkerung gewinnen und wollte gesellschaftliche Organisationen autonom wirken lassen. Die Machtbefugnisse im Staat sollten verteilt sein, um Machtmißbrauch und Willkür auszuschließen, die Nationalversammlung sollte künftig Entscheidungen treffen und nicht nur "vorgelegte Entwürfe genehmigen;"¹⁾ es sollte Rechtssicherheit und Pressefreiheit herrschen. Von diesen Elementen einer freiheitlicheren Verfassung führten die Rumänen den Grundsatz der Rechtssicherheit ein; neu waren Mitbestimmungsrechte in der Wirtschaft und im Parteileben, die Beteiligung qualifizierter Fachleute an Entscheidungsprozessen und die Berücksichtigung der Qualifikation als Kriterium der Kaderpolitik. Aber beide Systeme, die tschechoslowakische Konzeption von sozialistischer Demokratie und das rumänische politische System unterscheiden sich grundlegend in der angestrebten Gesellschaftsverfassung.

Im Aktionsprogramm der KPC heißt es:

"Die unterschiedlichen Interessen sozialer Gruppen und einzelner sowie ihre Vereinigung zur Geltung zu bringen, erfordert, ein neues Modell der sozialistischen Demokratie auszuarbeiten und anzuwenden. Die Partei wird sich um eine solche Entwicklung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung bemühen, wie sie den tatsächlichen Interessen der einzelnen Gruppen und Schichten unserer Gesellschaft entspricht und wie sie es ermöglichen würde, ihre Interessen in ihren Organisationen auszudrücken und so ihre Stimme im öffentlichen Leben geltend zu machen."²⁾

Die tschechoslowakischen Kommunisten hielten 1968 Interessenpluralität nicht nur für ein notwendiges Übel, das sich in einem modernen Industriestaat nicht vermeiden lasse, sondern wollten sie sogar institutionell zur Geltung bringen und erwarteten von dem freien Ausgleich unterschiedlicher Interessen die Aktivierung des politischen und wirtschaftlichen Lebens. Pluralismus wurde als konstituierendes Element der sozialistischen Demokratie be-

1) Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei in: Informationsbulletin, Materialien und Dokumente kommunistischer und Arbeiterparteien. Beilage zu Nr. 23/24, 1968

2) Aktionsprogramm ..S.13

trachtet . Die Partei sah in dieser Konzeption offenbar ihre Aufgabe darin, die notwendige Gemeinsamkeit zu garantieren und den Ausgleich der Interessen zu koordinieren.

Ganz anders die Rumänen:

1965: "Unsere Gesellschaftsordnung ist stark; sie stützt sich auf die Gemeinsamkeit der Interessen und Zielsetzungen der Gesellschaftsklassen und -kategorien, aus denen die Gesellschaft zusammengesetzt ist, auf die um Partei und Regierung geschlossene Einheit des ganzen Volkes. Dies ist der Rahmen, innerhalb dessen sich unsere sozialistische Demokratie ständig entwickelt, die staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten sich erweitern und die Verantwortung der Mitglieder der Gesellschaft für die allgemeinen Interessen des Volkes sich gleichlaufend erhöhen."¹⁾

Und 1969: "Wollen wir den Platz, den die kommunistische Partei in der Gesellschaft einnimmt, und die Rolle festlegen, die sie in der Gesellschaft erfüllt, müssen wir auch die Tatsache im Auge behalten, daß alle wirtschaftlichen und sozialen Körperschaften und Institutionen des Staates unter ihrer politischen Leitung und einheitlich in Richtung auf den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung wirken."²⁾

Im Vergleich zu dieser Festlegung blieben andere Elemente der sozialistischen Demokratie, wie die Rumänen sie verstanden - "sozialistische Legalität", Ermunterung zu "konstruktiver Kritik"³⁾ - nur zweitrangig. Die Gesellschaftsverfassung, die der rumänischen Führung als Ideal vorschwebt, sieht keine sich selbst organisierenden Gruppen vor, die eigene, legitime Interessen vertreten, auch keine, durch eine unabhängige Presse aufgeklärte Öffentlichkeit, die ihre Führung durch institutionalisierte Kritik überwacht, sondern eine irgendwie uniforme, geschlossene einheitliche Gesellschaft - oder wie es an anderer Stelle heißt, eine "moralisch-politische Einheit."⁴⁾

Einheit ist primäres Ziel, staatsbürgerliche Freiheiten sind höchstens sekundäre Ziele, die nur dann realisiert werden, wenn die Erreichung des ersten Zieles nicht gefährdet ist. Diese gesellschaftspolitische Vorstellung steckt auch in dem öfter verwendeten Bild vom Volk, beziehungsweise von der Gesellschaft als einem Organismus, einem Gebilde also, in dem alle Glieder und Teile auf einen gemeinsamen Zweck hinarbeiten. Über diesen Zweck

¹⁾ Ceausescu, Rede vor der Nationalversammlung. Neuer Weg 21.8.1965

²⁾ ders. Rede auf dem 10. Parteitag. Bukarest 1969 S. 86

³⁾ ebenda S. 79

⁴⁾ unter anderem in einem ZK-Beschluß . Neuer Weg 26.10.1968

entscheidet aber nicht die Gesamtheit aller Individuen durch den Wahlakt, auch nicht organisierte Gruppen im Wettstreit der Interessen, sondern allein die Parteiführung, die sich gleichsam als die Seele des Organismus betrachtet. Die Hervorhebung "staatsbürgerlicher Rechte und Freiheiten" mag sich auf die angestrebte Rechtssicherheit beziehen, bedeutet aber keineswegs, daß in der rumänischen Konzeption das Individuum und die Wahrung seiner Rechte im Mittelpunkt politischen Handelns stünden; vielmehr genießen die allgemeinen Interessen unbedingt Vorrang.¹⁾

Ich habe keinen Zweifel, daß die rumänische Führung vor allem die Entwicklung des Landes vorantreiben, Bildung und Ausbildung der Bevölkerung fördern will. Und sie hat auf diesem Wege Erfolge erzielt, die eine anders verfaßte Gesellschaft unter gleichen Umständen wohl nicht erzielt hätte: Nur ein autoritäres Regime konnte Investitionen so einseitig auf Wachstumsbranchen konzentrieren, konnte gegenwärtiges künftigen Wohlergehen in solchem Ausmaß opfern, konnte bestimmte Verhaltensweisen und Verzicht erzwingen. Zwar hatten sich die Methoden der Politik seit den frühen fünfziger Jahren geändert, aber die gewohnte Haltung, Verhaltensweisen zu dekretieren und zu reglementieren, taucht in außergewöhnlichen Situationen doch immer wieder auf.

Als Beispiel dafür mag die Bevölkerungspolitik der rumänischen Regierung dienen. Wie in anderen industriellen Gesellschaften war in Rumänien die Zahl der Geburten rückläufig. 1930 hatte der Bevölkerungszuwachs auf 1000 Einwohner noch 14.8 betragen, 1950 waren es 13.1, 1959 10.0, 1963 7.4 und 1965 nur noch 6.0.²⁾ Die sinkende Geburtenrate und die sich infolgedessen wandelnde Altersstruktur schien der rumänischen Führung bedrohlich zu sein für die künftige Entwicklung des Landes.³⁾

Und so änderte die rumänische Führung den Begriff "Freiheit" auslegte: "Bekanntlich bedeutet Freiheit nach der marxistisch-leninistischen Auffassung erkannte Notwendigkeit, in der sozialistischen Gesellschaftsordnung wird der Mensch nicht deshalb frei, weil er der Wirkung der gesellschaftlichen Gesetze enthoben ist, sondern weil er im Bewußtsein ihrer gebieterischen Notwendigkeit in ihrem Sinne handelt. Deshalb gerät die Freiheit des Individuums nicht in Widerspruch zu den Interessen der Gesellschaft. Die Gesellschaft ist deshalb berechtigt, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit diese Interessen durch nichts beeinträchtigt werden." Scinteia 17.11.1968, zit. nach W. D. Südosteuropa 1,2/1969

2) Osteuropäische Rundschau 7,8/1966; W. D. Südosteuropa 7/1966

3) Scinteia 26.11.1966

mänische Regierung nicht aus ideologischen, auch nicht aus moralischen oder medizinischen, sondern aus pragmatischen Erwägungen ihre Familienpolitik radikal. Den Wandel kündigte Ceausescu im Juni 1966 bei der Eröffnung einer Frauenkonferenz an¹⁾, am 2. Oktober 1966 wurde per Dekret die seit 1957 legale Schwangerschaftsunterbrechung verboten²⁾, wenig später die Ehescheidung sehr erschwert³⁾ und die Steuerprogression für kinderlose Ehepaare verschärft. Gleichzeitig lief eine Kampagne in der Presse, die von den Vorzügen zahlreicher Kinder für Frau und Familie überzeugen sollte.⁴⁾

Weil die rumänische Regierung die eigentlichen Ursachen für die niedrige Geburtenrate - Wohnungsmangel, niedrige Einkommen und das Konsumbedürfnis gegen alle dekretierte Vernunft - nicht abstellen konnte, verfügte sie massive Einschränkungen bestehender Freiheiten - und verstieß bedenkenlos gegen Prinzipien, die schon im 19. Jahrhundert zum Programm sozialistischer Parteien gehört hatten.

Als Kernstück ihrer Konzeption von sozialistischer Demokratie sehen die rumänischen Politiker "Beratungen mit dem Volk"⁵⁾ an, wie sie im vorigen Abschnitt beschrieben wurden. Die dabei eingesetzten Mittel zeigen aber, daß es der Führung nicht auf bewußte Entscheidung, auf begründete Zustimmung oder Ablehnung ihrer Maßnahmen durch die angesprochenen Gruppen ankam sondern auf emotionelle Übereinstimmung mit der Partei, auf Akklamation, auf immer neue Herstellung der gewünschten Einheit. Es kann keine Rede davon sein, daß dem Volk durch diese "Beratungen" eine "aktive Beteiligung an den Angelegenheiten des Landes"⁶⁾ eröffnet worden sei. Vielmehr handelt es sich um wohlorganisierte Plebiszite, durch die sich eine die Ziele und Mittel der Politik autonom festlegende Führung der Unterstützung und Zustimmung eines

1) Neuer Weg 24.6.1966

2) Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa 10/1966

3) Neuer Weg 12.10.1966

4) vgl. Neuer Weg 20.10.1966, 2.11.1966, 22.11.1966

5) "Bei dem von der Partei angeregten und geleiteten tiefgreifenden Erneuerungsprozeß..wird eine umfassende Entwicklung unserer sozialistischen Demokratie erzielt. Dies findet seinen Ausdruck in der breiten Beratung mit den Massen über die wichtigen Maßnahmen der Innen- und Außenpolitik." N. Corbu: Die kommunistische Partei-Führer im Kampf zur unablässigen Durchsetzung des Neuen im Leben der sozialistischen Gesellschaft. Neuer Weg 28.5.1968

6) Ceausescu auf dem 10. Parteitag. Bericht...S. 79

möglichst großen Teils der Bevölkerung zu versichern trachtet.

1968 und 1969 fand eine lebhaft Diskussions über das Wesen der sozialistischen Demokratie statt; die Diskussionsbeiträge zeigten, daß es auch in Rumänien einzelne Politiker und Theoretiker gab, denendie bisherige Praxis nicht genügte. Beispielsweise veröffentlichte der ZK-Abteilungsleiter Ilie Radulescu in Lupta de Clasa einen Artikel über "Die sozialistische Demokratie und die menschliche Natur",¹⁾ in dem er feststellte, daß die Machtübernahme durch das Proletariat nicht zugleich auch schon Teilnahme des Volkes an der Führung der Gesellschaft bedeute:

"Die sozialistische Demokratie muß als wichtiges Mittel zur Vermenschlichung der sozialen Beziehungen und zur Aktivierung der Masseninitiative verstanden werden...Die Menschen werden passiv bleiben, wenn ihnen nur die Aussicht geboten wird, Entscheidungen auszuführen, die über ihren Kopf hinweg getroffen wurden, denn sie werden sich nur insoweit für das politische und soziale Leben interessieren, als sie an der Ausarbeitung der grundlegenden ökonomischen, politischen und kulturellen Entscheidungen, an der Diskussion der zu treffenden Maßnahmen und ihrer Erfüllung beteiligt werden...dann wird die Errungenschaft einer dauernden Einheit zwischen Partei, Regierung und Volk gesichert sein."2)

solchen Forderungen entspricht die politische Wirklichkeit Rumäniens nicht. Doch immerhin bewies die Diskussion in dem theoretischen Parteiorgan, daß die bestehende Konzeption kein Dogma war und daß man sie als wandelbar ansah:

"Gewiß kann der Prozeß der Vertiefung und Vervollkommenung der sozialistischen Demokratie nicht als abgeschlossen betrachtet werden."3)

Die bisher in Teilbereichen eingeführten demokratischen Elemente verdankten ihre Existenz der Einsicht, daß Initiative und Leistungsbereitschaft nur durch Beteiligung an Entscheidungsprozessen zu erreichen waren; es mag sein, daß die künftige ökonomische und soziale Entwicklung Rumäniens die Regierenden zu weiteren Schritten, vielleicht schließlich auch zur Abkehr von der skizzierten Konzeption der sozialistischen Demokratie ermuntern wird, falls die außenpolitische Lage Rumäniens eine solche Abkehr überhaupt jemals zuläßt.

Die Gegenüberstellung von tschechoslowakischem und rumänischem Modell soll nicht als Wertung verstanden werden - obwohl es keinen Zweifel gibt, daß das tschechoslowakische Modell in der Rang-

1) Lupta de Clasa 4/1969

2) Lupta de Clasa a.a.O.

3) Ceausescu auf dem 10. Parteitag. Bericht an den Parteitag S. 79

ordnung der Werte den westeuropäischen Demokratien weit näher steht als das rumänische Modell. Eine Erklärung zum Verständnis - und zur Entschuldigung dieses Umstands bieten die Rumänen selbst an:

"Auch darf nicht außer acht gelassen werden, daß manche der Länder, die den Weg des Sozialismus beschritten, in ihrer Vergangenheit keine breitere Entwicklung der bürgerlichen Demokratie und kein entwickeltes parlamentarisches Leben gekannt hatten. Diese Tatsache hinterließ Spuren in der sozialpolitischen Entwicklung mancher Länder sowie ihren Vorstellungen vom politischen Leben und vom Wesen der Demokratie."¹⁾

Rumänien, erst auf dem Wege zur Industrialisierung, ohne demokratische Tradition, ein Land, in dem noch vor nicht allzu langer Zeit der Analphabetismus ein drückendes Problem gewesen war, ein solches Land hatte zweifellos andere, ungünstigere Voraussetzungen für die Einführung einer durch Mitbestimmung, Mitwirkung und Pluralismus bestimmten politischen Ordnung als die Tschechoslowakei.

IX. Rumänische Außenpolitik

1. Die geopolitische Lage

Rumänien ist kein großes Land. Auf einer Fläche etwa von der Größe der Bundesrepublik Deutschland leben rund 20 Millionen Einwohner, 87,7 Prozent von ihnen Rumänen, 8,4 Prozent Ungarn und 2 Prozent Deutsche²⁾. Unter den Staaten des Warschauer Paktes ist Rumänien nach Bevölkerungszahl und Fläche das drittgrößte Land hinter der Sowjetunion und Polen. Urteilt man nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, rangiert es auch noch hinter der DDR und der Tschechoslowakei. Rumänien liegt im Südosten Europas, ein Donaustaats, der über zwei Häfen an der Schwarzmeerküste verfügt. Überragender Nachbar im Norden und im Osten ist die Sowjetunion. Bulgarien liegt im Süden, im Westen Jugoslawien und im Nordwesten Ungarn, Anrainer, denen sich die Rumänen weder durch kulturelle noch geschichtliche Traditionen verwandt fühlen. Eher entspricht rumänischer Selbsteinschätzung immer noch das Bild von der lateinischen Insel inmitten des Meeres slawischer Staaten. Statt Verwandt-

1) Lupta de Clasa a.a.O.

2) Zählung am 15.3.1966, Neuer Weg 20.9.1966

schaft gibt es latente Spannungen, denn einige Staaten in diesem Raum - und das ist alte Tradition - könnten Revisionsforderungen gegen andere geltend machen. Seit 1940 gehören Bessarabien und die Bukowina wieder zu Rußland, viele Rumänen sind Bürger der Sowjetunion geworden (nach der Zählung von 1970 gab es in der UdSSR 2,7 Millionen Moldauer und 119 000 Rumänen¹⁾); Ungarn hat ähnliche Forderungen gegen Rumänien. Beide Staaten erheben solche Forderungen offiziell nicht; ungarische Ansprüche bleiben dennoch eine potentielle Gefahr für den territorialen Bestand Rumäniens.

Außer an das neutrale Jugoslawien grenzt Rumänien nur an Länder, die ebenfalls Mitglied des Warschauer Pakts sind und zum sowjetischen Einflußbereich gehören. Deshalb ist Rumänien kein potentielles Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion, kein für das sowjetische Sicherheitsbedürfnis neuralgisches Gebiet. Dem Vorteil, für die militärische Sicherheit der UdSSR nicht so wichtig zu sein wie beispielsweise die Tschechoslowakei oder Polen, entspricht der Nachteil, daß Rumänien für militärische Angriffe aus dem Norden oder Süden offen, daß es militärisch nicht zu verteidigen ist und auch für einen Guerillakrieg, wie ihn Jugoslawien im zweiten Weltkrieg geführt hatte, nur geringe Erfolgsaussichten bietet. Und die Aufstellung "patriotischer Garden" nach dem August 1968 sowie die erklärte Bereitschaft, einen Volkskrieg gegen jede Aggression führen zu wollen²⁾, dürften weniger von dem Glauben an einen Erfolg als von der Absicht diktiert gewesen sein, das Risiko für einen Angreifer zu erhöhen.

In einer Welt, in der internationale Beziehungen geprägt sind durch den Gegensatz zweier konkurrierender Großmächte, müssen diese versuchen, ein labiles Gleichgewicht ständig neu herzustellen, um durch Abschreckung die auch sie vernichtende Katastrophe zu verhindern. Sie werden Bundesgenossen suchen und bisherige Verbündete an ihrer Seite halten, sei es indem sie das Bündnis attraktiv machen oder sei es indem sie mit Sanktionen drohen.

1) Zahlen nach Fischer Weltalmanach 1972; sie sagen nichts darüber aus, wieviele dieser Bürger sich als Rumänen fühlen. Zur Bessarabien-Frage vgl. A.Suga: Bessarabien - Noch immer umstritten? In: Osteuropa 5/1971 S.316 ff

2) Ceausescu in einer Rede vor der Bukarester Militärakademie, Neuer Weg 7.2.1970

Aber während Großmächte relativ autonom ihre Präferenzen festlegen, agieren können, müssen kleine Staaten, die, eingespannt in das Staatensystem einer Großmacht, Selbständigkeit zur Verfolgung eigener Interessen erstreben, eine Vielzahl unterschiedlicher Faktoren berücksichtigen, müssen mehr reagieren als agieren. Über ihrem Bemühen schwebt das Damoklesschwert der Intervention; das Ziel ist nur erreichbar, wenn der kleine Staat durch besondere Beziehungen innerhalb des eigenen Staatensystems oder zu Staaten des anderen Systems oder durch Beziehungen zu "unabhängigen" Staaten die Gravitationskraft der Großmacht ausbalancieren kann, ohne deren Sicherheitsbedürfnis übermäßig zu provozieren.

Rumänien war 1945 nicht gefragt worden, ob es Teil des sowjetischen Staatensystems werden wolle. Das Land hatte keine Alternative. Es verband sich der Sowjetunion durch einen Freundschafts- und Bündnisvertrag und wurde Mitglied des RGW sowie des Warschauer Paktes. Damit ist Rumänien ein Glied des sowjetischen Staatensystems, dessen Zentrum Moskau ist. Zugleich ist es Teil des kommunistischen Weltsystems (so wollen wir die Gesamtheit aller sozialistischen Staaten und kommunistischen Parteien und ihre Ordnung nennen), das mit jenem nicht mehr identisch ist, seitdem China dem ideologischen Anspruch nach, wenn auch noch nicht machtpolitisch zu einem Gegengewicht, zu einem zweiten Zentrum geworden ist. Während es früher erlaubt schien, die Ordnung des kommunistischen Weltsystems mit mehreren konzentrischen Kreisen zu vergleichen, deren gemeinsamer Mittelpunkt Moskau war, bietet sich seit den sechziger Jahren der Vergleich mit einer Ellipse an, die zwei Brennpunkte hat.

Solange China formell zum kommunistischen Weltsystem gehört, können internationale Institutionen keine integrierenden Aufgaben mehr für die Weltbewegung wahrnehmen. Weder der Weltgewerkschaftsbund (WGB) noch die Weltkonferenz kommunistischer und Arbeiterparteien haben die verlorene Einheit wiederherstellen können. Die Disziplinierung unbotmäßiger Parteien gelang mit Hilfe multilateraler Organisationen seit 1960 nicht mehr. Für kommunistische Parteien war eine Alternative, für sozialistische Staaten ein größerer Spielraum zur Vertretung eigener Interessen entstanden. Rumänien hatte eine weitere Verfestigung des um die Sowjetunion

gruppierten Staatensystems verhindert. Die UdSSR kann in diesem Bereich nicht mehr administrativ Einheit herstellen, das heißt durch Befehl oder durch Mehrheitsbeschluß, sondern nur noch diplomatisch, indem sie einen gemeinsamen Nenner für ähnliche Interessen findet, oder militärisch, indem sie eine ursprüngliche, für besser erachtete Lage durch Gewalt wiederherstellt. Die Anwendung dieses letzten Mittels von Blockpolitik birgt Risiken. Denn jede derartige Maßnahme muß zwangsläufig die Position des ideologischen Konkurrenten bei den nichtgebundenen Parteien und Staaten verbessern und die Position der Sowjetunion in der internationalen Politik verschlechtern. Störungen der Entspannungsbemühungen in Westeuropa und mit den USA wären zu erwarten, ebenso eine Festigung des westlichen Verteidigungsbündnisses und Fortschritte in der westeuropäischen Integration; der Erfolg der Sympathiewerbung in der Dritten Welt, beispielsweise im Nahen Osten, wäre in Frage gestellt.

Zwischen beiden Faktoren - diplomatischer Bemühung um Geschlossenheit und militärischem Zwang zur Einheit - besteht für kleine Staaten in Ost- und Südosteuropa ein Spielraum für Selbständigkeit, falls sie ihn nutzen wollen und imstande sind, alle Faktoren internationaler Politik zu nutzen, um das eigene Gewicht zu vergrößern und ein Gleichgewicht zwischen bestehender Gravitationskraft und erwünschter Zentrifugalkraft herzustellen.

Das bedeutet nicht, daß Interventionen in Osteuropa auszuschließen sind. Spätestens die Intervention der Sowjetunion in Ungarn hat gezeigt, daß dem Kreml schon die Befürchtung, ein Staat wolle aus dem Bündnis ausscheiden, Anlaß für gewaltsames Eingreifen ist. Solange im sowjetischen außenpolitischen Kalkül ein polarisierendes Freund-Feind-Denken vorherrscht, solange sich die Sowjetunion bei mangelnder Wachsamkeit als potentielltes Opfer eines aggressiven Imperialismus betrachtet, wird ihr schon die Neutralitätserklärung eines bisherigen Verbündeten als Verrat erscheinen. Zwei militärische Interventionen der UdSSR in Osteuropa machen evident, daß sowohl innen- wie außenpolitische Vorgänge von der sowjetischen Führung als so großes Sicherheitsrisiko betrachtet werden können, daß sie das Risiko einer Intervention eingeht. Aufkündigung der Bündnisverträge, auch schon die Befürchtung einer

solchen Absicht, und wesentliche Änderungen der nach sowjetischem Vorbild eingerichteten Gesellschaftsordnung waren Verhaltensweisen, die in Moskau nicht mehr toleriert wurden. Zweifellos hängt die Toleranzschwelle auch davon ab, welche Bedeutung die sowjetische Führung dem betreffenden Lande für ihre eigene außen- und Sicherheitspolitik beimißt.

Den tschechoslowakischen Führern war es 1968 nicht gelungen, ihren Spielraum richtig auszuloten oder sie konnten ihre Erkenntnisse nicht in innenpolitische Aktion umsetzen. Die rumänische Führung hat, allen Unkenrufen zum Trotz, ihren politischen Kredit bisher nicht überzogen.

2. Ziele der rumänischen Außenpolitik

Sowjetische Intervention liegt sicher nicht im rumänischen Interesse. Die Außenpolitik wird diese Gefahr also zu vermeiden suchen. Ebensowenig aber entspricht den rumänischen Interessen eine bedingungslose Unterordnung unter die sowjetische Generallinie. Denn die Auseinandersetzungen um den RGW hatten der rumänischen Führung klargemacht, daß treue Gefolgschaft dem Lande schaden würde. Zwei extreme Möglichkeiten für rumänische Politik, Scylla und Charybdis, die es gleichermaßen zu umschiffen gilt.

Nächst der Erhaltung des Friedens, überragendes Anliegen der Völker und Hauptaufgabe aller Regierungen, ist die soziale und ökonomische Entwicklung des eigenen Landes, die Überwindung seiner Rückständigkeit gegenüber westeuropäischen Industriestaaten und der Versuch, Wohlstand zu erreichen, nicht nur das wesentliche Motiv der Innenpolitik sondern auch das Leitmotiv der Außenpolitik Rumäniens. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, bedarf die rumänische Führung der Selbständigkeit, wirtschaftliche Prioritäten festsetzen und am internationalen Handelsaustausch teilnehmen zu können. Beides ist undenkbar ohne eine gewisse Autonomie von Partei und Staat in der Gestaltung der internationalen Beziehungen. Handlungsvollmacht dürfte an sich schon reizvoll sein für Politiker, deren Außenpolitik lange Zeit nur in der Ausführung von Befehlen bestanden hatte, sie mußte für die gleichen Politiker aber unentbehrlich werden, wenn die Zukunft des

Landes davon abzuhängen schien.

Deshalb wird in allen rumänischen Verhandlungen zur Außenpolitik - und es sind nicht wenige -, in Verträgen und Abkommen immer wieder das Thema Gleichberechtigung, Nichteinmischung und Unabhängigkeit wiederholt. Und es war selbstverständlich, daß jeweils nur relative Selbständigkeit, beschränkte Unabhängigkeit gemeint sein konnte, denn Rumäniens Platz im sozialistischen Staatensystem, die Dominanz der Sowjetunion und deren Wille, das System um jeden Preis zu erhalten, möglichst sogar durch weitere Integration zu festigen, macht völlige Unabhängigkeit - im Sinne einer nur von eigenen Interessen bestimmten Wahl innen- und außenpolitischer Präferenzen - zu einem unrealistischen Ziel. Schließlich ging es auch 1963 für Rumänien nicht darum, bestehende Souveränität zu verteidigen, sondern darum, sich aus völliger Unselbständigkeit zu befreien und neue Abhängigkeiten zu verhindern.

Die Positionen und Argumente, die wesentlichen Ziele, die Rumänien innerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft und gegen eine Mehrheit seiner Bündnispartner verfolgt, hatten sich seit der Unabhängigkeitserklärung von 1964 nicht geändert. Beispielsweise erklärte Ceausescu auf dem 9. Parteitag 1965, die Sache des Fortschritts gebiete, das Recht eines jeden Volkes anzuerkennen, daß es den Weg seiner Entwicklung unbehindert wähle und sein nationales Wesen behaupte¹⁾. Auf dem 10. Parteitag 1969 sprach er zunächst über die Beziehungen zu sozialistischen Ländern, sie stünden im Mittelpunkt der rumänischen Außenpolitik²⁾, gleich anschließend aber beschrieb er seine Konzeption von der sozialistischen Staatengemeinschaft:

"Unter dem sozialistischen Weltsystem verstehen wir nicht einen Block, in dem die Staaten zu einem Ganzen verschmelzen und auf ihre nationale Souveränität verzichten, sondern den Sozialismus als internationale Kraft dank seinem Sieg in mehreren unabhängigen Staaten, die sich selbständig entwickeln." 3)

Und von den kommunistischen Parteien heißt es später:

"..wobei gleichzeitig das Recht jeder Partei gewährleistet

1) Neuer Weg 20.7.1965

2) Ceausescu: Bericht an den Parteitag S.108

3) ebenda S.109

bleibt, selbständig über ihre Innen- und Außenpolitik zu entscheiden ..." 1)

Rumäniens Außenpolitik ist - aller spektakulären Ereignisse und Erklärungen ungeachtet - zunächst einmal defensiv. Es geht um die Abwehr unwillkommener Integrationstendenzen und Disziplinierungsversuche, die die Errungenschaften aus dem Konflikt um den RGW rückgängig machen könnten. Aber alle Bemühungen um Eigenständigkeit haben eine Grenze, die die Rumänen bisher nie überschritten haben. Um das Risiko einer sowjetischen Intervention möglichst gering zu halten, stellen sie die wesentlichen Bindungen und Abhängigkeiten nicht in Frage. Beispielsweise wird nie ein Austritt aus dem Warschauer Pakt erwogen, nie auch eine Revision des Vertrages öffentlich propagiert. Rumänien strebt nach einer Veränderung der zwischenparteilichen und zwischenstaatlichen Beziehungen im Sinne der ursprünglichen Vertragstexte, des Warschauer Vertrages, des Statuts des RGW oder des Dokuments der Weltkonferenz der kommunistischen Parteien. Die propagierten Vorstellungen sind ideologisch formuliert und in einer geschlossenen Konzeption aufgehoben. Die rumänischen Kommunisten sind auch 1969 nicht so ehrgeizig, ihr Konzept im internationalen kommunistischen System verwirklichen zu wollen. Sie missionieren nicht, sondern begnügen sich damit, ihre Vorstellungen auf das eigene Land angewendet zu finden.

Mit defensiver Haltung war jedoch dem primären Ziel, der Entwicklung Rumäniens, nicht gedient. Rumänische Außenpolitiker mußten die errungene Selbständigkeit nutzen, um dem Land Anerkennung, Achtung und vor allem Hilfsquellen zu verschaffen, die für die Volkswirtschaft unentbehrlich sind: moderne Technik, technisches know how, das in vielen Bereichen fast nur aus dem westlichen Ausland zu besorgen war. Um diese Wege offenzuhalten, zeigt die rumänische Führung in allen Verlautbarungen wie auch in ihrer praktischen Außenpolitik ihr großes Interesse an internationaler Zusammenarbeit, die nicht durch Blockdenken beeinträchtigt werden dürfe:

"Die Außenpolitik unserer Partei und Regierung geht von der objek-

1) Bericht an den Parteitag S.113

tiven Wirklichkeit aus, daß es in der heutigen Welt Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen gibt, von der Notwendigkeit die Beziehungen zwischen ihnen zu entwickeln, materielle und geistige Güter auszutauschen, im Hinblick auf die Lösung brennender internationaler Fragen, die Verteidigung des Friedens und der Sicherheit der Völker zu kooperieren. In diesem Geiste entfaltet Rumänien eine intensive Tätigkeit zum Ausbau der Beziehungen zu allen Ländern in allen Kontinenten, ungeachtet ihrer Gesellschaftsordnung." 1)

Außerungen dieser Art sind ein ständig wiederholtes Leitmotiv der rumänischen Außenpolitik. In keinem anderen osteuropäischen Land wird die Aufforderung zur Beseitigung aller Blöcke mit solcher Intensität, mit solcher Ernsthaftigkeit vorgetragen wie von Rumänien. Dies sicher nicht nur wegen seiner ökonomischen Interessen, weil in einem Europa ohne Konfrontation zweier einander feindlicher Militärbündnisse die wirtschaftliche Zusammenarbeit besser funktionieren müßte, sondern auch weil Konfrontation ständige Disziplinierungsversuche innerhalb des Verteidigungssystems legitim erscheinen ließ und eine stete Gefahr für die rumänische Selbständigkeit bedeutete.

Keinesfalls ist der "sozialistische Internationalismus", wie ihn die KPdSU versteht, verbindliches Prinzip der rumänischen Außenpolitik, sondern allenfalls die abgewandelte rumänische Fassung, die den Begriff definiert sieht durch nationale Unabhängigkeit und Souveränität, Gleichberechtigung, Nichteinmischung, gegenseitigen Vorteil und kameradschaftliche gegenseitige Hilfe. Das sind mehr Teilaspekte, als beispielsweise im sowjetischen Parteiprogramm aufgeführt sind - dort ist von Nichteinmischung in innere Angelegenheiten keine Rede -; entspricht aber der Definition im Hauptdokument der Weltkonferenz kommunistischer Parteien von 1969.

Die Rumänen paßten ihre Version des Internationalismus einem anderen Prinzip kommunistischer Außenpolitik an, dem der "friedlichen Koexistenz", das die Beziehungen zwischen sozialistischen und nichtsozialistischen Staaten regeln soll. Die ersten vier Aspekte, durch die beide Begriffe definiert werden, sind in der rumänischen Fassung völlig identisch. Nur in dem letzten Teilas-

1) Aus dem Referat Ceausescu auf der Tagung der Nationalversammlung zur Außenpolitik. Scinteia 25.7.1967, zit. nach Ostprobleme 4/1968 S.89

pekt unterscheiden sie sich: Während im einen Fall kameradschaftliche Hilfe verlangt wird, erwartet man im anderen nur die "Achtung des Rechts eines jeden Volkes, selbst über sein Schicksal zu entscheiden."¹⁾ Dabei übergehen die Rumänen ein wichtiges Ingredient: Nach sowjetischer Lehrmeinung ist die friedliche Koexistenz eine Form des Klassenkampfes; der aber findet hier nicht mehr statt.

So begründen die Rumänen auch ideologisch ihre Forderung nach Überwindung der Blöcke, nach gleichartiger Zusammenarbeit mit allen Staaten ungeachtet ihrer Gesellschaftsordnung. Beide Begriffe stehen nach rumänischer Auffassung nicht stellvertretend für zwei im Wesen verschiedene außenpolitische Verhaltensweisen, die in zwei verschiedenen Arten von Völkerrecht ihre Ursache haben, sondern entstammen dem einen für alle Staaten gleichartigen Völkerrecht, dessen Grundsätze in der UN'Charta niedergelegt sind. Sozialistische Staaten unterhalten dank ähnlicher Ziele besonders innige Beziehungen, die aber nicht grundsätzlich anders sind als Beziehungen zu anderen Staaten. Die Übergänge werden gleitend, der tiefe Graben, der beide Systeme trennt, wird zugeschüttet, wenigstens insoweit er die Beziehungen zwischen Staaten betrifft.

3. Einige besondere Methoden rumänischer Außenpolitik

Rumänien unterhielt 1969 zu 94 Staaten diplomatische Beziehungen, ökonomische und wissenschaftlich-technische zu über 100 Staaten.²⁾ Zwischen 1965 und 1969, zwischen dem 9. und dem 10. Parteitag haben 48 Regierungsdelegationen Rumänien besucht, rumänische waren in 52 Staaten; Parteidelegationen aus allen Teilen und in alle Teile der Welt sind dabei gar nicht mitgerechnet. Die zahlreichen Reisen des Ministerpräsidenten und des Staatspräsidenten kennzeichnen die außergewöhnliche Mobilität der rumänischen Führung, die wie in der Innenpolitik auch in der Außenpolitik poli-

¹⁾ Ceausescu: Bericht an den Parteitag S.114

²⁾ ebenda. Zum Vergleich: Die Bundesrepublik Deutschland unterhielt im September 1971 diplomatische Beziehungen zu 100 Staaten.

tische Beziehungen durch unmittelbaren, persönlichen Kontakt herzustellen sucht, weiß mehr als Gheorghiu-Dej tat und mehr als in anderen osteuropäischen Ländern üblich ist.

Das mag eine Stilfrage sein, abhängig vom politischen Temperament der jeweiligen Führung, dennoch scheint eine andere Motivation wahrscheinlicher. Rumänien kann natürlich ohne weiteres technische Abkommen, Handelsverträge etc. mit jedem Staat der Welt abschließen, wie es andere osteuropäische Länder auch tun, aber es fällt ihm mit Rücksicht auf das Mißtrauen seiner Vertragspartner im Warschauer Pakt schwer, über die Systemgrenzen hinausreichende bevorzugte politische Beziehungen durch Verträge zu fixieren. Deshalb muß die rumänische Regierung versuchen, solche Beziehungen durch intensive politische Kontakte permanent aufrechtzuerhalten. Sie tut dies am deutlichsten im Balkanraum, in dem die meisten zwischenstaatlichen Kontakte stattfinden.

Die rumänische Führung sichert ihre Außenpolitik nach allen Seiten ab. Sie benutzt die UNO, um eigene Unternehmen mit dem Segen des Völkerbundes auszustatten. Beispielsweise regte Rumänien eine UN-Resolution an, die zur Pflege gutnachbarlicher Beziehungen aufrief, womit sich die rumänische Aktivität im Balkanraum trefflich legitimieren ließ. Innenpolitisch versäumte die Führung nicht mehr, sich wenigstens den Segen des Zentralkomitees geben zu lassen. Es gab öffentliche Veranstaltungen, auf denen die Bevölkerung akklimatisierte oder Tagungen der Nationalversammlung, die die außenpolitischen Grundsatzserklärungen zu bestätigen hatten, so nach der Intervention in der CSSR im August 1968, so auch im Juli 1967.

Diese Tagung war westlichen Journalisten vorher von rumänischen Diplomaten angepriesen worden. Der Moskauer Korrespondent der "Frankfurter Rundschau" berichtete drei Tage vor Beginn der Tagung der Nationalversammlung: "Diplomatische Kreise Rumäniens versuchen offensichtlich nicht nur in Moskau ausländische Korrespondenten zur Reise in ihre Hauptstadt zu bewegen. Sie versprechen ihnen im Zusammenhang mit der Sitzung etwas politisch-journalistisch Außerordentliches, ohne daß konkret angedeutet wurde, worum es sich handeln sollte."¹⁾ Es wurde nichts Außerordent-

1) Frankfurter Rundschau 22.7.1967; Süddeutsche Zeitung 24.7.1967

liches. Die Rumänen ließen in einigen langen Reden alle - bekannten - Grundsätze ihrer Außenpolitik Revue passieren und hatten die Weltpresse dabei, die dann, einmal anwesend, durchaus im gewünschten Sinn berichtete. Auch die sowjetische Führung war alarmiert. Am Tag vor der Sitzung veröffentlichte die "Prawda" einen Leitartikel, in dem Bukarest gemahnt wurde, die Grundlagen kommunistischer Einheit nicht zu verletzen.

In einem anderen Fall machte im Mai 1966 eine AFP-Meldung die Runde, wonach Rumänien an seine Partner eine Note geschickt habe, in der diese zur Änderung des Warschauer Vertrages aufgefordert worden seien. Die Rumänen dementierten nach einiger Zeit, hatten aber doch den Vorteil, Maximalforderungen aufgestellt zu sehen, ohne dafür haftbar zu sein. Die Reaktion der westlichen Presse ist meist einkalkuliert. Sie wird benutzt, um rumänischen Vorstellungen weltweit Publizität zu verschaffen - und dies ohne die Zurückhaltung, die sich rumänische Funktionäre bei öffentlichen Ansprachen auferlegen. Sie selbst nennen nur selten die Adressaten ihrer Aktionen und Repliken. Nur zweimal hat sich die rumänische Presse auf direkte Attacken eingelassen und auch da nur als Antwort auf direkten Angriff, einmal als das SED-Organ "Neues Deutschland" die rumänische Parteiführung wegen der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik kritisiert hatte und einmal Anfang August 1968, als die polnische Presse Rumänien des Nationalismus geziehen, die negative Haltung zum RGW und andere Abweichungen vom Pfad sozialistischer Tugend verurteilt hatte.¹⁾

Im Gegensatz zu dieser Zurückhaltung stehen spektakuläre außenpolitische Aktionen, die sich meist provozierend von sowjetischen Intentionen abheben, publizistisch keineswegs heruntergespielt werden und journalistische Beobachter im Westen an einen Drahtseilakt ohne Netz erinnern. Eine Aufstellung derartiger Haupt- und Staatsaktionen müßte etwa folgendermaßen aussehen:

September 1964 - Ministerpräsident Maurer reist nach Peking ungeachtet des sowjetisch-chinesischen Konflikts
(1965 stirbt Gheorghiu-Dej, Ceausescu wird Generalsekretär)
Juni 1966 - Chinas Ministerpräsident Tschu-Enlai besucht

1) Neuer Weg 1.8., 9.8. und 10.8.1968

Rumänien

- Januar 1967 - Rumänien nimmt diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland auf
- Juli 1967 Rumänien weigert sich, wie alle anderen osteuropäischen Staaten Israel als Aggressor zu verurteilen
- Februar 1968 - Die rumänische Delegation verläßt mit Eklat die Budapester Konsultativkonferenz
- Mai 1968 - de Gaulle besucht Rumänien
- August 1968 - Rumänien verurteilt öffentlich die Intervention seiner Bundesgenossen in der Tschechoslowakei
- August 1969 - Präsident Nixon besucht Rumänien
- Juni 1970 - Ceausescu reist nach Frankreich, Maurer in die Bundesrepublik
- Oktober 1970 - Ceausescu reist in die USA
- Juni 1971 - Ceausescu weilt in der Volksrepublik China

Die meisten Ergebnisse dieser Besuche und Aktionen hätten sich zweifellos auch ohne den Aufwand erreichen lassen, der Rumänien im Westen Leitartikel und im Osten betretenes Schweigen bescherte. Beispielsweise waren die Beziehungen zu den USA auch ohne Nixons Besuch recht gut (Nixon war schon im März 1967 als Privatmann in Rumänien gewesen und von Ceausescu empfangen worden). Der Besuch hat außer Schlagzeilen nichts besonderes bewirkt, weder wuchs der Handelsaustausch nennenswert, noch hatte man bedeutende Abkommen abzuschließen. Statt dessen verschlechterten sich die Beziehungen zur Sowjetunion spürbar. Parteichef Breshnew sagte einen geplanten Besuch in Rumänien ab.

Die Motive dafür, daß die rumänische Führung einzelnen außenpolitischen Aktionen einen derart spektakulären Anstrich gibt, sind vielfältig. Der eigenen Bevölkerung lassen sich auf diese Weise Erfolge der Regierung und die Anerkennung, die Rumänien in der Welt gefunden hat, sinnfällig vor Augen führen. Da eine formelle Unabhängigkeit durch Kündigung aller einschränkenden Verträge - ähnlich wie Frankreich, als es sich aus der Nato zurückzog - ausgeschlossen ist, läßt sich Selbständigkeit nur durch Demonstration, durch wiederholte Einzelaktionen erweisen. Formal hat Rumä-

nien den gleichen Status wie die anderen osteuropäischen Länder; seinen Sonderstatus hat es sich nur durch politische Aktionen und erhalten.

Die rumänischen Aktionen finden periodisch, in wohldosierten Abständen statt. Häufig betrug der Zwischenraum ein halbes Jahr. Nur nach der Besetzung der CSSR nahm sich die rumänische Führung mehr Zeit, um eine Beruhigung der Lage abzuwarten. Seit Anfang 1967 dienten auch die Beziehungen zu nichtsozialistischen Ländern zum Nachweis von Selbständigkeit. Im Anschluß an die Besuche westeuropäischer Staatsmänner in Rumänien nahm sich Ceausescu ganz selbstverständlich die Freiheit, in alle Teile der Welt zu reisen, so wie es bisher nur die sowjetische Führung getan hatte.

Die Aktionen durften auch nicht in allzu großen Abständen aufeinander folgen, um nicht durch Gewöhnung an rumänische Anpassung die erreichte Position zu gefährden. Der Besuch Präsident Nixons kann als Beispiel für überlegtes Timing, für Ausgewogenheit zwischen notwendiger Anpassung und beabsichtigter Demonstration dienen. Kurz vor Bekanntgabe des Besuchs war in Moskau die Weltkonferenz der kommunistischen Parteien zu Ende gegangen, deren Schlußdokument Rumänien schließlich doch unterzeichnete, wenn auch nur mit Vorbehalten. Offensichtlich wollte Rumänien, das mit anderen Parteien in den Vorverhandlungen wesentliche Änderungen des ursprünglichen Konzepts hatte durchsetzen können, die sowjetischen Kommunisten nicht durch Ablehnung dieses äußersten Kompromisses provozieren. Kaum war Ceausescu im Juni nach Bukarest zurückgekehrt, gab er den Besuch des amerikanischen Präsidenten bekannt, um zu demonstrieren, daß auch die Unterschrift unter das Hauptdokument der Weltkonferenz Rumäniens Selbständigkeit nicht beeinträchtigt habe.

4. Politische und regionale Schwerpunkte rumänischer Außenpolitik

Die von Rücksichtnahme und Interessen bestimmte Rangfolge in den internationalen Beziehungen definiert die rumänische Füh-

rung auf dem 10. Parteitag folgendermaßen¹⁾:

Mittelpunkt der Außenpolitik nennt sie die Entwicklung von Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern, ohne daß zwischen einzelnen sozialistischen Ländern differenziert wird. Die Gründe für diese Einschätzung liegen in der geographischen Lage Rumäniens ebenso wie in der Verwandtschaft des politischen Systems - der politischen Ordnung und der Wirtschaftsverfassung, die den Handelsaustausch mit den ähnlich strukturierten Ländern Osteuropas begünstigt -, wie auch in trotz aller Gegensätze ähnlichen ideologischen Positionen. Die beiden letzten Motive werden von der rumänischen Führung besonders nachdrücklich betont; und es muß offenbleiben, ob diese Haltung nur der Einsicht in den Zwang der Umstände entspringt und ob sie bei freier Wahl gleich wäre.

Auch in Rumänien bestimmt die kommunistische Partei die Richtlinien der Außenpolitik: Das ZK der RKP "unterbreitet dem 10. Parteitag die Außenpolitik und die von Partei und Regierung in diesen Jahren entfaltete internationale Tätigkeit zur Genehmigung."²⁾ Das bedeutet einerseits, daß die Parteiführung ein Monopol für die Gestaltung der internationalen Beziehungen Rumäniens besitzt, so daß das Außenministerium nur als ausführendes Organ dient, und das bedeutet andererseits, daß rumänische Außenpolitik auch Politik der Rumänischen Kommunistischen Partei gegenüber anderen kommunistischen Parteien ist, sich also keineswegs auf die staatliche Ebene beschränkt. Deshalb spricht Ceausescu in dem Kapitel seiner Parteitage, in dem er sich mit der Außenpolitik gegenüber sozialistischen Ländern befaßt, in einem Atemzuge über staatliche Beziehungen und über das Verhältnis zwischen Parteien, behandelt beides als prinzipiell gleichartig:

1) Die folgende Aufstellung und Argumentation folgt N.Ceausescu: Bericht an den 10. Parteitag S. 104ff, Kapitel VI, Abschnitt 2: "Im Mittelpunkt unserer Außenpolitik steht die Freundschaft und die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern", Abschnitt 3: "Eine umfassende internationale Tätigkeit im Geiste der friedlichen Koexistenz" und Abschnitt 4: "Festigung der internationalistischen Solidarität mit den kommunistischen und Arbeiterparteien, mit allen ant imperialistischen Kräften."

2) Ceausescu: Bericht an den Parteitag S.108

"Die Vertreter unserer Partei und unseres Staates hatten Begegnungen mit Vertretern der Partei- und Staatsführungen der sozialistischen Länder; es fanden zahlreiche offizielle Besuchsaustausche auf den verschiedensten Ebenen zwischen unserem Lande und anderen Bruderländern statt." 1)

Etwas später widmet Ceausescu den Parteibeziehungen noch einen besonderen Abschnitt. Denn die Beziehungen der RKP erstreckten sich auch auf nichtregierende kommunistische Parteien, sollten nach dem 10. Parteitag sogar auf sozialdemokratische Parteien ausgedehnt werden²⁾. Die Maxime, von denen sich die RKP bei der Gestaltung ihrer Beziehungen zu anderen Parteien leiten ließ, waren für die Selbständigkeit Rumäniens besonders wichtig, Denn im Verhältnis zur Sowjetunion ist die Autonomie Rumäniens genauso groß wie die Selbständigkeit der RKP gegenüber der KPdSU. Die Außenpolitik des Staates spiegelt in diesem wichtigen Bereich die Parteibeziehungen wider.

"Beziehungen der Freundschaft und der allseitigen Zusammenarbeit zu der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, zu der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken" bezeichnet Ceausescu als "eine der Grundlagen der Außenpolitik."³⁾ Die Sowjetunion steht an erster Stelle unter den sozialistischen Ländern, die in drei Gruppen nach geographischen Kriterien geordnet werden. Zunächst Europa in der Reihenfolge: Sowjetunion, Bulgarien, Jugoslawien, Ungarn, Polen, DDR, Tschechoslowakei und Albanien. Die zweite Gruppe, die asiatischen kommunistischen Parteien und Staaten werden von der Volksrepublik China angeführt, dann folgen Vietnam, Korea, am Schluß die Mongolei. Die dritte Gruppe -Amerika- besteht nur aus Kuba.⁴⁾

An dieser Aufstellung fällt auf, daß sich die Rumänen bei der Einschätzung der sozialistischen Bruderländer nicht von Bünd-

1) Ceausescu: Bericht an den Parteitag S.111

2) Resolution des Parteitags Scinteia 13.8.1969. Nach Angaben des Parteichefs nahmen Vertreter sozialdemokratischer Parteien am Parteitag teil.

3) Ceausescu: Bericht an den Parteitag S.112

4) Die Reihenfolge auf dem 9. Parteitag: KPdSU, KP Chinas, die Parteien aus der DDR, Bulgarien, Jugoslawien, Korea, Polen, Indonesien, Frankreich, Ungarn, Italien, CSSR, Vietnam, Albanien - Neuer Weg 20.7.1965. Im August 1968: UdSSR, Jugoslawien, Bulgarien, Ungarn, CSSR, Polen, DDR, Albanien, China, Vietnam, Korea, Mongolei, Kuba Neuer Weg 23.8.1968

nissen - wie etwa dem Warschauer Pakt - leiten lassen, sondern daß ihnen Nachbarschaft offenbar höher steht. Eine Gruppierung der sozialistischen Staaten nach politischen Gesichtspunkten ist vermieden; die größere oder geringere Anlehnung an die Sowjetunion spielt ebensowenig eine Rolle wie die Parteinahme für oder gegen China. Albanien zählt zu den europäischen sozialistischen Ländern, zu denen gute Beziehungen zu unterhalten, Rumänien für ebenso wichtig erklärt wie beispielsweise zur DDR.

Zurückhaltung zeigen die Rumänen auch, wenn sie ihre Beziehungen zur nichtsozialistischen Umwelt ordnen. Ceausescu geht in seiner Rede auf dem Parteitag dabei nicht nach Ländergruppen vor und außer den Vereinigten Staaten erwähnt er kein Land namentlich. Die internationale Politik behandelt er nach allgemeinen Problemen und Zielsetzungen, die weltweit auf der Tagesordnung stehen und Rumänien aus irgendeinem Grund interessieren: Liquidation des Neokolonialismus, der Vietnamkrieg als Beispiel dafür, daß auch die Großmacht USA ein kleines, Freiheit und Unabhängigkeit verteidigendes Volk nicht zu unterdrücken vermag, der Konflikt im Nahen Osten, die europäische Sicherheit und die Erfordernis regionaler Zusammenarbeit, Abrüstung und die Auflösung von Militärblöcken und Stützpunkten, die Rolle der UNO.

Wenn man ein Itinerar aufstellt, in dem zwischen dem 9. und 10. Parteitag die Reisen rumänischer Spitzenpolitiker, von Parteichef Ceausescu, Ministerpräsident Maurer und dem bis 1967 amtierenden Vorsitzenden des Staatsrats Chivu Stoica, aber auch die Besuche ausländischer Staatsoberhäupter und Ministerpräsidenten verzeichnet sind¹⁾, ändert sich die von Ceausescu auf dem Parteitag beschriebene Ordnung der außenpolitischen Beziehungen etwas und einige Schwerpunkte der rumänischen Außenpolitik werden deutlich sichtbar. An der Spitze aller Länder, mit denen die rumänische Regierung unmittelbar politische Kontakte pflegte, rangiert dann nicht die Sowjetunion sondern Jugoslawien. Schon Gheorghiu-Dej war seit 1963 dreimal mit Marschall Tito

¹⁾ Multilaterale Treffen, Parteitage und sonstige Konferenzen sind in der folgenden Aufstellung nicht berücksichtigt.

zusammengekommen. 1964 hatte Ceausescu die rumänische Delegation zum Parteitag der jugoslawischen Kommunisten geleitet; Tito und Ceausescu trafen sich bis zum September 1969 wenigstens siebenmal zu persönlicher Konsultation. Außerdem ist hinzuzurechnen: Ein Besuch des rumänischen Ministerpräsidenten Maurer in Jugoslawien Anfang 1966 und ein Besuch des jugoslawischen Ministerpräsidenten Spiljak Ende 1967. Im März 1969 schickte die RKP als einzige regierende Partei eine Delegation zum Partag des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens.

Nächst den jugoslawischen hatten bulgarische Spitzenfunktionäre die häufigsten zweiseitigen Kontakte mit rumänischen Politikern. Gheorghiu-Dej war 1957 zum letzten Male in Bulgarien gewesen. Parteichef Schiffkow und Ceausescu kamen bis zum September 1967 zu wenigstens sechs zweiseitigen Treffen zusammen; Maurer weilte im März 1968 als Leiter einer Parteidelegation in Sofia, danach rissen die Kontakte auf der höchsten Ebene ab. Begegnungen mit ungarischen Spitzenpolitikern waren seltener, im Januar 1966 war Ministerpräsident Maurer in Ungarn, im März 1966 Parteichef Kadar in Rumänien, im Mai 1967 Ceausescu in Ungarn. Unverkennbar ist der Balkanraum ein Zentrum der rumänischen außenpolitischen Aktivität.

Außer bei zahlreichen multilateralen Treffen, Konferenzen und Parteitagten, trafen sich Ceausescu und der sowjetische Generalsekretär Breshnew in diesem Zeitraum fünfmal; seltener waren Begegnungen mit chinesischen Politikern, im Juni 1966 war Ministerpräsident Tschu Enlai in Rumänien, im Sommer 1967 Maurer in China und im September 1969 machte er bei einer Reise nach Nordvietnam in China Station. In der Tschechoslowakei war Ceausescu 1968 gleich zweimal; Rumänien schloß auch den ersten neuen Freundschaftsvertrag mit der CSSR ab. Einmal traf sich Ceausescu mit Gomulka in Warschau, einmal war Gomulka zum Urlaub in Rumänien; mit Spitzenfunktionären der DDR traf Ceausescu keinmal zusammen, Chivu Stoica war im November 1966 in der DDR gewesen, Außenminister Manescu im Dezember 1968.

Auch die west- und nordeuropäischen Länder erfreuen sich der be-

sonderen Aufmerksamkeit Rumäniens. Auffällig sind die intensiven Beziehungen zu neutralen europäischen Staaten, die freilich auch die geringsten Risiken bergen. Im November 1965 war Ministerpräsident Maurer in Österreich, im Juli 1967 Bundeskanzler Klaus in Bukarest, im November folgte Präsident Jonas. Ähnlich verhielt es sich mit Schweden und Finnland, die Schweiz zögerte. Frankreich, Dänemark und die Niederlande tauschten mit Rumänien Besuche aus, Ministerpräsident war einmal in Italien, Belgien und Großbritannien.

Noch größer war die Zahl der Besuche in und aus Entwicklungsländern. An der Spitze dieser Staaten steht der Iran. Wenigstens achtmal trafen rumänische und persische Spitzenpolitiker zusammen.¹⁾ Mit drei Begegnungen folgen die Türkei und Indien, dann Pakistan, Äthiopien, Ägypten, Griechenland. Auch an dieser Aufzählung zeigt sich, daß die Länder, mit denen die rumänische Führung öfter unmittelbar Kontakt hat, entweder geographisch nicht weit entfernt sind, so daß die Bukarester Außenpolitiker Anlaß haben, auf gemeinsame politische Interessen zu hoffen, oder daß gemeinsame ökonomische Interessen bestehen; beispielsweise ist Rumänien an Eisenerzlieferungen und anderen Rohstoffen aus Indien interessiert und an Erdöllieferungen aus dem Iran.

Unterentwickelt sind Rumäniens Beziehungen zu lateinamerikanischen Staaten. Zwar hat Rumänien zu vielen von ihnen diplomatische Beziehungen, aber erst 1968 besuchte Außenminister Manescu einige südamerikanische Länder, um größeren wirtschaftlichen und kulturellen Austausch zu vereinbaren. Ende Oktober war er in Brasilien, Anfang November in Argentinien und Uruguay, dann in Peru und Ekuador.

1) Im August 1965 war Ch.Stoica anläßlich einer Reise nach Indonesien, Indien und Pakistan auch im Iran, im Oktober 1965 war Ministerpräsident Maurer dort, im Mai/Juni 1966 kam der Schah nach Rumänien, im Juli 1966 war Maurer wieder im Iran, sein persischer Kollege Howeida im November 1966 in Bukarest; die Reisetätigkeit fand ihren Niederschlag in zahlreichen wirtschaftlichen Vereinbarungen und Abkommen. Im Mai 1967 reiste wieder Stoica nach Persien, im November 1968 Maurer, im September 1969 Ceausescu. Im gleichen Jahr reiste Ceausescu auch in die Türkei (im März) und nach Indien (im Oktober).

Eine besondere Funktion haben kleinere und mittlere Staaten für die rumänische Außenpolitik. Immer wieder heben rumänische Politiker die Beteiligung einer wachsenden Zahl kleineren Staaten an der Lösung internationaler Fragen hervor¹⁾ und appellieren unmißverständlich an ihre Solidarität gegen die Hegemoniebestrebungen der Großmächte:

"Die Auffassung, daß die Geschicke der Menschheit ausschließlich in den Händen der Großmächte liegen, entspricht nicht mehr den neuen Bedingungen der gesellschaftlichen Entwicklung... Immer mehr kleinere und mittlere Staaten schreiten mit energischen Schritten in die Arena der Weltpolitik hinein und weigern sich, die Rolle von Hampelmännern im Dienste der imperialistischen Weltmächte weiterzuspielen... Indem sie mit Energie und Kampfegeist im Sinne der Verteidigung ihrer Interessen und legitimen Rechte handeln, kann es den kleineren und mittleren Nationen gelingen, eine beachtliche Rolle im internationalen Leben zu spielen und auf die Entwicklung der Ereignisse wesentlich einzuwirken." ²⁾

Es ist kaum anzunehmen, daß Ceausescu mit einer Allianz kleiner Staaten gegen Großmächte rechnete oder daß er erwartete, die Solidarität dieser Staaten könne für Rumänien zu einem hinreichenden Äquivalent gegen das Gewicht der Sowjetunion werden. Es gibt kein Anzeichen, daß sich die Rumänen in dieser Hinsicht Illusionen machten. Trotzdem ist unverkennbar, daß in Rumänien besonders häufig Repräsentanten der kleineren und mittleren Staaten zu Gast waren. Und als Ministerpräsident Maurer zum Staatsbesuch in den Niederlanden eintraf, erklärte er:

"Kleinere Länder wie Holland und Rumänien können einen großen Beitrag zur Lösung der oftmals delikaten Probleme liefern, die den Weltfrieden bedrohen. Sie sind fast immer zu einem geschmeidigeren Vorgehen in der Lage als die Großmächte, die eine Fülle von Eigeninteressen zu vertreten haben." ³⁾

Der rumänische Ministerpräsident versuchte, Holland zu einem ähnlichen Verhalten in der NATO zu bewegen, wie es Rumänien im anderen Bündnis praktizierte, versuchte, auf diese Weise aktiv die angestrebte Überwindung der Blöcke zu fördern.

1) So etwa der stellvertretende Außenminister Mircea Malita in Lumea 2/1968

2) Ceausescu auf einer Tagung der Nationalversammlung zur Außenpolitik, Scinteia vom 25.7.1967; vgl. auch Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa 1,2/1968

3) zit.nach "Die Welt" vom 21.7.1967

Rumänien bemüht sich um Anerkennung, um Sympathien in der Welt. Es hat dabei unzweifelhaft Erfolge erzielt. In der Organisation der Vereinten Nationen war Rumänien besonders aktiv. Außenminister Corneliu Manescu begründete im Oktober 1965 das rumänische Interesse an der UNO folgendermaßen:

"In der heutigen Organisierung der internationalen Gemeinschaft gibt es keinen Platz für einen Superstaat. An Stelle des letzteren tritt eine freiwillige Vereinigung freier Staaten, die verpflichtet sind, sich dem Gesetz, das sie auf Grund ihrer eigenen Souveränität akzeptiert haben, zu unterwerfen."¹⁾

Ausdrücklich zitierte Manescu mit diesen Worten aus einer Rede von Nicolae Titulescu, die dieser in den dreißiger Jahren gehalten hatte.²⁾ Das sozialistische Rumänien knüpfte unverhohlen an außenpolitische Traditionen der Zwischenkriegszeit an und suchte sie für sein Ansehen in der Welt nutzbar zu machen. Und es waren nicht nur Zitate; Teile der alten außenpolitischen Konzeption sind auch in der neuen der sechziger Jahre wiederzuerkennen, etwa wenn die Gleichberechtigung aller Staaten, ob groß oder klein, beschworen wird oder das souveräne Recht der kleinen Staaten, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen oder wenn sich Rumänien dagegen verwahrt, kleinen Staaten Entscheidungen gegen ihren Willen aufzuzwingen.

Aber der Glaube ein Bündnis kleiner Staaten könne den Supermächten Paroli bieten, war dahin; die Rumänen machten keinen Versuch, in der UNO eine Front gegen die Großmächte aufzubauen. Sie versuchten stattdessen, die moralische Macht der Mehrheit für ihr außenpolitisches Kalkül zu nutzen. Die UNO war ein Forum, dessen Universalität dem exklusiven außenpolitischen Vertretungsanspruch der Sowjetunion widersprach, und in der UNO-Charta standen die Grundsätze, die Rumänien auch in den Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten durchzusetzen trachtete.

Die SRR fand Verbündete in der UNO. Im Klub der Neun - zusammen mit Österreich, Bulgarien, Belgien, Finnland, Dänemark, Schweden, Ungarn und Jugoslawien - brachte Rumänien im Herbst 1965 eine Resolution ein, entsprechend der die Vereinten Nationen regiona-

1) Manescu vor der UN-Vollversammlung, Neuer Weg 10.10.1965

2) Titulescu war 1927/1928 und von 1932 bis 1936 rumänischer Außenminister gewesen und in der dazwischenliegenden Zeit Botschafter in London und für zwei Jahre Präsident des Völkerbundes. Als Außenminister war Titulescu einer der Initiatoren der Balkan-Entente 1934.

le Aktionen zur Verbesserung der gutnachbarlichen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten, die unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Systemen angehören, begrüßen sollten. Es war die erste eigene Initiative Rumäniens, nachdem es bis dahin nur durch eigenwillige Abstimmungen in den UN aufgefallen war, mit denen es die Solidarität der sozialistischen Staaten durchbrach. Die Resolution zur Förderung gutnachbarlicher Beziehungen wurde von der Vollversammlung angenommen.

Parallel zur Aktion in der UNO versuchte Rumänien, die außenpolitischen Beziehungen auf dem Balkan zu verbessern, Griechenland und die Türkei in die Bemühungen um Entspannung auf dem Balkan einzubeziehen. Die UN-Resolution schien geeignet, die beiden Nato-Staaten zu beeindrucken, diene aber wohl noch mehr dazu, die selbständige Politik auf dem Balkan zu legitimieren.

Rumänien, selbst Entwicklungsland, tat sich durch Beiträge an den UN-Fonds für Entwicklungsländer hervor. Am 6. Oktober 1966 kündigte der rumänische Delegierte Diaconescu auf einer UNO-Konferenz an, sein Land werde seinen Beitrag zum Sonderfonds in diesem Jahr um 17 Prozent aufstocken, nachdem es ihn schon im vergangenen Jahr um 33 Prozent erhöht hätte. Außenminister Manescu verurteilte vor der Vollversammlung die Vietnampolitik der USA, sprach über europäische Sicherheit, über den Atomwaffensperrvertrag und plädierte für die Aufnahme Chinas und beider Deutschland in die UNO. Zugleich pflegte der rumänische Außenminister seine Beziehungen zu den anderen acht Staaten, mit denen zusammen er im Jahr zuvor die Resolution eingebracht hatte und mit denen Rumänien auch außerhalb der UNO rege Kontakte unterhielt.

Am 19. Oktober 1966 erklärte Manescu, er werde für die Präsidentschaft der UN-Vollversammlung im nächsten Jahr kandidieren. Tatsächlich wurde Corneliu Manescu am 19.9.1967 als erster Vertreter eines sozialistischen Landes zum Vorsitzenden der XXII. Tagung der Vollversammlung gewählt. Für den rumänischen Kandidaten stimmten 112 von 118 anwesenden Delegationen. In Rumänien wertete man das Wahlergebnis - sicher zu Recht - als großen Erfolg der eignen Außenpolitik:

"Die rege Tätigkeit des sozialistischen Rumänien in der interna-

1) Neuer Weg 8.10.1966

tionalen politischen Arena, seine Aktionen im Geiste einer realistischen, konstruktiven Behandlung der schwebenden Fragen und seine Bemühungen um die Schaffung einer Atmosphäre der Sicherheit, um den Ausbau der zwischenstaatlichen Beziehungen auf den Prinzipien des Rechtes und der Gerechtigkeit, seine Bemühungen um die Zusammenarbeit zwischen den Völkern - dies alles wurde durch die Wahl des Vertreters unseres Landes zum Vorsitzenden des höchsten internationalen Forums, der Uno-Vollversammlung, anerkannt." 1)

In der Folgezeit konzentrierte sich die rumänische Aktivität in internationalen Organisationen auf Fragen der Abrüstung. Mircea Malita, stellvertretender Außenminister, sorgte sich in der Vollversammlung um Definitionen von Aggression.²⁾ Und der rumänische Delegierte Ecobescu avancierte auf der Genfer Abrüstungskonferenz zum führenden Sprecher einer Gruppe von Staaten, die sich nicht damit begnügen wollten, von den Großmächten zu Abrüstung und zum Verzicht auf Atomwaffen aufgefordert zu werden, sondern auch ihrerseits von den Großmächten bindende Abmachungen über Abrüstung verlangten. Am 19. Oktober 1967 unterbreitet Ecobescu eigene Vorschläge zur Verbesserung des Vertragsentwurfs über Nichtverbreitung von Atomwaffen. Der Vertrag solle ein annehmbares Gleichgewicht zwischen Verantwortungen und Verpflichtungen der Kernmächte und der Nichtkernmächte schaffen. In der Präambel müsse der Einsatz von Atomwaffen verboten werden. Die Großmächte sollten sich verpflichten, niemals Kernwaffen gegen Staaten einzusetzen, die keine besäßen, noch mit dem Einsatz solcher Waffen zu drohen. Sie sollten konkrete Schritte angeben, nach denen die Produktion von Atomwaffen reduziert und eingestellt wird. Der Atomwaffensperrvertrag dürfe die friedliche Nutzung der Atomkraft nicht erschweren³⁾. Später engagierte sich Ecobescu auf der Abrüstungskonferenz gegen Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Länder und gegen Militärmanöver auf dem Territorium oder an den Grenzen anderer Staaten.

5. Rumänien im Bündnis

a) Der Warschauer Fakt

Am 23. Juli 1967, unmittelbar bevor in Rumänien die Große Natio-

1) Neuer Weg 21.9.1967

2) ebenda 2.12.1967

3) ebenda 21.10.1967

nalversammlung zusammentrat, um wie zuvor weltweit annonciert worden war - Grundsatzreferate leitender RKP-Funktionäre anzuhören und die entsprechenden Beschlüsse zu fassen, veröffentlichte die "Prawda" in Moskau einen redaktionellen Artikel, in dem der Nationalismus als Hauptgefahr für die Geschlossenheit der sozialistischen Staaten angeprangert wurde¹⁾. Jedes Mitglied des Warschauer Paktes müsse zu dem Bündnis ein "lebendiges und aktives" Verhältnis haben, nicht ein nur formelles, und solle die Allianz als "schöpferische, tätige Zusammenarbeit in militärischen und politischen Fragen" betrachten. Gebot der Stunde sei eine allseitige Stärkung des Paktes. Jede Reform des Warschauer Vertrages im Sinne weiterer Autonomie der Gliedstaaten wurde in dem Artikel abgelehnt. Statt dessen forderte das Zentralorgan der KPdSU eine gemeinsame Front der Bündnispartner gegen die Bundesrepublik Deutschland und Kooperation mit den arabischen Staaten.

Mit Chruschtschows Sturz hatte die sowjetische Führung offenbar die Hoffnung aufgegeben, es könne binnen kurzem gelingen, mit Hilfe des RGW eine engere Bindung zwischen den kommunistisch regierten Ländern Ost- und Südosteuropas zu schaffen. Die neuen Männer an der Spitze der KPdSU setzten mehr auf den Warschauer Pakt, in dem sie ein wirksames Instrument der politischen und militärischen Zusammenarbeit zu besitzen meinten.²⁾ Aber der rumänische Widerstand gegen gemeinsame Außenpolitik hatte auch an der Substanz dieses Vertrages gezehrt. 1967 drängte die Sowjetunion, den Pakt über deklamatorische Zugehörigkeitsbekundungen hinaus für einen wesentlichen Zweck funktionsfähig zu machen, zur Koordinierung, gar Integration heterogener politischer und militärischer Interessen. Aber nachdem die außenpolitische Übereinstimmung einmal verloren gegangen war, konnte der Warschauer Pakt die ihm zugedachte Rolle nicht erfüllen. Denn die Einheit im Bündnis

1) Auszüge aus dem Artikel in: Neues Deutschland 25.7.1967 unter dem gleichen Titel wie in der Prawda: "Einheit - Quelle unserer Kraft". vgl. auch Neue Zürcher Zeitung 25.7.1967

2) Als eine von vielen Äußerungen sei zitiert: "Große Aufmerksamkeit wurde auf die Koordination der Außenpolitik der sozialistischen Länder ... gelenkt. Es wurde in der Frage der Vervollkommenung der Tätigkeit der Organisation des Warschauer Vertrages, der Notwendigkeit der Schaffung eines s t ä n d i g e n und o p e r a t i v e n M e c h a n i s m u s zur Erörterung aktueller Probleme im Rahmen dieses Vertrages behandelt." Breshnew auf dem ZK-Plenum der KPdSU nach Neues Deutschland 1.10.1965

ist jeweils nur so groß wie der Einfluß der Sowjetunion auf den eigenwilligsten Verbündeten - und der hatte schon im RGW nicht ausgereicht.

Die Rumänen hatten zu dem Zeitpunkt, in dem der Prawdaartikel erschien, schon gegen alle dort genannten Grundsätze verstoßen. Schon in ihrer Unabhängigkeitserklärung 1964 hatten sie den Pakt lediglich als europäisches Verteidigungsbündnis gegen militärische Angriffe gedeutet. Darüber hinaus forderten sie die Auflösung aller Bündnisse. Nicht der Ausbau des Vertrages durch größere Einheitlichkeit und integrierte Militärstreitkräfte interessiert die Rumänen - wie die Sowjets -, sondern die Schaffung einer internationalen Lage, in der beide Militärbündnisse - Warschauer Pakt und Nato - überflüssig wären und abgeschafft werden könnten. Natürlich übergehen auch sowjetische Politiker diesen Aspekt nicht, zumal er bei der Unterzeichnung des Vertrages ein wichtiges Argument gewesen war, aber sie behandeln ihn im Gegensatz zu den Rumänen ziemlich stiefmütterlich.

Bevor die sowjetischen Anstrengungen recht begonnen hatten, aus dem Warschauer Pakt ein funktionierendes Organ für politische Integration zu machen, hatten die Rumänen ihre Gegenposition aufgebaut. Zum 20. Jahrestag des Putsches von 1944 erklärte Gheorghiu-Dej:

"Unser Land kämpft konsequent für die Einstellung des Wettrüstens, für die Verwirklichung der Abrüstung ... Wir sprechen uns für die Einstellung sämtlicher Kernwaffenversuche aus, für die Auflassung der Militärstützpunkte und des Abzugs der auf fremdem Territorium stationierten Truppen ... Als Mitglied des Warschauer Paktes spricht sich die RVR für die Auflösung aller Militärblocks aus und als Übergangsmaßnahme zugunsten des Abschlusses eines Nichtangriffspaktes zwischen dieser Organisation und dem Nordatlantikpakt." 1)

Vom Abzug aller auf fremdem Territorium stationierten Truppen - wobei Gheorghiu-Dej die US-Streitkräfte in Deutschland mit den in der DDR, in Ungarn und Polen stationierten sowjetischen Truppen in einen Topf warf - verlautete auf der nächsten Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in Warschau nichts. Offensichtlich hatten sich die sowjetischen Politiker auf dieser immerhin zwei Tage dauernden Veranstaltung (19. und 20.1.1965) für die Vorschläge Gheorghiu-Dejs nicht begeistern können. Dafür stand im

1) Neuer Weg 23.8.1964

Schlußkommuniqué auch nichts über eine Reform des Paktes, nichts was den innen- und außenpolitischen Spielraum der Mitgliedstaaten eingeschränkt hätte. Viel mehr hatte Gheorghiu-Dej für den Augenblick wohl auch nicht erreichen wollen. Einig waren sich die Teilnehmer über die Ablehnung einer multilateralen Kernstreitmacht der NATO, mit der Deutschland, wenn auch nur indirekt, an der Verfügung über Atomwaffen beteiligt worden wäre, einig waren sie sich über die Zweckmäßigkeit einer Sicherheitskonferenz für Europa; sie waren für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, für einen Nichtangriffsvertrag zwischen Warschauer Pakt und NATO und für die Abhaltung einer Weltabrüstungskonferenz.¹⁾

Die Rumänen kamen in späteren Verlautbarungen immer wieder auf ihre Forderung nach allseitigem Truppenabzug zurück, auch wenn den Sowjets dies kaum gelegen kommt, solange ihre in Osteuropa stationierten Streitkräfte die wichtigste Stütze der Hegemonie sind. Rumäniens Haltung änderte sich nach dem Tode Gheorghiu-Dejs nicht, die neue Führung setzte die von ihm eingeleitete Politik im Bündnis nahtlos fort.

"Rumänien kämpft für die Einstellung des Rüstungswettlaufs, die Liquidation der Militärblocks, den Abzug aller bewaffneten Streitkräfte und die Auflassung von Militärbasen auf dem Territorium anderer Staaten, die Ächtung von Atomwaffen und die Zerstörung bestehender Vorräte, für die allgemeine Abrüstung",

erklärte Verteidigungsminister Salajan im Mai 1965.²⁾ Ähnlich äußerte sich Parteichef Ceausescu auf dem 9. Parteitag der RKP am 19.7.1965. Dabei ließen die rumänischen Politiker keinen Zweifel an ihrer Bereitschaft, zusammen mit den Verbündeten "die Sache des Friedens und des Sozialismus" zu verteidigen.³⁾

Offensichtlich wuchs der sowjetische Druck gegen Ende 1965, denn abwehrende rumänische Erklärungen wurden immer deutlicher. Im September 1965 reisten Ceausescu und Ministerpräsident Maurer zur Antrittsvisite nach Moskau. Im Schlußkommuniqué⁴⁾ verwiesen

1) Neuer Weg 22.1.1965. Dies war die erste einer Reihe von Konferenzen, die sich mit aktuellen politischen Fragen beschäftigten und um einen gemeinsamen Standpunkt rangen. Frühere waren kürzer gewesen: die vorletzte, am 7.6.1962 in Moskau hatte einen Bericht von den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über Deutschland entgegenzunehmen und die sowjetische Haltung zu bekräftigen, die letzte ließ sich am 26.7.1963 von Marschall Gretscho über den Stand der bewaffneten Streitkräfte unterrichten.

2) Scinteia 8.5.1965

3) ebenda vom 21.7.1965, in der Resolution des Parteitags.

4) Neuer Weg 12.9.1965

die Gesprächspartner auf die Notwendigkeit weiterer Verteidigungsmaßnahmen im Warschauer Pakt für den - freilich unwahrscheinlichen - Fall, daß die Bundesrepublik Zugang zu Kernwaffen erhalte. Für dieses rumänische Zugeständnis stimmte die Sowjetunion der Forderung zu, alle Truppen vom Territorium fremder Staaten abzuziehen, wozu sich der Warschauer Pakt auf seiner letzten Tagung noch nicht hatte bekennen mögen. Übereinstimmung der Ansichten bescheinigten sich Sowjets und Rumänen in der "Einschätzung der wichtigsten Gegenwartsfragen". Im übrigen war viel von Souveränität die Rede, von dem Recht jeder Partei, die eigene politische Linie auszuarbeiten und auch von der Zweckmäßigkeit bilateraler Kontakte zwischen den Parteiführungen, die die Rumänen den multilateralen schon seit langem vorzogen. Der rumänischen Führung war es gelungen, alle zwischen beiden Parteien bestehenden Probleme in der Schwebe zu halten, sie teilten dafür - ihr Zugeständnis - in einigen europäischen Fragen den sowjetischen Standpunkt.

Aber schon im Frühjahr 1966 verdeutlichte die rumänische Führung bei zahlreichen Gelegenheiten ihre Vorbehalte gegen den Warschauer Pakt. Am 7. Mai 1966, dem 45. Gründungstag der Rumänischen Kommunistischen Partei bezeichnete Ceausescu Militärblöcke erstmals als unvereinbar mit der Unabhängigkeit der Völker und rückte damit den Warschauer Pakt in die Nähe der Reformpläne für den RGW, die Rumänien 1963 erfolgreich abgeschmettert hatte:

"Die Militärblöcke, die Existenz von Militärbasen und von Truppen auf dem Territorium anderer Staaten ist eine der Hürden auf dem Wege zur Zusammenarbeit zwischen den Völkern. Die Existenz der Blöcke ebenso wie die Stationierung von Truppen in anderen Ländern ist ein Anachronismus, unvereinbar mit der Unabhängigkeit und nationalen Souveränität der Völker und den normalen Beziehungen zwischen Staaten.."1)

Kurz darauf kam Parteichef Breshnew zu inoffiziellern Besuch nach Bukarest. Gesprächsthemen gab es nach der zitierten Rede von Ceausescu genug, denn er hatte sich nicht nur mit dem Warschauer Pakt, sondern auch mit Komintern und Kominform, mit den Fehlern der Vorkriegs-KP befaßt und unüberhörbar Kritik an dem Verhältnis der KPdSU zu den Bruderparteien geübt. Breshnew blieb vom 10. bis 13. Mai; über die Ergebnisse seines Besuchs verlautete nichts²⁾, aber an der rumänischen Haltung änderte sich auch nichts.

1) Scinteia 8.5.1966

2) vgl. das Communiqué in Neuer Weg 15.5.1966

Im Juni gab Ceausescu italienischen Journalisten ein Interview. Er beklagte die Spaltung Europas in Militärblöcke und entwarf eine für Rumänien erstrebenswerte Vision, in der kein Platz mehr war für unterschiedlich geartete Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten:

"Die Militärblöcke, der Warschauer Pakt mitinbegriffen, werden aber in Europa keinen Sinn mehr haben, wo die Beziehungen auf der Grundlage der Achtung der Souveränität und der Unabhängigkeit der Völker aufgebaut werden."¹⁾

Auch über Deutschland vertrat er differenzierte Ansichten²⁾, stimmte nicht in den Chorus über deutschen Revanchismus und Militarismus ein, sondern wollte nur dessen Wiedererstehen vereitelt wissen. Ähnlich hatte er sich wenige Tage zuvor in der Provinz Arges geäußert: Jedes Volk solle sich im Rahmen der europäischen Sicherheit gemäß seinem eigenen Wunsche entwickeln, in diesem Rahmen könne auch die deutsche Frage gelöst werden; das deutsche Volk solle die Möglichkeit erhalten, sich auf demokratischem Wege zu vereinigen. Ceausescu erklärte die Zeit für gekommen, die Militärblöcke aufzulösen und alle fremden Truppen abzuführen, schränkte aber ein, daß die sozialistischen Länder ihre Verteidigungsfähigkeit erhalten müßten, solange die NATO bestehe.³⁾

Damit war die rumänische Verhandlungsposition für die nächste Tagung des Politischen Konsultativausschusses umrissen, die vom 4. bis 6. Juli 1966 in Bukarest stattfand. Der Konsultativausschuss verabschiedete zwei Erklärungen; in der einen verurteilten die Teilnehmer einhellig die amerikanische Aggression in Vietnam, die andere handelte von der Sicherheit in Europa. Erneut forderten die Warschauer-Pakt-Staaten eine europäische Sicherheitskonferenz und schlossen diesmal die USA nicht mehr von der Teilnahme aus. Sie forderten ferner Schritte zur Auflösung der Militärpakte, Kernwaffenverbot für die Bundesrepublik und Anerkennung der in Europa bestehenden Grenzen.⁴⁾ Das entsprach den rumänischen Vorstellungen nicht völlig, kam ihnen aber ziem-

1) Neuer Weg 19.6.1966

2) "In diesem Zusammenhang kommt der Lösung der deutschen Frage, ausgehend von der Tatsache des Bestehens der beiden deutschen Staaten- der DDR und der BRD-, eine wichtige Bedeutung zu..Die Vereinigung Deutschlands muß das Ergebnis des Einvernehmens zwischen Deutschen, ohne Einmischung von außen sein..."
ebenda

3) Neuer Weg 14.6.1966

4) ebenda 10.7.1966

lich nahe.¹⁾ Zur weiteren Integration Ost- und Südeuropas fand sich im Kommuniqué nur Unverbindliches: Die Teilnehmer brachten zum Ausdruck", sie wollten sich auch weiterhin um die Entwicklung gegenseitiger Zusammenarbeit bemühen gemäß den Prinzipien der Gleichberechtigung, Respektierung der nationalen Souveränität und gegenseitigen Vorteils.²⁾

Es war gelungen, in einigen Fragen, die kaum strittig waren und an denen auch Rumänien interessiert war, einen gemeinsamen Standpunkt zu formulieren, es war aber nicht gelungen, die beteiligten Staaten auf eine gemeinsame Haltung festzulegen, weder zur Intensivierung der Zusammenarbeit noch zur Deutschlandfrage. Dazu waren die Aussagen der Erklärung zu unbestimmt und vage. Der Passus: "Die europäischen Staaten sind in der Lage, die Frage der Beziehungen untereinander ohne Einmischung von außen her zu lösen. Die sozialistischen Länder sind der Auffassung, daß eine der Hauptvoraussetzungen für die europäische Sicherheit die Sicherung und Entwicklung normaler Beziehungen zwischen den Staaten ist, die sich auf die Beachtung der Prinzipien der Souveränität ..gründen",³⁾ bedeutet zunächst nur, daß die europäischen Staaten ihre Probleme ohne Einmischung außereuropäischer Mächte - etwa der USA - lösen sollten, konnte aber auch im Sinne des Bilateralismus ausgelegt werden, daß sich jeder Staat selbst um die Herstellung solcher Beziehungen in Europa bemühen solle. Die unterschiedlichen Interpretationen ließen nicht auf sich warten und so hatte die Konferenz eher die entgegengesetzte Wirkung, als sich ihre Urheber erhofft haben mochten.

Kaum waren die Delegationen wieder zu Hause angelangt, erläuterte

7) Rumänien blieb zu allen Zeiten an der europäischen Sicherheitskonferenz interessiert: Bei einem Besuch in Dänemark erklärte Maurer, ein europäisches Sicherheitssystem solle an die Stelle von NATO und Warschauer Pakt treten (Süddeutsche Zeitung 16.8.1966). In London erklärte er, Rumänien verspreche sich von der Sicherheitskonferenz eine Garantie für die Unabhängigkeit der einzelnen Staaten, es gehe Rumänien dabei um "Freiheit, Unabhängigkeit, völlige Souveränität, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, von welcher Seite und unter welchem Vorwand auch immer der Anspruch erhoben werden sollte..." (Neue Züricher Zeitung 1.12.1969)

2) Neuer Weg 9.7.1966; Es war weniger als sich Ulbricht und Kadar zum Abschluß eines ungarischen Besuchs gewünscht hatten; beide hatten sich für eine Stärkung des Warschauer Paktes und für erhöhte Wirksamkeit des RGW ausgesprochen, vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung 20.6.1966

3) Neuer Weg a.a.O.

4) Neuer Weg 17.7.1966

terte Ceausescu vor einer Versammlung des Parteiaktivs seine Sicht von den Ergebnissen der Konferenz: Zur Schaffung europäischer Sicherheit müsse man ausgehen von den Ergebnissen des zweiten Weltkriegs "und zwar vom Vorhandensein der beiden deutschen Staaten: Der Deutschen Demokratischen Republik - einem souveränen Land, dem ersten deutschen sozialistischen Land- und der Deutschen Bundesrepublik. Die Annahme dieser äußerst vernünftigen Bedingung setzt voraus, daß die europäischen Ländern zu beiden deutschen Staaten normale wirtschaftliche, politische, wissenschaftliche und kulturelle Beziehungen unterhalten und entwickeln .."¹⁾ Rumänien machte die Ankündigung war und löste damit eine schwere Krise im Warschauer Pakt aus.

b) Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland

Der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland waren vielfältige Kontakte zwischen beiden Staaten vorausgegangen. Die wohl wichtigsten: Am 18. Mai 1965 eröffnete eine deutsche Industrieausstellung in Bukarest, die erste dieses Umfangs in Osteuropa. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Lahr, wurde von Ministerpräsident Maurer empfangen. Anfang 1966 erhielten die beiderseitigen Handelsmissionen konsularische Befugnisse. Im Mai desselben Jahres besuchte der rumänische Außenhandelsminister Cioara die Bundesrepublik, führte Gespräche mit Außenminister Schröder und Bundeskanzler Erhard. Bundeswirtschaftsminister Schmücker traf im September 1966 in Bukarest mit Außenminister Manescu, Ministerpräsident Maurer und Parteichef Ceausescu zusammen. Nachdem Ceausescu schon im Juli Rumäniens Bereitschaft zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen öffentlich bekundet hatte, wenn die führenden Politiker Westdeutschlands nur "politischen Realismus an den Tag legen"²⁾ wollten, konnte Schmücker wohl die meisten noch bestehenden Probleme ausräumen.

Aber die Regierung Erhard erntete die Früchte ihrer Bemühungen nicht mehr. Im Januar 1967 führte Ministerialdirektor Rüte im rumänischen Außenministerium letzte Verhandlungen. Beide Partner suchten einen Kompromiß, der der deutschen Seite die Wahrung des Rechtsvorbehalts erlaubte, allein legitimer Sprecher des deu-

1) Neuer Weg 17.7.1966

2) ebenda

tschen Volkes zu sein, ohne daß die rumänische Regierung ihr Gesicht gegenüber der DDR verlor, mit der sie schon diplomatische Beziehungen unterhielt.

Der Einladung vom September 1966 folgend, reiste Außenminister Corneliu Manescu am 30.1.1967 nach Bonn, wo am 31.1. mit der Veröffentlichung eines gemeinsamen Kommuniqués die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Rumänien bekanntgegeben wurde. Die beiderseitigen unterschiedlichen Rechtsstandpunkte wurden unabhängig voneinander veröffentlicht: Bundeskanzler Kiesinger bekräftigte den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik in einer Erklärung vor dem Bundestag, die rumänische Regierung veröffentlichte durch die Nachrichtenagentur Agerpres ihren "wohlbekannten Standpunkt", daß als Ergebnis des zweiten Weltkriegs zwei deutsche Staaten in Europa entstanden seien.¹⁾

Diplomatische Beziehungen waren für Rumänien zweckmäßig, weil die Bundesrepublik inzwischen zum zweitgrößten Handelspartner geworden war. Der Außenhandelsumsatz Rumäniens mit der Bundesrepublik betrug 1960 539 Millionen Lei, 1963 waren es 780 Millionen Lei und 1966 1 333 Millionen Lei. Der gesamte Außenhandel Rumäniens hatte 1960 ein Volumen von 8 189 Millionen Lei, 1963 von 11,6 Milliarden Lei und 1966 von 14,4 Milliarden Lei.²⁾ Der Anteil der Bundesrepublik am rumänischen Außenhandel stieg demnach von 6,6 auf 6,7 und dann auf über 9 Prozent. Gleichzeitig vergrößerte sich in diesem Zeitraum das Außenhandelsdefizit Rumäniens gegenüber der Bundesrepublik stetig. 1966 betrug es 445 Millionen Lei. Deshalb war Rumänien nicht nur an weitgehender Liberalisierung aller Exporte interessiert, sondern auch am Ausbau der Handelskontakte, um die im Westen immer noch schlechten Marktchancen für seine Produkte zu verbessern. Zur Anbahnung solcher Kontakte und zur Absicherung erwünschter Kooperationsbeziehungen zu deutschen Unternehmen war der Rückhalt an einer Gesandtschaft in Bonn unentbehrlich. Ebenso wichtig wurde später die Unterstützung Bonns, als sich Rumänien - wieder als erster osteuropäischer Staat - um Annäherung an die EWG bemühte.

1) Neuer Weg 3.2.1967

2) Zahlenangaben nach Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa 3/1968 S.42 f.

Im übrigen Osteuropa war die Bundesrepublik Deutschland immer noch der gern beschworene Hauptfeind, und "aggressiver Militarismus" in Westdeutschland war ein gesuchter Vorwand, immer wieder zur Festigung der Reihen aufzurufen. Für Rumänien war also die Aufnahme diplomatischer Beziehungen sehr geeignet, die eigene Selbständigkeit zu demonstrieren. Über die spektakuläre Wirkung ihres Schrittes hegten die Rumänen sicher keinen Zweifel, nachdem sie seit langem die Bemühungen der DDR vereitelt hatten, sich von der sozialistischen Staatengemeinschaft zum Schiedsrichter für alle Kontakte sozialistischer Staaten zur Bundesrepublik autorisieren zu lassen und diplomatische Beziehungen zu verhindern, wenn nicht zuvor auch sie völkerrechtlich anerkannt worden sei ¹⁾. Rumänien hatte die Anerkennung der DDR und der Oder-Weißer-Grenze nicht zur Voraussetzung für offizielle Politik mit der Bundesrepublik gemacht, hatte sich an seinen eigenen Interessen orientiert und die der DDR und Polens ignoriert.

Ende 1966 und Anfang 1967 hatte die DDR noch einmal alles angeboten, um Rumänien von dem erwarteten Schritt doch noch abzuhalten, und um zumindest weitere Nachahmer abzuschrecken. Auf dem 14. Plenum des ZK der SED verdammt Ulbricht die Erklärung der neuen Regierung Kiesinger zur deutschen Ostpolitik. Am 1. Januar brachte das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" einen Artikel, in dem die Nichtanerkennung der DDR Teil eines westdeutschen Aggressionsplanes genannt wurde, wenn die DDR Anerkennung fordere, lasse sie sich "von den Friedensinteressen ganz Europas" leiten. ¹⁾ Am 29. Januar schließlich - Rumäniens Entschluß war schon offiziell bekannt - konnte "Neues Deutschland" eine Erklärung der Regierung der UdSSR wiedergeben, in der diese ausführlich von dem Neonazismus in der Bundesrepublik und vor der Bedrohung des Weltfriedens warnte; es sei notwendig, von der Existenz zweier deutscher Staaten auszugehen. Ihre Abgrenzung - so wörtlich - "erfolgte auf einer sozialen und klassenmäßigen Grundlage, und es ist niemandem gestattet, diese Lage zu verändern." ²⁾ Die rumänische Regierung hatte sich um die klassenmäßigen Unterschiede zwischen beiden deutschen Staaten nicht gekümmert, ebensowenig, wie sie das bei der Gestaltung ihrer ganzen Außenpolitik tat. Aber sie folgte

1) G. Kertzschner: Die DDR nicht wegzudenken. Neues Deutschland vom 1.1.1967

2) Neues Deutschland vom 29.1.1967

damit nur dem Beispiel der Sowjetunion, die seit 1955 schon Beziehungen zur Bundesrepublik unterhielt. Deshalb konnte die Sowjetunion Rumänien auch nicht gut öffentlich rügen; diese Aufgabe übernahm die DDR als Hauptbetroffener.

Am 3.2.1967 veröffentlichte "Neues Deutschland" eine für die Gepflogenheiten sozialistischer Staaten, die untereinander meist ohne Nennung des Adressaten polemisieren, ungewöhnlich freimütige Kritik:

"Wenn der Außenminister der Sozialistischen Republik Rumänien nicht bereit war, bei den Verhandlungen die Alleinvertretungsanmaßung zurückzuweisen und eindeutig zu erklären, daß unter den Bedingungen der Alleinvertretungsanmaßung und anderer revanchistischer Forderungen die Voraussetzungen für diplomatische Beziehungen noch nicht gegeben sind, so ist das bedauerlich."

Die rumänische Partei reagierte prompt. Schon am nächsten Tag brachte Scînteia einen redaktionellen Artikel mit dem Titel: "Ein positiver Schritt der intereuropäischen Beziehungen"¹⁾, in dem die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik noch einmal gerechtfertigt, daran anschließend aber die Kritik der DDR an Rumänien schroff gerügt wird. Die Argumentation beginnt mit einem Hinweis auf die Bukarester Erklärung, nach der jeder Staat berufen sei, eine wichtige Rolle in internationalen Fragen zu spielen und gleichberechtigt am Aufbau eines Sicherheitssystems in Europa teilzunehmen. Die Anerkennung der Tatsache, daß es zwei deutsche Staaten in Europa gebe, sei zweifellos die Schlüsselfrage für die Verbesserung der Beziehungen auf dem Kontinent. Rumänien zieht daraus die Schlußfolgerung, es sei notwendig, zu beiden Staaten diplomatische Beziehungen aufzunehmen, rechnet sich die Durchbrechung der Hallstein-Doktrin als Verdienst an und weist expressis verbis auf die Sowjetunion hin, die als erste eine Bresche in diese Doktrin geschlagen habe: Nach dem Prinzip "Alles oder nichts handeln, hiesse künstliche Hindernisse für die Entspannung schaffen und die Lösung dieser Fragen ins Unendliche verzögern."²⁾

Auf diesen Passus folgt eine Erklärung zur Souveränität jedes Staates bei der Gestaltung seiner Innen- und Außenpolitik. Die SED hatte einen taktischen Fehler begangen, als sie Rumänien direkt angriff. Auf diese Weise gab sie denen, die ihre Interessen

1) Der Artikel wird zitiert nach Neuer Weg 5.2.1967

2) ebenda

gröblich verletzt hatten, auch noch Gelegenheit, den Sittenrichter zu spielen und die SED wegen der Verletzung marxistisch-leninistischer Prinzipien anzuklagen. Die rumänische Führung konnte sich gezielt jede Einmischung in ihre eigenen Angelegenheiten verbitten, ohne auf das empfindliche Selbstbewußtsein des Kreml Rücksicht nehmen zu müssen. Und dann konnten die Rumänen noch auf Sympathie bei anderen Parteien rechnen, als sie "Neues Deutschland" anklagten, es werfe sich zum "Mentor der Außenpolitik eines anderen Staates" auf:

"Ist dem Autor des Artikels etwa unbekannt, daß die Außenpolitik eines sozialistischen Staates von dessen Partei und Regierung festgelegt wird und daß diese für ihre Tätigkeit nur vor dem Volke, vor der Nation Rechenschaft ablegen".."Es gilt zu begreifen, daß in den Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern, souveränen Staaten, die Prinzipien der Unabhängigkeit, Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten streng einzuhalten sind." 1)

Die Auseinandersetzungen mit der DDR nahm Außenminister Manescu wohl zum Anlaß, nicht zur anschließenden Außenministerkonferenz nach Warschau zu reisen; statt seiner nahm der Stellvertreter Malita teil. Das Abschlußkommunique verzeichnete einen freundschaftlichen Meinungsaustausch über die Bemühungen, die internationalen Spannungen zu vermindern.²⁾

Die Rumänen hatten ihr Ziel erreicht - im Unterschied zur deutschen Bundesregierung, die in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien nur einen Auftakt ihrer Ostpolitik gesehen hatte.

Multilaterale Konferenzen im Kreis der Bündnispartner trugen nicht dazu bei, die durch Rumäniens einseitigen Schritt lädierte Front zu schließen; das jedenfalls mußte der Sowjetunion und ihrem deutschen Verbündeten nach der Warschauer Außenministerkonferenz klar sein. Rumänien hätte die Maßnahme ohnehin nicht rückgängig gemacht, eine kollektive Verurteilung war weder erwünscht noch erreichbar, und mit dem Gedanken an weitere osteuropäische Botschafter in Bonn mochten sich weder Moskau noch Ostberlin anfreunden. Noch im Januar 1967 begann deshalb eine Reihe bilateraler Kontakte; es fing an mit einem sowjetisch-polnischen Gipfeltreffen; anschließend reiste Parteichef Breschnew nach Prag, da-

1) Neuer Weg 5.2.1967

2) ebenda 12.2.1967

nach kamen DDR-Außenminister Winzer, der tschechische Außenminister David, Parteichef Kadar und Parteichef Schiwkoff nach Moskau. Gomułka traf sich mit Kadar, Novotny reiste nach Warschau, Ulbricht nach Polen und in die Tschechoslowakei. Mitte März 1967 hatten sich Polen, die DDR und die Tschechoslowakei durch bilaterale Freundschafts- und Beistandsverträge verbunden, ähnlich dem Vertrag, den die Sowjetunion 1964 mit der DDR abgeschlossen hatte. Für die Verträge, an denen besonders die zeitliche Koinzidenz auffällt, bürgerte sich die Bezeichnung "Eisernes Dreieck" ein, obwohl damit keineswegs ein regionales Bündnis beabsichtigt gewesen war. Regionale Abkommen hätten große Sprengkraft für das multilaterale osteuropäische Vertragssystem, was der UdSSR kaum erwünscht sein konnte. Vielmehr stellte der polnisch-tschechische Vertrag eine Erneuerung des zwanzig Jahre alten Freundschaftsvertrages zwischen beiden Ländern dar, und mit den beiden anderen Verträgen wurde die DDR in das bilaterale Bündnisssystem einbezogen, das Ende der vierziger Jahre entstanden war. Rumänien freilich ließ sich beim Abschluß eines Freundschaftsvertrages mit der DDR am meisten Zeit.

Ceausescu war auch in Moskau gewesen. Als letzter der osteuropäischen Parteiführer traf er zusammen mit Ministerpräsident Maurer und Parteisekretär Niculescu-Mizil am 17. März in Moskau ein. Die Reise galt als Freundschaftsbesuch. Das Kommuniqué verzeichnete einen Meinungsaustausch über die rumänisch-sowjetischen Beziehungen, über internationale Fragen, über europäische Sicherheit. Im übrigen hatte der Besuch keinerlei Folgen. Rumänien beteiligte sich vorerst nicht an der Erneuerung der Freundschaftsverträge und auch nicht an den Bemühungen, auf anderer Ebene eine gemeinsame Front aufzubauen.

Nur wenige Tage nach der ergebnislosen Außenministerkonferenz in Warschau fand dort vom 22. bis 26. Februar 1967 eine Zusammenkunft europäischer kommunistischer Parteien statt, die sich als Redaktionskonferenz zur Vorbereitung eines Treffens europäischer kommunistischer Parteien über Fragen der europäischen Sicherheit verstand¹⁾; die Konferenz sollte im April in Karlovy Vary stattfinden. Schon an der Vorbereitung nahmen die kommunistischen Parteien von Jugoslawien, Holland, Schweden, Norwegen und Island

1) Neues Deutschland 27.2.1967

nicht teil, die RKP auch nicht. Die rumänische Presse ignorierte das Treffen und veröffentlichte nur zwei Tage nach seinem Ende einen Grundsatzartikel mit dem Titel "Festigung der Einheit der kommunistischen und Arbeiterbewegung - höchste Pflicht"¹⁾, in dem die RKP wieder einmal ihr Recht bekräftigte, die politische Linie, Taktik und Strategie selbständig festzulegen.

"Solche Aussprachen können nicht zuständig sein und sind auch nicht zuständig dafür, die Innen- oder Außenpolitik einer anderen Partei zur Diskussion zu stellen, über ihre Tätigkeit zu "urteilen", für alle Parteien obligatorische Normativlösungen oder Verhaltensweisen zu bestimmen...und für alle Verhältnisse oder für jedes Land gültige Rezepte auszuarbeiten." Um Fragen von gemeinsamem Interesse zu erörtern, gebe es "einen richtigen, sicheren, prinzipiellen und wirksamen Weg: den Weg des unmittelbaren Kontakts von Partei zu Partei, von Führung zu Führung...Keine Partei, mögen ihre Absichten auch noch so gut sein, kann sich die Rolle anmassen, über die Tätigkeit einer anderen Partei zu informieren ...Eine durchaus korrekte Informierung ist nur durch direkten und unmittelbaren Kontakt mit der betreffenden Partei zu erzielen, der einzigen, die volle Kenntnis von allen Erwägungen über die Politik besitzt, die sie ausgearbeitet hat und die sie führt."²⁾

Die rumänische Erklärung war ganz allgemein gehalten und beschränkte sich nicht auf den unmittelbaren Anlaß, diente also nicht allein zur nachträglichen Begründung für Rumäniens Abwesenheit auf der Warschauer Tagung, sondern war gleichzeitig eine der vielen Vorbereitungen, die Rumänien für die Weltkonferenz kommunistischer Parteien traf, auf die die KPdSU seit langem drängte. Die Rumänen plädierten bei dieser Gelegenheit unumwunden für die Formel Togliattis, der in Vielfalt, in begrenztem Konflikt unterschiedlicher Vorstellungen einen integrierenden, legitimen Bestandteil für sozialistische Einheit erblickt hatte.

Die rumänischen Kommunisten machten keinen Hehl daraus, daß sie zweiseitige Begegnungen mehrseitigen Konferenzen vorzögen, auf denen sie meist in der Minderheit waren. Sie konnten allerdings die Zweckmäßigkeit auch multilateralen Treffen nicht rundweg abstreiten, hatten sie doch an vielen teilgenommen. Aber Ceausescu ergänzte wenig später, es stehe im Ermessen jeder Partei, ob sie an solchen Treffen teilnehmen wolle oder nicht, ohne daß ihr aus der Nichtteilnahme ein Vorwurf erwachsen dürfe.³⁾

1) Scinteia 28.2.1967, zit. nach Neuer Weg 1.3.1967

2) ebenda

3) Neuer Weg 9.5.1967

Die Konferenz in Karlovy Vary fand statt; vom 24. bis 26. April 1967 versammelten sich 24 europäische kommunistische Parteien. Die RKP und die kommunistischen Parteien von Jugoslawien, Albanien, Holland, Norwegen und Island nahmen wieder nicht teil. Dennoch hatte sich Rumänien auf die Konferenz gut vorbereitet. Anfang März war eine Delegation der KP Griechenlands in Rumänien, Ceausescu nahm selbst an den Besprechungen teil. Anfang April kam Luigi Longo - Führer der KP Italiens - zu einem Freundschaftsbesuch nach Rumänien. Man sprach über Friedenspolitik, Sicherheit, Vietnam, trat für Verständigung zwischen den Bruderparteien ein und hob die Nützlichkeit zwischenparteilicher Kontakte hervor¹⁾. Wenig später empfing Ceausescu eine Delegation der KP Frankreichs. Schließlich kam am 17. April Parteichef Schiwkoff als Leiter einer Partei- und Regierungsdelegation; er blieb bis zum 21.4. Damit war die RKP über die Ansichten der wichtigsten in Karlovy Vary beteiligten Parteien informiert, hatte für ihren eigenen Standpunkt geworben und alles getan, um sich gegen unangenehme Überraschungen zu schützen.

Die Konferenz faßte keinen Beschluß²⁾, der das rumänische Verhalten desavouiert hätte, auch wenn einzelne Teilnehmer daraufhin gearbeitet hatten.

Dem Warschauer Pakt war 1966 keine Stellungnahme gelungen, die einheitliches Handeln verbürgte. Die Sowjetunion hatte die Verhandlungsebene wechseln müssen, um weitgehende Übereinstimmung unter den kommunistischen Verhandlungspartnern zu erreichen. Damit hatte sie indirekt eingestanden, daß sich der Warschauer Pakt nicht als Institution für politische Integration eigne. Der Wechsel der Verhandlungsebene ermöglichte es Rumänien, sich abseits zu stellen und auf diese Weise sein Recht auf Selbständigkeit zu dokumentieren. Für die Sowjetunion war größere Einheit

1) Neuer Weg 2.4.1967 ; L. Longo blieb vom 31.3.-6.4. in Rumänien.
 2) Auf der Konferenz wurde die Anerkennung der DDR für besonders wichtig erklärt, aber nicht zur Vorbedingung für Entspannung gemacht. Wesentliche Elemente, nicht Voraussetzungen für Zusammenarbeit in Europa: Vertrag über Gewaltverzicht, Normalisierung der Beziehungen zur DDR, ein Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen. Die Teilnehmer riefen auf zur Einberufung der Sicherheitskonferenz und zur Einheit der kommunistischen Bewegung. vgl. Neues Deutschland 27.4.1967

in substantiellen Fragen nur um den Preis einer kleineren Teilnehmerzahl zu haben gewesen.

c) Die Krise im Nahen Osten

Auch in dem Krieg, der im Juni 1967 zwischen Israel und den arabischen Staaten stattfand, hatte sich Rumänien nicht an die geforderte Solidarität mit den arabischen Staaten gehalten. Rumänien hatte sich an der dem Krieg vorangehenden Kampagne gegen Israel nicht beteiligt und unterhielt bis zum Ausbruch des Krieges zu allen Beteiligten gleich gute Beziehungen; die gleiche Neutralität versuchte Rumänien im Krieg und nach dem Krieg durchzuhalten.

Wenige Tage vor Ausbruch des Krieges sprach Ceausescu vor dem Grundaktiv der Streitkräfte und befürwortete ein gerechtes Abkommen zwischen den Krontrahenten:

"Unserer Ansicht nach würde ein Krieg ...zwischen den arabischen Staaten und Israel weder den einen noch den anderen, sondern nur den reaktionären Kreisen, dem internationalen Imperialismus nützen."¹⁾

Am Nachmittag des 5. Juni, dem Tag, an dem der Konflikt zum blutigen Krieg wurde, ließ der Erste stellvertretende Außenminister Macovescu den Botschafter der Vereinigten Arabischen Republik ins Außenministerium um rufen, teilte ihm die Besorgnis der rumänischen Regierung über den Ausbruch der Feindseligkeiten mit und appellierte an die VAR, die Feindseligkeiten sofort einzustellen. Denselben Appell richtete er an diesem Tage über den israelischen Gesandten an die Regierung Israels.²⁾ Die rumänische Presse unterrichtete objektiv über den Kriegsverlauf, zitierte AFP, Radio Kairo und israelische Kommunikés,³⁾ enthielt sich aber jeder Stellungnahme.

Am 9.6.1967 trafen osteuropäische Partei- und Regierungschef in Moskau zusammen, unter ihnen Ceausescu und Maurer und auch Jugoslawiens Staatschef Tito. Die rumänische Führung unterschrieb als einzige die ausgearbeitete Deklaration nicht, in der Israel als Aggressor verurteilt und kollektive Hilfsmaßnahmen für die

1) Die Versammlung fand am 31.5. statt. Neuer Weg 2.6.1967

2) ebenda 7.6.1967

3) vgl. Berichte in Neuer Weg 8.6.1967

arabischen Länder angekündigt wurden. Rumänien zog auch seinen Gesandten nicht aus Israel zurück, wie andere sozialistische Länder. Kaum war Ceausescu wieder in Bukarest, trat das ZK der RKP zusammen und bekräftigte Ceausescus Verhandlungsposition: Die RKP sprach sich für sofortige Einstellung aller militärischen Aktionen aus, für den Rückzug israelischer Truppen hinter die Vorkriegsgrenzen und für unmittelbare Verhandlungen zwischen den Kontrahenten; sie polemisierte gegen den Imperialismus im Nahen Osten, brachte aber Israel nicht damit in Zusammenhang und überließ es jedem, sich seinen eigenen Reim auf den Begriff zu machen.

Die gleiche Haltung vertrat Ministerpräsident Maurer vor den Vereinten Nationen: Die beteiligten Staaten sollten sich ausschließlich auf die Anwendung friedlicher Mittel beschränken, fremde Einmischung in diesem Raum müsse unterbleiben und die Grundinteressen jedes Staates im Nahen Osten sollten respektiert werden. Mit dieser Stellungnahme unterschied sich Maurer von allen seinen osteuropäischen Kollegen, die der von Ministerpräsident Kossygin vorgezeichneten Linie folgten und Israel als Aggressor verdammt¹⁾.

Im Juli 1967, auf der Tagung der Nationalversammlung zur Außenpolitik, bezeichnete Ceausescu als vordringlich, daß sich die israelischen Truppen hinter die Vorkriegsgrenzen zurückzögen. Er verurteilte die "annexionistischen Maßnahmen" in Jerusalem, tadelte aber gleichzeitig die "arabischen Freunde", "daß wir die Einstellung jener Kreise nicht verstehen und nicht teilen, die sich für die Liquidierung des Staates Israel aussprechen."²⁾

Am nächsten Treffen osteuropäischer Partei- und Regierungschefs Mitte Juli in Budapest, bei dem die Grundzüge einer gemeinsamen Nahostpolitik und bessere Koordination der Wirtschaftshilfe an die arabischen Staaten verabredet wurden, nahm Jugoslawien wieder teil, Rumänien dagegen nicht. An der Konferenz in Belgrad vom 4. bis 6.9.1967 beteiligte sich Rumänien wieder - möglicherweise um eine Absage an den jugoslawischen Gastgeber zu vermeiden -, aber Konflikte waren wohl unvermeidlich. Der rumänische Delegierte, der stellvertretende Ministerpräsident Radulescu,

1) Neue Züricher Zeitung 25.6.1967

2) Neuer Weg 25.7.1967

verhinderte eine antiisraelische Resolution; im endgültigen Kommuniqué sprachen die Teilnehmer nur vage und unverbindlich von ihrer Bereitschaft, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den arabischen Staaten "auf bilateraler Basis oder in irgendeiner anderen angemessenen Form"¹⁾ auszuweiten. Radulescu war erst im Monat zuvor in Ägypten gewesen und hatte dort am 10.8. ein Protokoll über technische Zusammenarbeit unterzeichnet²⁾, demonstrierend, daß es internationaler Koordination nicht bedurfte, um den arabischen Ländern zu helfen.

Am 14. und 15. Dezember 1967 war Ceausescu wieder in Moskau. Im Kommuniqué zum Abschluß seines Besuches stand weder etwas über die Bundesrepublik Deutschland, noch etwas über den Nahen Osten, noch etwas über die Weltkonferenz kommunistischer Parteien oder über den zu erneuernden Freundschaftsvertrag.³⁾ Auch in zweiseitigen Verhandlungen war die Übereinstimmung zwischen Moskau und Bukarest nicht größer geworden. Die wenige Tage nach Ceausescus Moskaubesuch in Warschau beginnende Außenministerkonferenz verhandelte wieder über die Nah-Ost-Krise. Für Rumänien nahm der Stellvertretende Außenminister Marin teil, weil Außenminister Manescu als Präsident der UN⁴-Vollversammlung verhindert war. Die Ergebnisse der Konferenz entsprachen im Großen und Ganzen der rumänischen Haltung in der Nahostkrise: Wie immer wenn Rumänien beteiligt war, wurde Israel nicht als Aggressor verurteilt, sondern ausdrücklich sein Recht anerkannt, als nationaler, unabhängiger Staat zu existieren. Zugleich wurde Israel wegen seiner Besatzungspolitik gerügt und aufgefordert, seine Truppen aus den eroberten Gebieten zurückzuziehen.⁴⁾

Es mögen recht verschiedenartige Motive gewesen sein, die Rumänien bei seiner Nahostpolitik geleitet haben: Zunächst wohl die Befürchtung, in den Krieg verwickelt zu werden, und die zweifellos berechnete Sorge, Einmischung der Großmächte werde zur Verlängerung, vielleicht gar zur Eskalation des Krieges führen. Im übrigen lag die Ablehnung jeder Intervention anderer Staaten

1) zit.nach Osteuropäische Rundschau 10/1967 S.23; vgl.dort auch den Bericht über den Eklat bei Unterzeichnug des Kommuniqués.

2) Neuer Weg 12.8.1967

3) ebenda 17.12.1967; vgl. auch Neue Züricher Zeitung vom 18.12.1967

4) Neuer Weg 24.12.1967, Neue Züricher Zeitung gleichen Datums.

ganz auf der Linie, die Rumänien in seiner ganzen Außenpolitik, besonders in seinen Beziehungen zur Sowjetunion durchzusetzen versuchte. Es ist ferner nicht ausgeschlossen, daß Rumänien die ökonomischen Verpflichtungen scheute, die ihm aus einer bedingungslosen Unterstützung der sowjetischen Nahostpolitik erwachsen könnten; dafür spricht, daß Rumänien vermieden hat, sich auf koordinierte, mehrseitige Hilfe verpflichten zu lassen. Statt dessen profitierte Rumänien am wachsenden Handel mit Israel. Im Dezember 1967 reiste eine rumänische Handelsdelegation nach Israel, um das erst im April 1967 abgeschlossene Handelsabkommen für die Jahre 1967 bis 1970 beträchtlich zu erhöhen.¹⁾ Auch dürfte die rumänische Regierung die Gefahr nicht gering eingeschätzt haben, die Sowjetunion könne die Nahostkrise zur Stabilisierung der Einheit im Bündnis nutzen, um so mehr, als auch die Jugoslawen diesmal auf die sowjetische Linie eingeschwenkt waren, so daß um der eigenen Selbständigkeit willen eine Identität der Nahostpolitik unerwünscht sein mußte.

Zum Schluß sei angemerkt, daß die rumänische Politik im Nahen Osten auch die politische Vernunft für sich hatte, ein Faktor, der, weit über dem Durcheinander vermeintlicher Interessen stehend, nur allzu leicht übersehen wird.

Im Bündnis der ost- und südosteuropäischen Staaten war keine politische Koordination möglich gewesen, an Integration der Politik war nicht einmal zu denken. In der Nahostkrise bildeten die sozialistischen Staaten ebensowenig eine gemeinsame Front wie in der Deutschlandpolitik; die Wünsche der Autoren jenes Prawda-Artikels vom 23.7.1967 hatten sich nicht erfüllt, weil Rumänien abseits stand und einheitliche substantielle Beschlüsse verhindert hatte. Solche Beschlüsse kamen immer nur zustande, wenn Rumänien - wie in Budapest - fehlte.

d) Rumänien und die Tschechoslowakei 1968

1968 wurde ein schwereres, das bis dahin schwerste Jahr der rumänischen Außenpolitik. 18.12.1967 vgl. auch: Rumäniens Israel-Handel: Beispiel mündiger Politik, in Osteuropäische Rundschau 3/1967 S. 16f. Im August 1969 wurden die Beziehungen auf Botschafterebene angehoben, nachdem bis dahin Gesandtschaften bestanden hatten; Irak, Syrien und Ägypten brachen daraufhin ihre Beziehungen zu Rumänien ab. Süddeutsche Zeitung 26. und 28.8.1969. Über den unbestätigten-Verkauf erbeuteter sowjetischer Waffen an Rumänien vgl. SZ 19.8.1969.

nischen Führung. Innenpolitisch räumte sie mit der Vergangenheit auf, rehabilitierte die Unschuldigen und bekannte die Fehler, die allen ihren Bürgern bekannt waren; ausgedehnte Reisen, Reden, Interpretationen sollten verhindern, daß durch Selbstkritik geweckte Emotionen sich unerwünschte Wege bahnten. Außenpolitisch blockierte Rumänien das Drängen der KPdSU, der angestrebten Weltkonferenz kommunistischer Parteien eine antichinesische Wendung zu geben, und zugleich begannen Pressionen auf die tschechoslowakische Führung, der Ceausescu Unterstützung zugesagt hatte. Und im August 1968 drohte mit der Besetzung der Tschechoslowakei auch die rumänische Selbständigkeit verloren zu gehen.

Ende Februar 1968 war Ceausescu mit einer Parteidelegation zu einem Freundschaftsbesuch in der Tschechoslowakei gewesen. Unmittelbar danach begann die rumänische Presse sehr ausführlich, sachlich, positiv kommentierend über die Entwicklung der CSSR zu berichten; Reden führender tschechoslowakischer Funktionäre wurden mit Inhaltsangaben wiedergegeben, durchaus so, daß der rumänische Leser erkennen konnte, worum es in der CSSR ging. Beispielsweise berichtete die rumänische Presse über Dubceks Rede in Kladno, in der dieser über sozialistische Demokratie sprach, über die Legitimität unterschiedlicher Auffassungen, deren notwendige Gegenüberstellung Hauptmethode zur Erkenntnis der Wahrheit und ihrer Verwirklichung sei¹⁾, sie berichtete über den Fall Sejna - ein hoher Offizier des Sicherheitsdienstes und Vertrauter Novotnys, der in den Westen floh und dort Interna über die Verteidigungsplanung des Warschauer Paktes mitteilte -, über die Amtsenthebung des Innenministers, des Generalstaatsanwalts und als erste in Osteuropa über den Sturz Novotnys. Verständlich aber, daß sich Rumänien noch mehr für die tschechische Außenpolitik interessierte und daß alle Aussagen über tschechische Souveränität, über eigenständige tschechische Außenpolitik, über Selbständigkeit der KPC ausführlich zitiert wurden, hofften die Rumänen doch, in den tschechischen Kommunisten künftig Bundesgenossen bei den Verhandlungen im Warschauer Pakt zu finden.

Ende März 1968 brachte das Parteiorgan Scinteia einen ersten ausführlichen Kommentar zur tschechoslowakischen Innenpolitik unter dem Titel "Intensive Bemühungen der KP und der Völker der
 1) Neuer Weg 6.3.1968

CSSR für die Vervollkommnung des sozialen Lebens auf dem Wege des Sozialismus":

"Das Leben beweist, daß die ständige Erweiterung der sozialistischen Demokratie, der Intensivierung der Beteiligung der Volksmassen an der öffentlichen Tätigkeit, an der Leitung der Staatsgeschäfte, weit davon entfernt, die sozialistische Gesellschaftsordnung zu schwächen, zur Beschleunigung des Voranschreitens der neuen Gesellschaftsordnung und zur Festigung des Sozialismus in aller Welt beiträgt."¹⁾

Es fällt auf, daß der rumänische Kommentator die Entwicklung in der CSSR mit eben den Worten beschreibt, die die Rumänen auch zur Charakterisierung ihrer eigenen sozialistischen Demokratie zu verwenden pflegten: Beteiligung der Volksmassen und Wiederherstellung der sozialistischen Gesetzlichkeit. Die zur Nachahmung reichenden Impulse, die vom tschechoslowakischen Beispiel ausgingen, balancierte die rumänische Führung dadurch aus, daß sie ihnen nachgab, soweit es sich mit ihrer eigenen Konzeption und ihrem Machtanspruch vertrug, und da, wo sie es nicht tat, Abweichungen mit den anders gearteten Verhältnissen erklärte: Die KPC verfolge wie die RKP ihre eigene, besondere Linie entsprechend den ökonomischen, sozialen, politischen und nationalen Gegebenheiten, die sie in ihrem Lande vorfinde.

Der Kommentar war die rumänische Antwort auf die Gipfelkonferenz in Dresden. Dort hatten sich am 23. März Parteichefs und Ministerpräsidenten aus der Sowjetunion, Polen, DDR, CSSR, Ungarn und Bulgarien getroffen, um nachzuholen, was sich während der letzten Konferenz in Sofia wegen Rumänien nicht hatte erreichen lassen²⁾. In Dresden begründeten die Teilnehmer ihre Forderung nach "weiterem Zusammenschluß der sozialistischen Länder"³⁾ mit der aggressiven Politik der Bundesrepublik Deutschland; "in der nächsten Zeit" wollten sie "konkrete Maßnahmen zur Stärkung des Warschauer Vertrages" in die Wege leiten. Noch wichtiger als diese Beschlüs-

1) Neuer Weg 30.3.1968

2) Am 6./7. März 1968 hatte in Sofia der Politische Konsultativausschuß des Warschauer Paktes getagt. Die Rumänen verweigerten ihre Zustimmung zu einer Resolution, in der der sowjetische Entwurf für den Atomwaffensperrvertrag unterstützt wurde; eine zweite Resolution zum Vietnamkrieg unterschrieben sie. Nach dem Bericht der Neuen Zürcher Zeitung vom 11. März 1968, dessen Autor sich auf rumänische Quellen beruft, soll Rumänien von der CSSR unterstützt worden sein, aber eine heftige Auseinandersetzung mit der Delegation der DDR gehabt haben.

3) So heißt es im Communiqué der Konferenz; Text nach AFP in "Die Welt" 25.3.1968

se war zweifellos der "Meinungsaustausch" "über die Lage in den sozialistischen Ländern" gewesen: Die tschechoslowakischen Führer - das geht aus dem Text des Kommuniqués zweifelsfrei hervor - waren zum Rapport befohlen¹⁾, mußten Rechenschaft ablegen und Garantien geben. Die Konferenzteilnehmer mischten sich unverhohlen in innere Angelegenheiten der CSSR ein, bemäntelten ihr Verhalten auch gar nicht. Denn nur kurze Zeit später erklärte die sowjetische "Iswestija", der Gedanke der Nichteinmischung sei "eine Frucht der bürgerlichen Ideologie und gefährlich für das Schicksal des Kommunismus."²⁾

Die rumänischen Kommunisten waren anderer Ansicht. Das hatten sie erst kürzlich auf der Budapester Konsultativkonferenz energisch genug bekundet - wegen Einmischung in ihre Angelegenheiten hatten sie sie vorzeitig verlassen - und deshalb wurden sie von ihren Bündnispartnern erst gar nicht nach Dresden eingeladen. Die rumänische Führung ließ diesen Affront durch einen Beschluß des Zentralkomitees rügen: Das ZK habe von der Tatsache Kenntnis genommen, daß auf dem Treffen, "an dem teilzunehmen die RKP nicht eingeladen wurde"³⁾, Fragen erörtert worden seien, die Körperschaften unmittelbar betreffen, denen Rumänien seit Gründung angehöre. Dies sei nicht geeignet, "zur Festigung dieser Körperschaften beizutragen."

Rumänien hätte wenig dagegen einwenden können, daß sich die Repräsentanten von sechs Staaten trafen, um sich über die Lage in ihren Ländern zu unterhalten. Aber da sie ausdrücklich über den Warschauer Vertrag gesprochen, gar Verabredungen zum Bündnis vereinbart hatten, ohne Rumänien zur Teilnahme einzuladen, hatten sie gegen die Pflichten aus dem Vertrag verstoßen. Rumänien reagierte maßvoll. Die Formulierungen des ZK-Beschlusses beweisen, daß die RKP die Sache nicht hochzuspielen wünschte. Und es reagierte mit Verzögerung. Denn das ZK beschloß erst einen Monat nach der Konferenz, als ihr Nachrichtenwert nicht mehr so groß

1) "Die Vertreter der KPC...informierten über den Stand der Realisierung der Beschlüsse des Januarplenums des ZK der KPC..Es wurde die Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeiterklasse und alle Werktätigen der CSSR unter Führung der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei die weitere Entwicklung des sozialistischen Aufbaus im Lande sichern werden."zit. nach Die Welt a.a.O.

2) Iswestija 11.5.1968, zit.nach Neues Deutschland 14.5.1968

3) Neuer Weg 27.4.1968

war, um noch Sensationsmeldungen herzugeben. Ganz offensichtlich wollte die rumänische Führung nach der Budapester Konsultativkonferenz nicht noch einen spektakulären Eklat haben.

Die Entscheidung der Warschauer-Pakt-Staaten, Rumänien von der Konferenz auszuschließen, war kein Mißerfolg der rumänischen Außenpolitik: Bisher hatte Bukarest aus eigenem Willen eine Sonderrolle gespielt, jetzt erkannten die osteuropäischen Bundesgenossen diese Sonderrolle von sich aus öffentlich an, mußten es tun, um die von ihnen gewünschten Beschlüsse durchsetzen zu können. 1968 wurde der Warschauer Pakt nur noch von sechs der sieben Vertragspartner praktiziert. Dafür allerdings konnte die rumänische Führung den bedrängten Genossen in Prag nur noch indirekt beistehen - und darauf war es den fünf um die Sowjetunion gescharten Staaten wohl hauptsächlich angekommen.

Die rumänische Presse berichtete weiterhin ausführlich und wohlwollend über die Entwicklung in der Tschechoslowakei. Sie berichtete von den tschechischen Protesten gegen Angriffe Kurt Hagers auf Prager Funktionäre. Sie zitierte aus Reden Dubceks und anderer Politiker. So habe etwa der tschechoslowakische Außenminister vor der Nationalversammlung erklärt, es sei nicht notwendig, "die Politik der UdSSR nachzuahmen"; sie habe einen anderen Aktionsbereich als ein kleines Land wie die CSSR und diese werde den "Problemen Mittel- und Südosteuropas bestimmt den Vorrang einräumen".¹⁾ Viel Platz nahmen Berichte über Zustimmungsbekundungen der tschechischen Bevölkerung zur Politik ihrer Partei ein. Nie entstand ein Zweifel daran, daß die Politik der Partei und die Wünsche des Volkes identisch seien. Schließlich wurden auch immer wieder zustimmende Veröffentlichungen anderer kommunistischer Parteien zur Entwicklung in der CSSR zitiert und deren Warnungen vor Einmischung in innere Angelegenheiten der CSSR, Verlautbarungen des BdkJ, der KPI, der KPÖ und anderer.

Der Brief, den die führenden Repräsentanten von fünf sozialistischen Staaten - die RKP war nicht, die KPC nur passiv beteiligt - am 15. Juli 1968 aus Warschau an die KPC richteten, veröffent-

1) Neuer Weg 14.6.1968. Die Seite fünf dieser Zeitung wurde, je weiter die Entwicklung fortschritt, desto mehr von Berichten über die CSSR beherrscht. Schließlich befaßten sich sieben von acht größeren Artikeln mit diesem Thema.

lichte die RKP zusammen mit der tschechoslowakischen Antwort¹⁾. Einen Tag danach publizierte sie ihre eigene Einschätzung der Lage in der Tschechoslowakei, gleichsam den Part, den sie in Warschau nicht hatte zu Gehör bringen können, unter dem Titel "Volles Vertrauen in das tschechoslowakische Volk, in seine kommunistische Partei":

"Das wesentliche Merkmal der erneuernden Umgestaltungen in der befreundeten Tschechoslowakei ist das Streben und Bemühen um die Festigung der führenden Rolle der Partei in der Gesellschaft... Die RKP bekundet volles Vertrauen in die tschechoslowakische Bruderpartei, in ihre Führung, in ihre Fähigkeit, den sozialistischen Aufbau zu leiten, volles Vertrauen in die tschechoslowakische Arbeiterklasse mit ihren alten revolutionären Traditionen ...Die Tendenzen zur Einmischung von außen erwecken in den Reihen unserer Partei und unseres Volkes ernstliche Besorgnisse."²⁾

Die RKP begrüßte die von der KPC angeregten zweiseitigen Besprechungen zwischen der tschechischen und sowjetischen Führung und versicherte das tschechoslowakische Volk rumänischer Unterstützung und Solidarität.

Am 18. Juli veranstaltete das Bukarester Stadtparteikomitee eine Festversammlung zum 20. Jahrestag des rumänisch-tschechoslowakischen Freundschaftsvertrags, an der unter anderem Ministerpräsident Maurer, Emil Bodnaras, Virgil Trofin und Außenminister Manescu teilnahmen. Keine andere Festversammlung war mit solchem Aufwand organisiert worden und keine rückte man so in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Dasselbe Stadtkomitee schickte Anfang August eine Delegation nach Prag.

Zu dem Zeitpunkt, in dem die sowjetische und die tschechoslowakische Parteiführung in Cierna verhandelten, brachte die rumänische Presse wieder einen redaktionellen Artikel: "Der Weg zur Festigung der Einheit der sozialistischen Länder", in dem sie die tschechische Seite vorbehaltlos unterstützte. Die rumänische Öffentlichkeit verfolge die Besprechungen zwischen der KPdSU und der KPC mit lebhaften Interesse, "sie hegt die Überzeugung, daß diese Besprechungen im Geist der für die Beziehungen zwischen den Bruderparteien aufgestellten Normen ...verlaufen...Jeder Druck, welcher Art er auch immer sein möge, um in strittigen Fragen einen Standpunkt zu erzwingen, kann keineswegs zur Festi-

1) Neuer Weg 20.7.1968

2) zit. nach Neuer Weg 21.7.1968

gung der Einheit der sozialistischen Länder führen."¹⁾

Aber Rumänien war isoliert. Die rumänische Führung konnte nicht viel mehr tun, als ihre Soldarität bekunden, Erklärungen abgeben, mahnen. Doch was sie tun konnte, das tat sie. Sie engagierte sich für die Frager Genossen, warf ihr Prestige in die Waagschale, um das Geschick, das sie kommen sah²⁾, vielleicht doch noch abzuwenden, und riskierte dabei, es schließlich zu teilen.

Am 3. August trafen sich in Bratislava wieder nur sechs Parteien. Die Zusammenkunft nannte sich Beratung zwischen Parteien, obwohl auch die Ministerpräsidenten anwesend waren. Bei dieser Gelegenheit beschworen die Teilnehmer wieder einmal die Beachtung verbindlicher Grundsätze für die innere Struktur sozialistischer Staaten³⁾, zweifellos eine weitere Warnung an die CSSR, daß die innenpolitischen Reformen die von den Partnern tolerierten Grenzen längst überschritten hätten. Im übrigen vereinbarten die Teilnehmer eine gleichartige Haltung zum Krieg in Vietnam und im Nahostkonflikt, zur europäischen Sicherheit und in der Deutschlandpolitik. Für den Warschauer Pakt kündigten sie engere politische und militärische Zusammenarbeit an. Der Pakt wurde als Garantieinstanz für die sozialistischen Errungenschaften der einzelnen Länder ausgegeben.

Die RKP äußerte ihre Genugtuung, daß die Polemik gegen die CSSR eingestellt worden sei, beschwerte sich aber, wieder nicht eingeladen worden zu sein. Wenig später startete die rumänische Parteiführung einen Entlastungsangriff. Schon Ende Juli hatte die rumänische Regierung in Warschau wegen entstellender Veröffent-

1) zit. nach Neuer Weg 1.8.1968

2) vgl. im Folgenden die Rede von Ceausescu vor der Bukarester Militärakademie am 14.8.1968

3) Gemeint waren die "allgemeinen Gesetzmäßigkeiten" der Weltkonferenz von 1957, vor allem die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei. Neu formuliert wurde der demokratische Zentralismus und die sozialistische Wirtschaftsführung. Darüber hinaus bescheinigten sich die Teilnehmer ein Interventionsrecht: "Es ist die gemeinsame internationale Pflicht aller sozialistischen Länder, diese Errungenschaften, die dank der heldenhaften Anstrengungen und der selbstlosen Arbeit eines jeden Volkes erkämpft wurden, zu unterstützen, zu festigen und zu verteidigen." So heißt es in der Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien sozialistischer Länder, zitiert nach Beilage zu "Sowjetunion heute" Nr. 17 vom 1.9.1968

lichungen über Rumänien und wegen Einmischungen in dessen Angelegenheiten protestiert. Die Antwort des polnischen Parteiorgans "Trybuna Ludu" gab die rumänische Presse vollständig wieder. Die Polen warfen den Rumänen die diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik vor, kritisierten das Verhalten der RKP auf der Budapest-Konsultativkonferenz und die negative Haltung zum RGW:

"Wir bringen unsere Überraschung zum Ausdruck, daß die rumänische Führung es gerade in einem Augenblick, in dem die Festigung der Einheit und des gegenseitigen Vertrauens zwischen den sozialistischen Bruderländern so wichtig ist, für richtig befunden hat, unbegründete Beschuldigungen in der Öffentlichkeit zu erheben."¹⁾

Am nächsten Tag folgte schon die Antwort: Rumänien verwahrte sich gegen "beleidigende Etikettierungen wie Nationalismus", verteidigte sich gegen die polnischen Vorwürfe und wies auf den Zeitpunkt der polnischen Angriffe hin, "da es von negativen Einschätzungen über den Verlauf der Ereignisse in der Tschechoslowakei wimmelte ... als ein Druck ausgeübt und allerlei Angriffe gestartet wurden, die so weit gingen, die Einmischung und direkte Intervention in die inneren Angelegenheiten der Tschechoslowakei zu rechtfertigen."²⁾

Am 14. August sprach Ceausescu vor Absolventen der Militärakademie. Anwesend waren die führenden Repräsentanten von Staat, Partei und Armee sowie rund 75 000 Bukarester. Die Rede wurde zur Grundsatzzerklärung über den Warschauer Pakt, die Quintessenz der rumänischen Vorbehalte gegen Integration im Bündnis³⁾. Von politischer Koordination in der und durch die Warschauer-Pakt-Organisation war keine Rede, statt dessen begrenzte die rumänische Führung den Aktionsradius des Bündnisses auf die Abwehr eines Angriffs von außen, beanspruchte alleinige Verfügungsgewalt über die Streitkräfte und lehnte damit auch integrierte Truppen und gemeinsames Oberkommando ab.

"Hieraus geht mit aller Klarheit hervor, daß das Kommando der Streitkräfte von keinerlei auswärtigem Organ ausgeübt werden kann; dies ist ein souveränes Attribut unserer Partei- und Staatsführung." ⁴⁾

1) Trybuna Ludu 7.8., Scînteia 8.8., Neuer Weg 9.8.1968

2) Scînteia, Neuer Weg a.a.O.

3) Erste Andeutungen dieser Haltung gab es schon im Sommer 1967; Verteidigungsminister Ionita vor der Nationalversammlung und Ceausescu im Juni, vgl. Osteuropäische Rundschau 7/1967 S.36

4) Neuer Weg 16.8.1968

Die Armee wird nicht auf die Staatengemeinschaft sondern allein auf das Wohl des Vaterlandes verpflichtet:

"In den Jahren des sozialistischen Aufbaus haben Partei und Staat eine Armee neuen Typs geschaffen und erzogen. Diese folgt keinen Interessen als uneingeschränkt, bedingungslos im Dienste der Nation zu stehen. Diese Armee ist der Sache des Sozialismus und des Friedens grenzenlos ergeben, sie ist das uneinnehmbare Bollwerk der Unabhängigkeit und Freiheit des Vaterlandes." 1)

Diese Theorie von der Armee neuen Typs, die der rumänischen Parteitheorie nachgebildet ist und nationale Verfügungsgewalt über die nationale Armee postuliert, bedeutete nicht, daß Rumänien den Warschauer Vertrag aufkündigte. Die Konstruktion, mit der Vertrag und Eigeninteresse zur Deckung gebracht wurde, sah genauso aus wie beim RGW: Je besser die Armee ausgerüstet sei, je eher sie den Interessen des eigenen Volkes diene, desto größer sei ihre Wirkung bei der Verteidigung des sozialistischen Weltsystems.

Der rumänische Staatspräsident versicherte, daß Rumänien seinen Verpflichtungen aus dem Vertrag nachkommen werde. Aber er machte auch unzweifelhaft klar, was er nicht als Aufgabe des Bündnisses ansah:

"Die militärische Kooperation der sozialistischen Länder war und ist gegen die Gefahr der imperialistischen Aggression von außen gerichtet...Es kann keine Berechtigung dafür geben, auf irgendwelche Weise die Streitkräfte für eine Intervention in die inneren Angelegenheiten irgendeines Mitgliedlandes des Warschauer Vertrages zu verwenden." 2)

Unmittelbar nach Jugoslawiens Staatspräsident Tito und SED-Chef Ulbricht war Ceausescu am 15. und 16. August in Prag, nur fünf Tage vor der militärischen Okkupation der CSSR. Während seines Besuches unterzeichnete er mit dem tschechoslowakischen Staatspräsidenten Swoboda einen neuen Freundschafts- und Beistandsvertrag, der den 1948 abgechlossenen Vertrag erneuerte. Es war der erste, den Rumänien in Osteuropa neu abschloß.

Die rumänische Führung hatte sich zu sehr für die tschechoslowakische Führung eingesetzt, sich für die Legitimität des Experiments in der CSSR verbürgt, um nicht auch um das eigene Geschick besorgt zu sein. Sie wich am 21. August nicht zurück, sondern bekräftigte die in den vorhergehenden Monaten verfolgte Politik. Noch am 21. August fand eine gemeinsame Sitzung von ZK, Staats-

1) Neuer Weg 16.8.1968

2) ebenda a.a.O.

rat, Regierung, der Leitung der Gewerkschaft und des VKJ und von Chefredakteuren der Zentralpresse statt, auf der die Besetzung der CSSR verurteilt und rascher Truppenabzug gefordert wurde. Auf dem Platz der Republik sprach Ceausescu vor 100 000 Bukarestern, kündigte die Aufstellung bewaffneter patriotischer Garden zur Verteidigung der rumänischen Unabhängigkeit an, beschwor die nationale Einheit und bekräftigte den nationalen Verteidigungswillen.¹⁾

Die rumänische Führung nutzte die Intervention in der CSSR, um sich als Garant und Verteidiger der Freiheit Rumäniens darzustellen:

"Seid davon überzeugt, Genossen, seid davon überzeugt, Bürger Rumäniens, daß wir unser Vaterland, daß wir die Interessen unseres Volkes nie verraten werden."²⁾

Sie nutzte die Ungunst der Stunde, um dem Ausland eine geschlossene Führung und ein diese Führung unterstützendes Volk zu präsentieren, das sich gegen jeden Angriff verteidigen würde. Versammlungen im ganzen Land, Aufufe, Erklärungen, Telegramme sollten diesen Eindruck verstärken.

Schon am folgenden Tag, dem 22. August, trat die Nationalversammlung zusammen, um dem, worüber Ceausescu am Vortage gesprochen hatte, mit einer Erklärung über die Grundprinzipien der Außenpolitik Rumäniens Gesetzeskraft zu verleihen. Den Warschauer Pakt bezeichnete das Parlament als Instrument zur Abwehr einer von außen kommenden Agression: "Das war, ist und bleibt seine einzige Daseinsberechtigung."³⁾ Ansuchen um militärische Hilfe dürften allein die legalen Organe des Staates stellen, nur sie könnten über die Teilnahme an militärischen Aktionen beschließen, und alle Verträge, insbesondere solche über die Stationierung ausländischer Truppen auf rumänischem Boden, bedürften der Zustimmung der Nationalversammlung. So schnell reagierte die rumänische Führung auf die Vorgänge in der CSSR; mit den Beschlüssen der Nationalversammlung schuf sie sich ein Mittel, um im Fall persönlicher Pressionen unzumutbare Forderungen gegen den rumänischen Staat abwehren zu können.

Zum Staatsfeiertag fand am 23. August eine Parade statt, an der

1) Neuer Weg 22.8.1968

2) ebenda

3) Neuer Weg 23.8.1968

erstmalig Patriotic Garden teilnahmen; gleichzeitig führte man bei der Gelegenheit den ersten Dacia 1100 vor, einen Personenwagen nach Lizenz von Renault, von dem 1969 40 000 Stück gebaut werden sollten: Für die rumänischen Zuschauer eine Demonstration gegenwärtiger Stärke und künftigen Wohlstands. Freiheit des einzelnen, als Befriedigung materieller und geistiger Bedürfnisse, und Freiheit des Vaterlandes waren Themen, mit denen sich Ministerpräsident Maurer in seiner Festtagsrede befaßte.¹⁾

Weder am 21. August noch später ließen die rumänischen Führer einen Zweifel daran, daß sie die Intervention in der CSSR mißbilligten. Ceausescu ließ der Kritik auf seinen Reisen durch das Land freien Lauf,²⁾ aber die Intensität, in der er dies tat, verringerte sich mit den Fortschritten, die die Sowjetunion bei der "Normalisierung" in der CSSR machte. Rumänien unterstützte die tschechoslowakischen Reformer, solange diese sich selbst verteidigten; anschließend beschränkte sich die rumänische Führung wieder zunehmend auf die Verteidigung der eigenen Position.

Außenminister Corneliu Manescu entfaltete eine rege Reisetätigkeit, traf sich mit Repräsentanten der USA und Frankreichs, Ceausescu kam zur Konsultation mit Präsident Tito zusammen und der Meinungsaustausch mit anderen kommunistischen Parteien wurde fortgesetzt³⁾. Auch mit der Sowjetunion rissen die Kontakte nicht ab. Am 25. August empfing Ceausescu den sowjetischen Botschafter, wenig später zusammen mit Niculescu-Mizil und Mihai Dalea eine Delegation der Gesellschaft für sowjetisch-rumänische Freundschaft unter Leitung von W.P. Moskowsky, des Chefredakteurs von Sowjetskaja Rossijsa. Ende September nahm Niculescu-Mizil an der Konferenz der kommunistischen Parteien in Budapest teil. Am 28.9. empfing Ceausescu Marschall Jakubowski, um mit ihm Fragen gemeinsamen Interesses zu besprechen, soweit sie den Warschauer Pakt betrafen. Die rumänischen Veranstaltungen zum 51. Jahrestag der Oktoberrevolution gerieten ein wenig aufwendiger als früher.

1) Neuer Weg 24.8.1968

2) So in Kronstadt und Klausenburg, Neuer Weg 28.8. und 1.9.1968

3) Ceausescu empfing Ende August den Leiter der KP Spaniens, Carillo (Neuer Weg 29.8.), dann Delegationen kommunistischer Parteien von San Marino (NW 31.8.), Italien (NW 11.9.); wenig später reiste eine rumänische Delegation unter V. Trofin zu Gesprächen mit der KPI nach Rom (NW 3.10.) und am 6.11. war Niculescu-Mizil zum Freundschaftsbesuch in Ungarn.

Prominentester Gast im Präsidium der Festversammlung war Emil Bodnaras, die Festrede hielt Vasile Vilcu, doch waren die Freundschaftsbekundungen keineswegs überschwenglich.

Zwischen dem 26. und 29. November fand in Bukarest eine Beratung von Leitungskadern der Armeen des Warschauer Pakts statt. Thema war die Kampfausbildung und Wehrfähigkeit der Mitgliedsländer. Ceausescu empfing Marschall Jakubowski und die Delegationschefs der Armeen. Im Februar war Jakubowski erneut in Bukarest, ohne daß etwas über den Inhalt seiner Gespräche bekannt wurde¹⁾. Kein Wunder, daß in der westlichen Presse Gerüchte kursierten, der Warschauer Pakt wolle Manöver in Rumänien abhalten, wogegen sich die rumänische Führung beharrlich wehre.

In der Tat mehrten sich in den Reden rumänischer Funktionäre kritische Anmerkungen gegen Militärmanöver, ein sicheres Zeichen dafür, daß sie sich bedrängt fühlten. Im März 1969 polemisierte Ceausescu in einer Wahlrede gegen die Abhaltung von Manövern gleich welcher Art; im Jahr darauf forderte der rumänische Delegierte auf der Abrüstungskonferenz in Genf, man solle in einem Vertrag Militärmanöver verbieten, ebenso solle man Anwendung oder Androhung von Gewalt sowie "Intervention - jedweder Form oder unter welchen Umständen auch immer - in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten"²⁾ ächten. Diese Ansichten über Manöver gehörten seitdem zum Katalog rumänischer Prinzipien, obwohl dies nicht bedeutete, daß Rumänien nie mehr an Manövern des Warschauer Paktes teilnahm.

1962 hatten die letzten Manöver auf rumänischem Boden stattgefunden. Mit Kampfeinheiten beteiligte sich Rumänien zuletzt im August 1967 an Manövern in Bulgarien³⁾. Im April 1969 waren rumänische Stäbe dabei, als in Bulgarien Stabsmanöver stattfanden⁴⁾, und auch später machte die rumänische Regierung Zugeständnisse, indem sie symbolische Kontingente entsandte.⁵⁾

Ende 1968 war die CSSR und ihr von Rumänien nach wie vor mißbil-

1) Süddeutsche Zeitung 21.2.1969

2) zit. nach Süddeutsche Zeitung 6.3.1970

3) vgl. J.A. Johnson: Rumänien: Sonderkurs gefährdet. Osteuropäische Rundschau 11/1968 S.24

4) Süddeutsche Zeitung 3. und 4.4.1969

5) z.B. Beobachter zu den Manövern in der CSSR und Ungarn - Opal 71. Süddeutsche Zeitung 12.8.1971

ligtes Schicksal kein Thema öffentlicher Ansprachen mehr. Rumänien hatte eingelenkt, aber keine außenpolitische Position geräumt. Anfang Oktober bekräftigte Ceausescu die Forderung nach völliger Gleichheit zwischen den sozialistischen Staaten; Beziehungen zwischen ihnen müßten "uneingeschränkt" Gleichberechtigung und Unabhängigkeit jedes Staates gewährleisten. Gegen Ende des Jahres verurteilte er unmißverständlich die "Breshnew-Doktrin", deren Urheber er allerdings nicht benannte:

"Die These, die man in letzter Zeit glaubwürdig zu machen versuchte, wonach die gemeinsame Verteidigung der sozialistischen Länder gegen einen imperialistischen Angriff die Begrenzung oder den Verzicht auf die Souveränität irgendeines Mitgliedstaates voraussetzt, entspricht nicht den Prinzipien der Beziehungen der sozialistischen Länder und kann unter keiner Form akzeptiert werden. Die Zugehörigkeit zum Warschauer Vertrag stellt weder die Souveränität der Mitgliedländer in Frage und sie "begrenzt" auch in keiner Weise ihre staatliche Unabhängigkeit, im Gegenteil, wie im Vertrag selbst vorgesehen, ist sie ein Mittel zur Festigung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität jedes einzelnen Staates... Wir sind desgleichen der Ansicht, daß die Organisation der Vereinten Nationen bei der Aufbietung der öffentlichen Meinung gegen jegliche Verletzung der internationalen Prinzipien eine bedeutende Rolle zu erfüllen hat. Die Tatsache, daß ein Land einem Militärblock angehört, bedeutet nicht, daß die Normen des internationalen Rechts auf dieses Land nicht mehr angewendet werden könnten oder daß es der Verantwortung gegenüber den Völkern der Welt enthoben wäre." 1)

Rumänische Außenpolitik hatte sich als flexibel im Detail erwiesen, nachgiebig, wenn das Risiko zu groß wurde, nicht immer versessen darauf, die theoretisch abgeleitete Position auch tatsächlich einzunehmen, aber sie war bei der Verteidigung ihrer grundsätzlichen Positionen nicht zurückgewichen. Die Krise von 1968 hatte Rumäniens Selbständigkeit zweifellos in Gefahr gebracht, aber Rumänien war mit einer Bestätigung seiner Rolle herausgekommen. Um überhaupt noch gemeinsame Aktionen unternehmen zu können, hatten sich die Bündnispartner damit abgefunden, daß Rumänien nicht an allen teilnehmen würde.

e) Freundschaftsverträge

Die Erneuerung des sowjetisch-rumänischen Freundschaftsvertrages ließ auf sich warten. Der alte Vertrag war am 4. Februar 1948 in

1) Neuer Weg 30.11.1968

Moskau auf zwanzig Jahre abgeschlossen worden und sollte nach Ablauf dieser Frist jeweils für fünf Jahre verlängert werden, bis eine der vertragschließenden Parteien das Abkommen kündigt. Und das war nicht geschehen.

Mit anderen osteuropäischen Staaten hatte die Sowjetunion ihre Verträge längst erneuert, mit Polen schon 1965, im Mai 1967 mit Bulgarien und im September 1967 mit Ungarn; ebenso verfahren einige sozialistische Staaten untereinander.

Die Sowjetunion und Rumänien hatten lange verhandelt. Nach rumänischen Angaben soll schon im Frühjahr 1968 ein unterschriftsreifer Entwurf vorgelegen haben.¹⁾ Im April 1969 war Außenminister Manescu in Moskau und wieder kursierten Nachrichten über eine Einigung. Aber auch Ceausescus Besuch im Mai 1969 führte nicht zum Abschluß des Vertrags. Ein Jahr später war Ceausescu wieder in Moskau, anschließend auch Ministerpräsident Maurer. Anfang Juni 1970, einen Monat nach Unterzeichnung des sowjetisch-tschechoslowakischen Freundschaftsvertrags, stand auch der Vertrag mit Rumänien fest. Er wurde am 7.7.1970 vom rumänischen Ministerpräsidenten Maurer und vom sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin in Bukarest unterzeichnet.²⁾

Parteichef Breschnew ließ sich entschuldigen. Die Gründe für seine programmwidrige Zurückhaltung dürften in rumänischen Eigenwilligkeiten zu suchen sein, die in Moskau nicht auf Gegenliebe stießen, in Emil Bodnaras Reise nach Peking und in Rumäniens Weigerung, sich an der RGW-Investitionsbank zu beteiligen.³⁾ Andere Gründe für die fehlende Unterschrift des sowjetischen Parteichefs- und folglich auch des rumänischen Parteichefs - sind nicht recht überzeugend⁴⁾. Denn der rumänisch-tschechoslowakische Freundschaftsvertrag war auch nur von den Repräsentanten des Staates unterzeichnet worden, und den hatten beide Partner frei gestal-

1) Süddeutsche Zeitung 15.6.1970

2) Zu den Umständen der Vertragsunterzeichnung, die kühle Atmosphäre, unterschiedliche Interpretationen, mit denen im einen Fall Souveränität und Unabhängigkeit, im anderen die Beachtung des sozialistischen Internationalismus hervorgehoben wurde, vgl. Süddeutsche Zeitung 7.7.1970 und 9.7.1970

3) vgl. L. Schultz: Der neue Vertrag zwischen Rumänien und der Sowjetunion. In: Osteuropa 12/1970 S. 831ff

4) vgl.: Neuer rumänisch-ungarischer Freundschaftsvertrag. In: Osteuropäische Rundschau 3/1972 S. 12ff; in dem Artikel deutet der ungenannte Verfasser die fehlenden Unterschriften als gewollten Affront gegen Ceausescu.

ten können, so daß anzunehmen ist, daß den Rumänen die Beschränkung auf die nur staatliche Ebene nicht unangenehm war. Die später geschlossenen Freundschaftsverträge mit Polen und Bulgarien tragen auch die Unterschriften der Parteivorsitzenden, der rumänisch-ungarische hingegen nicht, obwohl Kadar während der Unterzeichnung in Bukarest war.

Es ist evident, daß - wenn überhaupt in einem Vertrag - die Sowjetunion in ihrem Freundschafts- und Beistandsvertrag mit der Tschechoslowakei ihre Vorstellungen vom Inhalt dieser Verträge durchsetzen konnte, so daß dieser Vertrag getreu die Konzeption spiegelt, die man in Moskau für die Regelung der gegenseitigen Beziehungen hatte. Ein Vergleich dieses Vertrags mit dem sowjetisch-rumänischen Freundschafts- und Beistandsvertrag, der nur zwei Monate nach dem tschechischen Vertrag unterzeichnet wurde, dürfte Auskunft darüber geben, wie groß die Selbständigkeit Rumäniens im Vergleich zur Tschechoslowakei war und welche Ziele die Sowjetunion in Bukarest nicht durchzusetzen vermochte.¹⁾

Die meisten Aussagen in der Präambel beider Verträge wiederholen sich im eigentlichen Vertragstext, deshalb seien sie hier nur kurz skizziert. Im Freundschaftsvertrag mit der CSSR behält sich die UdSSR schon in der Präambel das Recht vor, sich in tschechoslowakische Angelegenheiten einzumischen, und sie vergattert die CSSR zur Beachtung des sowjetischen Vorbilds, indem sie die Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften zur gemeinsamen internationalen Pflicht beider Vertragspartner erklärt. Nicht so der Vertrag mit Rumänien. Dort verspricht Bukarest unter anderem, die im Warschauer Vertrag festgelegten Verpflichtungen zu erfüllen, solange der Vertrag gültig ist - eine juristisch bedeutungslose Sequenz, die gleichwohl geeignet ist, den Pakt als Provisorium herabzusetzen -, und sagt ebenso wie umgekehrt die Sowjetunion zu, die Erfahrungen und Leistungen des Vertragspartners beim Aufbau des Sozialismus zu berücksichtigen. Aus der konkreten und weitgehenden Ermächtigung, die Prag der UdSSR einräumen mußte, ist im rumänischen Vertrag eine unverbindliche Erklärung geworden, die dem Vertragspartner keinen Rechtsanspruch

1) Text des rumänisch-sowjetischen Vertrags: Agerpres 8.7.1970, zit. nach Osteuropäische Rundschau 8/1970 S.36 f. Text des tschechoslowakischen Vertrags in: Osteuropa 12/1970 S. A 865-867. Einige Artikel beider Verträge werden am Ende dieses Abschnitts einander gegenübergestellt.

verschaffte. Beide Staaten versicherten, sich von den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen leiten zu lassen.

In Artikel 1 verpflichten sich beide Vertragspartner der UdSSR, ihre Beziehungen in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des sozialistischen Internationalismus zu gestalten. Auch Rumänien kam um diese Formel nicht herum, zumal es die Geltung dieses Prinzips nie in Frage gestellt hatte. Die zwischen Sowjets und Rumänen umstrittene Deutung dieses Prinzips zeigt sich nur darin, daß die zwei Sätze der tschechoslowakischen Fassung in einen zusammengezogen wurden, wodurch brüderliche Hilfe, gegenseitiger Vorteil, Souveränität, Gleichberechtigung, Nichteinmischung zur Bestimmung des im ersten Teil des Satzes genannten Begriffs "sozialistischer Internationalismus" herangezogen werden. In der tschechischen Version erhält der Internationalismus eine eigene Qualität, so daß die folgenden Begriffe - Souveränität und Unabhängigkeit - praktisch entwertet werden. Im rumänisch-sowjetischen Vertrag war die unterschiedliche Interpretation wohl von vornherein einkalkuliert. Da kein Vertragsteil seine Vorstellungen restlos durchsetzen konnte, einigte man sich, jeder solle in dem Vertrag seine Ansicht wiederfinden können.

Im rumänischen Vertrag hat der Artikel 1 einen zweiten Absatz, durch den ein Passus der Präambel - "Berücksichtigung der Erfahrung und der Leistungen beider Länder beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus" - in den eigentlichen Vertrag übernommen wird. Der Inhalt des zweiten Absatzes geht nicht über die Präambel hinaus, so daß die Sowjetunion allenfalls ein Recht auf Information über innenpolitische Maßnahmen, nicht aber eines zur Reglementierung der inneren Entwicklung Rumäniens erhalten hat. Im Vergleich zu den erheblich weitergehenden Bestimmungen des Artikel 5 im sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrag ist dieses Relikt eher harmlos.

Neben der Absicht, das ursprünglich bilaterale Vertragssystem neben dem Warschauer Vertrag zu erhalten und die Beistandspflicht der einzelnen Länder konkret festzulegen, dürfte der Inhalt von Artikel 2 ein wichtiges Motiv für das sowjetische Interesse an den Freundschaftsverträgen enthalten. Dieser Artikel bezeichnet im sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrag unumwunden die ökonomische Integration der Mitgliedsländer als Ziel der Zusammenar-

beit im RGW - dies war allerdings schon immer ein tschechisches Anliegen gewesen. Freundschaftliche gegenseitige Hilfe und internationale sozialistische Arbeitsteilung sollten leitende Grundsätze für die wirtschaftliche Zusammenarbeit sein; damit waren in diesem Bereich die nachgeordneten Prinzipien des Artikel 1 - Souveränität und Unabhängigkeit - schon weggefallen.

Anders die rumänische Version. Sie knüpft an Artikel 1 an, bezieht die dort genannten "Prinzipien der Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten" ein und stellt sie den beiden im tschechischen Vertrag genannten Grundsätzen - Hilfe und Arbeitsteilung - voran, so daß diese nur gelten, soweit jene nicht beeinträchtigt sind. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit wird konkretisiert als "Produktions- und technisch-wissenschaftliche Kooperation", exakt die Haltung, die Rumänien schon 1963 und 1964 eingenommen hatte. Statt der weitgehenden Formulierung "Integration" gelang den Rumänen ein Meisterwerk an Unverbindlichkeit. Sie versprechen nur, sie würden "auch zur Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen und der Zusammenarbeit im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und mit anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft beitragen."

Artikel 4 des Vertrages zwischen der CSSR und der UdSSR spiegelt unverhüllt die desolatte außenpolitische Lage der CSSR. Darin verpflichtet sich Prag, "direkte Kontakte zwischen den Organen der Staatsmacht" zu fördern. Es entsteht eine Rechtsgrundlage für die Tätigkeit sowjetischer Berater in der tschechoslowakischen Administration und für ständige direkte Einmischung in Verwaltungsakte oder in das Parteileben. Vergleichbares gibt es im Vertrag mit Rumänien nicht. Dort verpflichteten sich beide Partner nur, für die Einheit und den Zusammenhalt der sozialistischen Staaten einzutreten. Auch diese Bestimmung war summarisch und vage, schloß China und alle Dissidenten ein. Sie konnte und mußte von Rumänien als Bestätigung der eigenen Chinapolitik ausgelegt werden.

Artikel 5 des tschechoslowakisch-sowjetischen Vertrags hat im Abkommen mit Bukarest keine Entsprechung, es sei denn, man betrachtet den zweiten Absatz von Artikel 1 als vergleichbar. Im tschechischen Vertrag sind beide Partner aufgefordert, mit dem Aufbau des Sozialismus und Kommunismus fortzufahren und die "not-

wendigen Maßnahmen zur Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften des Volkes" zu treffen. Das bedeutete im Zusammenhang mit der Präambel, daß die CSSR alle wesentlichen Elemente des sowjetischen Modells als verbindlich anerkannte und die Sowjetunion als Garant dieser "Errungenschaften" das Recht hatte, über deren Erhaltung zu wachen.

Artikel 8 des Vertrags mit Prag und Artikel 6 des Abkommens mit Bukarest beschäftigten sich mit Frieden, Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa. In der rumänischen Version kommen außenpolitische Anliegen Bukarests recht gut zur Geltung. Schaffung gutnachbarlicher Beziehungen auf der Basis der bekannten Prinzipien - Souveränität, Nichteinmischung...- und die Errichtung eines wirk-samen europäischen Sicherheitssystems sind unmittelbar miteinander verknüpft, so daß die zuerst genannten Prinzipien, die damit im Vertrag zweimal vollständig aufgeführt sind, zur Inhaltsbestimmung des Sicherheitssystems herangezogen werden können. Über die Art, in der dieses Ziel angestrebt werden soll, ob individuell oder kollektiv, ist im rumänisch-sowjetischen Vertrag nichts ausgesagt. In der tschechischen Version dagegen soll das Sicherheitssystem auf der "Basis kollektiven Bestrebens aller europäischer Staaten" entstehen, unterschiedliche Nuancen, die in rumänischen und sowjetischen Erklärungen zur geforderten Sicherheitskonferenz immer wieder sichtbar werden. Die oben genannten Prinzipien sind im tschechischen Vertrag an dieser Stelle nicht erwähnt. Artikel 6 des rumänischen Vertrags hat noch einen zweiten Absatz, in dem beide Seiten versprechen, gutnachbarliche Beziehungen auf der Balkanhalbinsel und im Schwarzmeerraum herstellen zu wollen. Damit hatte sich die Sowjetunion in die rumänischen Bemühungen auf dem Balkan eingeschaltet und konnte von Bukarest Unterstützung erwarten, hatte aber - und das ist bemerkenswerter, weil sich eigenständige Balkanpolitik noch nie sowjetischer Sympathien erfreuen konnte - die rumänischen Initiativen in diesem Raum eingeseget.

Artikel 9/7 und Artikel 10/8 beschreiben den Bündnisfall. Auch Rumänien kommt nicht umhin, "die Unverletzlichkeit der Grenzen der Mitgliedsländer des Warschauer Vertrags zu gewährleisten" (Art.7), kann sich aber deutlicher als die CSSR auf den Warschauer Vertrag beziehen, in dem die Beistandspflicht auf Europa

beschränkt ist. Zwar geben rumänische Politiker in China entsprechende Interpretationen, daß mit dem Vertrag nach rumänischer Auffassung keine Beistandspflicht gegen China verbunden sei¹⁾, doch geht das aus Artikel 8 nicht hervor; allerdings gibt es für Rumänien einige Sicherungen dagegen, in einen unerwünschten Konflikt verwickelt zu werden. Durch Umstellung entsprechender Satzteile des tschechischen Textes, der der UdSSR unbedingten Anspruch auf militärische Hilfe der CSSR sichert, wird militärische Hilfe im rumänisch-sowjetischen Vertrag weitgehend zur Ermessensfrage, erfolgt auf jeden Fall nicht automatisch; eine weitere Sicherung besteht in dem Zwang, daß die ergriffenen Maßnahmen allen Bestimmungen der UNO-Charta entsprechen müssen.

Artikel 11 des Vertrages der UdSSR mit der CSSR und Artikel 9 des Vertrages mit Rumänien sehen eine Konsultationspflicht für die Vertragspartner vor. Der tschechoslowakisch-sowjetische Vertrag fordert die Konsultation "über alle wichtigen Fragen, die ihre Interessen berühren", das heißt in allen außenpolitischen Fragen; denn der Relativsatz schränkt den Anwendungsbereich des Artikels nicht ausdrücklich auf Angelegenheiten ein, die nur beide Staaten zugleich betreffen, wie es im Vertrag mit Rumänien geschieht. Aber noch wichtiger ist etwas anderes: Die CSSR verpflichtet sich nicht nur zur Konsultation, sondern auch zu gemeinsam vereinbarter Haltung in der Außenpolitik, sie bindet ihre Außenpolitik an die sowjetische. Dagegen haben sich die Rumänen nicht einmal darauf eingelassen, daß Konsultationen zu übereinstimmenden Standpunkten führen müßten, sondern erklären nur ihre Absicht, dies versuchen zu wollen, ohne daß ihr Vertragspartner daraus einen einklagbaren Rechtsanspruch herleiten könnte. Von einer Pflicht zu gemeinsamer Außenpolitik ist nicht einmal entfernt die Rede.

Wie dieser Artikel blieb auch der ganze Vertrag in wichtigen Punkten offen: Viele Streitfragen waren ausgeklammert und so formuliert, daß beide Seiten das Gesicht wahren konnten. Nirgendwo ergab sich eine eindeutige Bindung, die Rumäniens innen- oder außenpolitische Handlungsfreiheit beschnitten hätte. Nur auf einem - freilich wesentlichen - Gebiet hatte die rumänische Verhandlungsdelegation weitgehende Zugeständnisse machen müssen. Aus späteren - abschwächenden - Interpretationen wird ersichtlich, daß die Rumänen die Beistandsverpflichtung in Artikel 8 lieber anders
 1) vgl. L.Schultz: Der neue Vertrag..S.837

formuliert hätten. Doch offenbar haben sie sich in diesem Punkt gegen die Sowjets nicht durchsetzen können und eine Weigerung als zu hohes Risiko betrachtet; wie hätte ein rumänischer Verhandlungsführer auf die sowjetische Frage, ob Rumänien der UdSSR im Falle eines bewaffneten Angriffs denn nicht helfen wolle, anders als mit Zustimmung zu dieser Verpflichtung antworten sollen? Gegen dieses Zugeständnis erreichten die Rumänen immerhin, daß sie nicht auf weitere Integration festgelegt wurden.

Exkurs

Vergleichende Gegenüberstellung einiger wesentlicher Artikel des Freundschafts- und Beistandsvertrages

zwischen der CSSR und UdSSR

Artikel 1

Die hohen Vertragsparteien werden in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des sozialistischen Internationalismus auch fernerhin die ewige, unverbrüchliche Freundschaft zwischen den Völkern der Tschechoslowakischen Soz..Rep..und der Union der Sowj.Sozial..Rep..festigen. Sie entfaltet sich durch die allseitige Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten und durch Gewährung gegenseitiger brüderlicher Hilfe und Unterstützung, auf Grundlage der gegenseitigen Respektierung staatlicher Souveränität und Unabhängigkeit, der Gleichberechtigung sowie der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten.

Artikel 4

Die hohen Vertragsparteien werden die weitere Ausweitung der Zusammenarbeit und direkter Kontakte zwischen den Organen der Staatsmacht sowie zwischen den gesellschaftlichen Organen der Werktätigen zum Zwecke eines tieferen gegenseitigen Kennenlernens und der Annäherung der Völker beider Staaten fördern.

Artikel 5

Den unerschütterlichen und entschlossenen Willen ausdrückend,

und zwischen der SSR und der UdSSR

Artikel 1

Die hohen vertragsschließenden Seiten werden gemäß den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus auch in Zukunft die ewige, unerschütterliche Freundschaft zwischen den Völkern beider Länder festigen und die Zusammenarbeit zwischen der Soz..Rep..Rum.. und der Union d.Sozial..Sowj..Rep. auf politischem, wirtschaftlichem, wissenschaftlichem, technischem und kulturellem Gebiet auf der Basis brüderlicher Hilfe, gegenseitigen Vorteils, der Wahrung nationaler Souveränität und Unabhängigkeit, der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten entwickeln.

Die Seiten werden den Erfahrungsaustausch in verschiedenen Bereichen des Aufbaus des Sozialismus und des Kommunismus reger gestalten.

Artikel 4

Die hohen vertragsschließenden Seiten..werden für die Entwicklung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Staaten, für die Festigung ihrer Einheit im Interesse der Sache des Sozialismus und des Friedens unbeirrt wirken.

Artikel 5

im Aufbau des Sozialismus und Kommunismus weiter fortzufahren, werden die hohen Vertragsparteien die notwendigen Maßnahmen zur Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften des Volkes unternehmen, zur Sicherheit und Unabhängigkeit beider Länder, werden sich sich um die Entwicklung allseitiger Beziehungen zwischen den Staaten der sozialistischen Gemeinschaft bemühen und im Geiste der Festigung ihrer Einheit, Freundschaft und Brüderlichkeit handeln.

Artikel 10

Im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen eine der hohen Vertragsparteien von seiten irgendeines Staates oder einer Gruppe von Staaten wird die zweite Vertragspartei dies als Angriff gegen sich betrachten und dieser augenblicklich jegliche Hilfe, einschließlich militärischer, gewähren sowie eine Unterstützung mit allen Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen, und bringen so das Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der Charta der Organisation der Vereinten Nationen zur Geltung.

Artikel 11

Die hohen Vertragsparteien werden sich gegenseitig über alle wichtigen internationalen Fragen, die ihre Interessen be-

In konsequenter Befolgung der Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung werden die hohen vertragschließenden Seiten Maßnahmen ergreifen, um den internationalen Frieden und die Sicherheit der Völker ..zu schützen...

Artikel 6

Die hohen vertragschließenden Seiten werden sich zusammen für die Verbesserung der Atmosphäre und die Gewährleistung des Friedens in Europa, für die Entwicklung der Zusammenarbeit und gutnachbarlicher Beziehungen zwischen den europäischen Staaten auf der Basis der Prinzipien der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit, der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Vorteils sowie Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und für die Schaffung eines wirksamen europäischen Sicherheitssystems einsetzen. Beide Seiten werden Maßnahmen ergreifen, um auf der Balkanhalbinsel und im Schwarzmeerraum gutnachbarliche Beziehungen herzustellen und das gegenseitige Verständnis sowie die Zusammenarbeit zu entwickeln.

Artikel 8

Falls eine der hohen vertragschließenden Seiten einem bewaffneten Angriff seitens eines Staates oder einer Staatengruppe ausgesetzt sein sollte, wird die andere Seite in Ausübung ihres unveräußerlichen Rechts auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der Charta der Organisation der Vereinten Nationen unverzüglich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, einschließlich militärischen, soweit für die Abwehr eines bewaffneten Angriffs nötig, vielseitige Hilfe gewähren.

Artikel 9

Die hohen vertragschließenden Seiten werden einander in allen die Interessen der beiden Länder berührenden Fragen konsultieren

rühren, informieren und beraten/ mit dem Ziel, ihre Standpunkte und bei ihrer Tätigkeit von in Einklang zu bringen.2) einer gemeinsam vereinbarten Haltung im Einklang mit den Interessen beider Staaten aus-gehen.1)

6. Beziehungen zu anderen Staaten und Parteien

a) Beziehungen zu China

Nach 1964 ergriff Rumänien in den Auseinandersetzungen zwischen der Sowjetunion und China ebensowenig Partei wie vorher. Jede Wertung, jede Kritik unterblieb. Wenn sich die rumänische Regierung von einer der beiden Seiten zur Stellungnahme gedrängt fühlte, wich sie aus und antwortete mit pathetischen Aufrufen zu Einheit und Zusammenarbeit.

Bemühung um Neutralität, um gleichwertige Behandlung beider kommunistischen Großmächte läßt sich bis in Details hinein verfolgen: Als zum 9. Parteitag von beiden Seiten Spitzenfunktionäre anreisten, aus Moskau Generalsekretär Breshnew, aus Peking Generalsekretär Den Siao-pin³⁾, meldeten die rumänischen Zeitungen ihre Ankunft auf Seite 1 in zwei nebeneinanderstehenden gleich langen Artikeln, versehen mit zwei einander gleichen Bildern⁴⁾. Eine Kurzfassung der Reden beider Gäste erschien wieder auf der gleichen Seite, gleichlang.⁵⁾

Beide warben um Rumäniens Sympathien. Breshnew lobte die rumänischen Aufbauleistungen, lobte an Ceausescus Parteitagsrede, daß er die Notwendigkeit der Einheit so sehr unterstrichen habe, und forderte selbst Zusammenarbeit gegen den Imperialismus. Die beiderseitigen Beziehungen sah er in einem rosigen Licht:

"Zwischen unseren Ländern festigen sich die politischen und kulturellen Beziehungen, besteht eine auf Gleichberechtigung und gegenseitigem Vorteil fussende wirtschaftliche Zusammenarbeit."

1) zit. nach Osteuropa 12/1970, S. A865 -867. Der dort abgedruckte Text ist übersetzt aus Rudéprávo 7.5.1970

2) zit. nach Osteuropäische Rundschau 8/1970 S.36-37. Der dort abgedruckte Text folgt Agerpres 8.7.1970

3) So die Schreibweise in der rumänischen Presse. Teng Hsiao-Ping in der westdeutschen Presse, etwa FAZ 22.7.1965

4) Neuer Weg 18.7.1965

5) ebenda 21.7.1965 S.7

Den Siao-pin kam zu ähnlichen Schlußfolgerungen und konstatierte ebenfalls dauerhafte Freundschaft, fand aber entgegengesetzte Gründe, die rumänische Politik zu loben: "Die Praxis hat erwiesen, wie richtig es war, daß Sie Ihre Auffassung, unabhängig und auf sich selbst gestellt aufzubauen, beharrlich verfolgt haben."¹⁾ Die chinesische Delegation bezeichnete Rumänien als eine Art Bundesgenossen bei den eigenen Anstrengungen um Entwicklung und Verteidigung und sprach ihm Dank aus.

Der Parteitag wahrte nach beiden Seiten freundliche Neutralität.

Für den 10. Parteitag gab es keine so glänzende Kulisse mehr, für die Delegierten nicht mehr das eindrucksvolle Schauspiel, zwei Großmächte um ihre Sympathien werben zu sehen. Der Wettbewerb um rumänische Unterstützung in der Auseinandersetzung mit dem Konkurrenten war offensichtlich in Resignation umgeschlagen. Der Besuch Nixons kurz vor dem Parteitag, auch wohl überhaupt Unbehagen an der rumänischen Politik veranlaßte die Bruderparteien, ihre Unzufriedenheit deutlich kundzutun. Aus Moskau kam zum 10. Parteitag nur Parteisekretär Katuschew, im ZK-Sekretariat der KPdSU zuständig für Beziehungen zu kommunistischen Parteien, und auch aus den anderen sozialistischen Ländern kamen nur die ressortmäßig zuständigen Sekretäre. Die SED entsandte sogar nur ein einfaches ZK-Mitglied.

Aus China kam niemand, nur ein Telegramm, in dem die KP Chinas versicherte, daß sich die "Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit ... entwickeln" ²⁾würden. Das sprach dafür, daß Peking - wenigstens 1969 - der Ansicht war, die Beziehungen zu Rumänien hätten nicht das gehalten, was es sich davon versprochen hatte. Der 10. Parteitag fiel noch in die Phase, in der die Außenbeziehungen der Volksrepublik China aus innenpolitischen Gründen stark reduziert waren.

Der Tod Gheorghiu-Dejs im März 1965 hatte den Beziehungen zwischen Peking und Bukarest keinen Abbruch getan. Noch im gleichen Monat empfing Ceausescu eine chinesische Delegation und die Presse berichtete von freundschaftlicher Atmosphäre. Im Mai 1965 unterzeichneten beide Staaten ein neues Kulturabkommen. Im Au-

1) Neuer Weg a.a.O.

2) ebenda 9.8.1969

gust veranstaltete die rumänische Wirtschaft in Peking eine Ausstellung, an deren Eröffnung Ministerpräsident Tschu En-lai teilnahm. Wenig später empfing Ministerpräsident Maurer eine Delegation des Pekinger Stadtparteikomitees. Im September eröffnete eine chinesische Wirtschaftsausstellung in Bukarest. Das alles geschah, während der Konflikt zwischen Moskau und Peking neuen Höhepunkten zustrebte. In der rumänischen Öffentlichkeit fanden die heftigen Attacken der beiden Konkurrenten gegen einander kein Echo. Rumänien verweigerte der Sowjetunion die Gefolgschaft und beteiligte sich an der Kampagne gegen China nicht.¹⁾ Statt dessen würdigten rumänische Funktionäre den 16. Jahrestag der Volksrepublik China mit einer Festveranstaltung. Im Dezember schlossen beide Staaten ein Waren- und Zahlungsabkommen, wonach sich der Handelsaustausch im Jahre 1966 bedeutend erhöhen sollte.

Der sowjetische Parteichef Breshnew war im Mai 1966 in Bukarest gewesen. Einen Monat später kam der chinesische Ministerpräsident Tschu En-lai. Er traf am 16. Juni in Bukarest ein und blieb bis zum 24. Juni. Allerdings entsprachen die Ergebnisse dieses Besuchs nicht seiner Dauer, und am Ende schien eine langfristige Trübung der beiderseitigen Beziehungen nicht ausgeschlossen.²⁾

Die Reisettermine waren erst am 14. Juni offiziell in Bukarest bekanntgegeben worden. Zu diesem Zeitpunkt waren in Moskau noch immer die Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten beisammen, die ursprünglich nur drei Tage beraten wollten, dann aber fast zwei Wochen verhandelten, um die für Juli in Bukarest anberaumte Tagung des Politischen Konsultativausschusses vorzubereiten. Die Verhandlungen über die Tagesordnung, über zu verabschiedende Dokumente zogen sich in die Länge. In Moskau verlautete von schweren Differenzen zwischen Russen und Rumänen, so daß Außenminister Gromyko auf die Begleitung von Ministerpräsident Kossygin nach Finnland verzichten mußte. Am 16. Juni ging der Meinungsaustausch der Außenminister zu Ende. Nach inoffi-

1) vgl. Neue Zürcher Zeitung 28.12.1965. Auf einen Artikel in der Prawda, in dem zur Abrechnung mit China aufgefordert wird, antwortet Scînteia am 18.12.1965: "Die Interessen der Völker verlangen die Festigung der Einheit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung."

2) "Tschu En-lais Mißerfolg in Rumänien", Neue Zürcher Zeitung 28.6.1966

ziellen Berichten erzielten die Teilnehmer volle Übereinstimmung: Für die Konferenz in Bukarest zeichnete sich ein Kompromiß ab, der, wie sich später zeigte, für die Rumänen nicht unvorteilhaft war.

Tschu En-lai benutzte seinen Aufenthalt in Rumänien zur Agitation gegen die Sowjetunion. Schon am zweiten Tag erklärte er auf einem Bankett: "Um die Einheit des sozialistischen Lagers und der kommunistischen Weltbewegung zu wahren und um die Imperialisten und ihre Lakaien zu bekämpfen, ist es notwendig, sich gegen den modernen Revisionismus zu erheben."¹⁾ Ähnliche Attacken gegen die "modernen Revisionisten" folgten auf allen Stationen seiner Reise durch das Land. Den Rumänen kam diese Kampagne gegen Moskau ungelogen. Sie wünschten schon im Allgemeinen nicht, in die sowjetisch-chinesischen Auseinandersetzungen hineingezogen zu werden, und mußten zu diesem Zeitpunkt eine Gefährdung des in Moskau erzielten Kompromisses noch besonders fürchten. Folgerichtig unterdrückten die rumänischen Nachrichtenmedien alle antisowjetischen Äußerungen Tschu En-lais. Der hohe Gast wurde zensiert und mußte sich zur Verbreitung seiner Gedanken mit der eigenen Nachrichtenagentur "Neues China" begnügen.

Zum Abschluß des Besuchs sollte am 23. Juni eine Freundschaftskundgebung stattfinden, 3500 Gäste, Funktionäre und Diplomaten waren geladen. Der Beginn der Zeremonie mußte - im Beisein von Presse und Fernsehen - um zwei Stunden verschoben werden. Anschließend hielten Tschu En-lai und Gastgeber Ceausescu kurze Ansprachen aus dem Stegreif, wobei der chinesische Ministerpräsident auf Angriffe gegen die Sowjetunion verzichtete. Redemanuskripte wurden im Gegensatz zur Ankündigung der rumänischen Nachrichtenagentur Agerpres nicht an die Presse verteilt.²⁾

Tschu En-lai hatte versucht, die rumänische Führung zur offenen Parteinahme für China zu bewegen und war damit gescheitert. Da Ceausescus Gesprächspartner 1966 zu dem bisher üblichen Kompromiß nicht mehr bereit war, nicht mehr Neutralität als hinreichenden rumänischen Beitrag zur Unterstützung Chinas anerkennen wollte, endeten die Gespräche mit einem Mißklang, den auch eine

1) zit. nach Neue Zürcher Zeitung 19.6.1966, die den Text der Agentur Neues China wiedergibt.

2) NZZ 25.6.1966, vgl. auch den ausführlichen Bericht in Ost-europäische Rundschau 7,8/1966 S.40

die Ergebnisse des Besuchs resümierende Presseverlautbarung nicht verbergen konnte. Rumänien teilte weder Chinas innenpolitische noch seine außenpolitischen Ziele, hatte andere Interessen und konnte im Unterschied zu Albanien nicht damit rechnen, daß ein Bündnis mit China seine Bewegungsfreiheit wahren oder das Risiko einer sowjetischen Intervention mindern würde. Das Gegenteil war wahrscheinlicher. Deswegen mußten die Beziehungen Rumäniens zur Volksrepublik China zwangsläufig an Intensität verlieren, wenn die chinesische Innenpolitik eine dem Kompromiß gewogene Außenpolitik nicht zuließ. Die rumänische Regierung demonstrierte noch einmal Neutralität, noch einmal vorbildliches Bemühen um die sozialistische Einheit, als sie Polemik auf ihrem Boden verhinderte. Zugleich aber wurde ein wichtiger Trumpf ihrer Außenpolitik auf lange Zeit nicht mehr spielbar. Das sowjetische Drängen auf baldigen Zusammentritt der Weltkonferenz kommunistischer Parteien verriet, daß sich die KPdSU das Dilemma zunutze machen wollte, in das die auf Autonomie drängenden Parteien durch die Isolierung Pekings geraten waren.

Nachdem schon Mitte 1966 rund dreißig chinesische Botschafter aus aller Welt nach Peking zurückberufen worden waren, verwaiste am Jahresende auch die Botschaft in Bukarest. Auf höchster Ebene fanden keine Kontakte mehr statt und dennoch rissen die Verbindungen nie ganz ab. Der Handel zwischen Rumänien und China wuchs, im Februar 1967 wurde ein neues Waren- und Zahlungsabkommen geschlossen¹⁾. Rumänien beteiligte sich nicht an der Polemik gegen die chinesische Kulturrevolution und wurde von China bei der Verurteilung des "modernen Revisionismus" ausgespart. Aber es dauerte über drei Jahre, bis die Beziehungen wieder den alten Stand erreichten.

Ende September 1968 veröffentlichte die rumänische Presse wieder häufiger Berichte aus China. die RKP schickte im April 1969 als einzige kommunistische Partei Osteuropas - abgesehen von der albanischen Partei - ein Grußtelegramm an den 9. Parteitag der KP Chinas, während andere Parteien sogar daran zweifelten, ob die chinesische Führung noch die Bezeichnung "kommunistisch" verdiene.

1) Neuer Weg 16.2.1967

Mit diesem Parteitag begann eine Reaktivierung der chinesischen Außenpolitik¹⁾. Im Juni 1969 wurde die Botschaft in Bukarest wieder besetzt. Im September machten Ministerpräsident Maurer und Parteisekretär Niculescu-Mizil zweimal in Peking Station, unterbrachen ihre Reise nach Hanoi zu den Begräbnisfeierlichkeiten für den verstorbenen Ho Tschu Minh. Im März 1970 unterzeichnete Außenhandelsminister Burtica ein neues Handelsabkommen mit China. Chinesische Hilfeleistungen nach der Hochwasserkatastrophe in Rumänien im Mai 1970 erfolgten sofort und übertrafen die anderer Länder bei weitem. Am 9. Juni traf eine rumänische Delegation, geleitet von dem stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsrats, Emil Bodnarus, aus Nordvietnam kommend in Peking ein. Sie wurde dort mit ungewöhnlichem Aufwand gefeiert. Dieser Besuch fiel mit der Paraphierung des rumänisch-sowjetischen Freundschaftsvertrags zusammen und dürfte von der rumänischen Regierung dazu benutzt worden sein, der chinesischen Führung zu versichern, daß der Vertrag keine gegen China gerichteten Bestimmungen enthalte. Jedenfalls waren die gegenseitigen Freundschaftsbekundungen geeignet, jedermann zu zeigen, daß Rumänien nach dem Abschluß des Freundschaftsvertrages seine Neutralität im sowjetisch-chinesischen Konflikt nicht aufgegeben hatte und weiterhin zu beiden Seiten gute Beziehungen unterhalten wollte.

Am Ende des Jahres 1970 lösten rumänische Delegationen in Peking einander ab, darunter erstmals recht häufig Militärdellegationen.²⁾ Im November 1970 unterzeichnete Gheorghe Radulescu in China ein Abkommen, mit dem die Chinesische Volksrepublik Rumänien einen langfristigen Kredit einräumte. Das Abkommen wurde im März 1971 ergänzt durch Vereinbarungen über die Lieferung kompletter Anlagen, zu deren Montage chinesische Ingenieure nach Rumänien kommen sollten.

Höhepunkt der rumänisch-chinesischen Beziehungen war zweifellos Ceausescus Asienreise im Juni 1971, während der er außer China auch Nordkorea, Nordvietnam und die Mongolei besuchte. Mit der

1) P. Kuntze: "Chinas Außenpolitik kommt wieder in Schwung", Süddeutsche Zeitung 21.4.1970

2) Nach einer Notiz in der Süddeutschen Zeitung vom 3.8.1970 hatte Tschu En-lai eine Delegation unter Verteidigungsminister Ionita empfangen. Im August 1971 war eine chinesische Militärdellegation in Bukarest (SZ 27.8.71), wenig später weilten rumänische Offiziere zum Urlaub in China (SZ 14.10.71).

Reise, die Ceausescu als Staats- und Parteichef unternahm, demonstrierte er, daß sich Rumänien auch künftig nicht auf den von der Sowjetunion konzedierte Spielraum beschränken werde, sondern willens und imstande sei, wie zwei Jahre zuvor mit den USA auch mit der anderen Großmacht unmittelbare Beziehungen zu unterhalten. Zugleich diente das Verhältnis zu China als Beispiel dafür, wie sich Rumänien die Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten vorstellte. Im gemeinsamen Kommuniqué sprachen beide Parteien von "militanter Einheit"¹⁾ und meinten damit Zusammenarbeit, freundschaftliche Beziehungen, wohl auch Verteidigungsbereitschaft gegen gemeinsame Feinde trotz nach wie vor bestehender Meinungsverschiedenheiten und ohne daß die Freiheit der Partner beeinträchtigt wäre, den unterschiedlichen Positionen Ausdruck zu verleihen.

Ceausescu rief in Peking zur Wiederherstellung der Einheit im Weltkommunismus auf, fand in China für diese Forderung jedoch kein Echo. Statt dessen appellierte Tschu En-lai an die rumänische Führung, ihre unabhängige Politik fortzusetzen. Im Unterschied zu 1966 wußten die chinesischen Politiker 1971 rumänische und auch jugoslawische Neutralität zu schätzen und zeigten damit, daß ihnen an sozialistischen Staaten auf dem Balkan gelegen war, die zwar nicht chinesische Politik betrieben, aber einen eigenständigen, Moskauer Einheit verhindernden Kurs steuerten.

Ceausescus Politik blieb konstant. Als China Rumänien Parteinarbeit zumutete, zog sich Rumänien zurück. Die Beziehungen weiteten sich schnell wieder aus, als es ohne Gefährdung der rumänischen Selbständigkeit möglich wurde. Die Reden, die Ceausescu in Peking, Schanghai oder in Pjöngjang hielt, unterschieden sich im Inhalt nicht von denen, die er in Bukarest zu halten pflegte.

Den Rückflug unterbrach Ceausescu für einige Stunden in Moskau. Dort unterhielt er sich im Flughafengebäude mit Ministerpräsident Kossygin - gleichsam die nach dem Freundschaftsvertrag erforderliche Konsultation.

b) Die Weltkonferenz kommunistischer und Arbeiterparteien

Nach vielen vergeblichen Bemühungen fand die dritte Weltkonferenz

1) Süddeutsche Zeitung 5./6.6.1971

der kommunistischen und Arbeiterparteien im Juni 1969 doch noch statt. Die Vorbereitungen hatten von Anfang an eine antichinesische Tendenz. Schon 1963, als die Führer der KPdSU die Chancen für ihr Projekt ausloteten, polemisierten sie heftig gegen die chinesische Parteiführung, und als sich Suslow im Februar 1964 auf einer Plenartagung des ZK der KPdSU öffentlich für eine neue Beratung der Bruderparteien einsetzte, versprach er sich von dem Unternehmen "eine Überwindung der Meinungsunterschiede zwischen der Führung der KPCh und der internationalen kommunistischen Bewegung".¹⁾

Generalprobe für die Konferenz hielt man allerdings nicht mit den Parteien ab, sondern verlegte sie auf eine andere Ebene. Die Verhandlungen im Weltgewerkschaftsbund (WGB) können Aufschluß darüber geben, wie sich die sowjetische Führung den Ablauf der Weltkonferenz gedacht haben mag. Schon im Oktober 1964 beklagte sich der rumänische Delegierte im WGB, Constantin Dragan, daß im Generalrat des Verbandes nach dem Mehrheitsprinzip entschieden werde und daß man dort die rumänischen Vorschläge für die Aktionseinheit des Verbandes nicht berücksichtigt habe. Eindringlicher wurden die rumänischen Klagen im nächsten Jahr auf dem VI. Kongreß des WGB in Warschau.

Dragan kritisierte Inkonssequenzen in der Politik des WGB: Einerseits versuche der Verband weitere Gewerkschaften an den Bund heranzuziehen, andererseits bemühten sich einige Mitglieder um Festigung der Strukturen des WGB, die den Erfolg der Bemühungen in Frage stellten. Zentralisierung der Entscheidungsbefugnisse im WGB lehnte der rumänische Verband ab.

"Der WGB beteiligte sich an einigen internationalen Aktionen ohne Zustimmung aller angeschlossenen Organisationen. Es machten sich Tendenzen geltend, den WGB aus einem Koordinierungsfaktor der von den Mitgliedsorganisationen - die ihre volle Selbständigkeit bewahren - gemeinsam festgesetzten Aktionen in ein Leitungszentrum der Weltgewerkschaftsbewegung umzuwandeln."²⁾

Dragan forderte Rechtsgleichheit und Unabhängigkeit der dem Bund angeschlossenen Gewerkschaften. Alle Beschlüsse sollten einstimmig gefaßt werden und kein Verband verpflichtet sein, einen Beschluß durchzuführen, dem er nicht zugestimmt hatte. Zugleich

1) "Der Kampf der KPdSU für die Geschlossenheit..." Prawda 3.4. 1964, zit. nach Ostprobleme 9,10/1964 S.314 f

2) Neuer Weg 14.10.1965

brachte der rumänische Delegierte Zusatzanträge ein, um die Resolution des WGB-Statuts im rumänischen Sinne zu beeinflussen. Die Anträge wurden nicht berücksichtigt und über die Statutenänderung mit Mehrheit abgestimmt. Dabei enthielten sich die Delegationen aus Rumänien, Kuba und Venezuela der Stimme.¹⁾

Wie im vorangegangenen Jahr war es auch 1965 zu heftigen Kontroversen zwischen sowjetischen und chinesischen Delegierten gekommen. Während der Tagung des Generalrats des WGB Anfang Dezember 1966 in Sofia gingen die Sowjets noch einen Schritt weiter. Auf Antrag von Generalsekretär Saillant wurden die chinesischen Delegierten von der weiteren Arbeit des Generalrats des WGB ausgeschlossen. Dragan stimmte gegen diesen Antrag und verurteilte den Ausschluß der chinesischen Delegierten, weil dadurch die Einheit des Bundes in Frage gestellt werde.²⁾ Ähnliche Auseinandersetzungen gab es im Weltverband der demokratischen Jugend.³⁾

Nur auf dieser Ebene wagte die KPdSU so weitgehende Konfrontation und riskierte Konsequenzen, vor denen sie im Bereich der Parteien zurückschreckte. Offensichtlich hatte das Experiment im WGB nicht ermutigt, das gleiche Manöver auch auf multilateralen Parteikonferenzen zu versuchen. Entweder drohte die Fronde oppositioneller Parteien zu groß zu werden, oder das Ausscheiden weiterer kommunistischer Parteien und Verzicht auf die Fiktion eines ungeteilten Weltkommunismus waren der KPdSU als Preis für Einheitlichkeit im kleinen Kreis doch zu hoch.

Die Rumänen hatten die Idee einer neuen Weltkonferenz kommunistischer Parteien nicht von Anfang an abgelehnt. Noch bevor die sowjetische Partei ihren Vorschlag öffentlich propagierte, hatte Ion Gheorghe Maurer im November 1963 angeregt, "seitens aller kommunistischer Parteien die Notwendigkeit in Betracht zu ziehen, Vorbereitungen für eine Weltkonferenz im Laufe des nächsten Jahres zu beginnen."⁴⁾ Im April 1964 erneuerte die RAP ihren Vorschlag, schränkte jedoch ein, daß sie das Unternehmen nur dann für sinnvoll halte, wenn alle kommunistischen Parteien daran teil-

1) Neuer Weg 22.10.1965

2) Radio Bukarest 9.12.1966, vgl. Osteuropäische Rundschau 1,2/1967

3) vgl. Rede von Petru Enache vor dem Weltverband. Scinteia tineretului 11.6.1966

4) Maurer forderte die Sowjetunion und China zugleich auf, die Polemik einzustellen. Neuer Weg 5.11.1963

nähmen und wenn die Konferenz gut vorbereitet worden sei. Inzwischen hatten die Chinesen jedoch schon erklärt, daß sie an keiner solchen Konferenz teilnehmen würden, und damit hatte sich die ursprüngliche Zustimmung der Rumänen in Ablehnung verwandelt, weil die Weltkonferenz unter diesen Umständen zum Gericht über die KP Chinas und jeden möglichen Abweichler zu werden drohte.

Die rumänischen Kommunisten verteidigten mit der KPCh zugleich sich selbst. Sie mußten versuchen, entweder die Konferenz zu verhindern oder - falls sich das als unmöglich erwies - die Tagesordnung zu entschärfen. Sie ließen ihre Teilnahme zwar lange ungewiß, werden aber einen Boykott kaum ernsthaft erwogen haben. Denn nur auf der Konferenz konnten sie hoffen, der KPdSU den Rechtstitel auf Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Parteien streitig zu machen. In den folgenden Jahren bemühte sich die RKP, den Beginn der Konferenz zu verzögern und in der Zwischenzeit möglichst viele Bundesgenossen zu finden, die die gleiche Haltung einnahmen.

Offensichtlich haben die Chancen, die sich die KPdSU auf einer neuen Weltkonferenz ausrechnete, auch die neuen Männer im Kreml verlockt, denn sie nutzten den Sturz Chruschtschows nicht, den Plan stillschweigend fallenzulassen. Statt dessen verschoben sie nur den Termin für die erste Vorbereitungskonferenz auf März 1965. Doch schon dieses Konsultativtreffen dürfte die Erwartungen, die die sowjetischen Kommunisten gehegt haben mögen, auf ein Minimum reduziert haben. Von 25 eingeladenen Parteien kamen nur 18. Die großen asiatischen Parteien waren nicht vertreten und die RKP hatte auch keine Delegation geschickt. Die Teilnehmer bestätigten der KPdSU zwar, daß eine Weltkonferenz zweckmäßig sei, aber zugleich verschoben sie sie um Jahre. Denn sie machten den Beginn von Vorbereitungskonferenzen abhängig, zu denen alle Teilnehmer der Weltkonferenz von 1960 eingeladen werden sollten, um die neue Konferenz "inhaltlich und organisatorisch" vorzubereiten¹⁾. Dadurch sollten Tagesordnung und Inhalt des Treffens vorher festgelegt und überraschende Coups auf der Konferenz ausgeschlossen werden. Außerdem verpflichtete sich die KPdSU, Gleichberechtigung und Unabhängigkeit aller Parteien zu beachten und Einmischung einer Partei in die inneren Angelegenheiten

1) Kommuniqué des Treffens in: Hinter dem Eisernen Vorhang 3/1965

einer anderen nicht zuzulassen.

Die KPdSU mußte wieder von vorn beginnen. Erst nach langwierigen Bemühungen gelang es, die nächste Hürde auf dem Weg zur Weltkonferenz zu nehmen. Vom 26. Februar bis zum 5. März 1968 trafen sich in Budapest 67 von 81 eingeladenen Parteien, um über die weitere Prozedur zu beraten. Zum herausragenden Ereignis wurden aber weder die Beratungen noch deren für die KPdSU wohl recht befriedigendes Ergebnis, sondern der spektakuläre Auszug der rumänischen Delegation, die von Parteisekretär Niculescu-Mizil geleitet worden war.

Lange Zeit blieb zweifelhaft, ob die RKP an der Budapester Konsultativkonferenz teilnehmen würde. Wie die rumänische Delegation in Budapest mitteilte, erfolgte die Einberufung des Treffens in Form eines fait accompli; sie und andere kommunistische Parteien hätten erst aus der bürgerlichen Presse davon erfahren¹⁾. Erst am 14. Februar, zwölf Tage vor Beginn der Konferenz, machte die rumänische Parteiführung durch ZK-Beschluß bekannt, daß sie an dem Treffen teilnehmen werde. Zuvor hatte sie zahlreiche Kontakte mit anderen kommunistischen Parteien. Sie war über die Ansichten vieler Konferenzteilnehmer genau unterrichtet und hatte möglicherweise Absprachen mit anderen Parteien getroffen, so daß das Risiko eines Ekklats kalkuliert war. Die Rumänen konnten erwarten, daß auch ohne die RKP keine unwillkommenen Beschlüsse zustande kämen.

Diese Annahme stützt sich auf die außerordentlich zahlreichen Begegnungen, die leitende Funktionäre der RKP in den ersten beiden Monaten des Jahres 1968 mit Funktionären anderer Parteien hatten. Am 3. und 4. Januar waren Ceausescu, Maurer und Niculescu-Mizil in Jugoslawien. Thema des Meinungsaustausches waren unter anderem Probleme der kommunistischen und Arbeiterbewegung²⁾. Anschließend kam Ceausescu am 5. Januar mit Carlo Galuzzi, einem Vorstandsmitglied der KPI, zusammen, obwohl Luigi Longo erst im August vergangenen Jahres in Bukarest gewesen war. George Marchais von der KPF reiste am 12. Januar an, obgleich auch Waldeck-

1) Text der Rede in: Der Meinungsaustausch auf dem Budapester Konsultativtreffen. Informations-Bulletin. Materialien und Dokumente kommunistischer und Arbeiterparteien Nr. 18-22/1968 S. 40
 2) S. 55 (künftig abgekürzt I-B 18-22/1968).

2) Neuer Weg 6.1.1968

Rochet erst im August Rumänien auf Einladung Ceausescus besucht hatte. Es folgten eine Delegation der mexikanischen KP, der Generalsekretär der portugiesischen KP und eine Delegation aus Belgien. Ende Januar sprach Ceausescu mit israelischen KP-Funktionären, anschließend mit Vertretern kommunistischer Parteien aus Marokko, Finnland, Österreich und Japan. Am 13. Februar empfing er Vladimir Koucky, den Parteisekretär der KPC, der in Budapest die tschechoslowakische Delegation leitete, und hatte mit ihm einen "freundschaftlichen Meinungsaustausch" über aktuelle Fragen der internationalen Arbeiterbewegung¹⁾. Kurz darauf am 16. und 17. Februar war der sowjetische Parteisekretär Ponomarjow zu Gast in Rumänien. Sein Gespräch mit Ceausescu kreiste um die gleichen Fragen, das Konsultativtreffen und die Weltkonferenz wurden im Schlußkommuniqué ausdrücklich erwähnt.²⁾

Während ihres Gesprächs dürfte Ceausescu Ponomarjow über die ZK-Tagung am 14. Februar unterrichtet haben, auf der die RKP eine Reihe konkreter Bedingungen für das Konsultativtreffen beschlossen hatte, so daß die sowjetischen Kommunisten über die Haltung der RKP-Delegation keinen Zweifel haben konnten. Zu Beginn der Konsultativkonferenz erläuterte die rumänische Presse - wegen der Wiederholung bekannter und oft mitgeteilter Gedanken nie verlegen - in dem Artikel "Mit allen Kräften für die Normalisierung der Beziehungen und die Festigung der Einheit der kommunistischen und Arbeiterparteien"³⁾ noch einmal, was die RKP von dem Budapester Treffen erwartete und proklamierte Grundsätze, die schon im ZK-Beschluß bekannt gemacht worden waren und die Niculescu-Mizil auf der Konferenz vortrug.

Niculescu-Mizil war mit einem Maximalprogramm nach Budapest gereist, an dessen Durchsetzung die RKP selbst nicht geglaubt haben konnte. Er genierte sich nicht, in seiner Rede manche der Hauptgedanken dreimal, viermal oder noch öfter zu wiederholen. Ausgangspunkt seiner Argumentation war die Notwendigkeit der Einheit aller kommunistischen Parteien. Der Begriff "Einheit" taucht in seiner Rede wenigstens 24mal auf, manchmal als Kompositum "Kampfeinheit", "Aktionseinheit", meist verbunden mit allerlei

1) Neuer Weg 15.2.1968

2) ebenda 18.2.1968

3) ebenda 28.2.1968

beschwörenden, mahnenden, aufrüttelnden Wendungen. Aus dem derart suggestiv vorgetragenen Verlangen, worin sich die RKP von keiner anderen Partei übertreffen ließ, leitete sie eine Reihe von Forderungen ab, die sie auf der Konsultativkonferenz und auf der kommenden Weltkonferenz beachtet wissen wollte:

1. An der Konferenz sollten sämtliche kommunistischen Parteien teilnehmen, möglichst auch noch andere sozialistischen Parteien oder sozial-politischen Gruppen, die gegen den Imperialismus kämpften. Den Wunsch nach Vollständigkeit brachte Niculescu-Mizil an rund neun Stellen seiner Rede zum Ausdruck, bald eingekleidet in den Vorschlag einer bestimmten - unverbindlichen - Tagesordnung, die allen Parteien Teilnahme ermöglichen solle, bald in herbe Kritik wegen diskriminierender Nichteinladung oder als elegische Klage darüber, wie viele Länder, gar Kontinente nicht oder nur schwach vertreten seien. Und damit traf er zweifellos den schwächsten Punkt des sowjetischen Projekts, als er sich ausführlich darüber verbreitete, daß fast die Hälfte aller sozialistischen Länder gar nicht vertreten seien, unter ihnen gerade die nicht, die die schwersten Konflikte mit dem Imperialismus zu bestehen hätten.

2. Die Tagesordnung ebenso wie das Schlußdokument der Weltkonferenz sollten sich nur mit Fragen beschäftigen, in denen gemeinsame Schlußfolgerungen möglich seien. Rumäniens Vorschlag: Konkrete Fragen des gegenwärtigen Kampfes gegen den Imperialismus und ein Appell zur Solidarität mit dem vietnamesischen Volk (beide Vorschläge wurden realisiert). Gleich dreimal - einmal im Zusammenhang mit der Tagesordnung, dann mit dem Schlußdokument und schließlich mit Reminiszenzen an die Weltkonferenz von 1960 - erklärte Niculescu-Mizil, die Konferenz dürfe keine programmatischen Aussagen machen, keine Normativlinien oder Direktiven für die kommunistischen Parteien festlegen und sie solle angesichts der bestehenden Meinungsverschiedenheiten auch keine ideologische Erörterung führen. Die Innen- und Außenpolitik jeder Partei, ihre Taktik und Strategie, Formen und Methoden ihrer Tätigkeit seien unveräußerliches Recht jeder Partei, sollten also durch die Beschlüsse der Konferenz keineswegs beeinträchtigt werden.

3. Die Weltkonferenz dürfe kein neues Führungszentrum für die

kommunistische Weltbewegung schaffen. Auch dieses Problem erörterte Niculescu-Mizil gleich dreimal: Die internationale Beratung solle sich nicht mit der Konferenz von 1960 befassen oder deren Dokumente bestätigen. Jede Beratung sei eine gesonderte Kundgebung, sie als Kontinuität abzuwickeln, bedeute in die Beziehungen "Elemente einer organisatorischen Struktur hineinzutragen"¹⁾. Übergeordnete und untergeordnete Parteien dürfe es nicht geben, keine Partei eine Sonderstellung erhalten. Am Ende schlug Niculescu-Mizil auch noch vor, künftige Konsultativtreffen oder Beratungen von anderen Parteien veranstalten zu lassen, eine "Rotation der Gastgeberparteien", um die "Möglichkeit einer unerwünschten Interpretation im Sinne des Vorhandenseins eines Führungszentrums" auszuschließen²⁾.

4. Die Verfahrensweise der Konferenz: Kritik an anderen Parteien, Einmischung in deren innere Angelegenheiten und Einteilung von Bruderparteien in nationalistische oder internationalistische Parteien müsse unterbleiben. Teilnahme oder Nichtteilnahme, Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung von Dokumenten stehe im Ermessen jeder Partei, ihr dürfe daraus kein Nachteil erwachsen. Schließlich - und das betonte der rumänische Delegationsleiter wieder viermal und mehr - sollten alle Beschlüsse einstimmig gefaßt werden. Mehrheitsbeschlüsse lehnte Niculescu-Mizil kategorisch ab.

5. Mit doppelter Begründung beantragte die rumänische Delegation Verschiebung der Weltkonferenz: Zunächst erklärte sie sich für überfordert, wenn sie irgendwelchen Beschlüssen in Budapest zustimmen solle, ohne, daß das ZK der RKP Gelegenheit zu gründlicher Analyse der vorgetragenen Ansichten gehabt habe; dann bezeichnete Niculescu-Mizil die Abwesenheit so vieler Parteien als deutliches Indiz dafür, daß die Abhaltung der Weltkonferenz verfrüht wäre und daß einige weitere Konsultativtreffen stattfinden müßten.

Niculescu-Mizil machte eine ungeschminkte Bestandsaufnahme vom Zustand des sozialistischen Lagers: "Wir wissen alle, daß in der kommunistischen Bewegung zahlreiche Meinungsverschiedenheiten be-

1) Informations-Bulletin a.a.O. S.44

2) ebenda S. 54

stehen"¹⁾, und in anderem Zusammenhang: "Unter den gegenwärtigen Voraussetzungen, da so viele Meinungsverschiedenheiten politischer und theoretischer, strategischer und taktischer Natur aufgetreten sind..."²⁾ Er schlug vor, "daß es der Zeit überlassen bleiben soll, die in der Schwebe befindlichen Fragen zu klären."³⁾ Die RKP wollte alle Streitfragen auf der Weltkonferenz ausklammern und Einheit auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner suchen - und der war nach den von ihr gestellten Bedingungen ein Minimum, untragbar für das Prestige der KPdSU, die sich das Zustandekommen der Konferenz große Mühen hatte kosten lassen. Niculescu-Mizils Rückblick auf die letzte Weltkonferenz von 1960, die am Anfang des rumänischen Weges zur Selbständigkeit noch als Magna Charta der kommunistischen Weltbewegung gepriesen worden war, verriet das gewachsene Selbstbewußtsein der Rumänen und die geschwundene Autorität der sowjetischen Kommunisten; er sagte: "Seit jener Beratung sind acht Jahre vergangen, das Leben ist seither fortgeschritten - und wir sehen keinen prinzipiellen Grund, um eine neue internationale Beratung als eine Fortsetzung jener zu betrachten."⁴⁾

Der sowjetische Delegationsleiter Suslow übergang die Meinungsverschiedenheiten zwischen kommunistischen Parteien nicht. Auch die KPdSU wünschte Einheit, jedoch nicht um den Preis, Verschiedenheit tolerieren zu müssen. Zu deren Überwindung hatte sie die internationale Beratung einberufen:

"Die Einberufung einer Beratung ist notwendig, um die Geschlossenheit der kommunistischen Bewegung zu festigen. Es ist kein Geheimnis, daß in den letzten Jahren ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen einigen Parteien über die Grundprobleme des revolutionären Kampfes aufgetreten sind. Die Einheit in der Abwehr des Imperialismus ist gestört. In einzelnen Gliedern der kommunistischen Bewegung zeigten sich gefährliche nationalistische Tendenzen. Zersplitterte Aktionen schwächen die Kraft der Schläge gegen den gemeinsamen Feind. Es ist die direkte Pflicht der kommunistischen Bewegung, die Pläne des Imperialismus zur Spaltung der ihm entgegertretenden Kräfte zu vereiteln und dieser seiner Taktik koordinierte gemeinsame Aktionen aller Verfechter des Friedens, der Demokratie, der nationalen Unabhängigkeit und des Sozialismus entgegenszustellen."⁵⁾

Suslow wollte ebenfalls nicht, daß auf der Weltkonferenz grund-

¹⁾ Informations-Bulletin a.a.O. S. 51

²⁾ ebenda S. 48

³⁾ ebenda S. 50

⁴⁾ ebenda S. 43 Aus der Rede des sowjetischen Delegationsleiters Suslow.

⁵⁾ ebenda S. 32

sätzliche oder ideologische Fragen im Mittelpunkt stünden - wohl in der Annahme, daß die neue Konferenz auf diesem Gebiet hinter den Ergebnissen der früheren Konferenzen zurückbleiben würde -, sondern er wollte in dem Dokument hauptsächlich aktuelle Probleme des Kampfes gegen den Imperialismus und praktische Vorschläge über einheitliche Aktionen formuliert haben; der KPdSU lag nicht an allgemeiner Deklamation, sie wollte die einzelnen kommunistischen Parteien auf einheitliche Haltung zu konkreten, sie interessierenden Fragen verpflichten.

Die Positionen beider Parteien, der KPdSU und der RKP waren gegensätzlich; sie unterschieden sich zwar nicht so sehr in dem für die Konferenz gewünschten Thema, wohl aber in dem Ziel, das mit der Konferenz erreicht werden sollte. Ein Kompromiß zwischen beiden Auffassungen schien wenig wahrscheinlich. Die sorgfältige Vorbereitung der RKP, die Art in der sie ihre Maximalziele bei verschiedenen Gelegenheiten öffentlich formulierte, um ihre Delegation in der Verhandlungsführung festzulegen, deuten darauf hin, daß die RKP bei der Konsultativkonferenz auch keinen Kompromiß suchen wollte. Niculescu-Mizil protestierte zurückhaltend als Suslow und Kliszko die KP Chinas angriffen, erst als der syrische Delegierte die RKP wegen ihrer Haltung im Nahostkrieg kritisierte, verließ die RKP-Delegation nach Rücksprache mit der Parteiführung in Bukarest die Konsultativkonferenz und ignorierte den zuvor gefundenen Kompromiß.

Die Rumänen hatten den Konflikt provoziert. Die Entscheidung der Parteiführung, diesen Anlaß zum Auszug zu nutzen, mag die Delegation überrascht haben, war aber wohlkalkuliert. Denn wenn die RKP auf die Rede des Delegierten der unbedeutenden syrischen KP reagierte, vermied sie die Konfrontation mit der KPdSU oder einer anderen stärkeren Partei, sie konnte für sich selbst eintreten und mußte sich nicht für eine andere, auf der Konferenz gar nicht einmal vertretene Partei verkämpfen. Auf diese Weise demonstrierte sie - ohne der KPdSU Gesichtsverlust zuzumuten -, daß sie sogar auf der Weltkonferenz den Eklat nicht scheuen werde, falls ihre Selbständigkeit auf dem Spiele stehe. Später, auf der Weltkonferenz im Juni 1969 war die Geduld und auch die Kompromißbereitschaft der RKP größer, nicht so sehr, weil die Intervention in der CSSR den Wagemut gedämpft hätte, sondern weil die erreichba-

ren Ziele so niedrig angesetzt waren, daß sie der RKP nicht gefährlich scheinen konnten. Die KPdSU hatte dem zustimmen müssen, weil schon die Budapester Konferenz gezeigt hatte, daß die RKP nicht allein stand.

Die RKP beteiligte sich zunächst nicht an den Arbeiten der Vorbereitungskommission, die auf der Budapester Konferenz eingesetzt worden war. Erst Ende September 1968 war sie wieder dabei.¹⁾ Der ursprünglich auf Oktober/November angesetzte Beginn der Weltkonferenz wurde auf 1969 verschoben. Die RKP arbeitete in den folgenden Monaten an dem Entwurf der von der Weltkonferenz zu verabschiedenden Dokumente mit. Rumänen und Italiener bildeten in der sich ständig vergrößernden Redaktionskommission den Kern einer Opposition, um den sich kleinere Parteien, Engländer, Schweizer, Spanier, Norweger, Österreicher, Australier gruppierten. Die Gruppe, die sich für größere Autonomie der einzelnen Parteien einsetzte, produzierte eine Fülle von Zusatzanträgen und Änderungsvorschlägen, von denen einige schließlich in den letzten Entwurf des Hauptdokuments aufgenommen wurden.

Am 21. Mai 1969 beschloß ein ZK-Plenum, daß die RKP an der internationalen Beratung der kommunistischen Parteien teilnehmen werde und beauftragte gleichzeitig ihre Delegation, sich auf der letzten Vorbereitungskonferenz für eine weitere Verbesserung des im März verabschiedeten Hauptdokuments einzusetzen.²⁾ Schließlich konnte Ceausescu beruhigt nach Moskau reisen: Die Ergebnisse der Konferenz standen schon vorher fest und es war kaum anzunehmen, daß die KPdSU den ausgehandelten Text des Dokuments, Frucht monatelanger Bemühungen und ausgewogener Kompromisse zwischen heterogenen Interessen, noch in Frage stellen würde. Breshnews heftige Angriffe gegen China, vorbereitet durch ausführliche Berichte über militärische Auseinandersetzungen am Ussuri, brachen mit den von der KPdSU gegebenen Zusicherungen, waren aber praktisch nur ein Nachhutgefecht; denn es kam zu keiner Änderung der Tagesordnung und des Schlußdokuments. Ceausescu protestierte am zweiten Konferenztag gegen Angriffe auf die KP Chinas und drohte mit erneutem Auszug der RKP.³⁾ Ausführlich berichtete er über die Ent-
 1) Neuer Weg 2.10.1968 und 23.11.1968
 2) Neuer Weg 23.5.1969. Zu den Änderungen des Entwurfs vgl. Osteuropa 9/1969 S. A157ff. Der Text des Hauptdokuments findet sich ebenda S. A160-A189
 3) Neuer Weg 7.6.1969 und 11.6.1969

wicklung seines Landes, klagte über die Unstimmigkeiten zwischen den sozialistischen Ländern, wobei er sich im chinesisch-sowjetischen Konflikt neutral verhielt, und über den Nahostkonflikt. Er verteidigte die eigene Politik gegen den Vorwurf des Nationalismus, erläuterte die rumänische Definition des Internationalismus und verfocht das Recht jeder Partei, ihre eigene Politik zu machen.

Und dieses Recht wurde von der Weltkonferenz ausdrücklich bestätigt; die Existenz eines leitenden Zentrums für die kommunistische Weltbewegung wurde dagegen bestritten. Da das Hauptdokument die Legitimität unterschiedlicher Auffassungen anerkannte,¹⁾ dürfte Ceausescu die Unterschrift nicht allzu schwer gefallen sein, auch wenn er vorher einige Vorbehalte machte.²⁾ Alles das, was sich die rumänischen Kommunisten auf der Budapester Konsultativkonferenz gewünscht hatten, konnten sie auf der Weltkonferenz nicht durchsetzen. Dennoch war die Erklärung selbst da, wo sie

7) Das geht aus Teil IV des Schlußdokuments hervor, der in weiten Teilen "rumänische Handschrift" verrät, während Teil II auf die Urheberschaft der sowjetischen Zentristen schließen läßt; beide Teile befassen sich mit dem gleichen Thema, dem sozialistischen Weltssystem, Teil II mit den sozialistischen Staaten und Teil IV mit den kommunistischen Parteien. Diese Anmerkung scheint zu der von H. König gezogenen vorläufigen Bilanz ("Bitterer Lorbeer für Moskau". In Osteuropa 9/1969 S. 642-655) notwendig. Teil IV erinnert so unverkennbar an die aus rumänischen Erklärungen vertrauten Formulierungen, daß die Vermutung gestattet sein mag, daß jede der beiden auf der Weltkonferenz vertretenen Gruppen für einen der beiden Teile die Vorhand hatte. Als Beleg mögen zwei verschiedene Aussagen über Meinungsverschiedenheiten zwischen Kommunisten dienen: Teil II: "Wenn zwischen sozialistischen Ländern diese oder jene Meinungsverschiedenheiten auftreten, hervorgerufen durch Unterschiede im wirtschaftlichen Entwicklungsniveau, in der sozialen Struktur, in der internationalen Stellung und durch nationale Besonderheiten, so können und müssen solche Meinungsverschiedenheiten auf der Basis des proletarischen Internationalismus, auf dem Wege der kameradschaftlichen Diskussion und der freiwilligen brüderlichen Zusammenarbeit erfolgreich gelöst werden. Sie dürfen die Einheitsfront der sozialistischen Staaten gegen den Imperialismus nicht beeinträchtigen." Neues Deutschland 18.6.1969, zit. nach Osteuropa 9/1969 S. A 173.

Teil IV: "Die kommunistischen und Arbeiterparteien bekräftigen ihre Entschlossenheit, ungeachtet einiger unterschiedlicher Auffassungen in einer einheitlichen Front gegen den Imperialismus zu kämpfen. Einige der entstandenen Differenzen werden im Verlaufe des Meinungsaustausches überwunden oder werden in dem Maße gegenstandslos, in dem die Entwicklung der Ereignisse selbst Klarheit über das Wesen der strittigen Fragen schafft. Andere können langwierig sein..." ebenda S. A 188

2) Neuer Weg 18.6.1969

konkret wurde, nie so präzise, daß sich irgendeine kommunistische Partei in ihrem Aktionsradius beschränkt fühlen mußte. Niculescu-Mizils Rede in Budapest war das rumänische Maximalprogramm gewesen, das Schlußdokument mit Ceausescus Unterschrift war immer noch ein beruhigender Erfolg.

c) Rumänische Politik auf dem Balkan

Ein neuer Balkanpakt stand nicht auf der Tagesordnung der rumänischen Außenpolitik. Ziele der rumänischen Politik auf der Balkanhalbinsel sind besser mit Begriffen wie Kooperation, friedliche Zusammenarbeit oder mit dem rumänischen terminus technicus "gutnachbarliche Beziehungen" umschrieben. Ceausescu bezeichnete seine Ziele in Form einer dringlichen Werbung, zu der er im August 1966 vom bulgarischen Fernsehen Gelegenheit erhielt:

"Die Erfahrungen der Geschichte haben die Völker des Balkans, die in der Vergangenheit von den imperialistischen Mächten als Schachfiguren in ihrer Herrsch- und Raffpolitik benutzt wurden, gelehrt, daß ihre Interessen mit der Herstellung von Beziehungen des Einvernehmens und der guten Nachbarschaft in diesem Teil der Welt verknüpft sind. Die Bedingungen der historischen Entwicklung haben bewirkt, daß die Balkanvölker von gemeinsamen Bestrebungen und Idealen durchdrungen waren im Kampf gegen die Eindringlinge, für die nationale und soziale Befreiung, für die staatliche Einheit und Unabhängigkeit. Das rumänische Volk ist der Meinung, daß die Verteidigung und Festigung des Friedens, die Entwicklung der Zusammenarbeit auf Grund der gegenseitigen Achtung und Wertschätzung eine gemeinsame Sache aller Balkanländer ist."¹⁾

In diesen Formulierungen finden sich die Prinzipien wieder, die Rumänien zum Leitfaden seiner eigenen Innen- und Außenpolitik gemacht hatte: Nationale und soziale Befreiung, staatliche Einheit und Unabhängigkeit, Sicherheit vor imperialistischer Herrsch- und Raffpolitik. Die rumänische Führung versuchte, den anderen Balkanstaaten - gemeint waren Albanien, Bulgarien, Jugoslawien, Griechenland und die Türkei - die eigenen Grundsätze für ihre Außenpolitik schmackhaft zu machen. Die rumänische Konzeption sah die Schaffung einer Friedenszone auf dem Balkan vor, wodurch Südosteuropa aus dem Spannungsfeld der Großmächte herausgebracht werden sollte, und erstrebte eine gewisse Solidarität der Balkanstaaten bei der Verteidigung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität,

¹⁾ Neuer Weg 6.8.1966, zit. nach Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa 8,9/1966 S. 127

ohne daß dadurch die Handlungsfreiheit eines Staates nach innen oder nach außen beschnitten worden wäre. Auf dieser Grundlage, die eines multilateralen Abkommens nicht bedurfte, auch wenn es für die Einrichtung einer atomwaffenfreien oder Friedenszone auf dem Balkan keineswegs ausgeschlossen wurde¹⁾, sollten die Staaten zusammenarbeiten auf ökonomischem, wissenschaftlich-technischem und kulturellem Gebiet. In diese Richtung führten die ersten Schritte, die Rumänien unternahm: 1962 rief man die "Balkanische medizinische Union", dann den "Balkanischen Mathematikerverband", später auch einen balkanländischen Historikerverband wieder ins Leben, die schon vor dem Kriege existiert hatten.²⁾

Hinter dieser Konzeption weitgehende förderative Bestrebungen zu vermuten, hieße die rumänischen Außenpolitiker als Illusionisten verunglimpfen, denn es war schon schwer genug, die beschriebene Konzeption zu verwirklichen - und die Rumänen waren dem Ziel 1969 nicht viel näher gekommen als 1965. Welche Schwierigkeiten sie erwarten würden, wußten sie von ihrer ersten Initiative, die sie im September 1957 und im Juni 1959 - damals noch in Abstimmung mit der sowjetischen Außenpolitik - gestartet hatten, um die Balkanstaaten, vor allem Griechenland und die Türkei, für Entspannung und eine atomwaffenfreie Zone unter Garantie der Großmächte zu gewinnen. Die Gründe, die damals einen Erfolg dieser Bemühungen verhindert hatten, bestanden 1965 noch genauso: Griechenland und die Türkei waren NATO-Staaten; hätte die rumänische Regierung auf deren baldiges Ausscheiden aus dem westlichen Militärbündnis gerechnet, sie hätte auch weiterhin auf Balkanpolitik verzichten können. Auch die Animositäten zwischen den übrigen Balkanstaaten waren der rumänischen Regierung zweifellos bekannt: Gegensätze zwischen Jugoslawien, Bulgarien und Griechenland wegen Mazedonien, Spannungen zwischen Jugoslawien und Albanien, die aus der albanischen Sorge vor jugoslawischer Suprematie und dem Anspruch auf die albanische Minderheit in Jugoslawien herrührten.

Außerdem war der nach wie vor große sowjetische Einfluß auf dem Balkan geeignet, die rumänische Führung vor zu großen Erwartungen zu bewahren. 1965 und 1966 schien das rumänische Werben um bulgarische Unterstützung für das Balkankonzept erfolgversprechend ,

1) vgl. "Lumea" vom 14.7.1966

2) "Die rumänische Balkanpolitik", Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa 8,9/1966 S.126ff

die politischen Kontakte zwischen Bukarest und Sofia waren rege, die Beziehungen waren herzlich. Doch wog für die bulgarische Außenpolitik der sowjetische Einfluß stärker als das Interesse an gutnachbarlicher Zusammenarbeit mit Rumänien. Bulgarien beteiligte sich im August 1968 an der Intervention an der Tschechoslowakei und damit erlitten die bulgarisch-rumänischen Beziehungen einen Rückschlag, von dem sie sich erst 1970 erst langsam zu erholen begannen.¹⁾

Unter diesen Umständen versprach eine außenpolitische Konzeption, die auf dem Balkan eine weiträumige Lösung anstrebte und Bulgarien einbezog, nur dann Erfolg, wenn sie sowjetischen Interessen im Balkanraum nicht zuwiderlief. Denn schon 1948 hatte die Sowjetunion die von Tito und Dimitroff angestrebte Balkanföderation unterbunden²⁾ - und es gab keinerlei Hinweis, daß sich das sowjetische Interesse an eigenständigen Zusammenschlüssen auf dem Balkan in der Zwischenzeit vergrößert hätte. Um dem sowjetischen Mißtrauen vorzubeugen, sicherte die rumänische Führung ihre Balkanpolitik im rumänisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag ab und sagte Kooperation zu. Zweifellos waren die rumänischen Balkanaktivitäten auch für die UdSSR nicht ohne Interesse, falls sie die Chance boten, das Engagement Griechenlands und der Türkei in der NATO zu mindern und falls sich auf dem Balkan nicht neue Bindungen ohne oder gegen die Sowjetunion abzeichneten.

Im übrigen widersprach jedes Streben nach einem Staatenbündnis ohnehin der Logik rumänischer Außenpolitik. Denn die rumänische Regierung konnte nicht auf der einen Seite gegen Einmischung in innere Angelegenheiten, Beschränkung der Souveränität, gegen Integration argumentieren und sich auf der anderen Seite um föderative Strukturen auf dem Balkan bemühen.

Zunächst konzentrierte sich die rumänische Außenpolitik auf naheliegende, erreichbar scheinende Ziele; sie bemühte sich um die Entwicklung bilateraler Zusammenarbeit auf dem Balkan. In den Beziehungen zu Griechenland und zur Türkei kündigte sich 1966 eine Wende zum Besseren an. Schon 1965 hatte Rumänien und die Türkei ein Protokoll über kulturelle und wissenschaftliche Kooperation
 1) Eine Verbesserung kündigte sich im September nach einem Treffen zwischen Ceausescu und Schiwkoff in Russe und Giurgiu an, Süddeutsche Zeitung 14.9.1970
 2) vgl. Z. Brzezinski: Der Sowjetblock S. 76ff

unterzeichnet. Ende Juli 1966 war Ministerpräsident Maurer erstmals in der Türkei und vereinbarte mit der türkischen Regierung, man wolle die gegenseitigen Beziehungen weiterentwickeln. Größeren Erfolg, weil zu konkreten Ergebnissen führend, hatte Maurers Besuch in Griechenland, einen Monat später; am 3.9.1966 unterzeichnete er ein Abkommen mit der griechischen Regierung, in dem sich Rumänien zur Zahlung von 3,5 Millionen Dollar als Entschädigung für verstaatlichtes griechisches Eigentum bereit erklärte. Ein langfristiger Handelsvertrag, ein Zahlungsabkommen und ein Abkommen über wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit schlossen sich an. Der Bann schien gebrochen, und der Erfolg in Griechenland ließ auf stetige Intensivierung der Beziehungen auf dem Balkan hoffen: Erstmals seit den fünfziger Jahren hatten die rumänischen Bemühungen um Entspannung auf dem Balkan ein positives Echo gefunden. Doch die Hoffnung trog. Schon im Mai 1967 machte der Putsch der Obristen die Ansätze zunichte: Die griechisch-rumänischen Beziehungen wurden um Jahre zurückgeworfen. Ceausescu klagte über den in Griechenland "mit Hilfe der Vereinigten Staaten organisierten Militärputsch"¹⁾, vergeblich sicherte er den demokratischen Kräften in Griechenland volle Unterstützung des rumänischen Volkes zu. Erst Anfang der siebziger Jahre bahnten sich wieder neue intensive Kontakte zwischen Griechenland und Rumänien an.

Im März 1969 weilte Ceausescu zu sechstägigem Staatsbesuch in der Türkei. Bei der Abreise in Bukarest erklärte er, er wolle dem türkischen Präsidenten Gedanken darüber vortragen, daß eine verstärkte Zusammenarbeit aller Balkanländer auf eine rüstungsfreie Zone ohne jegliche ausländischen Stützpunkte hinauslaufen sollte.²⁾ Es mag sein, daß Ceausescu seine Absicht in die Tat umsetzte, doch eine erkennbare türkische Reaktion auf die rumänischen Pläne gab es nicht; dazu waren wohl auch die Erinnerungen an die Intervention in der CSSR zu frisch. Ceausescu mußte sich damit begnügen, in der Türkei für die Besserung der Atmosphäre und für die Entwicklung des bilateralen Wirtschaftsaustauschs gesorgt zu haben.

Rückgrat der rumänischen Balkanpolitik sind die Beziehungen zu Jugoslawien. Dafür hatte schon Gheorghiu-Dej die entscheidenden

1) zit. nach Neue Zürcher Zeitung 3.6.1967

2) Süddeutsche Zeitung 25.3.1969

Weichen gestellt, obwohl er zu den führenden Titogegnern in den frühen fünfziger Jahren gezählt hatte. Seit 1956 hatten sich die Beziehungen zwischen Rumänien und Jugoslawien gebessert. Aber erst am 12. Juni 1963 - nachdem mit dem XXII. Parteitag der KPdSU die Kampagnen gegen den jugoslawischen Revisionismus eingestellt worden waren - vereinbarten beide Länder langfristige Zusammenarbeit; sie beschlossen, endlich mit der Durchführung eines Projektes zu beginnen, das schon in den fünfziger Jahren vielfach erörtert worden war: Ein Staudamm am Eisernen Tor, von Rumänien und Jugoslawien gemeinsam erbaut, sollte zur Energiegewinnung genutzt werden und mit Hilfe eines Schleusensystems die Schiffbarkeit der Donau verbessern.

Die Bauarbeiten begannen 1964; am 16.5.1972 übergaben Tito und Ceausescu Damm und Schleusensystem ihrer Bestimmung. Das Bauwerk hatte fast eine halbe Milliarde Dollar verschlungen, es war eine gewaltige technische und finanzielle Leistung beider Länder. Durch die Regulierung der Donau wird die Bergfahrt durch die Donauenge erheblich beschleunigt - von 120 auf 31 Stunden -, die Tragfähigkeit der Schleppzüge beträchtlich vergrößert. Nach Fertigstellung des im Bau befindlichen Rhein-Main-Donau-Kanals wird es auf dem europäischen Kontinent eine Direktverbindung von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer geben. Die beiden Großkraftwerke am Eisernen Tor erzeugen jährlich insgesamt 11,3 Mrd. kWh., die über den seit 1963 bestehenden Stromnetzverbund für beide Länder nutzbar sind.¹⁾

Damit hatten sich Rumänien und Jugoslawien 1963 auf vieljährige Zusammenarbeit festgelegt, hatten sich auf Stetigkeit in den künftigen Beziehungen eingerichtet und diese losgetrennt von dem wechselvollen Geschick der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen. Der Dammbau war nicht nur das Ergebnis ökonomischer Nutzenrechnung, dann hätte er - wie geplant und vielfach erörtert - schon früher gebaut werden können, sondern auch eine Folge der außenpolitischen Neuorientierung Rumäniens. Wie eng beide Motivationen - ökonomische und politische - zusammenhingen, zeigte sich, als Gheorghiu-Dej Ende November 1963 zum Staatsbesuch nach Jugoslawien reiste. Bei der Gelegenheit unterzeichneten beide Regierungen das Abkommen über den geplanten Donaustaudamm, vereinbar-

1) Zum Vergleich: 1965 betrug die gesamte Stromerzeugung in Jugoslawien 15,5 und in Rumänien 17,7 Mrd. kWh. Zu den genannten Zahlenangaben vgl. Süddeutsche Zeitung 17.5.1972

ten Vergrößerung des Warenaustauschs und vielfältige wirtschaftliche Zusammenarbeit, die durch Einsetzung einer gemischten Kommission gefördert werden sollte; zugleich fand ein politischer Meinungsaustausch statt: Die Gesprächspartner "analysierten die internationale Lage und stellten mit Befriedigung fest, daß die Standpunkte beider Länder zu den wichtigsten internationalen Fragen...übereinstimmen oder einander ähnlich sind..."¹⁾, mit gleicher Einmütigkeit urteilten Tito und Gheorghiu-Dej über die Probleme der internationalen Arbeiterbewegung.

Seitdem rissen die Kontakte zwischen beiden Regierungen nicht mehr ab. Ceausescu führte die Politik seines Vorgängers kontinuierlich weiter. Und in dem Ausmaß, in dem ökonomische Probleme von der gemeinsamen Wirtschaftskommission geregelt wurden, konzentrierten sich die beiden Staats- und Parteiführer in ihren Gesprächen auf politische Themen, in denen sie meist zu gemeinsamer Haltung fanden - wie beispielsweise im Mai 1968, als im Kommuniqué die "ähnliche Art und Weise" hervorgehoben wurde, "in der die Führungen unserer Parteien und unserer Länder an grundlegende Fragen unseres zeitgenössischen internationalen Lebens, der Normen und Prinzipien, die die zwischenstaatlichen Beziehungen regeln müssen, herangehen."²⁾

Nur in der Nahostkrise war die Haltung beider Regierungen nicht identisch - und trotzdem gibt es kein Indiz dafür, daß die unterschiedlichen Interessen im Nahen Osten zu irgendeinem Mißklang geführt hätten. Schon 1968 unterstützten Tito und Ceausescu wieder einträchtig die Reformbestrebungen in der Tschechoslowakei. Am 24.8.1968, wenige Tage nach der Intervention in der CSSR, konferierten beide Staatämänner im jugoslawischen Grenzort Vrsac und im Februar 1969 erneut, diesmal im rumänischen Timisoara. Im Kommuniqué sind als Themen genannt: Bilaterale und internationale Probleme, ständige Verstärkung der Zusammenarbeit; beide bekräftigten die Prinzipien der Unabhängigkeit, Gleichberechtigung und Souveränität.³⁾ In den rumänisch-jugoslawischen Beziehungen gab es regelmäßige Konsultationen, die in Krisenzeiten häufiger wurden und - wie am 24.8.1968 - darauf hindeuten, daß auch gemeinsame Reaktionen wenigstens erwogen worden sind.

1) Neuer Weg 1.12.1963

2) ebenda 29.5.1968

3) ebenda 4.2.1969

Und doch wäre es verkehrt, von einer Achse Belgrad-Bukarest zu sprechen. Beide Regierungen vermieden jeden Anschein, der solche Spekulationen hätte ermutigen können. Jede Festigung der beiderseitigen Beziehungen durch völkerrechtliche Verträge hätte Rumäniens Stellung unter den anderen sozialistischen Staaten vielleicht erschwert, ganz sicher aber hätte eine derart übermächtige Verbindung alle Bemühungen um multilaterale Zusammenarbeit auf dem Balkan blockiert, an der Jugoslawien ebenso viel lag wie Rumänien. Wohl deshalb erneuerten beide Länder nicht einmal den Freundschaftsvertrag vom 19.12.1947, den Rumänien - vertragswidrig - am 2.10.1949 aufgekündigt hatte. Im September 1969 versicherten Tito und Ceausescu bei einem Treffen am Eisernen Tor, daß sich die freundschaftliche Bindung zwischen Rumänien und Jugoslawien gegen niemanden richte, am wenigsten "gegen die übrigen sozialistischen Staaten, sondern im Gegenteil der Stärkung des sozialistischen Lagers auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus diene."¹⁾ Die Zusammenarbeit zwischen Rumänien und Jugoslawien mit Hinweis auf den gemeinsamen Staudambau - wird von Rumänien als beispielhaft für Zusammenarbeit auf dem Balkan hingestellt.²⁾

Jugoslawien und Rumänien praktizierten eine Kooperation, die nicht durch Verträge garantiert war, sondern immer wieder aktualisiert werden mußte, deren Fundament aber eine tiefreichende Interessengemeinschaft war. Jugoslawiens Sicherheitsinteresse an Rumänien ist evident: Angesichts der langen und schwer zu verteidigenden Grenze ist für Jugoslawien schon ein neutrales Rumänien wertvoll, wieviel mehr ein verbündetes! Neben dem Interesse an ökonomischer Zusammenarbeit, deren Möglichkeiten wegen des geringen industriellen Niveaus beider Länder vorerst noch beschränkt sind, mußten besonders die außenpolitischen Vorteile der Zusammenarbeit mit Rumänien jeden jugoslawischen Politiker verlocken. Jugoslawien war - mit kurzer Unterbrechung 1955/56 - über ein Jahrzehnt von seiner natürlichen Umgebung isoliert gewesen. Durch Rumänien hatte Jugoslawien eine zuverlässige Brücke zum Balkan und zu anderen sozialistischen Ländern; zugleich hatte es einen Bundesgenossen zur Abwehr der nach wie vor befürchteten sowjetischen Hegemonie-

1) Süddeutsche Zeitung 22.9.1969

2) So in einem Rückblick der rumänischen Nachrichtenagentur Agerpres auf rumänische Initiativen zur Schaffung einer kernwaffenfreien Zone und einer Region des Friedens auf dem Balkan, Süddeutsche Zeitung 16.9.1971

bestrebungen.

Die Zusammenarbeit mit Rumänien wurde dadurch erleichtert, daß die jugoslawische Führung - durch schmerzliche Erfahrungen gewitzt- aufgewacht war aus dem alten Traum, eine Führungsrolle auf dem Balkan spielen zu können. Auch missionarische Ambitionen, die Jugoslawien unmittelbar nach dem XX. Parteitag der KPdSU noch gehegt haben mochte, spielten in den neuen jugoslawisch-rumänischen Beziehungen keine Rolle mehr. Zweifellos waren es recht verschiedene politische Ordnungen, die miteinander kooperierten: Jugoslawiens Selbstverwaltungskommunismus, der Macht dezentralisierte, und Rumäniens autoritäre Parteiherrschaft, in der die Macht nach wie vor zentralisiert ist. Die rumänische Regierung zeigte Interesse an jugoslawischen Erfahrungen, machte aber keine Anstalten, Elemente des jugoslawischen Sozialismus-Modells in Rumänien einzuführen.

Jugoslawien war - wenn auch unausgesprochen - in anderer Hinsicht Vorbild für Rumänien. Denn es hatte in bitteren Auseinandersetzungen 1949 und Anfang der fünfziger Jahre eine unabhängige Stellung im Weltkommunismus errungen, wie sie Rumänien auch für sich erstrebte. Die außenpolitischen Maximen beider Länder, auch und gerade in der kommunistischen Weltbewegung, waren identisch. Damit war Jugoslawien - besonders seitdem es wieder in Ehren zu den sozialistischen Ländern gerechnet wurde - für Rumänien der geeignete Verbündete im Ringen um Selbständigkeit und half, das eigene politische Gewicht im sozialistischen Lager und in der Weltpolitik zu vergrößern.

X. Rumäniens eigener Weg zum Sozialismus - einige zusammenfassende und vergleichende Bemerkungen

Mit Rumänien hatte in den sechziger Jahren erstmals ein sozialistischer Staat, der zum sowjetischen Einflußgebiet gehört, eigenständige Außenpolitik zu machen gewagt, eine Politik, die sich in wichtigen Belangen von der sowjetischen Politik unterschied, sowjetische Interessen mißachtete und der rumänischen Führung weltweite Aufmerksamkeit verschaffte. Gegenüber anderen sozialistischen Staaten und kommunistischen Parteien hatte die rumäni-

sche Führung ihren Anspruch auf selbständige Entscheidungen verteidigt - und auf diesem Gebiet war ihr Spielraum am deutlichsten sichtbar geworden; schließlich hatten die anderen sozialistischen Staaten Rumäniens Rolle - nolens volens - anerkannt, hatten die rumänischen Vertreter von gemeinsamen Treffen ausgeschlossen, um die gewünschten einheitlichen Beschlüsse herbeiführen zu können. Dennoch wäre es kurzfristig, wollte man die Erscheinungsform eines besonderen rumänischen Weges zum Sozialismus reduzieren auf außergewöhnliches taktisches Geschick, auf kluge Ausnutzung situationsbedingter Vorteile oder gar auf zufällige Aneinanderreihung spektakulärer Aktionen zum höheren Ruhme eitler Funktionäre der Macht. Wäre es nur das, die rumänischen Politiker hätten die 1963/1964 errungene Stellung nie während so vieler Jahre trotz mannigfaltiger Krisen und Gefährdungen halten können - so wenig wie es Gomulka gelungen war, den Gewinn aus dem Oktober 1956 über die Zeit zu retten.

Am Anfang des rumänischen Weges zu größerer Selbständigkeit stand eine umfassende Konzeption von der Ordnung des Systems sozialistischer Staaten und kommunistischer Parteien, theoretische Vorstellungen über eine neue Einheit des sozialistischen Lagers, die in allen Aktionen und Argumentationen der RKP wiederzuerkennen sind und die ihr in allen Positionskämpfen, im Vorpreschen mit aufsehenerregenden Forderungen sowohl, wie im taktisch bedingten Rückzug, als sicherer Leitfaden für politisches Handeln dienten. Natürlich war diese Konzeption keine originelle Schöpfung nur der rumänischen Kommunisten; sie hatten vieles aufgegriffen, was seit dem XX. Parteitag der KPdSU zu den Forderungen des osteuropäischen Revisionismus gehörte; Parallelen zu den Vorstellungen der KP Italiens, wie sie etwa von Palmiro Togliatti vertreten worden waren, sind unverkennbar. Besondere Verdienste erwarben sich die Rumänen dadurch, daß sie vage Begriffe konkretisiert und politisch praktikabel gemacht hatten. Dazu trug nicht zuletzt ihre geschickte Argumentationsweise bei, die bewies, daß sie aus den Erfahrungen der Revisionisten gelernt hatten, indem sie auf die attraktive Rolle des Anwalts eines neuen gegen den alten stalinistischen Sozialismus verzichteten. Ihre größte Leistung freilich bestand darin, daß sie ihre Konzeption i n n e r h a l b des Systems mit Erfolg verfochten.

Rumänische Außenpolitik läßt sich nicht ausreichend analysieren , ohne daß andere gesellschaftlich-politische Bereiche in die Untersuchung einbezogen wären. Allein die Motive, die rumänische Politiker bewogen haben mögen, eine solche Außenpolitik zu machen und Risiken auch für ihr persönliches Wohlergehen zu wagen, reichen über Außenpolitik, über die Absicht, das Verhältnis zur internationalen Umwelt zu ordnen, hinaus: Es war mehr als eitle Selbstbestätigung oder Vergnügen an größerer Machtfülle - sonst hätte Gheorghiu-Dej das Experiment schon früher, vielleicht schon 1956 gewagt -, es war auch mehr als Sorge um die Erhaltung der gesellschaftlich-politischen Ordnung oder Selbsterhaltungstrieb einer politischen Führungsgruppe - sonst hätte Gheorghiu-Dej die bis 1961 betriebene Politik ruhig weiterbetreiben können -, es war zweifellos auch Verantwortungsgefühl für das ihnen anvertraute Schicksal des Landes und seiner Bewohner, das 1962/63 auf dem Spiele zu stehen schien. Man wird rumänischen Politikern nicht bestreiten können, daß sie nicht zynisch auf den Nationalismus ihrer Mitbürger als bloßes Mittel der Politik spekulierten, sondern daß sie selbst in ihrem politischen Handeln von patriotischen Empfindungen bestimmt waren - wenn auch nicht soweit, daß sie blind gewesen wären für politische Realitäten.

Nachdem die Grundsatzentscheidung getroffen war, daß für die künftige ökonomische und soziale Entwicklung eigene, nationale Interessen maßgeblich sein sollten, ergaben sich für die rumänische Innen- und Außenpolitik neue Aufgaben. Die Außenpolitik hatte diese Entscheidung und ihre möglichst weitgehende Realisierung gegenüber den mächtigen Nachbarstaaten und -parteien abzusichern. Innenpolitisch stand die Parteiführung vor dem Problem, daß sie auf sowjetische Rückendeckung zur Erhaltung ihrer Macht nicht mehr rechnen konnte, sich also künftig ganz aus eigener Kraft erhalten mußte. Sie verringerte den Druck , mit dem die Machtmittel des Staates bisher auf der Bevölkerung lasteten. Die Regierung versuchte, Rechtssicherheit zu gewährleisten und administrativer Willkür Grenzen zu setzen. Vereinzelte Maßnahmen zur Demokratisierung des Parteilebens und der Wirtschaft sollten Initiativen wecken, den ökonomischen und sozialen Fortschritt beschleunigen. Die Parteiführung suchte die Kluft zwischen Partei und Bevölkerung zu überwinden; die RKP entwickelte sich zur Massen-

und zur Volkspartei. Die Parteitheorie wurde einschneidend verändert; die Einbeziehung der Nation als eigenständiger und dauernder historischer Formation erlaubte, nationale Empfindungen, patriotische Appelle als Mittel der Politik einzusetzen.

Zugleich war die neue Parteitheorie ein wichtiger Teil der außenpolitischen Konzeption, in der sie eine veränderte Interpretation des für das sozialistische Staatensystem konstitutiven Begriffes des Internationalismus begründete. Innen- und Außenpolitik bedingen sich wechselseitig, innenpolitische Maßnahmen dienen auch der Selbstdarstellung von Partei und Staat gegenüber anderen Parteien und Staaten; andererseits beeinflussen außenpolitische Rücksichten die innenpolitische Aktivität der Regierung. Die rumänische Führung ist sich der Interdependenz der verschiedenen politischen Faktoren wohl bewußt; nichts zeigt das deutlicher als die neue rumänische Verfassung von 1965, in der nicht nur die Struktur und Funktion staatlicher Organe festgelegt, die gesellschaftliche Ordnung beschrieben und Rechte und Pflichten der Bürger aufgeführt sind, sondern auch die grundlegenden Prinzipien der rumänischen Außenpolitik.

Veränderungen gingen in einigen Bereichen sehr weit - beispielsweise in der Parteitheorie und in der Außenpolitik -, in anderen blieben sie weit hinter Reformexperimenten anderer osteuropäischer Länder zurück. Dennoch wäre es unrichtig, die rumänische Politik allein nach den am weitesten gehenden Veränderungen zu beurteilen. Erst in der Summe aller Maßnahmen erschließt sich die Eigenart des rumänischen Sozialismus-Modells: Es besteht eben sowohl in der nach Dezentralisierung des kommunistischen Weltsystems, nach Gleichberechtigung aller kommunistischen Parteien und Unabhängigkeit aller sozialistischen Staaten strebenden Außenpolitik als auch in der nationalen Parteitheorie, sowohl in der trotz mancher Neuerungen - Generalversammlungen in den Betrieben, Leitungskollektive - vergleichsweise zentralistischen, konservativen Wirtschaftspolitik als auch in der etatistischen Staatsauffassung, in der die autoritäre, paternalistische Herrschaft der Parteiführung nicht eingeschränkt war.

Die rumänischen Funktionäre hatten peinlich vermieden, die alten Fundamente einzureißen. Sie hatten umgebaut, hatten traditionellen Kategorien neuen Inhalt verliehen, sie aber nicht abgeschafft.

Und das sicher nicht nur aus Sorge vor der Reaktion der sowjetischen Kommunisten im Kreml. Die entstandene Gesellschaftsordnung entsprach zweifellos auch eigenen Bedürfnissen; bisher gibt es kein wesentliches Anzeichen dafür, daß die rumänischen Führer von dem Zweifel geplagt wurden, ob nicht die durch diese Kategorien vorgezeichnete politische Ordnung schließlich die gewünschte Entwicklung der Produktivkräfte hemmen könnte.

Die rumänische gesellschaftlich-politische Ordnung erfüllt, ungeachtet aller Modifikationen im Detail, alle Kriterien, die von der KPdSU und anderen kommunistischen Parteien - unter ihnen auch die damalige Rumänische Arbeiterpartei - auf der Weltkonferenz 1957 aufgestellt worden waren und seither oft wiederholt wurden, unter anderem im Warschauer Brief an das ZK der KPC im Juli 1968. Diese Kriterien sollten der einzelnen kommunistischen Partei als Richtschnur für den Aufbau des Sozialismus im eigenen Lande dienen - eigene Initiativen sollten nur noch bei der Anwendung dieser allgemeingültigen Prinzipien erlaubt sein -, und sie dienten der KPdSU als Norm für die gesellschaftliche Entwicklung anderer von kommunistischen Parteien regierter Länder, die dadurch - trotz aller gegenteiligen Versicherungen - auf die Nachahmung des sowjetischen Sozialismus-Modells verpflichtet wurden. Die wichtigsten Kriterien: Die führende Rolle der Partei, außerhalb des Einflusses der kommunistischen Partei stehende politische oder gesellschaftliche Organisationen durften keine Wirkungsmöglichkeit erhalten; der demokratische Zentralismus als Organisationsprinzip für Partei und Staat, dazu gehört auch das Verbot der Fraktionsbildung oder innerparteilicher Gruppen; die planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft, später lautete die Bezeichnung für dieses Kriterium "sozialistische Wirtschaftsführung"; als letztes der Kriterien, die die innere gesellschaftliche Ordnung eines sozialistischen Landes betreffen, sei noch die von der kommunistischen Parteiführung gelenkte Presse erwähnt. Dieses Kriterium zählt zwar nicht zum alten Dekalog von 1957, spielt aber in der Diskussion über die rechte Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft eine gewichtige Rolle. In der sowjetischen Kritik an der Entwicklung Polens im Sommer 1956¹⁾ und der Tschechoslowakei 1968²⁾ wog der Vorwurf, die Presse greife die kommu-

1) Rede Bulganins in Polen, Prawda 22.7.1956. In: Ostprobleme 1956/2 S. 1167

2) Warschauer Brief an d. ZKd. KPC. In: Sowjetunion heute Nr. 17

nistische Partei an und unterminierte die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Polen, beziehungsweise der CSSR und der Sowjetunion, besonders schwer. Das wichtigste Kriterium für die Außenpolitik eines sozialistischen Landes ist die Beachtung des proletarischen Internationalismus, der für Zusammenhalt und Einheit des kommunistischen Weltsystems unerläßlich schien.

Erstmals war die Gültigkeit dieser Kriterien für die Beurteilung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung und damit die Verbindlichkeit des sowjetischen Sozialismus-Modells 1956 in Polen in Frage gestellt worden. Die Akteure der Ereignisse, die zum polnischen Oktober führten, jene, die bewußt agierten, und jene, die sich mitreißen ließen und in einer beispiellosen Woge der Zustimmung Gomulka an die Macht trugen, hatten die Empfindung, an der Entstehung eines neuen polnischen Modells des Sozialismus mitzuwirken. Als einer von vielen formulierte Henryk Holland diese Einschätzung, die viele Intellektuelle und Arbeiter, Parteimitglieder und Nichtparteimitglieder in jenen Oktobertagen teilten: "Der Kampf (um das Geschick unseres Vaterlandes) ging darum, das verfaulte und entartete System des Stalinismus zu erhalten oder umzustürzen. Der Kampf entbrannte - gegen oder für ein eigenes Modell des Sozialismus..."¹⁾

Das Modell, das Holland wie den meisten anderen Intellektuellen vorgeschwebt hat, ist nie Wirklichkeit geworden, und sie ahnten nicht einmal, daß im Augenblick des vermeintlichen Durchbruchs der Höhepunkt schon überschritten war.

Die Veränderung der polnischen politischen Ordnung spielte sich 1955 und 1956 vor dem Hintergrund einer ernsten Wirtschaftskrise ab. Der 6-Jahrplan war auf eine forcierte Industrialisierung des Landes angelegt, Investitionen waren auf die Schwerindustrie konzentriert, Konsumgüterindustrie und Landwirtschaft wurden vernachlässigt. Staatlicher Druck für Kollektivierung verringerte die Leistungsbereitschaft der Landwirtschaft zusätzlich, so daß die Erträge weit hinter den Planansätzen zurückblieben. Die Realeinkünfte der Bevölkerung sanken, deckten vielfach nicht einmal das Existenzminimum; der Lebensstandard war für die meisten nur durch zusätzliche Arbeitsstunden und durch Mitarbeit weiterer Familienmitglieder erträglich.

¹⁾ Express Wieczorny 29.10.1956

Der Parteiführung war vielleicht nicht die Explosivität der Lage, wohl aber die allgemeine Unzufriedenheit bewußt gewesen. Der neue Kurs in der Sowjetunion legte eine Überprüfung der bisherigen Politik nahe; die Liquidierung Berijas, der in Polen nach der Flucht eines hohen Geheimdienstoffiziers die Umorganisation des Geheimdienstes und die Entlassung hoher Funktionäre folgte, minderte die Schlagkraft dieses bis dahin so wichtigen Mittels zur Durchsetzung politischer Ziele. Anfang 1955 öffnete die Parteiführung einige Ventile; in einzelnen Sektoren des sozialen Lebens durfte kritisiert, durften Reparaturen am System vorsichtig diskutiert werden.¹⁾ Intellektuelle, besonders Schriftsteller legten sich mit der bis dahin praktizierten Kulturpolitik an; es kam auch vereinzelt zu Angriffen gegen die ganze seit 1948 entstandene Gesellschaftsordnung.²⁾

Nach dem XX. Parteitag der KPdSU brachen die Dämme, und es zeichneten sich in Polen die Umrisse eines Gesellschaftsmodells ab, das grundsätzlich anders war als jenes, welches die Sowjetunion den ost- und südosteuropäischen Ländern nach 1948 verordnet hatte. Träger des neuen polnischen Modells war nicht die Parteiführung, nicht der etablierte Apparat, sondern waren Intellektuelle, die, meist Mitglieder der kommunistischen Partei³⁾, früher häufig sogar Propagandisten der bisherigen Ordnung gewesen waren. Sie eroberten die Presse und wurden zum Sprachrohr einer öffentlichen Meinung, gegen die die Zensur machtlos war.⁴⁾

Die intellektuelle Opposition konzentrierte sich im wesentlichen auf drei Schwerpunkte:

a) Der Versuch der Parteiführung, entsprechend der Moskauer Sprach-

1) H. Korotynski: Anmerkungen zur Kritik in der Presse. Nowe Drogi 1/1956 S. 51 ff

2) etwa Adam Wazyk: Gedicht für Erwachsene. In: Nowa Kultura 21.8.55

3) Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (P Z P R)

4) Viele Zeitungen, die für den Reformkurs eintraten, die ehemalige Studentenzeitschrift Po Prostu, die Zeitschrift des Schriftstellerverbandes Nowa Kultura und Przegląd Kulturalny, aber auch Życie Warszawy, das Parteiorgan Trybuna Ludu, in deren Spalten die Reformdiskussion ebenfalls Einzug hielt, erlebten 1956 beispiellose Auflagensteigerungen, die bewiesen, daß sich die intellektuellen Reformen eine Massenbasis verschafft hatten, an der die antiintellektuelle und antisemitische Propaganda konservativer Parteifunktionäre wirkungslos abprallte.

regelung Stalin und die Geheimpolizei für die Entwicklung der letzten Jahrzehnte haftbar zu machen, fand kein Echo. Die intellektuellen Kritiker sahen als Ursache für den Stalinismus eine Deformation der ursprünglichen kommunistischen Bewegung an, Ersetzung demokratischer durch diktatorisch-bürokratische Verwaltungsmethoden in Partei und Gesellschaft. Sie forderten Demokratisierung des öffentlichen Lebens, Rückbesinnung auf humanistische Traditionen des Marxismus, Pressefreiheit, Belebung parlamentarischer Institutionen; der Sejm sollte Kontrollfunktionen gegenüber der Regierung ausüben; sie erwarteten Reformation, gar Revolutionierung des bisherigen Systems.

b) Den Ökonomen ging es um die Entwicklung einer neuen dezentralisierten Wirtschaftsordnung.¹⁾ Danach wäre zentrale Planung beschränkt auf allgemeine volkswirtschaftliche Daten und auf Abstimmung der Proportionen zwischen einzelnen Wirtschaftsbereichen, während die Detailplanung und alle wesentlichen operativen Entscheidungsbefugnisse bei den Unternehmen lägen. Rentabilität sollte das entscheidende Kriterium zur Beurteilung des Wirtschaftens werden, das Preissystem den Bedarf widerspiegeln; Nach Oskar Langes Rezept hätten sich Preise vorerst nur in der konkurrierenden Kleinindustrie frei auf dem Markt bilden können. Einen wichtigen Stellenwert haben in allen Erörterungen der anzustrebenden Wirtschaftsverfassung Arbeiterräte, die an den Unternehmensentscheidungen beteiligt werden sollten - Ausdruck der Verfügungsgewalt der Produzenten über die Produktionsmittel. Hier stand das jugoslawische Vorbild der Arbeiterselbstverwaltung unverkennbar Pate.²⁾ Die Diskussion über die Arbeiterselbstverwaltung fand in dem theoretischen Parteiorgan "Nowe Drogi" ebenso statt, wie in der Gewerkschaftszeitung Głos Pracy und in den literarischen Blättern.

c) Für Polen und die Vereinigte Arbeiterpartei forderten die Reformer Gleichberechtigung und Souveränität. Einmischung der

1) Hier sei nur auf zwei verwiesen: O. Lange: Der Bau eines neuen Wirtschaftsmodells muß sich auf die Dynamik der Arbeiterklasse und der sozialistischen Intelligenz stützen. Nowe Drogi 11-12/1956 S. 25ff, und E. Lipinski: "Modell" sozialistischer Wirtschaft, ebenda S. 31ff. Lipinski veröffentlichte in Nowa Kultura vom 9.9.1956 einen Artikel zu dem gleichen Problem unter dem beziehungsreichen Titel "Revisionen".

2) Außer den vorher genannten Autoren sei erwähnt: A. Hajnicz: Problem: Jugoslawien. Nowa Kultura 1.7.1956

KPdSU in innere Angelegenheiten - wie nach dem XX. Parteitag bei der Ernennung Ochabs zum Ersten Sekretär, im Juli 1956, als Bulganin in Polen den Posener Aufstand zum Werk von Provokateuren erklärte und die polnische Presse kritisierte, und besonders massiv während des 8. ZK-Plenums im Oktober 1956, als Chrusch - tchow nach Warschau reiste, um die polnische Parteiführung zur Ordnung zu rufen - sollten hinfert unterbleiben.

Dieser Opposition der Intellektuellen gegen das System, der Parteimitgliedschaft gegen das etablierte Funktionärstum, der Arbeiterschaft gegen den Apparat, stand die Parteiführung hilflos gegenüber; sie befand sich seit dem XX. Parteitag in der Defensive. Zwar traf sie einige Maßnahmen: Opfer der stalinistischen Phase wurden rehabilitiert, belastete Funktionäre entlassen und nach den Posener Unruhen gestand die Parteiführung Lohnerhöhungen zu und versprach weitere Demokratisierung, doch hinkten die Maßnahmen hinter der öffentlichen Diskussion und den Ereignissen her; andererseits machte die Parteiführung auch keinen ernsthaften Versuch, die Entwicklung zu stoppen. Eine wesentliche Ursache für die Inaktivität der Führung lag darin, daß sie seit geraumer Zeit - schon während des Jahres 1955 - in einen kleinen "radikal"-reformistischen Flügel und eine weitaus größere Gruppe konservativer oder reaktionärer Funktionäre gespalten war; dazwischen stand eine breite Mitte, die für einige gemäßigte Reformen war.¹⁾ Diese Parteiführung war in den entscheidenden Monaten 1956 nicht in der Lage, der öffentlichen Diskussion eine Richtung zu weisen; Ochab gestand auf dem 8. Plenum des ZK ein, daß der Partei der Demokratisierungsprozeß völlig aus den Händen geglitten sei.²⁾

Neben und unabhängig von den Massenorganisationen, die der Partei bisher zur Disziplinierung der Gesellschaft gedient hatten, entstanden spontan neue Organisationsformen: In den Betrieben aglierten Arbeiterräte und die Gewerkschaftsorganisationen hatten

1) Die sogenannte Natolin Gruppe, in der sich die konservativen Funktionäre zusammengefunden hatten, stellte im Oktober von den 75 Mitgliedern des ZK 23; so viele ZK-Mitglieder stimmten für den Verbleib von Marschall Rokossowski in der Parteiführung, worauf sich die Auseinandersetzung im ZK um Reform oder nicht schließlich zuspitzte; vgl. die Diskussionen des 8. Plenums in Nowe Drogi 10/1956, das Abstimmungsergebnis am 21.10. S. 157

2) ebenda S. 117

keine Basis mehr; der polnische Jugendverband (ZMP) brach zusammen, statt dessen existierte plötzlich eine Fülle neuer Jugendorganisationen, in denen sich die bis dahin angeblich unpolitische Jugend für die neue politische Bewegung engagierte; im ganzen Land rechneten Parteiorganisationen mit ihren Funktionären ab; allerorten kamen polnische Bürger in politischen Klubs zusammen; die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften lösten sich in Windeseile auf. Die Polen waren kritisch geworden, aber nicht antikommunistisch: Das bewiesen die Wahlen 1957, in denen trotz Auswahlmöglichkeit unter mehreren Kandidaten Kommunisten gewählt wurden. Gomulka und die neue Parteiführung erhielten nach einem intensiven Wahlkampf praktisch ein Mandat von der Mehrheit der Wähler. Gomulka hatte die neue soziale Situation bei Antritt der Macht vorgefunden; kurzfristig die Entwicklung zurückzudrehen war unmöglich.¹⁾ So übernahm er wesentliche Vorstellungen der Reformer - auch wenn sie seinen eigenen kaum entsprachen -, und die eingetretenen Veränderungen erklärte die Partei zu ihrem Programm.

Das polnische Sozialismus-Modell war möglich geworden, weil sich konstruktive intellektuelle Opposition - eine in ganz Osteuropa wenigstens latent immer vorhandene Erscheinung - und eine Massenbewegung verbanden, die in Polen mit der Verschlechterung der ökonomischen Lage entstanden war. Der Inhalt des polnischen Modells: Dezentralisierung politischer und ökonomischer Macht, unmittelbare Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen an Entscheidungsprozessen, Kontrolle der Macht durch die aufgeklärte und frei informierte Öffentlichkeit. Von den Kriterien des sowjetischen Sozialismus-Modells war 1956 in Polen praktisch keines mehr gültig und auch 1957 war die führende Rolle der Partei nicht so weit restauriert, daß diese über die 1956 entstandenen Institutionen hinweggehen konnte.

Eine Parteiführung wie die, die im Oktober 1956 in Polen zur Macht gekommen war, stand vor dem wohl unlösbaren Problem, die Erwartungen ihres Volkes zu erfüllen, ohne in Konflikt mit der übermächtigen Sowjetunion zu geraten, oder umgekehrt, die Gren-

1) "Kein Versuch der Restaurierung des alten Kurses vermag heute die Initiativen der Parteiorganisationen, der Gesellschaft, des Sejms, der Komitees der Nationalen Front, der Arbeiterbelegschaften, der Intelligenz und der Presse zu ersticken." P. Jaroszewicz Nowe Drogi a.a.O. S. 52

zen der sowjetischen Toleranz einzuhalten, ohne ihr Volk zu enttäuschen. Gomulka setzte zusehends auf die sowjetischen Genossen; die Errungenschaften des polnischen Oktobers wurden Jahr für Jahr zurückgedrängt und der eigene polnische Weg zum Sozialismus reduzierte sich schließlich auf eine besondere Form der Agrarpolitik. Damit schwand aber auch der außenpolitische Spielraum gegenüber der Sowjetunion, denn der war wesentlich von dem Grad der Unterstützung Gomulkas durch sein Volk abhängig gewesen. Gerade die unruhige Aufmerksamkeit der Polen, seine Unentbehrlichkeit für die Befriedung des Landes, dürften Gomulkas beste Trümpfe in seinen Verhandlungen mit Chruschtschow gewesen sein. Für den Konsens mit dem Volk aber reichte die unabhängige Außenpolitik, reichte ein Appell an polnischen nationalen Stolz nicht aus.

In der Tschechoslowakei wählte Alexander Dubcek 1968 den anderen Weg und er gewann zwar sein Volk, unterlag aber im Konflikt mit den Sowjets. In der CSSR war die Reformbewegung ähnlich in Gang gekommen wie in Polen 1956: Auch hier fanden kommunistische Intellektuelle, die für eine Reform der gesellschaftlich-politischen Ordnung eintraten, eine Massenbasis und sie waren auch 1968 Wortführer und kritische Beobachter des die politische Ordnung verändernden Reformprozesses. Auch in der CSSR war das ZK der Partei in einen reformerischen Flügel und einen konservativen gespalten; die breite Mitte hatte 1967 Novotny's Mehrheit gestellt, 1968 die Reformen unterstützt und sie nach der Intervention wieder mit rückgängig gemacht. Allerdings war die auf Veränderung des politischen und sozialen Systems drängende Fraktion 1967/68 größer als in Polen 1956; die Anlaufphase war in der CSSR länger, so daß das theoretische Modell schon vorlag, während es in Polen erst parallel zu den Ereignissen entwickelt wurde. Im Unterschied zu Polen engagierte sich in der CSSR auch die Parteiführung für das neue Sozialismus-Modell, das die Erfahrungen der Zwischenzeit berücksichtigt und manches Detail weiterentwickelt hatte, aber in allen wesentlichen Zügen mit dem polnischen Modell von 1956 übereinstimmte.¹⁾ Mit dem Aktionsprogramm der KPC war im April eine legitime Basis für die weitere Entwicklung entstanden und auf dem geplanten Parteitag sollte im August,

1) vgl. R.Selucky: Reformmodell CSSR (Hamburg 1969) (rororo 1207)

September 1968 die neue Politik auch personell abgesichert werden.

Für beide Modelle, die an der politischen Realität in Osteuropa scheiterten, war typisch, daß die wesentlichen Impulse von unten kamen - nicht von außerhalb der kommunistischen Partei stehenden gesellschaftlichen Gruppen, aber eben auch nicht aus der etablierten Parteiführung. Für beide Modelle war typisch, daß sie die Kriterien des überkommenen Sozialismus-Modells und damit dieses selbst in Frage stellten.

Die Entwicklung eines rumänischen Weges zum Sozialismus wurde nicht von unten erzwungen, sondern von oben, von der Parteiführung gelenkt; alle 1957 formulierten Kriterien sind in der Sozialistischen Republik Rumänien erfüllt. Sicher lag darin die Hauptsache für den Erfolg der rumänischen Politik: Im Vergleich zu beiden anderen Reformmodellen, die sich durch Kühnheit des Gedankens auszeichneten und dem Sozialismus neue Anziehungskraft verliehen, schnitten die Rumänen schlecht ab, aber es half ihnen, politisch zu überleben. So war die Parteiführung gesichert gegen den Vorwurf der Häresie und verfügte zugleich über alle Mittel, die Entwicklung zu kontrollieren und das Risiko kalkulierbar zu halten. Aber auch für diesen eigenen Weg zum Sozialismus ist die Führung der RKP auf den Konsens mit ihrem Volk angewiesen; gleichzeitig die sowjetischen Hegemoniebestrebungen abzuwehren und gegen ihr Volk anzuregieren, hätte die Kräfte jeder Regierung überstiegen. Bis heute verhindert die politische Ordnung in Rumänien diesen Konsens nicht, bis heute genügt der patriotische Appell trotz begrenzter Mitwirkungsrechte, um die notwendige Kooperationsbereitschaft der Massen zu erhalten. Darin liegt die Stärke, darin liegt aber auch eine Schwäche der gesellschaftlich-politischen Ordnung in Rumänien; denn es ist anzunehmen, daß die von der Führung angestrebte weitere soziale Entwicklung des Landes auch weitere Modifikationen des politischen Systems notwendig machen wird. Die Ausstrahlungskraft des rumänischen Sozialismus-Modells bleibt auf Entwicklungsländer beschränkt. Die Entwicklung in Polen und in der Tschechoslowakei zeigt deutlich, daß die in Rumänien praktizierte politische Ordnung nicht mehr ausreichen würde, in den industriell entwickelten sozialistischen Län-

dern die Bedürfnisse der Gesellschaft auch nur annähernd zu befriedigen.

Dennoch ist festzuhalten, daß ein politisches System, in dem alle Essentials des sowjetischen Sozialismus-Modells - die meisten exakt, andere immerhin formal - erfüllt sind, wie kein anderes zur Desintegration auch der engeren, um die Sowjetunion gescharten Staatengemeinschaft beigetragen hat. Integration sozialistischer Staaten erwies sich bisher als unmöglich. Die geringen Fortschritte, die auf dem mühseligen Wege zur sozialistischen Integration zu verzeichnen sind, bleiben weit hinter der gleichzeitigen Entwicklung Westeuropas zurück - und das obwohl alle Staaten einer Ideologie verpflichtet sind, zu deren grundlegenden Zielen die Überwindung nationaler Schranken gehört und die wie keine andere die Integration von Staaten begünstigt. Wenn dieses Ziel vorerst unerreichbar scheint, so liegt das nicht am utopischen Charakter der Ideologie, denn sonst hätten die osteuropäischen Länder wenigstens den Stand der westeuropäischen erreichen können, sondern daran, daß die KPdSU den Internationalismus seit Mitte der zwanziger Jahre selbst ruiniert hatte: Rücksichtslos waren die Interessen anderer kommunistischer Parteien denen der KPdSU geopfert worden. Nach dem Krieg hatte die Sowjetunion sich ungeniert im Namen des Internationalismus ein riesiges Imperium in Ost- und Südosteuropa gezimmert, hatte andere Völker zu sowjetischem Vorteil ausgebeutet, ihre nationale Würde mißachtet und kommunistische Parteien zu bloßen Filialen degradiert. Nach Stalins Tod begann sich die Pervertierung des Internationalismus gegen die Sowjetunion zu kehren; das gleiche Prinzip mit dessen Hilfe Stalin sein Imperium zu legitimieren versuchte, trug zu seiner Erosion bei. Am konsequentesten und erfolgreichsten geschah dies in Rumänien; für die rumänische Außenpolitik wurde die Internationalismusinterpretation, die exakt der sowjetischen Praxis entsprach, zur besten Waffe bei der Verteidigung der Selbständigkeit und bei der Abwehr der neuartigen sowjetischen Integrationsbemühungen nach Stalins Tod. Die verschiedenen Sozialismus-Modelle, die in Ost- und Südosteuropa entstanden waren, entwickelten sich alle gegen die Sowjetunion und wirkten desintegrierend - eine historisch folgerichtige Reaktion auf die Ereignisse der vierziger und fünfziger Jahre.

Literaturverzeichnis

A. Quellen

1. Dokumentensammlungen und Einzeldokumente

Brunner, Georg: Das Parteistatut der KPdSU 1903-1961
Köln (1965)

Ceausescu, Nicolae: Bericht an die Landeskonferenz der Rumänischen Kommunistischen Partei. Bukarest 1967

ders. : Bericht an den 10. Parteitag der Rumänischen Kommunistischen Partei. Bukarest 1969

Constitutions of Nations, hrsg. von A.J. Peaslee. Bd. 3
(Concord, N.H. 1950)

Constitutions of Nations, hrsg. von A.J. Peaslee Bd. 3
The Hague 1956

Das Statut der Rumänischen Arbeiterpartei 1960.
Bukarest 1961

Dokumente zu den Ereignissen in der CSSR. Beilage der Zeitschrift "Sowjetunion heute" Nr. 17 vom 1.9.1968

Draft Directives of the Central Committee of the Rumanian Communist Party on the Perfecting of Management and Planning of the National Economy in Keeping with the Conditions of the New Stage of Rumania's Socialist Development. Text der rumänischen Nachrichtenagentur Agerpres, undatiert.

Gheorghiu-Dej, Gh.: Artikel und Reden. Auswahl aus den Jahren 1945 bis 1952. Berlin (Ost) 1952

Hacker, Jens/ Uschakow, Alexander: Die Integration Osteuropas 1961 bis 1965. Dokumente zum Ostrecht Bd. IV. Köln (1966)

Hänisch, Werner/ Herder, Gerhard: Der Proletarische Internationalismus, das Grundprinzip in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten. In: Staat und Recht, Berlin (Ost) Heft 7/1959 S. 789 ff

Lange, Oskar: Über einige Probleme des polnischen Weges zum Sozialismus. Warschau 1957

Lenin, W.I.: Ausgewählte Werke. 3 Bde. Berlin (Ost) 1966

Maurer, Ion Gheorghe: Bericht zu den Direktiven des X. Parteitages der Rumänischen Kommunistischen Partei zum Fünfjahrplan 1971-1975. Bukarest 1969

Meissner, Boris (Hrsg.): Der Warschauer Pakt. Dokumente zum Ostrecht Bd.I. Köln (1962)

ders.: Das Parteiprogramm der KPdSU 1903 bis 1961.

Köln (1962)

ders.: Sowjetunion und Selbstbestimmungsrecht. Dokumente zum Ostrecht Bd.III. Köln (1962)

ders.: Das Ostpaktsystem. Dokumentensammlung. Frankfurt Berlin 1955

Statement on the Stand of the Rumanian Workers Party Concerning the Problems of the World Communist and Workers Movement, Endorsed by the Enlarged Plenum of the Central Committee of the Rumanian Workers Party Held in April 1964. Eng.Text der rumänischen Nachrichtenagentur Agerpres vom 27.4.1964

The Rules of the Rumanian Communist Party. Bukarest 1965

Uschakow, Alexander: Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Dokumente zum Ostrecht Bd. II. Köln (1962)

Verfassung der Sozialistischen Republik Rumänien. (Bukarest 1965)

Völkerrecht. Lehrbuch. Gesamtreaktion D.B.Lewin und G.P. Kaljushnaja. Moskau 1964, dtische Übertragung Berlin (Ost) 1967

2. Periodika

Rumänische Zeitschriften

Contemporarul

Gazeta Literara

Luceafarul

Lumea

Lupta de Clasa

Munca

Neuer Weg, Bukarest. Deutschsprachige Tageszeitung für die deutsche Minderheit

Probleme Economice

Romania Literara

Scinteia

Scinteia Tineretului

Viata Economica

Artikel aus rumänisch-sprachigen Zeitschriften lagen dem Verfasser in englischer Übersetzung vor.

Polnische Zeitschriften

Express Wieczorny

Nowe Drogi Jg.1955 und 1956

Trybuna Ludu

Zycie Warszawy

Zeitschriften aus dem deutschsprachigen Raum

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Informationsbulletin. Materialien und Dokumente kommunistischer und Arbeiterparteien. Hrsg. E. Zucker-Schilling, Wien

Neues Deutschland, Ost-Berlin

Neue Zürcher Zeitung

Ostprobleme Hrsg. Verlag Wissenschaft und Politik Jgg.1956,
1958, 1961, 1964ff

Süddeutsche Zeitung

B. Sekundärliteratur

1. Darstellungen (auch einzelne Zeitschriftenaufsätze)

Barbu, Alexandru: Vom rumänischen Theater. In: Osteuropäische Rundschau 12/1965 S. 18ff

Barbulescu, Mircea: Die literarische Bewältigung des Stalinismus in Rumänien. In: Osteuropa 7/1970 S. 437-453

Bevölkerungsentwicklungen in Südosteuropa. Jugoslawien, Ungarn, Rumänien. hrsg. vom Südost-Institut München. München 1964

Boettcher, Erik (Hrsg.): Wirtschaftsplanung im Ostblock. Beginn einer Liberalisierung? Stuttgart (1966)

Bracht, Hans Werner: Ideologische Grundlagen der sowjetischen Völkerrechtslehre. Abhandlungen des Bundesinstituts zur Erforschung des Marxismus-Leninismus Bd. V. Köln (1964)

Bronska-Pampuch, Wanda: Polen zwischen Hoffnung und Verzweiflung. (Köln 1958)

Brown, J.F.: Das neue Osteuropa. Köln (1967)

ders.: Moskaus Sorgen mit Rumänien. In: Hinter dem Eisernen Vorhang 10 /1963 S. 3-12

ders.: Rumänien unter Nicolae Ceausescu. In: Osteuropäische Rundschau 7/1967 S. 5-13

Brzezinski, Zbigniew:K.: Der Sowjetblock. Einheit und Konflikt. Köln-Berlin (1962)

ders.: Staatliche Beziehungen und Ideologie. In: Osteuropäische Rundschau 4/1967 S. 3-8

Cismarescu, Michael: Rumänisches Recht. In: Osteuropäische Rundschau 10/1967 S.21-28

Communism in Europe. Continuity, Change, and the Sino-Soviet Dispute. hrsg. von W.E.Griffith. Cambridge Mass. (1964)

Daicoviciu, Constantin/ Petrovici E./ Stefan G.: Die Entstehung des rumänischen Volkes und der rumänischen Sprache. Bukarest 1964

Dallin, David J.: Sowjetische Außenpolitik nach Stalins Tod. Köln, Berlin (1961)

Deuerlein, Ernst (Hrsg.): DDR, Geschichte und Bestandsaufnahme. (München 1966) (dtv 347)

Devlin, Kevin: Von Chruschtschows Gipfel zu Breshnews Hügel. In: Osteuropäische Rundschau 6/1969 S. 2-9

Diversity in International Communism, a documentary record, 1961-1963. hrsg. von Alexander Dallin mit Jonathan Harris und Grey Hodnett. New York, London (1963)

- Fischer-Galati, Stephen: The New Rumania. From Peoples Democracy to Socialist Republic. Cambridge Mass. (1967)
- Flechtheim, Ossip K.: Weltkommunismus im Wandel. (Köln 1965)
- Fodor, Josif: Das neue Strafgesetzbuch der Sozialistischen Republik Rumänien. In: Jahrbuch für Ostrecht 1. Heft 7/1969 S. 21-44
- Förtsch, Eckart: Die SED. Stuttgart, Berlin.. (1969)
- Gasteyger, Curt: Einigung und Spaltung Europas 1942-1965. (Frankfurt 1966) (Fischer Bücherei Bd. 741)
- Gasteyger, Curt: Sozialistischer Internationalismus und Integration. In: Jahrbuch für Ostrecht Bd. IV/1963, 1. Halbjahrheft S. 117-140
- Ghermani, Dionsie: Die kommunistische Umdeutung der rumänischen Geschichte unter besonderer Berücksichtigung des Mittelalters. Untersuchungen zur Gegenwartskunde Süd-Ost-Europas. München 1967
- Gross, Hermann: Ergebnisse und Probleme des Comecon In: Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa 4/5 1967 S. 49-58
- Gumpel, Werner/ Vogel, Heinrich: Die Wirtschaft Ungarns, Bulgariens und Rumäniens. München, Wien (1968)
- Hartl, Hans: Nationalismus in Rot. Die patriotischen Wandlungen des Kommunismus in Südosteuropa. (Stuttgart 1968)
- Hennebach, Horst H.: Außenpolitische Strukturzusammenhänge zwischen der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik. Diss. Erlangen 1968
- Hösch, Edgar: Geschichte der Balkanländer. Stuttgart (1968) (Urban Taschenbücher 112)
- Ionescu, Ghita: Communism in Rumania 1944-1962 Oxford, London, New York, Toronto 1964
- Kissel, Hans: Die Katastrophe in Rumänien 1944. hrsg. Arbeitskreis Wehrforschung. Darmstadt (1964)
- König, Helmut: Drahtseilakt ohne Netz. Rumäniens Standort in der kommunistischen Weltbewegung. Osteuropa 2/1970 S. 77-94
- König, Helmut: Bitterer Lorbeer für Moskau, Eine vorläufige Bilanz der kommunistischen Weltkonferenz. Osteuropa 9/1969 S. 642-655
- Labeledz, Leopold (Hrsg.): Der Revisionismus. Köln (1966)
- Leonhard, Wolfgang: Kreml ohne Stalin. Köln (1963)
- Leonhard, Wolfgang: Sowjetideologie Heute II. Die politischen Lehren. (Frankfurt 1962) (Fischer Bücherei 461)
- Liess, Otto Rudolf: Rumänien zwischen Ost und West. Schriftenreihe der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung. Ostprobleme 9. (Hannover 1965)
- Löwenthal, Richard: Chruschtschow und der Weltkommunismus. Stuttgart 1963

- Löwenthal, Richard: Der sowjetisch-chinesische Konflikt und seine Bedeutung für Europa. In: Europaarchiv 14/1963 S. 507-520
- Mackintosh, J.A.: Strategie und Taktik der sowjetischen Außenpolitik. Stuttgart 1963
- Markert, W. (Hrsg.): Polen (Osteuropa Handbuch) Köln, Graz 1959
- Maurach, Reinhart: Handbuch der Sowjetverfassung. Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts München München 1955
- Mehnert, Klaus: Peking und Moskau. Stuttgart (1963)
- Meier, Viktor: Rumänien auf dem Wege der Emanzipation. In: Europaarchiv 13/1965 S. 491-498
- Meissner, Boris: Die "Breshnew Doktrin". In: Osteuropa 9/1969 S. 621-641
- Meissner, Boris: Das Ende des Stalin-Mythos. Die Ergebnisse des 20. Parteikongresses der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Frankfurt 1956
- Meissner, Boris: Sowjetrußland und der Ostblock: Hegemonie oder Imperium? In: Europaarchiv 9/1962 S. 285-306
- Montias, John Michael: Economic Development in Communist Rumania. Cambridge, Mass. (1967)
- Morrison, James F.: The Polish People's Republic. Baltimore (1968)
- Nollau, Günther: Die Internationale. Wurzeln und Erscheinungsformen des proletarischen Internationalismus. Köln, Berlin (1959)
- Prybyla, Jan S.: Chinas Handel mit Osteuropa. In: Osteuropäische Rundschau 4/1967 S. 15-19
- Ronneberger, Franz: Probleme der nationalen Integration in Südosteuropa. In: Ostpädagogik. Mitteilungen der Deutschen Pestalozzi-Gesellschaft e.V. Nr. 1/1966 S. 3-11
- Ronneberger, Franz: Sozialistische Systeme im Vergleich. In: Mitteilungen der Südosteuropa-Gesellschaft Nr. 3/4 1969 S. 1-6
- Ronneberger, Franz: Südosteuropa in den internationalen politischen Beziehungen der Gegenwart. Südosteuropa-Studien Bd. 10 München 1968
- Rumänisches Verwaltungsprozeßrecht. Jahrbuch für Ostrecht. 1967, 2. Heft S. 261-269
- Schenk, Fritz: Im Vorzimmer der Diktatur. Köln (1962)
- Selucky, Radoslav: Reformmodell CSSR - Entwurf einer sozialistischen Marktwirtschaft oder Gefahr für die Volksdemokratien? (Hamburg 1969) (rororo 1207)
- Seton-Watson, Hugh: Osteuropa zwischen den Kriegen 1918-1941 Paderborn 1948
- Schulz, Lothar: Der neue Vertrag zwischen Rumänien und der Sowjetunion. In: Osteuropa 12/1970 S. 831-838

- Schulz, Werner: Gegenwärtige Probleme des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Jahrbuch für Ostrecht Bd.IV, 1.Halbjahresheft 1964
- Schulz, Lothar: Rumänien im Lichte des X.Parteitages der RKP. Osteuropa 2/1970 S. 95-103
- Siegler, Heinrich: Die Ereignisse in Polen und in Ungarn. Sonderabdruck aus dem "Archiv der Gegenwart" Bonn-Wien-Zürich (1956)
- Staar, Richard F.: Poland 1944-1962. The Sovietization of a captive People. Louisiana (1962)
- Ströhm, Carl Gustaf: Zwischen Mao und Chruschtschow. Wandlungen des Kommunismus in Südosteuropa. Stuttgart (1964)
- Suga, Alexander: Bessarabien - noch immer umstritten? Osteuropa 5/1971 S. 316-323
- Syrop, K.: Spring in October. The Polish Revolution of 1956. London 1957
- Thomson, J.B.: Rumäniens Konflikt mit Comecon. In: Hinter dem Eisernen Vorhang 7,8/ 1964 S. 11-18
- Toma, Valentin: Rumänien zwischen Rebellion und Integration. In: Europaarchiv 21/1963 S. 811-818
- Zagoria, Donald S.: Der chinesisch-sowjetische Konflikt 1956-1961. München (1964)
- Zeltner, Hermann: Ideologie und Wahrheit. Zur Kritik der politischen Vernunft. Stuttgart- Bad Cannstadt 1966

2. Periodika

- Jahrbuch für Ostrecht. hrsg. von Prof.Dr. Reinhart Maurach und Walter Rosenthal. Im Auftrag des Instituts für Ostrecht.
- Osteuropa : Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens. Hrsg.: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde.
- Osteuropäische Rundschau Hrsg. Free Europe Inc.Jgg.1962ff
Bis Heft 3/1965 erschien die Zeitschrift unter dem Titel "Hinter dem Eisernen Vorhang".
- Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa. Hrsg.: Südost-Institut München. Jahrgang 1966ff

L e b e n s l a u f

Ich, Wolfgang Mauersberg, bin am 6. Januar 1942 als Sohn des Geschäftsführers Werner Mauersberg und seiner Frau Lieselotte Mauersberg, geb. Tesch, in Hannover geboren worden.

Seit Ostern 1948 besuchte ich in Hannover die Volksschule, seit Ostern 1952 das neusprachliche Gymnasium "Bismarckschule". Weil mein Vater seine Stellung wechselte, wurde ich Ostern 1955 in das humanistische "Albrecht-Dürer-Gymnasium" in Hagen/Westfalen umgeschult. Dort bestand ich am 2. März 1961 das Abitur.

Im Sommersemester 1961 wurde ich an der Universität Göttingen immatrikuliert und belegte in den Studienfächern Deutsch, Geschichte, osteuropäische Geschichte und Philosophie. Seit dem Sommersemester 1963 studierte ich an der Universität Münster, seit dem Wintersemester 1964/1965 an der Universität Erlangen.

1968 übernahm ich bei Prof. Dr. Hans Lades die Anfertigung einer Dissertation mit dem Titel: Rumäniens eigener Weg zum Sozialismus.

Seit 1966 bin ich verheiratet. Ich habe zwei Töchter im Alter von sechs und viereinhalb Jahren.

Wolfgang Mauersberg

